

Fragment 2 – 1917

10. Juli – 03. August 1917

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr
Alles freudig setzt an ihre Ehre.“

Schiller

Vorbereitung und Folgen der Kriegszielresolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917

Die Erzbergerschen Aktionen:

19. Juli – Die Kriegszielresolution des deutschen Reichstages.

– Noch einmal die Resolution.

– Vor der Entscheidung

– Abstimmung der Kriegszielresolution: 116. Sitzung – Fortsetzung der ersten und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917

27. Juli – Lloyd George, der Friedensfeind.

28. Juli – Das „Kriegsprogramm“ vom 4. August.

29. Juli – Erzberger über die Friedensmöglichkeit.

30. Juli – Erzberger, der Vermittler. - Der „internationale“ Politiker Erzberger.

**01. August – Herr Erzberger – Die Stimmung im Zentrum –
Herr Erzberger und die Kriegssteuer.**

03. August – Entschließung gegen Erzberger und Genossen.

21. Juli - Lloyd George bietet Frieden an. !?

01. August - Balfour zur Frage der Annexionen

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre.“ Schiller

Kriegszielresolution vom 19. Juli 1917

Inhaltsverzeichnis

10. Juli 1917 - Dienstag

	Einleitung: Ende des Burgfriedens		30
VOW-186-1	Friedliche Umwälzung. [Der Ruf nach der Revolution]	Was notwendig geworden ist, kann sich in Tagen, Wochen oder Monaten vollziehen, mit einem Schlage oder Stück für Stück. Das Ganze aber wird sich zum Schluß als eine Umwälzung darstellen, die zu den großen geschichtlichen Ereignissen zählt und das Bild der Weltlage gründlich verändert - Eine Mehrheit hat sich im deutschen Reichstag zusammen gefunden, die den großen Versuch unternehmen will, dem deutschen Volk die Freiheit und der Welt den Frieden zu geben - Aber sicher ist eines: führt die gegenwärtige Krise nicht zu entscheidenden positiven Ergebnissen, so wird sie sich sehr bald in verschärfter Form wiederholen. In verschärfter Form und unter unangenehmeren Begleiterscheinungen - <u>Was notwendig ist, das ist ein Systemwechsel, dem deutschen Volk zu ersparen ist die Pflicht aller, die sich ihrer [Verantwortung bewußt sind in] der inneren wie in der auswärtigen Politik. Richtiger gesagt: die Ersetzung der bestehenden Systemlosigkeit durch ein System. Dieses System kann gar kein anderes sein als das demokratisch-parlamentarische nach innen, verbunden mit einer Politik stetiger und umfassender Friedensbereitschaft nach außen.</u> - Die Entwicklung steuert zur Bildung einer parlamentarischen Regierung der nationalen Verteidigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben zu können. Ist dieses Ziel einmal als richtig erkannt, so muß darauf zugesteuert werden mit ganzer Kraft ohne Schwanken und ohne sentimentale Rücksichten. Der Reichstag soll sich sagen, daß es auf dem betretenen Wege kein Zurück mehr gibt, sondern nur ein Vorwärts. Er soll sich sagen, daß es leichter ist, Großes zu erreichen als Kleines. Er soll dem deutschen Volk einen Umweg ersparen, von dem keiner weiß, wohin er führt.	32
VOW-186-1	Eine Kriegszielerklärung des deutschen Volkes. – Ein deutsches Koalitionsministerium. [Revolution ist das Thema]	Es wird deshalb die Bildung einer Art Koalitionsministerium vorbereitet, in das führende Parlamentarier aller Parteien eintreten werden. „Die „Neuorientierung“, der jetzt die wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes zum Opfer fallen sollen, wäre in Wahrheit eine zwar unblutige, aber um so folgenschwerere Revolution, die mit jahrhundertealten segensreichen Ueberlieferungen des deutschen Staatslebens bricht.“ - Wer denkt da nicht an Goethe: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage!“ Wir wollen in dieser Stunde mit der „Kreuz-Zeitung“ nicht darüber streiten, was in der Vergangenheit segensreich war, was nicht. Wir schenken der „Kreuz-Zeitung“ die ganze Weltgeschichte, wenn nur die Zukunft einem freien Deutschland gehört. <u>Und wer will leugnen, daß sich nun endlich die Wolken zu röten beginnen, als ob es endlich auch beginnen wollte, zu tagen.</u>	
14. Juli 1917 – Samstag			
VOW-190-1	Das Friedensprogramm des Reichstags.	Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf	34

		eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammen stehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher. – <u>Was den Wortlaut der Erklärung betrifft, so stellt er ein unanfechtbares Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen dar, wie ihn auch der russische Arbeiter- und Soldatenrat fordert.</u>	
VOW-190-1	Einladung zur internationalen Sozialistenkonferenz! – Stockholm, 15. August	Die Abordnung der russischen Arbeiter- und Soldatenräte und das holländisch-skandinavische Komitee laden zur Sozialistenkonferenz in Stockholm am 15. August – Teilnehmer die russischen Arbeiter- und Soldatenräte, die Sozialisten Troelstra, Branting, vorbereitet von Huysman; u.a. Thema: 3. Die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur schnellen Kriegsbeendigung.	
19. Juli 1917 – Donnerstag			
Tag der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland/ Preußen 1870			
BBZ-333-1	Eine schweizerische Stimme zur deutschen inneren Lage.	Einigkeit und Vertrauen ist alles, was Deutschland heute braucht.	36
BBZ-333-1	Gegen die Friedensresolution	Telegramm v. Tirpitz an Zentrums Fraktionsvorsitzenden Dr. Spahn: daß meines Erachtens die beabsichtigte Kriegsresolution in jetziger oder ähnlicher Fassung von verderblicher Wirkung nach innen und außen für unsere ganze Zukunft sein muß, daß im Auslande dadurch eine von uns benutzbare Friedensstimmung befördert wird, ist meines Erachtens nicht zu erwarten. - Halten wir uns an die Zuversicht, die in den Aeußerungen des Feldmarschalls Hindenburg zum Ausdruck gelangt ist	
BBZ-334-1	England denkt an keinen Frieden.	England hat Verfügungsrecht über Schiffswerften an der französischen Westküste um drei Jahre verlängert	
BNN-336-1	Frühere Aussprüche Dr. Spahns. [Die Wandlung eines Politikers]	Dr. Spahn vertrat die Resolution „Keine Annexionen und Kontributionen“ am 19. Juli im Reichstag. Davor war er gegenteiliger Meinung: „Wenn Belgien kein Bollwerk Englands bleiben soll, so hat das zur notwendigen Folge, daß es politisch, militärisch, wirtschaftlich in unsere Hand zu liegen kommen wird.“ Wir warten die Stunde ab, die die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderliche Gebietserweiterungen gewahrt werden müssen	
DT-166-1	Die Friedensresolution des deutschen Reichstages. – [zu Erzbergers Aktion] von Rechtsanwalt Dr. Brockmann (Düsseldorf) – Mitglied des Hauses der Abgeordneten [Erzberger]	Erzberger hat den Schritt der Resolution ohne vorherige Zustimmung der Zentrumsfraktion des Reichstages getan. - Das Vorgehen des Herrn Erzberger ist in weiten Kreisen der rheinischen Zentrumsparlei geradezu als ein Schlag ins Gesicht empfunden und in der bittersten Weise allgemein beklagt und verurteilt worden. - 1) die Erregung in Zentrumskreisen richtet sich nicht so sehr gegen die Reichstagsfraktion als vielmehr gegen die Person des Abgeordneten Erzberger und 2) sie leitet sich her nicht von den Forderungen Erzbergers auf dem Gebiete des Wahlrechts und des parlamentarischen Systems, sondern von seinem Verlangen nach einer neuen Friedenskundgebung des Reichstages. -die Zentrumsfraktion des Reichstages jetzt Arm in Arm mit	

		den Sozialdemokraten und mit den Männern des „Berliner Tageblattes“ und der „Frankfurter Zeitung“ vor Deutschland und der ganzen Welt aufmarschiert	
DTZ-363-1	Noch einmal die Revolution. [Ernst Reventlow]	<p>Besprechung der Verzichts- und Unterwürfigkeitsresolution</p> <p>-Als klug oder vielmehr listig könnte man die Gedankengänge und Berechnungen unter der Voraussetzung ansehen, da sie lediglich Scheinmanöver wären und die ganze Resolution nichts weiter bezweckte, als einen Frieden um jeden Preis herbeizuführen und durch dessen, für das Reich und die Monarchie ruinösen Folgen innere Zustände im Deutschen Reich eintreten zu lassen, welche in schrankenloser Verwirklichung schrankenloser Demokratie zum Ausdruck kommen müßten - Die Freiheit, welche der „Vorwärts“ meint</p> <p>- Nähme man dagegen derartige Hinter- und Untergedanken nicht an, sondern hielte sich an den Inhalt und den Wortlaut der Resolution, so wäre es, wie gesagt, unmöglich, ihr das Zeugnis staatsmännischen Scharfsinnes und politischen Scharfblickes zu erteilen.</p> <p>- dem Auslande zu zeigen, daß es sich mit der unterwürfigen Friedensbereitschaft nicht um unwahre Scheinmanöver der deutschen Regierung handle</p> <p>-Unsere Feinde sind der Ueberzeugung, und mit Recht, daß der von den Vertretern der Reichstagsmajorität verlangte Friede den Keim deutschen Ruins in sich tragen würde. Sie sagen sich aber gleichfalls mit Recht von ihrem Standpunkte, daß es höchst töricht wäre, sich mit dem jetzt Angebotenen zu begnügen, da man doch im gegebenen Augenblicke viel mehr erhalten werde, wenn die innere „Entwicklung“ in Deutschland weiter so ihren Fortgang nähme. Davon ist man überzeugt, wozu, wie nur nebenbei bemerkt zu werden braucht, noch die sichere Hoffnung auf wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch mit entsprechender Rückwirkung auf die Front kommt</p> <p>- zur sogenannten Aktion des Abgeordneten Erzberger... erzählen englische und französische Zeitungen, es handele sich auch mit den obigen Vorgängen nur um deutsche Scheinmanöver, oder aber: durch solche Kleinigkeiten werde die Autokratie im Deutschen Reiche nicht gebrochen und könne das im Grunde ja ganz gute eigentliche deutsche Volk nicht befreit werden.</p> <p>- <u>Unsere Gegner wissen genau, daß deutsche Demokratie Ende des deutschen Reiches bedeuten würde. Das ist die Basis ihrer Einwirkung. Bei uns erörtert man aber ernsthaft und weitschweifig, daß die zurückgebliebenen Zustände im Deutschen Reiche den Völkern und Mächten der Welt kein Stein des Anstoßes sein dürften, deshalb beseitigt werden müßten.</u></p>	
DTZ-363-1	Vor der Entscheidung. [Kriegszielresolution]	<p>Die Resolution sagt dem Feind: Setzt den Kampf nur fort, solange es euch gefällt, wir tun euch doch nichts zuleide und werden euch auch nichts zuleide tun, mögt ihr auch noch solange kämpfen!</p> <p>- die gemeinsame Entschließung „nicht von einem Scheidemann-Frieden, sondern von einem Verständigungsfrieden spricht“</p> <p>- die Formel Erzberger in der Zentrumsfraktion nur deshalb eine so große Mehrheit gefunden habe, weil man sie erheblich anders ausgelegt, besser gesagt vielleicht: auslegen zu können glaubt, als die Formel Scheidemann.</p>	
DTZ-363-1	Hindenburgs Vorgänger und sein freisinniger Kritiker. – Von Dr. Martin Lezius	<p>Graf Schlieffen erkannte 1909 die Rüstungsbestrebungen der Nachbar und zog daraus seinen Schluß: Frankreich habe seine Befestigungen ausgebaut, Belgien mit „Betonmassen und Panzertürmen und durch das uneinnehmbar Antwerpen die große Völkerstraße abgeschnitten“. Die Jurapässe seien durch Frankreich gesperrt, Italien habe die West- und Ostseite des Hochgebirges befestigt. „Vom Züdersee bis zum Mittelmeer sei eine chinesische Mauer errichtet.“ Auch Italien und Rußland seien diesem Beispiel gefolgt. „England besitzt eine gewaltige schwimmende Festung, die es jeden Augenblick in der Nordsee aufrichten kann und von der es sich ein Ausfalltor von einem jütischen</p>	41

		Hafen nach Schleswig hinein gesichert hat“ „Sein wohlverstandener Vorteil verlangt, seinen verabscheuten Konkurrenten, der aber gleichzeitig sein bester Kunde ist, am Leben zu lassen.“ „Der eiserne, um Deutschland geschlagene Ring war nur nach dem Balkan zu offen geblieben.“ „Auch diese Lücke ist jetzt durch die Türkei, Serbien und Montenegro ausgefüllt worden.....“ „In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Oesterreich, ringsherum hinter dem Wall und Graben die übrigen Mächte ...“ „Das eifrige Bemühen ist doch vorhanden, alle diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zusammenzuführen.“ - „Im gegebenen Augenblicke werden die Tore geöffnet, die Zugbrücke herabgelassen und die Millionenheere strömen über die Vogesen, die Maas, die Königsare, den Niemen, den Bug und sogar über den Isonzo und die Tiroler Alpen verheerend und vernichtend herein. Die Gefahr erscheint riesengroß.“ Kritiker sahen es politische Halluzinationen; „Das entspricht den Anschauungen unserer nationalistischen Gymnasialprofessoren, nach deren schwerverständiger Meinung nicht genug Platz auf dieser Erde für zwei kommerzielle Rivalen wie England und Deutschland existiert. Die protektionistische Vorstellungsweise hat unsre Anglophoben allmählich der Fähigkeit beraubt, anders als verschoben zu denken. Es soll ein Weltbrand entzündet werden, um einen wirtschaftlichen Konkurrenten zu beseitigen, der zugleich einer der besten Abnehmer ist!“	
DVB-10253-1	Ein wichtiger Tag.	Daß auf die Haltung eines Teiles der Reichstagsparteien im feindlichen Ausland sehr weitreichende Hoffnungen gesetzt worden sind, kann nicht geleugnet werden, - Außerordentlich bezeichnend in dieser Beziehung ist die von uns bereits gemeldete Aeußerung Brantings, des sozialistischen Agenten des Vierverbandes, der das deutsche Verlangen nach der „Freiheit der Meere“ eine „gefährliche Unklarheit“ nennt. Daraus geht deutlich hervor, daß das, was seitens unserer Feinde angestrebt wird, nicht der Frieden, nicht die Versöhnung der Völker und Staaten, nicht ein wirklicher Ausgleich der Gegensätze, sondern unsere Unterwerfung ist - Die angebliche „Friedenssehnsucht“ dieser Leute, denen die lange Dauer des Krieges ursprünglich sehr erwünscht war, ist nichts anderes, als der sich immer stürmischer regende Wunsch, die angesammelten Kriegsgewinne im „freien Spiel der Kräfte“ wirken zu lassen, wovon man sich eine bedeutend höhere Verzinsung verspricht, als sie zu erzielen ist, so lange der Krieg noch nicht beendet ist.	
S.3569 S.3570	116. Sitzung – Fortsetzung der ersten und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung	eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917	44
	Reichskanzler Dr. Michaelis	der neue Reichskanzler Dr. Michaelis hält seine Antrittsrede im Reichstag, nimmt zur Resolution kurz Stellung, die verabschiedet werden soll zu: Keine Annexionen und Kontributionen in einem Friedensschluß - Obwohl die englischen Staatsmänner wußten, wie aus ihrem Blaubuch hervorgeht, daß die russische Mobilmachung zum Kriege mit Deutschland führen müsse, (sehr richtig!) haben sie kein Wort der Warnung gegen die militärischen Maßnahmen Rußlands gerichtet, (sehr wahr!) während mein Herr Amtsvorgänger in einer Instruktion vom 29. Juli 1914 an den Kaiserlichen Botschafter in Wien die Direktive gab, zu sagen: Wir erfüllen gern unsere Bündnispflicht, aber wir müssen es ablehnen, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. -So schreibt kein Mann, der einen Weltkrieg entfachen will, sondern so schreibt und spricht ein Mann, der für den Frieden ringt und der um den Frieden gerungen hat, bis zum Äußersten, bis der befohlene Aufmarsch der russischen Heere Deutschland zwang, in der äußersten Not zum Schwert zu greifen. Uns blieb keine Wahl. - Der U-Boot-Krieg leistet das und noch mehr, was man von	44

		<p>ihm erhofft hat. (Erneuter Beifall und Zustimmung.) Falsche Nachrichten, die durch unklare Erläuterungen aus geheimen Sitzungen in die Öffentlichkeit gedungen sind, haben eine Zeitlang hier und da ein gewisses Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige Propheten die Erwartung verbreitet hatten, daß mit Hilfe der U-Boot-Waffe der Krieg zu einer bestimmten Zeit zu Ende sein würde. Sie haben dem Vaterlande keinen Dienst erwiesen. (Stürmische Zustimmung und Zurufe links und im Zentrum.) Ich stelle fest, daß der U-Boot-Krieg in der Vernichtung feindlichen Frachtraums das leistet, was er sollte. Seine Wirkung auf die Entschlüsse unserer Feinde können wir in Ruhe abwarten. Die Zeit läuft für uns.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Berichte über die militärische Lage von seiten der Obersten Heeresleitungen sind sehr gute. Im Westen sind die großen Frühjahrsoffensiven der Engländer und der Franzosen gescheitert, Teilangriffe unserer Heere beweisen ihre ungebrochene Kraft und ihr überlegenes Können. (Lebhafter Beifall.) Im Osten ist infolge der inneren russischen Wirren der Angriff der feindlichen Millionenhære nicht zur Ausführung gekommen. Es trat verhältnismäßige Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten und Hetzreden der russischen Verbündeten die Soldaten in Rußland von neuem aufgestachelt hatten, kam es zu der jetzigen Offensive. - Vor einer halben Stunde habe ich ein Telegramm des Feldmarschalls erhalten, das folgendermaßen lautet: An den Reichskanzler des Deutschen Reichs, Reichstag. Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff östlich Zloczow eingesetzt. Unter persönlicher Leitung de Feldmarschalls Prinz Leopold von Bayern (Bravo! im Zentrum.) haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreichisch-ungarische Artillerie, in altbewährtem Schneid und fester Zuversicht die russischen Stellungen durchstoßen. (Lebhafter Beifall. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erregte Gegenrufe bei den übrigen Parteien.) - Griechenland, durch Gewalt gezwungen, ist in den Krieg gegen uns gestoßen worden - Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. Es strebte nicht nach Eroberungen, nicht nach gewaltsamer Vergrößerung seiner Macht — darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn ein ehrenvoller Frieden zu haben ist, bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen. - Hieraus ergeben sich für mich die Ziele. In erster Linie ist das Gebiet des Vaterlandes unantastbar. Mit einem Gegner, der uns mit der Forderung entgegentritt, uns Reichsgebiet zu nehmen, können wir nicht verhandeln. Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reichs für alle Zeit sichergestellt sind - Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bieten. - Er muß davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst. - Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. (Sehr richtig! rechts.) Die ehrlich ausgestreckte Hand hat einmal ins Leere gegriffen. - Ich bin nicht Willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen. (Lebhafter Beifall rechts.) 	
	Fehrenbach (Zentrum)	stellt die Resolution der Mehrheitskoalition vor	48
	Scheidemann (Sozialdemokraten)	spricht davon, der U-Bootkrieg habe Amerika zum Eintritt in den Krieg bewogen und wirft der „Deutschen Tagezeitung“	52

	<p>mit Graf Reventlow vor, zu den Hauptanstiftern des Krieges mit Amerika zu sein; wendet sich gegen die Zensur, vor allem der sozialistischen Presse; wirbt für die Freilassung Liebknechts; verlangt die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen; „Wahrheit ist, daß wir diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig zu Ende bringen können, wie unsere Gegner das vermögen. Wir führen drei Jahre lang Krieg gegen einen Feind, dessen gewaltige Übermacht sich dank einer geradezu, ich will sagen: unbegreiflichen Politik im Laufe des Krieges immer noch vermehrt hat. Noch immer stehen wir ungebrochen da, und wir sind, von einem schmalen Stück abgesehen, Herren im eigenen Lande und verteidigen unsere Fronten weit draußen im Lande der Gegner.“ Er glaubt nicht an einen militärischen Sieg Deutschlands; er meinte, für das ganze deutsche Volk zu sprechen</p>	
v.Payer (Fortschrittliche Volkspartei)	unterstützt die Resolution	
Graf v. Westarp (Konservative)	<p>in klarer knapper Rede erklärt er, warum die Konservativen gegen die geplante Resolution sind: Noch ist der Wille unserer Feinde, uns zu vernichten, nicht gebrochen; noch wird jede Bekundung unserer Friedensbereitschaft, jeder in Aussicht gestellte Verzicht auf die Früchte des Sieges von ihnen als Zeichen unseres Niederbruchs gedeutet. Die Presse des Auslandes zeigt bereits heute, daß auch die uns vorgelegte Entschließung nur dazu dient, den Kriegsmut der Feinde zu stärken und den Krieg zu verlängern. Wir bedauern darum diesen Schritt auf das entschiedenste. Er dient nicht der Sicherung unserer deutschen Zukunft, wie sie in der Thronrede vom 4. August 1914 als Ziel gesteckt ist; er entspricht nicht der dankbaren Anerkennung, die wir unsern Truppen und ihren Führern schulden; er ist nicht geeignet, den opfermütigen, entschlossenen, zuversichtlichen Willen in Heer und Volk zu stärken. Durch Reden und Beschlüsse über den Frieden, durch sittliche Mahnungen an das Gewissen der Feinde, wie wir sie heute gehört haben, kommen wir dem Frieden um keinen Schritt näher. Die Entscheidung liegt auf anderem Felde. Den heldenhaften Taten unserer Truppen zu Lande und zu Wasser wird der volle Sieg beschießen sein. Gebiete von der Größe des Deutschen Reiches sind mit dem Blute unserer Brüder und Söhne gewonnen. An den ehernen Mauern weit in Feindesland wird wie bisher jeder Anprall einer Welt von Feinden zerschellen. Dem bevorstehenden feindlichen Ansturm, in dem Flandern das Losungswort heißt, werden wir standhalten. Unsere U-Boote fügen England, das die ganze Welt gegen uns ins Feld führt, Monat für Monat, unüberwindlich und unabwendbar, einen Schaden zu, den es auf die Dauer nicht ertragen wird. - Durch Verständigung, die allein auf dem guten Willen der Feinde beruht, lassen sich diese Ziele nicht erreichen. Von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung des Friedens wird allein die militärische Lage sein, wie sie sich zur Stunde der Verhandlungen gestaltet haben wird.</p>	56
Prinz zu Schoenaich-Carolath (Nationalliberale)	<p>Wir haben uns einmütig entschlossen, die vorgelegte Resolution abzulehnen. Irgend einen förmlichen Beschluß des Reichstags in der gegenwärtigen Lage herbeizuführen, können wir nicht für richtig halten, da jeder Beschluß von den Feinden ebenso mißverstanden und absichtlich entstellt werden wird, wie dies gegenüber dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 geschehen ist. In der Sache selbst erklären wir folgendes:</p> <p>Nach drei schweren Kriegsjahren steht das deutsche Volk mit seinen Verbündeten in ungebrochener Kraft einer Welt von Feinden gegenüber. Unauslöslich ist der Dank für die militärischen und wirtschaftlichen Leistungen unseres Volkes und seiner Verbündeten, unerschütterlich das Vertrauen und unsere Stärke und Ausdauer, fester als je die Überzeugung von unserer Unüberwindlichkeit. Unsere Heere stehen nach wie vor in Feindesland. An ihrer Tapferkeit zerschellt jeder Ansturm.</p>	

		Größer als das Deutsche Reich sind die von ihnen besetzten Gebiete. Die Leistungen unserer U-Boote haben alle in sie gesetzten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen.	
	Warmuth (Deutsche Fraktion.)	Die Mehrheit der Deutschen Fraktion lehnt die vorgeschlagene EntschlieÙung ab, weil sie diese Kundgebung nicht nur für nutzlos, sondern für in hohem Maße schädlich und irreführend hält. Die bisherigen Äußerungen der feindlichen Presse liefern hierfür schon jetzt den unzweifelhaften Beweis. Der Friede kann, wie sich aus den bisherigen Erklärungen der feindlichen Regierungen und Parlamente ergibt, für uns leider nur durch die Gewalt der Waffen erreicht werden. Wir hegen zu unserem Heere wie zu unserer Flotte, gestützt auf die sittliche Kraft und den Opfermut unseres Volkes, das unerschütterte Vertrauen, das sie uns einen ehrenhaften Frieden erkämpfen werden.	
	Haase (Unabhängige SPD)	<p>in einer überlangen Rede erklärt er: Der Reichskanzler will „in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reichs für alle Zeiten sichergestellt werden“. Das ist eine Redewendung aus dem Schatz der Alldutschen, hinter der sich ihre Annexionspläne verstecken. – Herr Dr. Michaelis ist der Vertrauensmann von Hindenburg und Ludendorff - Herr Helfferich, der belastet ist mit dem Gutachten für den verschärften U-Boot-Krieg, ist mehr als ein anderer ein Hindernis bei dem Abschluß des Friedens. - Das gleiche Wahlrecht ist für uns eine Selbstverständlichkeit; aber es ist auch nur der allerbescheidenste Anfang derjenigen Reformen, die notwendig durgesetzt werden müssen. <u>Erforderlich ist die volle Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Einzelstaaten, die, wie wir es in unserem Antrag erklärt haben, ausmünden muß in die soziale Republik = kann nur durch Revolution erreicht werden.</u> -vernehmen wir aus anderen Kreisen immer häufiger, es sei in den letzten Jahren deutlicher als je geworden, daß die monarchischen Einrichtungen sich nicht bewährt haben, daß sie in unsere Zeit nicht hineinpassen, <u>daß die Republik dasjenige staatsrechtliche Gebilde ist, welches kommen muß und kommen wird.</u> <u>Die demokratische Umgestaltung des Reichs und der Einzelstaaten ist aber auch die beste Vorbedingung für einen raschen und günstigen Friedensschluß.</u> Nicht, weil im Auslande erklärt wird, mit einem demokratischen Deutschland lasse sich viel eher Frieden schließen, stellen wir diese Forderung auf</p> <p>Es muß um die Demokratisierung gekämpft werden. Nur durch Kampf kann sie erreicht werden, nicht durch listiges Diplomatisieren - sich vor uns ein Abgrund auftut, und daß wir in diesen Abgrund hineingestürzt werden, wenn die Kriegspolitik fortgesetzt wird, die die Herren Konservativen uns empfehlen –</p> <p>Es ist von Herrn Scheidemann eine große Klage über die politischen Wirkungen des verschärften, des rücksichtslosen U-Boot-Krieges angestimmt worden. Nun, meine Herren, wir haben von vornherein erklärt, daß wir aus Gründen des Völkerrechts und der Humanität gegen den U-Boot-Krieg sind. Wir haben von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß sich bei rücksichtsloser Anwendung dieser Waffe Amerika und andere Staaten zu unseren Feinden gesellen werden.</p> <p>Die Bemerkung der Resolution über den Anfang des Krieges ist vor der Geschichte unhaltbar.</p> <p>Dasselbe gilt von der sehr oberflächlichen Geschichtsdarstellung, die der neue Herr Reichskanzler heute geliefert hat. Wir vergessen demgegenüber nicht das Ultimatum Österreichs an Serbien, nicht die Rüstungen Österreichs gegen Rußland, nicht die Beratungen, die hier in Berlin am 5. Juli 1914 über den Krieg stattgefunden haben, nicht die Tätigkeit der Herren Tirpitz und Falkenhayn in den kritischen Tagen des Juli 1914.</p>	58

		<p><u>Für eine Gesellschaftsordnung, die einen Krieg nicht mehr erzeugt, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung, ist die Freiheit der Meere kein Problem.</u></p> <p>Auch nicht auf dem Wege, den die Sozialisten des Blocks eingeschlagen haben, als sie in Stockholm ihre Denkschrift veröffentlichten. Diese Denkschrift der Herren Scheidemann, Ebert, David, Legten, Bauer und ihrer Freunde ist überall mit Ausnahme eines ganz kleinen neutralen Landes von den Sozialisten als eine völlig verfehlte, den Frieden in keiner Weise fördernde bezeichnet worden.</p> <p><u>Die Ära großer innerer Umwälzungen, vor der wir stehen, wird die Lösung der vielen Probleme zeitigen, die der Krieg ausgeworfen oder verschärft hat.</u></p> <p>Unvereinbar mit den sozialdemokratischen Grundsätzen ist jene Auffassung, die, aus militaristischem Denken und nationalistischer Machtpolitik entsprungen, die Stellung zu einem Problem von der jeweiligen Kriegslage abhängig macht</p> <p>Die Vorbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Parteien gegenüber den imperialistischen Regierungen was die Sozialisten aller Länder als Vorbedingung für die Erringung des Friedens erkennen, nämlich das Friedensprogramm: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und den Kampf gegen jede imperialistische Regierung, die dieses Programm ablehnt oder auch nur ausweichend beantwortet</p> <p>Es hieß ja in der Presse, daß Sie ihm [dem Reichskanzler] sogar ein Ultimatum gestellt hätten, daß Sie ihm gedroht hätten, sie würden die Kredite ablehnen, wenn er sich nicht zu Ihrer Friedensresolution zustimmend verhielte</p> <p>jetzt hören wir von allen Seiten — man kann es sogar in der „Kreuzzeitung“ lesen —, daß dieser Krieg militärisch nicht entschieden werden wird.</p> <p>Es gibt nichts, was die Verlängerung dieses Krieges rechtfertigen kann. Der Krieg muß schnell zu Ende gebracht werden</p> <p>Nur ein Programm kann zum Ziele führen, das in Petersburg, in Stockholm und hier von uns aufgestellte: ein Friede ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigungen, unter Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte der Völker.</p> <p><u>Dieses Programm ist bereits im September 1915 in der internationalen sozialistischen Konferenz zu Zimmerwald ausgesprochen worden.</u></p> <p>Der Obrigkeitsstaat hat keine Existenzberechtigung, die Selbstregierung des Volkes muß an seine Stelle gesetzt werden.</p> <p>Der Burgfriede ist in Wahrheit nur ein Mittel geworden, um diejenigen zu begünstigen, welche im Sinne der herrschenden Militärkaste Annexionen vornehmen, und diejenigen zu fesseln, die anderer Anschauung sind.</p> <p>Aprilstreiks in der Berliner Rüstungsindustrie</p> <p>Wie viele Personen hält man noch in Schutzhaft zurück. Seit länger als einem Jahre sitzt in Schutzhaft Frau Dr. Rosa Luxemburg. Was wird ihr zur Last gelegt? Sie soll eine Anzahl verbotener, die Arbeiter im Sinne der sogenannten „Internationale“ zum Sympathiestreik für Liebknecht und teilweise zum Generalstreik auffordernder Flugschriften verfaßt haben; sie soll auch eine äußerst rege und aufhetzende Tätigkeit in der radikal-sozialistischen Bewegung entwickelt und hierdurch die Sicherheit des Reichs auf das schwerste geschädigt haben. So steht es in den Akten, und es wird behauptet, daß dafür ein dringender Verdacht gegeben ist.</p> <p>eine Frau, die, seitdem sie politisch tätig ist, für die Freiheit gekämpft hat und die mit anderen</p>
--	--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		<p>Freiheitskämpfern ein großes Verdienst daran hat, daß in Rußland diejenigen Zustände eingetreten sind, die wir jetzt erleben</p> <p>Daß ein Mann wie Liebknecht längst durch einen Amnestieakt hätte in Freiheit gesetzt werden müssen, das sollte der Regierung wenigstens in diesem Augenblick einleuchten</p> <p><u>Und wenn Sie den Ausbruch erleben werden, dann sollen Sie wenigstens nicht überrascht sein.</u></p> <p>Die Arbeiter wissen, und es kommt ihnen immer mehr zum Bewußtsein, daß sie in Aktion treten müssen, um dasjenige zu erreichen, was ihnen am Herzen liegt: Frieden und Freiheit</p> <p>Die Massen müßten ja jeder Menschenwürde und jedes Klassenbewußtseins bar sein, wenn sie sich nicht gegen diesen Zustand auflehnten</p> <p>Ein russischer Proletarier reicht seine Hand einem deutschen Proletarier, und darunter steht die Unterschrift: „Genosse, beeile dich!“</p> <p>Die Regierungen bringen nicht den Frieden, nur die Völker selbst können die Friedensspender sein.</p>	
	Seyda (Polen)	<p>Insbesondere haben wir in der Sitzung vom 1. März d. J. laut Stenogramm von dieser Stelle aus folgendes erklärt:</p> <p>Wir Polen, die wir trotz staatlicher Trennung das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren, die wir stets den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker vertreten haben, wir erheben Widerspruch dagegen, daß etwa bei Beendigung des Krieges ganze Völker oder Volksteile gegen ihren Willen durch Annexionen einem anderen Staate zugeteilt werden. Und wir leben in der Hoffnung, daß trotz allen Hasses, den dieser Krieg zwischen den Völkern aufgetürmt hat, sich die Menschheit durch das Meer von Blut zu der Erkenntnis durchringen wird, daß kein Volk berechtigt ist, ein anderes zu bedrücken, daß vielmehr jedes Volk das natürliche Recht hat, sich frei und ungehindert in seiner Eigenart zu entwickeln. Wenn diese Erkenntnis Allgemeingut der Völker geworden, dann wird es einen dauernden und wahren Frieden geben zum Wohle und Glück der ganzen Menschheit!</p> <p>An dieser Erklärung halten wir auch heute fest. Die gegenwärtig im Reichstag so stark hervorgetretene Bewegung zur Beschleunigung des Friedens und der inneren freiheitlichen Entwicklung können wir nur begrüßen. Die als Ausdruck dieser Bewegung seitens der Mehrheitsparteien vorgeschlagene Resolution ist uns in ihrer Friedenstendenz durchaus sympathisch, — sie wird aber den in unserer Erklärung enthaltenen Grundsätzen nicht in vollem Maße gerecht. Wir können deshalb nicht für sie stimmen, werden uns vielmehr der Abstimmung enthalten</p>	72
	Hanssen (Fraktionslos/ Nordschleswig)	<p>Meine Herren, unter Hinweis auf die nationalen Rechte der Dänen in Nordschleswig, die ich die Ehre habe hier zu vertreten, und in der Voraussetzung, in der festen und unerschütterlichen Zuversicht, daß ihre nationalen Wünsche und Forderungen nach Beendigung des Krieges in vollem Umfang erfüllt werden, stimme ich aus allgemeinen politischen Gründen für die vorgeschlagene Resolution.</p>	
20. Juli 1917 - Freitag			
VOW-196-1	Das Friedensprogramm des Reichstags.	<p>Abstimmungsergebnis: mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17 Enthaltungen</p> <p>- Es ist kein Geheimnis, daß ein beträchtlicher Teil der neuen Mehrheit in dieser Frage vordem anders stand, als er jetzt steht. Und es ist keine Schande für ihn, daß er „umgelernt“ hat. An der Tatsache, daß der deutsche Reichstag und das deutsche Volk auf einen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen einzugehen bereit ist, kann trotz aller Rabulisterei jetzt kein Mensch von gesundem Verstande mehr zweifeln.</p> <p>- Von großer Bedeutung ist es auch, daß sich hier zum erstenmal in der deutschen Geschichte ein Willensakt der</p>	73

		<p>deutschen Volksvertretung, der die auswärtige Politik des Reiches entscheidend bestimmt, aus ihrer eigenen Mitte heraus gebildet und vollzogen hat. Es ist kein Geheimnis, daß diesem Willensakt starke und einflußreiche Kräfte entgegenstanden — er kam dennoch zustande.</p> <p>- In der Annahme dieses Programms liegt für die Regierung ein unwiderstehlicher Zwang, nach ihm zu handeln. Sie kann auf der künftigen Friedenskonferenz nicht mit Forderungen auftreten, die diesem Programm wider sprechen. Es ist darum von heute ab sehr gleichgültig, wie dieser oder jener einflußreiche Mann über die Kriegsziele denken möchte. Töricht wäre der deutsche Staatsmann, der sich durch Winkelzüge aus der Bindung dieses Reichstagsbeschlusses zu befreien versuchte. Zu bald müßte er erfahren, daß solche Versuche vollkommen aussichtslos sind.</p>	
BNN-365-1	Worte und Taten.	<p>Dem neuen Kanzler des Deutschen Reiches, Dr. Michaelis, fiel gestern die schwere Aufgabe zu, wenige Tage nach Uebernahme des von seinem Vorgänger hinterlassenen verworrenen politischen Lage allein durch Worte erst die Grundlage zu seiner Amtsführung zu legen</p> <p>- Da waren seit Wochen Worte gemacht worden, als ob es nur eines Beschlusses des Reichstags bedürfte, um morgen die Friedensverhandlungen zu eröffnen; Bethmann Hollweg stürzte darüber</p> <p>- Der Einzige, bei dem etwas wie Wille zur Macht durchklang, war der Führer der Sozialdemokraten Scheidemann.</p> <p>- Aus dem Satz:</p> <p>„Darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen. Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben.“</p> <p>wird die Mehrheit die Zustimmung zu einem Frieden ohne Erwerbungen und Entschädigungen herauslesen, die Minderheit die Zustimmung zu ihrer Forderung eines ehrenvollen Friedens nach Anerkennung unseres Sieges durch unsere Feinde, zumal das Ziel des Kanzlers, das wir nach seinen Worten in erster Linie erreichen müssen: Die Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeit und Vorbeugung der weiteren Verfeindung durch wirtschaftliche Absperrung nicht durch papierne Verträge erreicht werden kann. „Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution,“ wie ich sie auffasse, erreichen,“ erklärt Herr Dr. Michaelis und nun – weiß jeder genau, daß der neue Kanzler sein Mann ist.</p> <p>- „Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen!“</p> <p>Bleibt es nicht bei diesem Wort und entsprechen die Taten des Kanzlers fortan auch den Drohungen der Demokraten gegenüber seinen Worten – Scheidemann fühlt sich nach seiner gestrigen Rede heute noch als Herr der Lage – dann – so hoffen wir – werden wir trotz der unausbleiblichen üblen Folgen der gestrigen Kundgebung und der Redeübungen und diplomatischen Stilübungen zu dem herrlichen, machtvollen Deutschland kommen, zu dem uns unsere Heerführer und mit ihnen unser neuer Kanzler führen sollen.</p> <p>- Aber es fehlte auch sonst nicht an Widersprüchen an diesem Tage, man war so im – Reichstag.</p> <p>- Hindenburg rettete selbst im Reichstag wieder die Lage und setzte Worten – Taten entgegen.</p>	
21. Juli 1917 - Samstag			
VOW-197-1	Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz .	<p>Am 20. Juli ging das folgende Schreiben über die Teilnahme von Partei und Gewerkschaften an der Stockholmer Allgemeinen Sozialistenkonferenz an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter, z. H. des Genossen Wladimir Rosanoff z. Z. in Stockholm ab.</p> <p>- Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland</p>	76

		<p>vorhandenen annexionistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unzweideutig ihre Kriegsziele bekannt geben oder bei der Bekanntgabe als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Vergewaltigungen bezeichnen, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen. Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedensplattform des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt.</p>	
VOW-197-1	Die Stockholmer Tagung. - Eine Vorkonferenz der Ententesozialisten	<p>Den englischen und französischen Sozialisten ist durch Paßverweigerung und Maulkorbzwang die Möglichkeit genommen, in Stockholm zu verhandeln. So könnte die Beratung, die jetzt in Paris geplant wird, den Zweck haben, eine Art Ersatz für die vereitelten Teilnahme an den Verhandlungen, die in der nordischen Hauptstadt stattfanden, zu schaffen. Die persönliche Berührung mit Vertretern der kriegsgegnerrischen Länder würde vermieden, aber eine Auseinandersetzung über deren Standpunkt wäre gleichwohl in die Wege geleitet.</p>	
DZ-364-1	Wandlungen der Sozialdemokratie während des Krieges. – von Prof. Dr. J. Hashagen-Bonn	<p>Die Sozialdemokratie hat während des Krieges manche Wandlungen durchgemacht. Politisch die wichtigste ist offenbar nicht die niemanden überraschende Abspaltung der radikalen Minderheit von der Mehrheit selbst und besonders innerhalb der sie beherrschenden Scheidemanngruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es gibt doch zu denken, daß Scheidemann noch zu Neujahr 1915 seinen Sohlinger Wählern gegenüber seinen – Siegeswillen von neuem bekräftigt hat. Im selben Geiste verlaufen auch noch die Frühjahrsverhandlungen, die vor und nach dem Beginne der galizischen Offensive der Mittelmächte im Schoße der Reichstagsfraktion stattfinden. Es war während dieser bemerkenswerten Verhandlungen, als Scheidemann einen unentschiedenen Ausgang des großen Weltringens noch mit der ihm eigenen Energie anzweifelte. Er glaubte nicht an ein Remis. - Ende 1916, hat Scheidemann aber schon den denkwürdigen Ausspruch getan: <u>„Nur Narren können heute, im 28. Monat des Krieges, noch glauben, daß es der einen Mächtegruppe gelingen könne, die andere zu schlagen, daß sie ihr den Frieden diktiert.“</u> <p>Schon vorher war er in den Kampf gegen die von ihm mit der Narrenkappe geschmückten Alldeutschen und ihren bis zu den Fortschrittler und gar zu den imperialistisch angehauchten Sozialisten reichenden Anhang eingetreten. Zugleich hatte er unter Prägung neuer zugkräftiger Schlagwörter eine weitverzweigte Werbearbeit für den deutschen Verzichtfrieden eingeleitet, sie über die deutschen Grenzen, die er sonst so ängstlich respektiert, hinausgetrieben und damit den wachsenden Beifall angeblich wohlwollender Neutralen und sogar des feindlichen Auslandes gefunden. Auch die durch den Krieg zurückgeworfene Internationale ist dadurch zu neuem Leben erweckt worden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Gemeingefährliche dieser zuerst im Winter 1915/16 deutlich hervorgetretenen Kriegspolitik der Sozialisten, die dann im Laufe des dritten Kriegsjahre immer mehr internationale Initiative und immer weniger nationale Gewissenhaftigkeit entfaltet hat - Immer weiter entfernt sie sich von den Notwendigkeiten einer kräftigen Auslandspolitik. Immer weniger wird sie den Notwendigkeiten des furchtbaren deutschen Daseinskampfes gerecht - <u>So hat sie sich in der Epoche der Stockholmer Konferenzen von neuem durch die vielleicht bequemen Polster der Internationale verlassen</u> 	
DT-366-2	England und die Kanzlerrede. Carsons Hohn	<p>Kanzlerrede: unterscheidet sich nicht wesentlich von vielen anderen früheren Kanzlerreden, sie sei ein leere Schall</p> <ul style="list-style-type: none"> - England sei bereit, morgen zu unterhandeln, nicht aber mit dem Preußentum, sondern mit den besten Männern 	

		Deutschlands - Verhandlungen eröffnen, mit der Bedingung aber, daß es zuerst seine Truppen hinter den Rhein zurücknimmt.	
VOS-367-1	Konferenz des Kaisers mit den Parteiführern	Der Kaiser im Kreise der Bundesratsvertreter, des preußischen Staatsministeriums, der Staatssekretär, das Präsidium des Reichstags und die führenden Mitglieder der Reichstagsfraktionen	
VOS-367-1	Lloyd George bietet Frieden an. - von Dr. Wilhelm Dibelius, Professor an der Universität Bonn	Lloyd George: er sprach diesmal nicht vom knock out blow, von der Zerschmetterung Deutschlands, sondern machte ein Friedensangebot. Er sprach von einer Demokratisierung Deutschlands, die er erhoffte. Sowie sie erfolgt sei, würde es leicht sein, zum Frieden zu kommen - Bethmann Hollweg habe gesagt: „Wir wollen Belgien seinem Volke zurückgeben, aber e.)s muß ein Teil des deutschen Wirtschaftssystems, des deutschen Verteidigungssystems zu Wasser und zu Lande sein!“ (Daß der deutsche Kanzler niemals etwas derartiges gesagt hat, hat der Abgeordnete Ponsonby bereits im Unterhause erklärt, aber die Regierung hat Lloyd Georges Aeußerungen erneut unterstrichen - Die mesopotamische Frage müsse auf dem Friedenskongreß entschieden werden – nie wieder zur Türkei - Auch die Frage der deutschen Kolonien müsse dem Friedenskongreß überlassen werden. - Mit Bezug auf Belgien spielt Lloyd George Versteck. Er polemisiert in den heftigsten Ausdrücken gegen etwas, was der Kanzler nicht gesagt hat - Bethmann Hollweg hat für Deutschland Garantien dagegen verlangt, daß Belgien jemals wieder Einfallstor unserer Feinde werden könne. Dagegen offen vorzugehen wagt Lloyd George natürlich nicht, - es soll alles so werden wie es war: Belgien der festländische Brückenkopf Englands. - der Gesamtstaat nichts mehr zu sagen hatte und Oesterreich-Ungarn in ein Bündel von sich selbstbestimmten Nationalitäten aufgelöst war, deren jede sich als „kleine Nation“ der liebevollen Sorge der Entente zu erfreuen haben würde - Lloyd George zerschmetter nicht mehr, er beginnt zu verhandeln – so weit sind wir doch schon, nach nur fünfmonatigem U-Boot-Krieg - wie groß in England die Besorgnis vor den U-Booten und die Kriegsmüdigkeit ist. - Es ist gar kein Zweifel mehr, daß die Stimmung in England ganz außerordentlich schlecht ist. Sie ist noch lange nicht reif zu einem für uns ehrenvollen Frieden - seit wann datiert die Aenderung der englischen Kriegsstimmung? Seit dem 1. Februar	79
WAZ-11779-2	Die wankenden Bajonette. [Revolution und Kerenski in Petersburg]	In Petersburg ist die Revolution vom Stab des zuständigen Militärbezirkes formell für beendet erklärt - Die britische Rechenkunst glaubte, mit dem Sturz des Zarismus ihr Meister- und Musterstück geleistet zu haben - anglophile Kerenski - bei den sogenannten russischen Wirren handelt es sich nicht um vereinzelte Explosionen, sondern um einen Zustand. - Die Meuterer von Petersburg kämpfen auf ihre Art für den Frieden, die provisorische Regierung... in Wahrheit denn doch für den englischen Kapitalimperialismus - der unverhüllte Sachverhalt, demgemäß sich diese ganze Offensive als ein von England befohlener Vorstoß gegen das galizische Petroleumgebiet dartut	
22. Juli 1917 - Sonntag			
VOW-198-1	Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen.	1871 beklagte sich eine Abordnung elsäß-lothringischer Bürger bei der französischen Nationalversammlung wegen der Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland. - Die französische Nationalversammlung kümmerte sich wenig um die Abordnung und nahm am 1. März 1871 den Friedensvertrag mit überwältigender Mehrheit an: mit 546 gegen 107 Stimmen.	83

BNN-369-1	Carson über den Zeitpunkt für Unterhandlungen.	Kanzlerrede: unterscheide sich nicht wesentlich von vielen anderen früheren Kanzlerreden, sie sei ein leere Schall -England sei bereit, morgen zu unterhandeln, nicht aber mit dem Preußentum, sondern mit den besten Männern Deutschlands - Verhandlungen eröffnen, mit der Bedingung aber, daß es zuerst seine Truppen hinter den Rhein zurücknimmt.	
BNN-369-1	Die Entschließung des Reichstags. – von Professor Dr. Dietrich Schäfer	Eine Erklärung, deren Kern nichtssagend, inhaltsleer, geradezu sinnlos ist - trotz des unbeugsam bekundeten Vernichtungswillen unserer Gegner hat diese Mehrheit geglaubt, wiederum ihre Friedensbereitschaft betonen zu sollen - Mit skrupellosen Verdrehungen und heftigsten Schmähungen und Verdächtigungen, die jedem Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn Hohn sprechen, hat der Führer der Mehrheit das Verfahren zu rechtfertigen, Andersdenkende geistig und sittlich herunterzumachen versucht. -das Zentrum kann keinen Vorteil erhoffen von der Verelendung des deutschen Volkes und der grundlosen Schwächung des Deutschen Reiches, wie ein Scheidemann-Friede sie unausbleiblich zur Folge haben würde. <u>Man steht vor einem Rätsel</u> - die angeblichen Führer der Arbeiter bereit sind, ihre Schützlinge im Elend versinken zu lassen, allein um die internationale Geltung der Partei zu behaupten; sie leben des Wahnes, sie in Stockholm um diesen Preis erkaufen zu können. Parteigeist beherrscht unverhüllt die Lage im Kampfe um unser Dasein, der begonnen wurde mit der Losung: „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche“. - Denn der Beschluß vom 19. Juli 1917 kostet Tausende deutscher Vaterlandsverteidiger das Leben, allen Angehörigen unseres Volkes Opfer, die sich hätten ersparen lassen, wird vielleicht entscheidend für Deutschlands Untergang. Es ist unverständlich, wie deutsche Männer solche Verantwortung auf sich nehmen können. Ist es denn wirklich auch heute wieder so, wie es sonst in der deutschen Geschichte gewesen ist, erst der Einzelne, dann das Ganze, erst die Partei, dann das Vaterland? Will das lebende Geschlecht zerstören, was sein unmittelbarer Vorfahr aufgebaut? Die Entschließung geht vom Wort der Thronrede vom 4. August 1914 aus: „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Man begreift nicht, warum nicht hinzugesetzt wurde, was unmittelbar folgt: „Uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.“ - Den Rang unter den Mächten, den wir vor dem Krieg einnahmen, können wir nur behaupten, wenn uns über die Reichsgrenzen hinaus genügender Einfluß bleibt, um erfolgreiche Abwehr neuer Angriffe zu sichern, und wenn wir die ungeheuren Verluste des Krieges nicht allein aus Eigenem ersetzen zu haben. Wird das nicht erreicht, so bewahren wir den Platz, auf den uns Gott gestellt har, nicht für uns und alle kommenden Geschlechter. Wir sinken unrettbar hinab in die Stellung einer Macht zweiten Ranges; in der Welt können wir uns dann nur noch betätigen, soweit die großen Nationen das gestatten wollen, es ihrem Vorteile dient. Ein politischer Simpel, der in solcher Lage noch von „Freiheit der Meere“ faselt und „wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker“ glaubt hindern zu können. - Der Reichskanzler hat hinzugefügt: „Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen,“ und wenn er die Mitteilung gemacht hat, daß die „deutsche Armee mit ihren Führern mit diesen Erklärungen einverstanden sei, so ist kein Anlaß anzunehmen, daß das nicht mit dem gleichen Vorbehalt: „Wie ich sie auffasse“ zu verstehen ist. - Die Lebensbedingungen des deutschen Volkes werden ihr Richtschnur und Lenkseil sein, und es hieße Unrecht	

		üben, gegen die oberste Reichs- und Heeresgewalt, wollte man annehmen, daß sie diese Lebensbedingungen als gesichert ansähen beim Abschluß eines Scheidemann-Friedens.	
BNN-369-2	Hindenburgs Wort über den U-Bootkrieg.	„Der U-Bootkrieg wirkt! Das sagt genug“	
BTB-Weltspiegel 58-2	Das deutsche Museum geborgener französischer Kunstgegenstände in Maubeuge	Im Auftrage des Armeekommandos sind aus St.Quentin und Umgebung alle wertvollen Kunstwerke hinter die Kampffront gebracht worden, um so vor der Vernichtung gerettet zu werden. ein Haus in Maubeuge wurde dazu bestimmt, diese Kunstwerke aufzunehmen und auszustellen.	
BTB-369-1	Der nächste Schritt. – von Wolfgang Heine. Mitglied des Reichstags [Sozialdemokrat ,mit Revolution im Sinn]	Nur die Völker werden die Unbefangenheit haben, den alten Methoden der Täuschung und Gewalt in der Politik zu entsagen und an ihre Stelle das zu setzen, was im wirtschaftlichen Verkehr zivilisierter Völker längst als das Würdigste und auch das Vorteilhafteste erkannt worden ist. Offenheit und loyale Verhandlung. - Was der Reichstagsabgeordnete Scheidemann am 19. Juli von Eingriffen der Militärdiktatur in die Politik, namentlich in die Freiheit des Wortes in rein politischen Angelegenheiten angeführt hat, was er nachgewiesen hat von Begünstigung der annexionistischen Treibereien und Schimpfereien und der Unterdrückung aller Bestrebungen für Friedensbereitschaft und Verständigung, das trifft ein ganzes System und bestimmte Personen, deren Beseitigung Voraussetzung einer Zusammenarbeit von Parlament und Regierung für den Frieden ist.- Das heutige Regierungssystem aber führt zu der verzettelten Gesetzgebungsarbeit, die wir kennen, die sich bald in dieser, bald in jener Richtung versucht, und wenn die Parlamentsmehrheit nicht will, ihre Akten beiseite legt. Dies System lähmt die Arbeitskraft und das Interesse, sowohl das des Reichstags wie das der Behörden, führt zu Stagnation und Unfruchtbarkeit, zwingt zu agitatorischen Reden zum Fenster hinaus und zu rein dekorativen praktisch wirkungslosen Aktionen der Parteien, zur Scheu vor Initiative und Verantwortung auf allen Seiten, und lähmt die besten politischen Kräfte der Nation. - Die Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen, wozu auch selbstverständlich die Beseitigung der künstlichen Ungleichheit durch Wahlkreisgeometrie gehört, ist aber eine der Voraussetzungen für den Glauben des deutschen Volkes an den Friedenswillen seiner Regierung und für den Glauben der Welt an den Friedenswillen Deutschlands. Läßt sich diese Reform auch nicht von heute auf morgen vollenden, so muß doch der entschiedene Willen für ihren Beginn und ihre Durchführung unzweifelhaft feststehen. Dies ist aber erst der Fall, wenn in Preußen andere Männer die Geschäfte führen. Die demokratische und parlamentarische Regierungsform im Reich so gut wie in Preußen werden kommen; das steht fest wie die Tatsache dieses Weltensturmes, vor dem nichts Morsches mehr bestehen kann. Aber es macht für das Deutsche Reich und unser Volk einen großen Unterschied, auf welchem Wege sich dies unabweisliche Wandlung vollzieht. Die Kriegszeit wird dem Volke noch Anlaß genug geben, an die Tore zu pochen und die Erfüllung seines Willens zu fordern. Wer die Zeichen der Zeit erkennt, öffnet die Pforten vorher und wartet nicht ab, bis sie eingedrückt werden.	
DT-169-7	Zur Beschlagnahme der Glocken.	Zinn-Orgelpfeifen und Bronzeglocken werden eingezogen für Kriegszwecke; Ewiges Licht mit Petroleum, keine reine Wachskerzen	
DVB-10256-3	Ein Nachwort zur Reichstagstagung.	haben sämtliche Elsaß-Lothringer für die Entschließung gestimmt	
23. Juli 1917 – Montag			

VOW-199-1	„Kreuzzeitung“, Kaiser und Oberste Heeresleitung.	Die Angst der Sozialisten: Wenn man die Stimmen der feindlichen Kriegspresse überhört, so tönt einem immer wieder dasselbe Argument entgegen: „Der Beschluß des Reichstags bedeutet nichts, denn der Reichstag hat nichts zu sagen, er wird von der herrschenden Militärpartei als Luft behandelt“. Solche Darstellungen müssen die Wirkung des Reichstagsbeschlusses vernichten und das Ansehen des Reiches untergraben, wenn sie, statt von allen Stellen des Reichs zurückgewiesen zu werden, in einem Teil der Presse Bestätigung finden.	90
BBZ-Montag-1	Lloyd Georges Antwort an den deutschen Reichskanzler.	Er benutzt Belgien als Torwächter europäischer Freiheit. Und: Aber zum Schluß wird Belgien größer sein, als es je gewesen ist. – Zu Michaelis: eine Rede, die sich nach allen Seiten wendet. Sie enthält Sätze für die, die ernstlich den Frieden wünschen, aber es sind auch Sätze darin, die die militärischen Kreise in Deutschland verstehen werden, Sätze über die Sicherung der deutschen Grenzen. Das sind die Sätze, mit denen Elsaß-Lothringen annektiert worden ist, die seit 1914 Europa mit Blut getränkt haben, die Belgien und Kurland annektieren würden. - Was für eine Art Regierung die Deutschen sich wählen, das geht einzig das deutsche Volk selbst an, aber was für einer Regierung wir vertrauen können, um Frieden mit ihr zu schließen, das ist unsere Sache. Die Rede des deutschen Kanzlers zeigt nach meiner Meinung, daß die leitenden Stellen in Deutschland augenblicklich für den Krieg entschieden sind. In jener Rede ist keine Hoffnung für Belgien, es wird nicht einmal erwähnt. Die Ausdrucksweise der Rede ist aber voller Drohungen für Belgien. Das bedeutet, daß selbst, wenn die Deutschen Belgien wiederherstellen, die Wiederherstellung Lug und Trug sein wird. Belgien muß ein Volk, nicht ein Schutzgebiet sein. Zu England: Die Versorgung ist gesichert auf der Grundlage des gegenwärtigen Verbrauches, der nicht gesteigert werden darf. – Ziel: Die Ziel werden täglich klarer. Eine große deutsche Zeitung hat kürzlich gesagt, daß die Deutschen für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes kämpfen. Das ist niemals wahr gewesen. Wir ziehen ein freies Deutschland vor, wir könnten mit einem freien Deutschland Frieden schließen, aber mit einem von der Autokratie beherrschten Deutschland können wir unter gar keiner Bedingung Frieden schließen. – Aufbauend zu seinen Zuhörern: gibt uns den Mut, bis zum Ende zu kämpfen, da wir voll und ganz wissen, daß die Zukunft der Menschheit zu erhalten, und zu verteidigen, unsere Aufgabe ist.	
BNN-371-1	Die Antwort.	Rede in Belfast Carson: „Wenn die Deutschen Frieden brauchen, so werden wir morgen nicht mit dem Preußentum, sondern mit den besten des deutschen Volkes zu verhandeln haben. Als Vorbedingung für solche Verhandlungen sagen wir den Deutschen, daß sie hervortreten als Zeichen ihrer Aufrichtigkeit und als Beweis dafür, daß sie keine Gebietserwerbungen und keine Gewalt gegen andere beabsichtigen, anbieten, in Unterhandlungen einzutreten, unter der Bedingung, daß sie zuerst ihre Truppen hinter den Rhein zurückziehen.“ - Das Selbstverständlichste von der Welt, die Sicherung unserer Grenzen zur Vermeidung eines neuen Ueberfalles erregt bei Lloyd George Anstoß. Und warum? Lloyd George weiß am besten, daß wir zu unserer Sicherung Belgien nicht wieder französisch-englischem Einfluß ausliefern dürfen, und so dreht er den Spieß um und behauptet, daß die Rede des Kanzlers, der Belgien mit keiner Silbe erwähnt hat, voller Drohungen für Belgien wäre.- Aus der englischen Presse wissen wir, daß es in England schon seit April keine Kartoffeln mehr gibt und England unter größten Entbehrungen von der Hand in den Mund lebt; daß es auf tägliche Einfuhr angewiesen ist und dauernd angewiesen bleiben wird, da es selbst nur einen Bruchteil seiner Bedürfnisse erzeugen kann. - In Amerika darf Wilson, in Rußland Kerenski, in England Lloyd George die staatlichen	

		Energien in sich vereinigen – doch nur als Autokraten –, nur in Deutschland, wo die staatlichen Gewalten schon mehr als irgendwo sonst geteilt sind, soll – der Glaube wird wenigstens erweckt – die Demokratie die starke Monarchie ablösen, bevor unsere Feinde mit uns Frieden schließen wollen - Lloyd Georges letzte Rede beweist ebenso wie die Carsons, daß niemand daran denkt, die Friedenskundgebung der Reichstagsmehrheit ernst zu nehmen oder darauf zu verzichten, die eigenen Kriegsziele zu erkämpfen, bevor an Frieden gedacht werden kann. – Worauf es unseren Feinden ankommt, ist ja die Störung der Geschlossenheit und Gesinnungseinheit des deutschen Volkes.	
BTB-370-1	T.W. [Theodor Wolfis Antwort.]	Sarkasmus pur für den neuen Reichskanzler und winken mit der Revolution: Damit die „konstitutionellen Grundlagen“ nicht ernstlich gefährdet werden, damit <u>in schwer bewegter Zeit der am höchsten ragende Pfeiler des Gebäudes in ruhiger Stetigkeit dastehe</u> , wird man genötigt sein, das Mittel anzuwenden, das in allen anderen Ländern vorausschauende Staatsweisheit zur Verhinderung von Erschütterungen, zur Ablenkung der Stürme ersann. Man wird, wie dort, die Volksvertretung an der Regierung beteiligen, bei der Ernennung oder Absetzung der Männer, die das Schicksal des Volkes leiten, mit einem unkontrollierten Geheimverfahren brechen, wird aussprechen müssen, daß von nun ab das vom Volk gewählte Parlament, und also das Volk selber, die Mitentscheidung, die Mitverantwortung für das Bleiben oder den Sturz der Regierungen und für alle Lebensfragen übernimmt. Man rufe doch nicht, um diese Neuordnung zu hindern, oder Krüppelgewächse, wie einen Reichsrat, zu empfehlen, die Abneigung der Bundesstaaten an! Es kann nicht schwer sein, den Bayern und Württembergern zu zeigen, daß auch ihr Interesse stärkeren Schutz gegen Mißgriffe, vermehrte Sicherung des Reichsganzen, Ausübung wirklicher Macht durch den Reichstag verlangt.	94
WAZ-11780-1	Die russische und die englische Lüge.	Kommentar zu Lloyd Georges Rede zu Rußland und Belgien – der Zwiespalt und die Heuchelei in seinen Reden	
24. Juli 1917 – Dienstag			
BNN-373-2	Die Alandinseln – ein neues Gibraltar.	England nimmt die Alandinseln vor Schweden in Besitz und baut sie als Gibraltar des Nordens aus.	98
BNN-373-1	Die Adler fliegen ...	Kommentar zum Reichstagsbeschluß des Verzichtfriedens; Aufruf zum Sieg über den Feind, für ein neues, ein herrliches Deutschland	
DT-170-1	Warum? – von Max Graf Bethusy Huc	Ein Deutschland, das zweifelhafter Geschäftsvorteile wegen einen Krieg beinahe scheue, war die Fata Morgana unserer Gegner - Es ist verständlich, daß der Feind aus solcher Erkenntnis heraus kein Mittel unversucht lassen darf, die monarchische Staatsordnung und Stimmung nach allen Seiten hin und mit allen Mitteln zu unterminieren, um das, was er mit Waffengewalt nicht zu erreichen vermag, nun doch mit ihm gelegeneren Meuchelmord zu vollenden. - Kein Einsichtiger wird leugnen, daß im Wehrstande vieles den neuzeitlichen Verhältnissen nicht mehr genügend Rechnung trug. Es gehört aber angesichts der derzeitigen Leistungen ein merkwürdiger Mut dazu, diese aus dem Werdegang der Armee erklärlichen und natürlichen Verhältnisse als böswillige Hemmungen einer gesunden Entwicklung des ganzen Staatswesens anzusehen, fast das Gegenteil ist der Fall, die Bremse war heilsam - Schwer verständlich ist es und schmerzlich, wenn im eigenen Lager, milde gesagt, Philister ihren weltumspannenden Verstand und Bildungsvorrat ausgiebiger dazu benutzen, um den Feind und den ihm dienstbaren Ansichten mehr Verständnis entgegenzubringen als dem eigenen Vorteil und dem heimischen politischen Gegner -Aber warum scheidet sich nicht die gesunde Vernunft, die in allen Parteilagern reichlich hinter den alten Parteiphrasen zu finden ist, von diesem kriegverlängernden Geschwätz? Warum wirkt die Irrleitung auch noch bei sonst normalen Menschen oft so stark, daß jeder, der den Kriegspfad	

		<p><u>schweigsam bis zum Erfolg gehen will, als Kriegshetzer und -verlängerer angesehen wird</u>, trotzdem es wohl niemand gibt, der gesunden Sinnes diesen Kampf unnütz auch nur um einen Tag fortzuführen wünscht - wie jetzt der Feind hohnlächelnd sich an unseren erbitterten Erörterungen über noch nicht feststehende Bilanzposten erfreut – Mit Vorbedacht überall ein fernes Kriegsende in Rechnung stellen und, sparsam an Worten, in der Öffentlichkeit stets mehr von der Tatsache des Kriegswillens als von der an sich selbstverständlichen Friedensbereitschaft reden und reden lassen, das ist der Weg zu dem Augenblick, in dem unsere militärischen Erfolge zu politischen Ergebnissen ausreifen werden. – <u>Mit jeder anderen Taktik stellen wir dem Feinde, welchem auch immer unter ihnen, ein moralisches Relais auf seinem erfolgssarmen Kriegspfade. Wir werden damit unfreiwillige Bundesgenossen für ihn fast ebensoviel wert wie die mehr oder minder unfreiwillig hinzutretenden Waffengenossen.</u> - ... ihre Massen noch in der Verblendung halten, der gewalttätige Eroberer, als den sie Deutschland hinzustellen wagen, würde sich in seinen maßlosen Forderungen als verhandlungsunfähig erweisen. Bezeichnend ist, daß sie sich nicht scheuen, im gleichen Atem ihre uferlosen Pläne zur Zerstörung der Mittelmächte bekanntzugeben. <u>Ein neuer Beweis dafür, daß die unsinnigsten Behauptungen, welche mit der nötigen Frechheit und Sicherheit stets wiederholt werden, eine beinahe sichere Massenwirkung haben.</u></p>	
DVB-10258-1	Was unsere Feinde wünschen und hoffen.	<p>Lloyd George nennt das von Deutschland im Sommer 1914 Belgien gemachte Anbot den „Vorschlag eines Mörders“, trotzdem es nachgewiesen ist, daß in den belgischen Festungen bereits französische und englische Garnisonen lagen - Lloyd George genügt das, was Dr. Michaelis bezüglich der „Demokratisierung“ gesagt hat, nicht, er erfrecht sich einen unerhörten Eingriff in die Rechte Deutschlands, indem er erklärt, England werde darüber bestimmen, mit welcher deutschen Regierung es Frieden schließen wolle. - Die derzeitigen Machthaber Rußlands verweisen auf die Revolution und die dadurch geschaffene Umwälzung und sie meinen, daß bei uns etwas Aehnliches geschehen müsse, wenn es zu einem dauernden Frieden kommen solle. Gerade jetzt zeigen sich aber in den Reihen der russischen Armee die Folgen einer übel angebrachten und mißverstandenen „Demokratisierung“ durch die Auflösung jeglicher Disziplin, so daß Kerenskij die russischen Soldaten beschwören muß, zu kämpfen und nicht angesichts des Feindes politische Versammlungen abzuhalten. <u>Es ist begreiflich, daß es der heiße Wunsch Englands wäre, derartige Erscheinungen auch in den Armeen der Mittelmächte auftreten zu sehen, denn dann wäre auf unblutigem Wege, ohne alle weiteren Mühen und Opfer das erreicht, was auf den Schlachtfeldern vergeblich angestrebt wurde: die Vernichtung unserer militärischen Organisation im Wege der Auflösung und Zersetzung.</u> - Ein Zurückweichen, ein Nachgeben wäre im gegenwärtigen Augenblicke nicht nur feig und charakterlos, sondern auch eine unverzeihliche Dummheit, weil sie uns um die Früchte unseres Sieges bringen würde, des Sieges, den uns weder die Waffen, noch die Rabulistik unserer Gegner mehr streitig machen kann. <u>Es gibt Individuen, die sich die traurige Aufgabe gestellt haben, unter der Bevölkerung die Anschauung zu verbreiten, daß es nichts Besseres und nichts Klügeres geben könne, als so rasch als möglich und wenn es sein muß, um jeden Preis zu schließen.</u> - <u>Es gibt für unsere Feinde keine andere Möglichkeit mehr, ihre Wünsche erfüllt zu sehen, als wenn wir freiwillig dazu beitragen</u></p>	
DZ-369-1	Muß Deutschland demokratisch werden?	<p>daß Deutschland sich demokratisieren müsse, wenn es jemals Frieden haben wolle. Ein nicht demokratischer Staat sei eine Gefahr für den Weltfrieden. Mit einem solchen könne die Entente niemals Frieden schließen - Die Behauptung, daß ein nichtdemokratischer Staat und</p>	103

		<p>überhaupt alle Staaten, die den herrschenden Demokratien nicht passen, eine Gefahr für den Weltfrieden sind, ist vollkommen richtig - . Die Erfahrungen des letzten Menschenalters liefern den Beweis dafür. In diesem Zeitraum fiel die amerikanische Demokratie über Spanien her, um ihm den Rest seines Kolonialbesitzes zu entreißen, fiel die britische Demokratie über zwei südafrikanische Freistaaten her, um sie gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu annektieren, fiel die italienische Demokratie die wehrlose Türkei an wie ein Dieb in der Nacht, um ihr ein Land zu entreißen, dessen Bewohner gewillt waren, unter türkischer Herrschaft zu bleiben, eroberte die französische Demokratie im Widerspruch mit feierlich bekräftigten internationalen Verträgen das bis dahin unabhängige Marokko. In der Tat sind die nichtdemokratischen Staaten eine beständige Gefahr für den Weltfrieden, weil sie durch ihr bloßes Dasein die Raubgier der Demokratien reizen. - Es ist kein Zufall, daß die Demokratie aus Amerika stammt. Denn sie ist das politische Produkt des Geistes, den man Amerikanismus nennt, dem die Quantität alles, die Qualität nichts ist, der überall, wohin er kommt und siegt, alles Urwüchsige vertilgt und dem modernen Leben den Zug seiner unoriginalen Banalität gibt. Nicht zur Schande, sondern zum Ruhme wird es dem deutschen Volke einst gereichen, daß es diesem Geiste so lange widerstanden hat. - Eine Verfassung, deren Produkt Tammany Hall [<i>Haus und Organisation der Demokratischen Partei in New York seit 1786</i>] und all die „bosses“ und „gangs“ sind, die, wenig besser als gemeine Spitzbuben, sich zur ewigen Ehre des amerikanischen Volkes der Verwaltung seiner größten Städte zu bemächtigen wußten, ein Wahlrecht, das den Schlamm der politischen Korruption in den Vereinigten Staaten zu solcher verderblichen Höhe ansteigen ließ, daß das Wort „politician“ den Sinn eines skrupellosen Parasiten des Gemeinwesens gewonnen hat, - Die Demokratie, sagen sie uns, ist die Krone der Gerechtigkeit im politischen Leben. Hat diese Krone der politischen Gerechtigkeit den Charakter der Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener veredelt, hat sie nicht in all diesen Ländern eine politische Korruption erzeugt, von der wir in Deutschland glücklicher Weise nichts wissen? Was ist das für eine Freiheit, deren vornehmstes Produkt eine mit faustdicken Lügen arbeitende Demagogie ist, die in vielen demokratischen Staaten die Atmosphäre so vergiftet hat, daß ehrenwerte, sich selbst achtende Männer sich grundsätzlich von der Politik fern halten? - Kein Volk bildet sich auf seine Demokratie mehr ein als die Franzosen. Was aber haben sie der allein seligmachenden Demokratie zu verdanken? Ein unheimliches Wachsen des Alkoholismus, ein Sinken der Geburtenziffer, die das Land aus der Reihe der Großmächte streicht, Stagnation von Handel und Gewerbe, Korruption und Günstlingswirtschaft im öffentlichen Leben, - Die Frage, ob Deutschland sich demokratisieren soll, ist zugleich die Frage, ob in diesem Kriege der deutsche oder der angloamerikanische Geist, Hindenburg oder Wilson triumphieren soll. Können wir aus eigenen Mitteln nichts besseres schaffen als eine Imitation der amerikanischen Fabrikware, die uns Herr Wilson aufzwingen will, so haben wir den Krieg mit einer moralischen Niederlage beendet. Dann haben wir drei Jahr lang für einen ungeheuren Irrtum gekämpft und geblutet, dann ist das deutsche Volk nicht wert, sein eigenes selbständiges Dasein zu leben, dann hat das Volk Bismarcks in der Politik nur noch die Bestimmung ein gefügiger Satrap [<i>Gouverneur einer Provinz</i>] der angloamerikanischen Weltherrschaft zu werden.</p>	
25. Juli 1917 – Mittwoch			
VOS-374-4	Der amerikanische Senat zur Kanzlerrede. [Senator Lewis u. King]	Senator King sagte: Es ist eine Torheit, in diesem Augenblick über den Frieden zu sprechen. Wir sind in den Krieg eingetreten, um ihn zu gewinnen und wollen nicht von Frieden reden, bevor Deutschland nicht um Frieden fleht und Reue zeigt über sein Unrecht und über die	105

		Schandtaten, die es begangen hat.	
NAZ-203-1-A	Eine amerikanische Stimme zur Rede des Reichskanzlers. [Senator Lewis]	Lewis antwortete: Die russische Revolution hat in Deutschland großen Eindruck gemacht. Es ist meine Ueberzeugung, <u>daß in Deutschland bereits Einflüsse im Werke sind, die Anlaß zu großen inneren Reformen sein werden</u>	
NAZ-203-1-M	„Wir führen einen Revanchekrieg!“ – Ein französisches Geständnis. [Edourad Driault]	Unsere Diplomatie arbeitete unausgesetzt daran, das Deutsche Reich zurückzudrängen, das allmählich eine starke Stellung auf dem Weltmarkte einzunehmen begann und sich dadurch England zum Feinde machte. Jede Politik, die dazu diente, Deutschland zu schwächen, wurde von Frankreich mit allen erdenklichen politischen Kunstgriffen unterstützt.- Schritt für Schritt kam man dem Ziele näher: Deutschland den Hals zuzuschnüren und es ein für allemal zwingen, von seinen handelspolitischen Expansionsplänen abzustehen. Nur ein Krieg konnte Deutschland von dem Griff, der es zu erdrosseln drohte, befreien. Darum können die deutschen Staatsmänner mit Recht behaupten, daß die Initiative, Deutschland zu schwächen und zu verkleinern, von Frankreich ausgegangen ist. Wir führen einen Revanchekrieg!“	
DT-171	Ein neues Belgien-Buch.	Jetzt tritt zu diesen eine von vorbildlicher Sachlichkeit getragene, mit einer Urkundensammlung verbundene Darstellung der Entstehungsgeschichte und des Rechts der belgischen Neutralisation und Neutralität [„Die Neutralisation und die Neutralität Belgiens“ Verlag Friedrich Andreas Perthes A.G., Gotha 1917.]. Verfasser ist der unermüdliche Völkerrechtsforscher Dr. Karl Strupp, der Mitherausgeber des „Jahrbuchs des Völkerrechts“. Die fast nüchterne, kühle, an den historischen Quellen genährte Darstellung wird denen, die zu einer klaren und objektiven Erkenntnis kommen wollen, die beste Führerin sein.	
DRB-374-1	Einverleibungen und Kriegskostenentschädigungen. – von Fr. W. Mader.	Ein Friede ohne Einverleibungen und Entschädigungen! Wie großmütig, wie edel – den Feinden gegenüber, nicht aber dem eigenen Volk! Schuld an unseren schlechten Erfahrungen mit einverleibten, ja nur wieder zurückeroberten Gebieten, ist die jämmerliche Politik der Leisetreterei, Nachgiebigkeit, Geduld und des unentwegten Entgegenkommens, die schwächliche Duldung jeder Hetze gegen das Deutschtum im eigenen Lande. Aber wir, wenn wir von vornherein mit gar keinen Forderungen kommen, was sollen wir erreichen?	
26. Juli 1917 – Donnerstag			
NAZ-204-2-M	Der Kriegswille der Entente.	Es ist unmöglich, sich nach dieser Rede noch einer Täuschung darüber hinzugeben, daß der mächtigste Mann Englands auch heute noch auf dem Standpunkte steht, der Krieg müsse durch vollständige Niederringung Deutschlands beendet werden. Die Männer, die heute noch Englands Geschick leiten, wollen keinen Verständigungsfrieden, und da England die Vormacht in der Entente ist, so muß man mit Ruhe und Gefäßtheit dieser ernsten Tatsache ins Gesicht sehen. Nichts wäre verderblicher, als sich einer verhängnisvollen Selbsttäuschung hinzugeben und unerreichbaren Phantasiegebilden nachzujagen	108
DVB-10260-2	Der Weg zum Frieden.	Erst das Eingreifen Englands, dessen Besorgnis um die Stellung als Beherrscher der Meere seinerzeit durch das offene Hinarbeiten auf den „Zweimächtestandard“ und die Einkreisungsbestrebungen König Eduards zutage getreten ist, hat alle in den verschiedenen Staaten bestandenen, gegen Deutschland gravitierenden Strömungen vereinigt und hiedurch den Weltbrand hervorgerufen. - Bei seinen gegen Deutschland gerichteten Einkreisungsbemühungen ist König Eduard von England im Jahre 1908 sogar an den Monarchen unseres mit Deutschland verbündeten	

		<p>Vaterlandes dem Ansinnen herantreten, der gegen das Deutsche Reich zu gründenden Koalition beizutreten, Kaiser Franz Josef antwortete damals ablehnend.</p> <p>- Wohl ausdrücklich nur mit dem Hinweisse darauf, daß er der Bundesgenosse des deutschen Kaisers sei und daß er den Bundesgenossen nicht verraten könne. Immerhin dürfte aber der innere Grund dieser Ablehnung die Erwägung gewesen sein, daß England zwar gerne die Mitwirkung der Völker Oesterreich-Ungarns zur Zerstörung des Deutschen Reiches gewinnen möchte, daß aber nach Ueberwindung Deutschlands das nächste Opfer eben Oesterreich-Ungarn sein würde, von dem ja Rußland, Serbien und vielleicht auch Italien größere Gebiete erstrebten. Oesterreich-Ungarn mußte also treu zu Deutschland halten, weil es nur beim Bestande dieses Bündnisses die Möglichkeit hatte, seinen eigenen Bestand zu sichern. Dieselben Beweggründe wie bei Oesterreich-Ungarn waren in der Folge für die Türkei und Bulgarien maßgebend für den Eintritt in den Krieg auf Seite der Mittelmächte. Speziell Bulgarien wurde von England vor die Wahl gestellt, entweder auf Seite der Entente zu treten oder von derselben als Feind behandelt zu werden,-</p> <p>Nachdem Oesterreich-Ungarn abgelehnt hatte, sich gegen Deutschland zu stellen, wurde das kleine Serbien von England dazu ausersehen, gegen Oesterreich-Ungarn den bissigen Köter zu spielen, welcher den Nachbar solange zu reizen hatte, bis diesem die Geduld ausginge. Dies geschah schließlich durch die Ermordung des Thronfolgerpaares unter den Auspizien der Belgrader Regierung. Dieser nichtswürdige Mord war wohl die Veranlassung, aber bei weitem nicht der Grund zum Ausbruche des Weltkrieges. Hätte Oesterreich-Ungarn nicht wegen des Mordes von Sarajewo Ernst gemacht, so wäre in Bälde eine andere Herausforderung von Seite Serbiens erfolgt, etwa die Ermordung des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, kurz irgendeine Zumutung, die sich ein Großstaat unmöglich gefallen lassen kann, damit dann die mitverschworenen Großstaaten England, Rußland und Frankreich offen die Partei des kleinen Friedensstörers ergreifen können.</p> <p>- es hat sogar auf Seite Deutschlands Leute gegeben, die anlässlich des Friedensanerbietens vom Dezember 1916 wegen des Londoner Vertrages den Russen den Abschluß eines Sonderfriedens nicht zumuten zu dürfen glaubten</p>	
27. Juli 1917 – Freitag			
VOW-203-2	<p>Der Widerstand gegen einen baldigen Frieden.</p> <p>[Englands Imperialismus]</p>	<p>Der größte Widerstand gegen einen baldigen Frieden kommt von Frankreich, England und Amerika - Frankreich verblutet zweifellos, die Regierung hält aber krampfhaft die Kriegsstimmung aufrecht durch die Hoffnung auf Elsaß-Lothringen. England hat seine Kriegsziele erreicht: es hat Deutschland in der ganzen Welt unpopulär gemacht, seinen Welthandel gelähmt, seine Kolonien erobert, Arabien von der Türkei getrennt und sich in Süd-Persien und Mesopotamien festgesetzt - England hat, trotz allem Liberalismus, namentlich in den letzten Jahren seine Stellung auf Ausbeutung aller Weltteile aufgebaut, und zwar durch zahlreiche Kriege. Allein seit 1871 hat es 84 Kriege geführt und 59 Millionen Menschen unter seine Herrschaft gebracht. Nirgends kann das Wort Imperialismus mit solchem Recht gebraucht werden, wie bei England</p>	111
DZ-376-2	<p>Ein paar Fragen an Herrn Scheidemann, M.d.R.</p> <p>[Beispiel der „Dolchstoßlegende“]</p>	<p>Sie stellen Forderungen, die Sie, wie man das gemeinhin nennt, durch Drohungen unterstützen!</p> <p>Zwei haben einen Streit miteinander. Da kommen Banditen und überfallen das Haus, in dem beide miteinander wohnen, und um das sie hadern. Die Räuber wissen von dem Zwist und rechnen mit der Uneinigkeit ihrer Opfer. Der stärkere der beiden wirft sich ihnen entgegen. Mit jeder Faust hält er einen der Strolche an der Gurgel; einen dritten wehrt er durch Fußstritte ab. „Gib mir die Axt!“ schreit er dem Hausgenossen zu. „Einen Augenblick!“ meint der.</p>	

		<p>„Denkst Du an unseren Streit, lieber Freund? Andermal bist du der Stärkere. Jetzt bin ichs. Die Axt hat Zeit. Aber sieh! Ich habe einen Dolch hier, den mir zu überlassen Du einst unvorsichtig genug gewesen bist! Willst du mich für die Zukunft als Herrn in unserem Hause anerkennen? Dann sei so gut – aber bitte gleich! Sonst geb ich Dir nicht nur die Axt nicht, sonst stoß ich Dir vielleicht noch obendrein mein Eisen zwischen die Rippen! Mit unseren Gegnern werd' ich mich hinterdrein verständigen. Siehst Du nicht, wie sie mir zuwinken?“</p> <p>- Welche Politik würden Sie nach dem Frieden dem Reichskanzler, der dann im Amte sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber empfehlen, falls während des Krieges die genössischen Arbeiter-Organisationen der Heimat, z.B. durch Begünstigung von Ausständen innerhalb der Munitionserzeugung, oder gar durch Werbearbeit dafür, unserer Kriegführung nachweisbar ernsthaft Schwierigkeiten bereitet und so das Reichsinteresse geschädigt haben sollten?</p> <p>- dieser „Entrechteten“ und „Enterbten“, die es, wohlverstanden, nirgendwo in der Welt, in keiner Demokratie und keiner Republik, so gut haben und so viel tatkräftigem, gutem Willen begegnen, als bei uns</p>	
DTZ-379-2	Was Herr Scheidemann möchte.	<p>„Hoffentlich wird man nicht in den alten Fehler verfallen, Rußland einen Sonderfrieden anzubieten. Wenn aber Rußland selbst den Frieden wollte, sollte man ihm sagen, daß nach keiner Seite hin deutsche Eroberungsabsichten bestehen und die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Belgiens, die Unversehrtheit Frankreichs auf alle Fälle gewährleistet sei.“</p> <p>- Die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Rußland soll also nicht deutsche Heere entlasten und sie schnellere Herbeiführung eines deutschen Sieges und damit des Weltfriedens ermöglichen, sondern sie soll lediglich dazu benutzt werden, den deutschen Sieg um jeden Preis zu verhindern. In französischen offiziellen Kreisen ist man der Auffassung, daß ein Friede ohne völliges Niederzwingen eines Gegners undenkbar sei. Herr Scheidemann will diese Niederzwingung verhindern, und da er nach dem Erfolg an der Ostfront nicht mehr, wie noch vor kurzem in seiner langen Reichstagsrede einen militärischen Sieg Deutschlands in das Reich der Fabel verweisen kann, so ist er für eine ausgesprochenste diplomatische Niederlage Deutschlands zu haben. Anders lassen sich seine Worte nicht verstehen.</p> <p>- An ein Entgegenkommen irgendwelcher Art sei auch dann, wenn Deutschland freiwillig auf Elsaß-Lothringen verzichten und sich demokratisieren sollte, nicht zu denken.“ Damit ist klar gesagt, und die Ausführungen im englischen Unterhaus decken sich damit, daß die feindlichen Eroberungsabsichten weiterhin ungebrochen bestehen.</p> <p>- Es ist nun bezeichnen, daß gerade in dem Augenblick, da die deutschen Heere in den Entscheidungskampf eintreten, Herr Scheidemann diese Ausführungen macht und mit derartig oberflächlichen Begriffen in Massenveranstaltungen hausieren geht. Das Lebensrecht eines großen Staates ist schließlich etwas anderes, als das eines künstlich geschaffenen geographischen Begriffes, wie es Belgien als Staat gewesen ist.</p>	
DTZ-379-1	Grenzschutz.	<p>Unter deutscher Oberherrschaft wird Belgien ein Gebiet werden, das verteidigt werden kann und mit Sicherheit wirksam verteidigt werden wird.</p> <p>- Käme Belgien nicht unter deutsche Oberherrschaft, so würde es Aufmarschgebiet unserer westlichen Feinde, würde Brückenkopf für Großbritannien, für Landungen, würde beherrschender Stützpunkt für die britische Flotte vor dem deutschen Nordseewinkel und würde außerdem eine ungemein gefährliche Basis für Luftstreitkräfte unmittelbar am Herzen der Industrie- und Kohlegebiete des deutschen Westens - Die fortifikatorische und strategische</p>	

		<p>Natur der belgischen Grenzen nach außen spielt dabei, was kaum gesagt zu werden brauchte, eine überaus bedeutende Rolle.</p> <p>- Wäre man 1871 der Forderung des deutschen Generalstabes gefolgt und hätte den Franzosen Belfort genommen, was damals niemand hätte hindern können, so hätten die Dinge an einer solchen deutsch-französischen Grenze und durch sie unvergleichlich günstiger für das Deutsche Reich gelegen</p> <p>- Allerdings gehört es vielleicht zu den ethischen Theorien der sogenannten Reichstagsmehrheit und ihrer Presseorgane, durch Schwäche und daraus sich ergebende konstante Nachgiebigkeit einen dauernden Frieden walten zu lassen.</p>	
DRB-379-1	Lloyd George, der Friedensfeind.	<p>Lloyd George hat in seiner letzten Rede gesagt, er würde mit einem, wie er sich ausdrückt, „von der Autokratie beherrschten“ Deutschland unter gar keiner Bedingung Frieden schließen. Das ist, mit anderen Worten ausgedrückt, die Ankündigung, daß er mit Deutschland nicht verhandeln will, so lange die Hohenzollern auf dem Thron sitzen</p> <p>- Lloyd George hat sich damit als einen „Feind des Friedens“ hingestellt. Seine den Geist der übermütigen Anmaßung der kriegswütigen Despoten und Eroberer aller Zeiten atmende Aeußerung ist die krasseste, das Friedensverlangen aller Völker verhöhnende, maßlose Blutrunktheit verratende Herausforderung</p> <p>- Eine Lage, die gestattet, einem im Kriege bekämpften Lande seine künftige Regierungsform vorzuschreiben, setzt dessen völlige Niederwerfung, ja Knechtung voraus</p> <p>- . Lloyd George will also nach seinen Worten den Krieg fortgesetzt wissen, bis Deutschland so jeder Macht beraubt worden ist, daß es sich den ehrlosesten Bedingungen seiner Feinde unterwerfen müßte.</p> <p>- Lloyd George der größte Friedensfeind ist, den es gegenwärtig gibt - . Dagegen hat die deutsche Reichstagsmehrheit ihn durch ihren Beschluß nur gestärkt, denn dieser Beschluß hat Lloyd George und seine kriegswütige Gefolgschaft nur in dem Wahn bestärken können, daß das deutsche Volk anfangs, sich dem Willen der Entente zu beugen, um Frieden zu erhalten. - . Lloyd George erhebt deshalb die maßlosesten Ansprüche, weil er hofft, dadurch die Reichstagsmehrheit noch mehr einschüchtern und für Ententezwecke noch williger machen zu können. Daß die Friedensentschließung der Mehrheit Erzberger-Scheidemann uns dem Frieden nicht näher gebracht, sondern im Gegenteil die Hoffnungen und Ansprüche unserer Feinde nur noch gesteigert hat, beweist die Rede Lloyd Georges mit ihren übermütigen Ansprüchen deutlich. Lloyd Georges Lockungen, daß er mit einem „freien“ Deutschland Frieden schließen könne, richten sich an die Adresse der Erzberger-Scheidemann. Sie sollen damit angereizt werden auf dem beschrittenen Wege fortzufahren. Je „freier“ Deutschland, „um so mehr gefällt es uns,“ lautet sein ermunterndes Lob für die Mehrheit im Reichstage.</p> <p>- <u>Er hat gesagt, welches Deutschland England „gefällt“.</u> <u>- „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre.“ Schiller</u></p>	
BNN-379-1	Verbot des Erscheinens	Durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken ist das Erscheinen der „Berliner Neuesten Nachrichten“ bis auf weiteres verboten worden.	
28. Juli 1917 – Samstag			
TR-381-1	Rheinufer und Kriegszielrevision.	<p>Carson hatte gesagt, daß „Verhandlungen mit Deutschland, welcher Art sie auch seien, erst beginnen könnten, wenn die deutschen Truppen über den Rhein zurückgezogen seien“. Und Bonar Law trug keinen Augenblick Bedenken, zu erklären, er stelle sich durchaus auf den Boden Carsons. Doch sein friedensfreundlicher Gegner ließ nicht locker und stellte die weitere Frage: „Berücksichtigen Bonar Law und</p>	116

		<p>Carson auch, daß die beiden Rheinufer ein erhebliches Gebiet Deutschlands ausmachen?“ Der Staatssekretär erwiderte, daß er diese Tatsache nicht verkenne.</p> <p>- Wir stehen also vor der Tatsache, daß England nicht nur die französischen Kriegszielwünsche unterstützt, sondern darüber hinausschießend eine Forderung stellt, die einer absoluten Zertrümmerung Deutschlands gleichkommt. Diese Tatsache kann all denen, die noch an das Heuchlertum eines englischen Friedens auf der Grundlage der Verständigung der Völker glauben möchten, nicht eindringend genug vorgehalten werden.</p> <p>- Frankreich ist natürlich weise und schweigt. Es wird doch keiner so unvernünftig sein, etwas öffentlich abzulehnen, was man ihm schenken will. Und zumal wenn dieses Geschenk eine alte politische Sehnsucht darstellt, die man nur begraben hat, weil die Erfüllung unmöglich erscheint</p>	
TR-380-2/ DT-378-1/ DTZ-380-1	<p>Die „harmlosen“ englischen Hospitalschiffe. [Kommentare zum Text von „Tägliche Rundschau“, „Der Tag“ und „Deutsche Tageszeitung“]</p>	<p>Die „Daily Mail“ vom 29. Juni schreibt u.a.: Der in dem Mesopotamienbericht behandelte furchtbare Vorfall, der sich bei Ausladung von Munition aus dem Hospitalschiff „Barela“ ereignete, dürfte die späteren Versenkungen von Hospitalschiffen durch die Deutschen rechtfertigen. Sicherlich ein Grund mehr, daß jemand gehängt werden sollte.</p>	
TR-380-2	<p>Lloyd George und Belgien.</p>	<p>Belgien: welche Mühe englische Staatsmänner auf die Gründung dieses Zwitterstaates verwendet haben, damit er als Bollwerk England gegen jedwede Einwirkung des europäischen Festlandes schütze</p> <p>- Kann jemand daran zweifeln, daß ein von uns wieder preisgegebenes Belgien nach dem Kriege mit Hilfe der von Lloyd George durch glänzende Versprechungen aufgestachelten Bevölkerung zu einem Einfallstor in unsere rheinischen und westfälischen Industriegebiete umgewandelt würde?</p>	
DZ-378-2	<p>Friedensentschließung und der Friede.</p>	<p>Herr Scheidemann sagte in der Reichstagsitzung vom 19. Juli: „Wenn eine solche Resolution auch im englischen Unterhause von einem Kanzler (will sagen: von einem englischen Premierminister) so beantwortet würde, wie die hier beantwortet worden ist – morgen könnten die Friedensverhandlungen beginnen.“ - Er und seine Gesinnungsgenossen scheinen nicht begreifen zu wollen oder nicht begreifen können, daß ausschließlich dieses kleine Wörtchen „wenn“ die Scheidelinie bildet, welche seine und unsere Anschauungen trennt</p> <p>- Der Reichskanzler: Wir können den Frieden nicht noch einmal anbieten.“</p>	
DZ-378-3	<p>Die Parlamentarisierung eine Falle für Deutschland.</p>	<p>Ein Holländer sieht die Demokratisierungsforderung der Entente als Falle: Sollte man nicht glauben, daß die Entente es darauf abgesehen hat, Deutschland mit dem parlamentarischen System zu strafen?</p>	
DTZ-381-3	<p>Das „Kriegsprogramm“ vom 4. August.</p>	<p>Der Abgeordnete Erzberger beruft sich hier, wie Herr Scheidemann und die sozialdemokratische Partei auf etwas, was sie sich selbst zurechtgemacht haben. Wenn in dem Erlaß vom 4. August 1914 gesagt ist, daß uns nicht Eroberungssucht in den Krieg treibt, sondern daß das deutsche Volk nur zu den Waffen gegriffen hat zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit und zur Wahrung des territorialen Besitzstandes seines Landes, so ist das doch kein „Programm“ für einen erst beginnenden Feldzug, sondern es ist die Begründung, warum wir zu den Waffen gegriffen haben, die Abweisung der Unterstellung, daß wir es aus Eroberungssucht getan haben könnten, die Verneinung jeder Schuld am Ausbruch und demnach auch an den Folgen eines so furchtbaren Krieges.</p> <p>- Die Lage ist noch ebenso wie damals. Man kann zu einem Kriege gezwungen werden und dabei erklären, daß man das Schwert zu seiner Verteidigung leider ziehen muß. Aber damit ist doch nicht gesagt, daß wir einen ruchlosen, heimtückischen Angreifer, der uns nach Leben, Gut und But trachtet, der unentwegt auf uns losschlagend uns martert, beraubt, verstümmelt – daß wir diesen Gegner dann, wenn er nicht mehr kann, laufen lassen, daß wir unser Schwert</p>	

		einstecken, ruhig nach Hause gehen und nun warten, bis der glimpflich Davongekommene vielleicht besser vorbereitet uns erneut anfällt, um uns ganz abzutun.	
DTZ-381-2	Revolutionärer Geist im französischen Heere	Die Soldaten wollen nicht an die Front zurückkehren, sie zertrümmern alles in den Zügen und rufen: „Niedermit dem Krieg! Es lebe die Revolution! Ein General wurde von Soldaten getötet. Die Divisionen wollen nicht mehr angreifen, da die eigene Artillerie auf sie schießt	
DT-378-3	Man baut kein Haus um, während es brennt.	Wenn es auch ausgeschlossen ist, daß die in Deutschland zwischen den Parteien entstandenen Fehden über die Revision der Verfassungen der Bundestaaten und des Reiches jemals eine so zersetzende Wirkung auf unsere Heeresverbände ausüben können, daß alle Bande der Disziplin zerreißen, daß Soldaten unter dem Feuer Beratungen darüber abhalten, ob sie den Befehlen ihrer Vorgesetzte Folge leisten sollen oder nicht, so können doch bei uns die Männer in den Schützengräben nicht verhindert werden, sich mit den innerpolitischen Fragen zu beschäftigen und zu ihnen wenigstens innerlich Stellung zu nehmen, wenn der Parteikampf hinter der Front Gegensätze wiederaufleben läßt, die in jener denkwürdigen Reichstagsversammlung im Berliner Schloß für die Dauer des Krieges begraben werden sollten - Wenn der Kampf um die Verfassungsreformen weder die Widerstandskraft noch den Angriffsgeist unserer Heere erschüttert hat, so ist das lediglich den fortreißenden und stahlharten Persönlichkeiten zu danken, die an der Spitze unseres Heeres stehen. Je leidenschaftlicher aber diese Kämpfe werden, je mehr das Gift des Parteigeistes um sich frißt, desto schwerer wird es ihnen werden, auch die Front vor seiner Wirkung zu bewahren. Was jetzt in Rußland vor sich geht, sollte deshalb auch uns zur Warnung dienen und uns wieder zum Bewußtsein bringen, daß es unvernünftig und unentschuldig ist, sich für den Umbau seines Hauses gerade den Augenblick zu suchen, in dem es brennt.	122
BTB-380-2	Scheidemanns Programm. – „Das Notwendige im rechten Augenblick“ – von Dr. Paul Michaelis [Das Notwendige: die Revolution]	Gerade weil Scheidemann den Weg, den die russische Revolution ging, ablehnte, kam er zu dem Schluß, daß wir nach dem Kriege das gleiche Wahlrecht in Preußen und das parlamentarische System im Reich haben werden. Aber er nannte es mit Recht ein Unglück, daß wir das nicht jetzt schon haben. <u>Komme der Krieg nicht bald zum Abschluß, dann werde sich noch während seines Verlaufs eine gründliche Demokratisierung vollziehen.</u> Erschütterungen wie in Rußland würden uns erspart bleiben, wenn überall der Wille herrscht, <u>im rechten Augenblick das Notwendige zu tun.</u> - <u>Die Reichstagsmehrheit hat trotz mancher Fehler auch heute noch alle Trümpfe in der Hand, um sich und die wirkliche Parlamentarisierung durchzusetzen. Sie muß nur, mehr als bisher, den Willen zur Tat und die Erkenntnis des Notwendigen haben.</u>	
29. Juli 1917 – Sonntag			
VOS- Zeitbilder 60- 1	Internationale Teilnehmer an den Besprechungen in Stockholm.	Goldfard (Vereinigte Staaten), Albarda (Holland), Davidovitsch (Vereinigte Staaten) Söderberg, Engberg (Schweden), Reinstein (Vereinigte Staaten), Huysmans (Holland), Moor (Schweiz), Troelstra mit Frau (Holland), Branting (Schweden), Nemees (Oesterreich), van Kol (Holland), Habermann (Oesterreich), Möller (Schweden). Rußland: Goldenberg, Smirnow, Rosanow und ihre Sekretärin Frau Rubinstein.	125
NAZ-207-1	Englands und Frankreichs Eroberungsgelüste. [Reichskanzler Michaelis zur Presse]	Reichskanzler Michaelis: daß Großbritannien keinen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs sondern nur einen solchen Abschluß des Krieges will, der die völlige Unterwerfung Deutschlands unter die gewaltsame Willkür seiner Feinde bedeuten würde. Eine weitere Bestätigung für diese Tatsache ist der Umstand, daß der englische Minister Carson kürzlich in Dublin erklärt hat, Verhandlungen mit Deutschland, welcher Art sie auch seien, könnten erst beginnen, wenn die deutschen Truppen über den Rhein zurückgezogen worden seien. - Rußland-Frankreich Vertrag: Dieser Vertrag sicherte	

		Frankreich seine im Anschluß an frühere Eroberungskriege gezogenen Grenzen vom Jahre 1790 zu, also Elsaß-Lothringen, dazu das Saarbecken und weitgehende Gebietsveränderungen am linken Rheinufer ganz nach Gutdünken Frankreichs. Hat nicht Terstschenko, nachdem er in Rußland ans Ruder gelangt war, gegen die französischen Eroberungsziel, die sich überdies in der Türkei auf die Gewinnung Syriens erstreckten - Um die selbst französischen, durch die Revanchelust geblendeten Augen nicht ohne weiteres einleuchtenden Ansprüche auf das linke Rheinufer ihres eroberungslüsternen Charakters zu entkleiden, bediente er sich zuletzt des Advokatenkniffs, von der angeblich nötigen Gründung eines Pufferstaates zu reden. - nur die feindlichen Mächte an der Fortsetzung des Krieges die Schuld tragen, und daß nicht uns, sondern unsere Feinde der Drang nach Eroberung leitet	
DVB-10263-1	Die Mittelmächte und die Friedensfrage. – Die gestrigen Erklärungen des Grafen Czernin.	Czernin betont die gute Waffenbrüderschaft mit Deutschland und das unverbrüchliche Bündnis.	
DT-175-1	Bilanz – von Freiherrn von Zedlitz und Neukirch – Mitglied des Hauses der Abgeordneten	<u>Scheidemanns Drohung mit der Revolution und die des „Vorwärts“ mit unangenehmen Begleiterscheinungen im Falle der Notwendigkeit eines zweiten außen- und innerpolitischen Ansturms wurden wirksam durch dunkle mündliche Andeutungen unterstützt.</u>	
BTB-382-4	Erzberger über die Friedensmöglichkeit.	Erzberger in Zürich: „Wäre mir in nächster Zeit Gelegenheit geboten, mich mit Lloyd George oder Balfour oder einem ihrer ersten Vertrauensmänner zu unterhalten, so würden wir uns sehr wahrscheinlich in wenigen Stunden über die Verständigungs-, das heißt die Friedensbasis, so weit geeinigt haben, daß die amtlichen Friedensverhandlungen sofort beginnen könnten.“	
30. Juli 1917 – Montag			
VOS-384-3	Erzberger, der Vermittler.	Kommentar zu Erzbergers Handeln als Vermittler im deutschen Friedensgebaren - unverantwortlicher Ratgeber vom Schlage Erzbergers - Eine Verständigung mit England, wie sie Erzberger vorschwebt, ist unmöglich. Denn das wäre die Unterwerfung Deutschlands unter die englische Diktatur.	130
DZ-380-2	Der „internationale“ Politiker Erzberger.	Herr Erzberger, über dessen Zürcher Interview kein ernsthaftes Wort gesagt werden kann, hat sich neuestens in der Öffentlichkeit in alter Form als ein Mann vorgestellt, der „ehrenamtlich und unentgeltlich internationale politische Aufgaben auf dringenden Wunsch der Reichsleitung übernommen“ hat - Die amtlichen Stellen, die einen solchen bescheidenen Geist mit offiziösen Bekleidungsstücken versahen, müssen nun, endlich Schluß machen mit dem Mißbrauch dieser „fiskalischen Objekte“. Herr Erzberger muß ausgekleidet werden;	
DTZ-384-1	„Argumente“	Kommentar zu Wolffs/BTB Aussagen, der positiven Wirkung des Reichstagsfriedensauspruchs, keine Annexionen und Kontributionen, während die Franzosen ihre Forderungen an Deutschland wiederholten, das linke Rheinufer und das Saargebiet zu annektieren „zurückzuholen“.	
31. Juli 1917 – Dienstag			
DVB-10265-10	Englands wahre Kriegsgründe.	Selbst ein Tor sollte sich durch die Worte des hervorragenden Mitgliedes der Regierung Sir Edward Carson aufklären lassen: „ Wir sind in diesen Krieg gegangen, um Deutschlands Handel zu zerschmettern. “	133
DZ-382-2	Durch die Schuld Englands.	Es zeigt sich immer deutlicher, daß wir durch die Schuld Englands noch lange keinen Frieden haben werden. Je größer die militärischen Erfolge Deutschlands von Tag zu Tag werden, desto mehr verkennt man in England und Frankreich die wahre Lage. Die Formel vom Siege ohne Entschädigungen und Eroberungen, die von Rußland aufgestellt wurde, wird von England nicht angenommen	
VOS-385-7	Die „Zerstückelung Oesterreichs“. –	Aber „Zerstückelung Oesterreichs“ heißt einfach, auf seine Kosten die gerechten nationalen Wünsche der kämpfenden	

	Italiens Kriegsziel	Nationen erfüllen. Italiens und Rumäniens Rechte sind in der ausdrücklichsten und bindensten Form von den Verbandsmächten anerkannt worden,	
01. August 1917 – Mittwoch			
BNN-384-5	Ein neuer Beweis für Rußlands Schuld am Krieg. [Rußlands Wille zum Krieg]	Fund in Warschau, daß bereits ab 17. Juli keine ermäßigten Auslandspässe von russischer Seite mehr ausgestellt worden sind.	134
BTB-387-5	Balfour zur Frage der Annexionen.	Eine Erklärung im Unterhause. – Keine bestimmte Stellungnahme, aber Elsaß-Lothringen für Frankreich. – „Freiheit“ für die kleinen Nationen Oesterreich-Ungarns. – Die Demokratisierung Deutschlands.	
BTB-388-2	Ribots Antwort auf die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers. Die Abmachungen mit Rußland von 1917 – Die Rückforderung Elsaß-Lothringens.	Versprechen des Zaren, unsere Zurückforderung in Bezug auf Elsaß-Lothringen, das uns gewaltsam entrissen ist, zu unterstützen und uns freie Hand zu lassen in der Aufsuchung von Garantien gegen jeden neuen Angriff. Nicht durch Annexionen der linksrheinischen Gebiete für Frankreich, sondern dadurch, daß wir im Notfalle aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat machen, der uns so wie Belgien gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte. - <u>Als ich diese Tagesordnung unterstützte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder Unterwerfung verfolgen. Das liegt nicht in der französischen Politik.</u> - Wir wollen diese Provinzen wiedernehmen, die niemals aufgehört haben, französisch zu sein. Sie waren es durch ihren Willen, denn sie haben sich Frankreich gegeben. Im Verlauf der großen Revolution von 1790 sind sie zum Föderationsfest gekommen und haben Frankreich ihren Beitritt erklärt. Seitdem haben sie ein französisches Leben gelebt, sind sie ein Teil Frankreichs gewesen, und als sie uns entrissen worden sind, haben wir alle gefühlt, daß diesem edlen Frankreich etwas fehlte. Sie müssen zu Frankreich zurückkommen, weil sie zu ihm gehören, weil sie nicht zu denen gehören, sie sie nicht, wie wir es getan haben, durch Ueberredung genommen haben, sondern durch Gewalt, durch das harte Recht des Krieges, das wir verschmähen. Wir wollen nicht diese gewaltsame Annexionen, wir wollen einfach Zurückerstattung dessen, was uns gehört.“	
DTZ-387-3	Herr Erzberger	das sozialdemokratische Blatt für die Würdelosigkeit des Nachlaufens hinter unsern Feinden, wie es Erzberger im Verein mit Scheidemann betreibt, kein Verständnis hat, und daß es kein Schamgefühl angesichts der Erzbergerschen Liebedienerei vor Lloyd George zu empfinden vermag - daß Erzberger seine fragwürdige politische Tätigkeit während des Krieges „unter mindestens stillschweigender Duldung“ des Auswärtigen Amtes betrieben habe.	139
DTZ-388-3	Die Stimmung im Zentrum [-Erzbergers Friedensbestrebungen]	Gegenüber dem „Westfälischen Volksblatt“ „hat Erzberger dabei interessante Aeußerungen gemacht, „daß der Weg, den der Reichstag jetzt eingeschlagen habe, bereits in der Friedenskundgebung des Papstes vorgezeichnet war, wie der Papst auch während des Krieges immer betont habe, daß nur ein Friede der Verständigung und des Ausgleichs ein Ende des Krieges herbeiführen kann.“ – Das Paderborner katholische Blatt hebt nochmals ausdrücklich hervor, daß es die ständigen Friedensangebote von deutscher Seite für „ein Unglück“ halte, und daß diese Auffassung „in den weitesten Kreisen der Zentrumswählerschaft vorhanden“ sei. „Es will uns auch nicht recht und gut erscheinen, wenn der Politiker sich hinter den Papst flüchtet.“ Schließlich betont das Blatt, daß Erzbergers Tätigkeit „für das Vaterland und für die Kirche nicht von Segen“ sein könne.	
DZ-384-2	Herr Erzberger und die Kriegssteuer.	Die sehr bedenkliche Vernachlässigung der Ausgestaltung seiner Heeresmacht zu Wasser und zu Lande während des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege muß das deutsche Volk mit Blut und mit hohen materiellen Opfern bezahlen.- -§31 Absatz 3 des Kriegssteuergesetzes, wo es heißt: „Vom 1. Juli 1917 ab sind die bis dahin noch nicht gezahlten Abgabebeträge mit 5 vom Hundert jährlich zu verzinsen.“ - daß die hohe Kriegssteuer auch noch zu verzinsen ist, und	

		<p>zwar noch vor Zustellung der Steuerbescheide mit 5 vH. vom 1. Juli ab</p> <p>- Die Steuerpflichtigen verdanken sie vielmehr dem Reichstage, und zwar einem Antrage des Herrn – Erzberger und des freisinnigen Abgeordneten Dr. Blunck.</p>	
DTZ-388-1	Herr von Kühlmann.	<p>Herr von Kühlmann war vor dem Kriege einer der hauptsächlichsten und tätigsten Vertreter der mit Recht berühmten Bethmannschen Politik der „Verständigung“ mit Großbritannien. Als er Botschaftsrat zu London war, stand diese Politik besonders in Blüte und damit der Kampf der deutschen Diplomatie gegen die deutsche Flotte und den Gedanken der Seegeltung. –</p> <p>Er befand sich in der kritischen Periode nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand auf Urlaub in Bayern und ging erst ganz kurz vor dem Kriege wieder nach London zurück. Ihm wird die nachherige Aeußerung zugeschrieben: wäre er etwas früher in London gewesen, so wäre der Krieg nicht ausgebrochen. Andererseits müßte man aus seiner damaligen Abwesenheit aus London schließen, daß er die kritische Bedeutung jener Zeitperiode nicht begriffen hatte. Wie uns aus Bayern mitgeteilt wird, hätte er während der Zeit versucht, auf die dortige Presse einzuwirken, damit sie keine schroffen Töne gegen Großbritannien anschlage, denn die britischen Staatsmänner dächten nicht daran, dem Deutschen Reiche den Krieg zu erklären. –</p> <p>- Er war einer der schärfsten Gegner des U-Boot-Krieges</p> <p>- Auch hier hat er also unrichtig gesehen und die tatsächlichen Faktoren unrichtig gewertet und eingeschätzt, genau ebenso wie in der deutsch—englischen Frage.</p> <p>- fängt der größte Teil des deutschen Volkes endlich an zu begreifen, daß dieser Krieg eine weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reiche und den angelsächsischen Mächten ist,</p> <p>- und nachdem sogar öffentlich gesagt werden darf, daß England und die Vereinigten Staaten unsere Todfeinde sind</p> <p>- der Kaiserliche Erlaß von heute sagt, sein soll: „Ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen,“ und: „Wir sind nicht zu besiegen; wir wollen siegen,“</p>	
DTZ-388-3	Sozialdemokratischer Widerspruch gegen Scheidemanns Friedenspolitik.	<p>Das „Hamburger Echo“, soz. dem. Organ, schreibt gegen Scheidemanns Friedenspolitik: „Der Druck auf die Regierung darf mit der gleichen Kraft nicht anhalten. Die Regierung weiß, wie wissen und das Ausland weiß, daß mit unserer Macht zu rechnen ist. Wenn der Druck der letzten Wochen auf die Regierung anhielte, ohne daß – wie bisher – die feindlichen Völker und Sozialisten auf ihre Regierungen den entsprechenden Druck ausüben, so ist die unausbleiblich Folge, nicht daß man dem Frieden nützt, sondern daß man dem Vaterlande schadet. Schon jetzt kann man nachteilige Wirkungen unserer einseitigen Friedenspolitik auf unser Land erkennen. Das war nicht die Absicht. Bis auf weiteres müssen wir in dieser Beziehung neben die Regierung treten. Sind die Franzosen und Engländer bereit, mit uns und den Russen in Stockholm zusammenzuarbeiten, dann allerdings besteht für unsere Politik die entgegengesetzte Voraussetzung. Aber auch nur dann erst. Das sollten sich die Entente-Sozialisten gesagt sein lassen.“</p>	
NAZ-210-2	Das Raubprogramm des Verbandes.	<p>Schwedische Presse zum Kanzler Interview und der französisch-russischen Vereinbarung über Frankreich Wünsche für deutsches Gebiet</p>	
VOS-387-1	Der Kampf um Palästina. – von C. A. Bratter.	<p>Präsident Wilson will... „daß die jüdischen Wünsche betreff der Zukunft Palästinas berücksichtigt werden.“ Es handelt sich um die zionistischen Wünsche in betreff der Zukunft Palästinas als geschlossenes jüdisches Siedlungsland. Daß hier eine kolonialisatorische Massenbewegung von ernster Bedeutung in Frage kommt, haben die Engländer sowohl wie die Amerikaner eingesehen, und beide sind offenbar</p>	

		<p>entschlossen, die Bewegung für ihre eigenen Zwecke zu gebrauchen und zu mißbrauchen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Ernennung des Herrn Morgenthau und Elkus zu Botschaftern und das Herrn Brandeis zum Mitglied des Obersten Bundesgerichts – alle drei Herren sind sehr werktätige Zionisten - Was England in Palästina will, ist klar: es will sich den Landweg nach Indien sicherstellen - Die dahin zielenden englischen Intrigen reichen weit in die Jahre vor dem jetzigen Kriege zurück. Die Beherrschung Palästinas zur Sicherung Indiens soll das letzte Glied in der Kette jener militärischen und diplomatische Aktionen sein, die mit der Erwerbung Adens und Perims begannen, mit der Besetzung Aegyptens sich fortsetzten und über den englisch-russischen Persien-Vertrag von 1907 zu dem jetzigen englischen Feldzuge in Mesopotamien führte. - Bestrebungen, ein großes ägyptisch-arabisches Reich, einen – vorgeblich – selbständigen arabischen Khalifenstaat zu gründen, zu dem außer Arabien u. a. auch Mesopotamien gehören soll; so will England das Khalifat in die Hände bekommen als ein mächtiges politisches Werkzeug, das den Briten die volle Herrschaft über das ganze zwischen Aegypten und Indien liegende Ländergebiet sichern soll.... Es soll eine ganz unter englischer Herrschaft stehende Landverbindung zwischen Indien und Aegypten über Mesopotamien, Arabien und Palästina hinweg geschaffen werden. - durch die Förderung der jüdischen Bewegung Palästina für sich gewinnen will, so ist das ein Beweis für die Wichtigkeit, die England dieser Bewegung beilegt. - Der Plan dagegen, den England und die Vereinigten Staaten in Palästina verfolgen, ist ein Teil des gegen das türkische Reich gerichteten Zerstörungsprogramms der beiden angelsächsischen Mächte. 	
VOS-387-2	Englische Lügen über die Vorgeschichte des Krieges. - Amtliche Meldung	Die „Times“ und ihr folgend die feindlichen Korrespondenzbüros verbreiten Mitteilungen über einen Kronrat, der in Potsdam am 5. Juli 1914 bei dem Kaiser unter Teilnahme der führenden politischen und militärischen Persönlichkeiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattgefunden hätte und von wo der Plan zur Entfesselung des Weltkrieges entworfen worden wäre. - Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß die Mitteilungen der „Times“ in allen Einzelheiten frei erfunden sind. Es hat weder an dem genannten noch an einem anderen Tag des Juli eine solche gemeinsame Beratung weder mit noch ohne Teilnahme des Kaisers stattgefunden.	
02 August 1917 – Donnerstag			
BBZ-358-6	Die Antwort auf eine Frage Dr. Stresemanns.	Russisch-französisches Abkommen: 1. Frankreich erhält Elsaß-Lothringen zurück mit den Grenzen von 1790, 2. Frankreich erhält das Saargebiet, 3. bezüglich der Rheinprovinz erhält Frankreich eine Art Prioritätsrecht, wonach es über diejenigen Teile der Provinz, die es braucht, verfügen kann, aus dem Rest der Provinz aber in irgendeiner Form ein Pufferstaat gebildet wird, 4. Frankreich erhält Syrien.	145
BNN-386-3	Lenin. [22.04.1870 - +21.01.1924, Personenbeschreibung]	kurze Personenbeschreibung: Lenin – in Wirklichkeit Wladimir Iljitsch Uljanow – entstammt einer adligen Familie im Gouvernement Simbirsk; sein Vater war Gymnasialrektor	
BNN-387-2	Ein neues Stockholmer Vorspiel.	Die zweite Sozialistenkonferenz in Stockholm: Bei der neu anberaumten Sitzung wollen sie alle vertreten sein, sogar die Amerikaner, die bisher von ihrer Regierung noch viel ängstlicher vor Stockholm gehütet worden sind als die Franzosen. - Es handelt sich lediglich um eine neue Taktik. Man ist offenbar erst jetzt in den Ententeländern zu der Ueberzeugung gekommen, wie leicht sich die Sozialistenkonferenz in Stockholm im Sinne der Ententepolitik ausbeuten läßt	

		- Welcher Triumph, wenn die Internationale auf diese Weise zu einer Waffe für die Entente gemacht werden könnte! - Unter diesem Zeichen steht also die neu angesagte Stockholmer Konferenz. Sie wird sich als internationalen Gerichtshof zur Aburteilung Deutschlands betrachten.	
DZ-386-2	Die „Enthüllung“ des Herrn Cohn.	das Märchen vom ominösen Kronrat am 5. Juli 1914	
TR-388/390-5	Ceterum censeo [Ich denke jedoch] Afrikanisches und – Englisches – von Elisabeth Ohlsen.	Erlebnisse ein Kauffrau in Afrika mit dem Verhalten und dem Haß englischer Kaufleute gegenüber deutscher Ware	
03 August 1917 – Freitag			
BBZ-359-1	Das künftige Polen und seine nationalen Minderheiten.	Kurzer geschichtlicher Abriß über die Ansiedlung von Deutschen seit dem Mittelalter in polnischen Gebieten	152
DRB-392-1	Des Kaisers Friedenswille. – von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Otto Hintze - Berlin	Kurze Zusammenfassung der Ereignisse ab dem 27. Juli 1914, mit der Zusammenfassung der Telegramme des Kaisers an den Zaren und die Kommunikation mit England und Frankreich	
DTZ-391-3	England steht dem Frieden im Wege.	Die Debatte im englischen Unterhaus über McDonalds Friedensresolution erweist aufs neue, daß England alle Friedensgedanken noch immer als für seine Interessen gefährlich betrachtet - Nicht um der Freiheit willen, sondern aus reinem Eigennutz legt England allen Friedensbestrebungen Steine in den Weg. - Immer deutlicher tritt als unleugbare Tatsache hervor, daß es England ist, das nicht nur den Krieg leitet, sondern ihn auch allen Friedensversuchen Deutschlands und allen Friedensneigungen seiner Verbündeten zum Trotz fortsetzen will.	
NAZ-212-1	Englands Vorbereitung für den Krieg.	Der Verfasser zählt die verschiedenen Maßnahmen des Kriegsministers auf, um alle Einheiten des Heeres auf Kriegsbasis zu stellen, und kommt zu dem Ergebnis, daß „besser, als irgendeiner der Alliierten, Großbritannien für den Krieg vorbereitet“ war. Und er bekräftigt diese Ansicht noch dadurch, daß „ein so gewissenhafter Kritiker militärischer Dinge, wie Lord Sydenham, erklärte, daß dies Land (nämlich England) niemals besser vorbereitet in einen Krieg eintrat, als im August 1914“. - als die deutsch-englischen Beziehungen immer gespannter sich gestalteten, im Jahre 1912 Lord Haldane nach Deutschland kam, um die deutschen Verhältnisse zu studieren und auf Grund seiner gewonnenen Eindrücke angeblich zum Ausgleich der Gegensätze beizutragen - Und als Antwort auf das Entgegenkommen des Deutschen Kaisers wurde die britische Flottenvorlage von 36 auf 51 Millionen Pfund (über eine Milliarde Mark) hinaufgeschraubt. - daß noch niemals in einem Kriege die Wahrheit so gewissenlos auf den Kopf gestellt worden ist wie in diesem Kriege mit dem Märchen von der Ueberrumpelung Englands	
TR-392-2	Politische Rundschau – Entschließung gegen Erzberger und Genossen.	So freudig wir einer Regierung, die wirkliche Führereigenschaften aufzuweisen hat, Gefolgschaft zu leisten gewillt sind, so sehr verbitten wir uns jedes anmaßende Gebahren eitler Volksvertreter. Um zu verhüten, daß politische Wichtigtuer das deutsche Volk immer wieder der Lächerlichkeit preisgeben können, bitten wir die hohe Staatsleitung, dem Herrn aus Buttenhausen und den andern Männern seines Schlages für die weitere Dauer des Krieges die Auslandspässe zu verweigern und ihnen anzudeuten, daß sie sich fortan mit der Rolle eines deutschen Volksvertreters zu begnügen hätten.“	

ENDE DES BURGFRIEDENS

Das Jahr 1917 stellt das offizielle Ende des deutschen Burgfriedens im Ersten Weltkrieg dar, beginnend mit der russischen Revolution im März 1917, als Folge der Tendenz des Zaren Nikolaus II., sich für einen Sonderfrieden mit Deutschland zu entscheiden. Kerenski, der neue Entente freundliche russische Machthaber sozialistischer Prägung, von Englands Gnaden – der Zar wollte ja England schimpflich im Stich lassen und Frieden schließen, also mußte England eingreifen und einen Sonderfrieden fürs erste verhindern –, entzückte die Herzen der deutschen Sozialdemokraten durch seine „demokratischen“ Ansichten, die aber keinen dauerhaften Bestand hatten, da Kerenskis Zeit als russischer Machthaber nur von kurzer Dauer war und durch Lenin und Trotzki abgelöst wurde. Aus Rußland stammt aber die „Friedensidee“ des annexionslosen und kontributionslosen Friedens, welche die gravierenden politischen deutschen Gräben, am 4. August 1914 mit Kriegsbeginn geschlossen, erneut öffnete und die politische Distanz und Tiefe des politischen Grabens um ein Vielfaches vergrößerte.

Die politische Reichstagskoalition versuchte jetzt auf allen möglichen und unmöglichen Wegen, sowohl mit Rußland als auch mit der Entente-Cordiale, mit den über 20 Koalitionsverbündeten, nach dem mißglückten und von den Gegnern verhöhnten deutschen Friedensangebot im Dezember 1916, einen neuen Weg zum Frieden zu finden. Die Idee als solche war natürlich nur zu unterstützen. Aber – nach dem mißlungenen Dezember-Friedensangebot gleich wieder die Hand auszustrecken, bewirkte in der allgemeinen politischen Landschaft Deutschlands starke Auseinandersetzungen.

Hier sind zwei Namen, die in diesem deutschen politischen Hick-Hack sich besonders hervortaten: Philipp Scheidemann, der Mann der Sozialdemokraten und Matthias Erzberger, der „Macher“ des Zentrums; Scheidemann in Stockholm und Erzberger mal hier und mal da; Erzberger mit Unterstützung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, der ihm einen Blankoscheckheft auf Steuerzahlers Rechnung – die Millionen summierten sich –, einen staatlichen Dienstwagen und zur Abrundung ein ansehnliches dienstliches Arbeitszimmer zum Gebrauch zukommen ließ, als er mit seiner „Mission“ begann. Diese „Arbeitserleichterungen“ konnte er – ich konnte nichts Gegenteiliges in Erfahrung bringen – bis zur Revolution in Anspruch nehmen.

Erzberger machte sich einen „Namen“ mit der „Kriegszielproklamation“ des Reichstages vom 19. Juli 1917, die den annexionslosen und kontributionslosen Frieden zur Grundvoraussetzung beinhaltete und die durch namentliche Abstimmung von zwei Dritteln der Parlamentarier angenommen wurde. Diese „Friedensproklamation“ sorgte in der Folgezeit für wahrlich heftige politische und handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Diese Proklamation vom Militär – Hindenburg und Ludendorff – abgelehnt, gründete der Großadmiral i.R. Tirpitz in der Folge seine „Vaterlandspartei“, die aber nicht im Parlament vertreten sein wollte, da sie parteiübergreifend Mitglieder anzog. Weiterhin erweckte die Erzbergersche Erklärung bei den Feinden den Eindruck, Deutschland sei am Ende seiner Kraft, was sich aber letztendlich durch den Sieg über Rußland und seine Stellung im Kriegsverlauf nicht bewahrheitete und die Widerstandskraft der deutschen und der verbündeten Heere nicht widerspiegelte – was übrigens heute noch in einigen Darstellungen zur Grundlage der Reichstagserklärung genannt wird, daß Deutschlands militärische Kraft am Ende gewesen sei.

Die „Vaterlandspartei“ wurde zum Roten Tuch der Sozialdemokraten, die bei jeder Gelegenheit im Lande deren Veranstaltungen störten oder sprengten (ähnliches Verhalten soll es in unseren Tagen wieder geben, daß Meinungen, andere als die linke, heftig bis brutal angegangen und bekämpft werden, wo sich eine Möglichkeit bietet – so wie damals; es wiederholt sich). Dabei ragten die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie besonders hervor.

Wieso? Die Vaterlandspartei vertrat die Ansicht eines „Deutschen Friedens“, der die Grenzen des Deutschen Reiches absichern und einem nochmaligen aufbrechen einer Attacke der Triple-Entente vorbeugen sollte: wirtschaftliche Abhängigkeit Belgiens und der Balten vom Deutschen Reich.

Belgien deshalb, da die Briten Belgien als ihr Verteidigungs- und Angriffs-Fort gegen Deutschland benutzten und im Verlauf der Kämpfe dies bestätigten, indem sie verzweifelt versuchten, die U-Boot-Basis an der flandrischen Küste – von Deutschland angelegt – zu zerstören. Belgien sahen die Engländer als ihr Sprungbrett nach Deutschland; bei einer deutschen Einflußnahme auf Belgien und Antwerpen, würde für sie ihre Inselstellung in hohem Maße gefährdet sein, und wäre auf der anderen Seite für Deutschland ein Garant einer gesunden, gesicherten Distanz der Engländer zum Kontinent.

Weiter ist zu erwähnen, daß der englische Ministerpräsident Lloyd George im Februar 1917 einen 700 Millionen-Etat zur Verfügung gestellt bekam, um damit die Zerstörung Deutschlands von Innen zu finanzieren, da das deutsche Heer dem Ansturm der Welten-Heere in Ost und West stand hielt, und selbst das wesentlich

größere und massigere russische Heer – im Verein mit Österreich – zum Waffenstillstand und zum Friedensschluß Ende 1917, Anfang 1918 zwang. Von der größeren Militärstärke der Entente ganz zu schweigen.

Durch die Einfügung von Artikeln des „Vorwärts“ in diesem Fragment, soll dem Leser durch dieses Parteiblatt Einblick in die Haltung der Sozialisten gegeben werden, die sehr deutlich gegen die Regierung agierten und darum bangten, daß Deutschland diesen Krieg gewinnen könnte. Denn durch einen Sieg Deutschlands, der Mittelmächte, würde die Monarchie gestärkt und die Sozialisten gerieten in den Hintergrund, würden ihren Einfluß verlieren – das „sozialdemokratische“ Machtspiel mit Deutschlands Stellung im Weltkrieg.

Dies wird in einigen Äußerungen der Sozialisten sehr deutlich ausgedrückt, wobei auch schon mal mit der Revolution gedroht wurde.

Somit bezeichne ich den 19. Juli 1917 als den offiziellen Start der Koalition Sozialdemokraten/ Zentrum/ Unabhängige Sozialisten/ Spartakus mit ihren Vorstellungen eines Kriegsziels „keine Annexionen und Kontributionen“, gegen Deutschland – mit Reichstagsbeschluß – und – inoffiziell – indirekt und direkt für die Entente zu agitieren und somit den Feinden, in erster Linie den Engländern in die Hände zu spielen.

Wieviel letztendlich von russischer und englischer Seite an Geld und Material für die Revolution in die Hände der Deutschen Umstürzler gelang, konnte ich nicht erfahren; doch konnte man deutlich die Kontakte der deutschen Sozialisten zu den Russen in der russischen Botschaft – nach dem Friedensschluß 1918 – registrieren und daß auch aus Rußland Material für den Umsturz geliefert und in allen Möglichen Arten die Revolution und deren Vorbereitung unterstützt wurde, so wie man Flugblätter bei einem russischen Kurier durch Zufall fand.

Ebenso muß man die Reisen Scheidemanns nach Stockholm zu den Treffen der sozialistischen Internationale im Blick haben, da er hier Kontakte zu westlichen und östlichen Sozialisten hatte und knüpfen konnte. Bemerkt sei, daß England und Frankreich ihren Sozialisten Reisen nach Stockholm im Regelfall untersagten, durch Nichtausstellung von Pässen.

Auch wenn ich nur einen kurzen Einblick in die Zeit um die Erzbergersche Kriegszielresolution in der deutschen Presse gebe, sind die politischen Positionen doch deutlich zu erkennen.

Friedliche Umwälzung.

Wer die letzten Tage mit offenen Augen miterlebt hat, der kann nicht mehr daran zweifeln, daß das Reich auf dem Wege zu einer friedlichen Umwälzung ist. Noch ist dieser Entwicklungsprozeß nicht abgeschlossen, drohen ihm Störungen und Hemmungen, die ihn für kurze Zeit zum Stocken bringen, ja ihn aus seiner ruhigen Bahn werfen können — was niemand wünscht, was jeder auf seine Art zu verhindern bestrebt sein soll. **Aufzuhalten ist er nicht mehr!**

Was notwendig geworden ist, kann sich in Tagen, Wochen oder Monaten vollziehen, mit einem Schlage oder Stück für Stück. Das Ganze aber wird sich zum Schluß als eine Umwälzung darstellen, die zu den großen geschichtlichen Ereignissen zählt und das Bild der Weltlage gründlich verändert.

Wer aber erkannt hat, daß diese innere Umwandlung unvermeidlich geworden ist, der handelt verbrecherisch an den Interessen des Landes, wenn er sie zu hemmen versucht statt sie tatkräftig zu fördern. Zeit ist heute nicht nur Geld. Zeit war heute Blut, Opfer, die daheim nicht gebracht werden, sind draußen mit Menschenleben zu bezahlen.

Eine Mehrheit hat sich im deutschen Reichstag zusammen gefunden, die den großen Versuch unternehmen will, dem deutschen Volk die Freiheit und der Welt den Frieden zu geben. Die Sozialdemokratische Partei hat diesen Versuch vorgearbeitet, und sie arbeitet heute an ihm mit. Wird er aber unternommen, so muß ganze Arbeit geleistet werden, und der Reichstag darf sich nicht derselben Fehler schuldig machen, die er an der Regierung mit Recht getadelt hat. Er geht nicht an, vor notwendigen Entschlüssen zaudernd stehen zu bleiben, halbe Erklärungen abzugeben, hinkende Kompromisse zu schließen und im übrigen auf die Zukunft zu vertrösten .

Rasche und ganze Arbeit ist notwendig. Nach so vielen Fehlschlägen und Enttäuschungen ist es freilich schwer, hoffnungsvoll zu bleiben. Die Parteien, auf denen die Verantwortung für Gelingen oder Scheitern der ganzen Aktionen ruht, sollten sich aber klar darüber sein, welche der verhängnisvolle Wirkung es auf das Ausland und auf das eigene Volk haben müßte, wenn es zum Schluß abermals hieße: Viel Lärm um nichts — oder um eine Omelette.

Die Kriegshetzer des feindlichen Auslandes würden daraus den für sie naheliegenden Schluß ziehen, daß das arme deutsche Volk sich eben doch nicht selbst befreien könne und daß daher gar nichts anderes übrig bleibe, als ihm von außen her mit Schrapnells und Gasgranaten zu Hilfe zu kommen.

Wie will man aber den Stimmungsumschwung jener Volksmassen verantworten, die in den letzten Tagen wieder ein wenig hoffen gelernt haben, und die dann erst recht den bittersten Empfindungen ausgesetzt wären? Nein, da wäre es schon besser, lieber erst gar nicht angefangen zu haben. Wer bei der gegenwärtigen Volksstimmung Hoffnungen erregt, um sie nachher wieder zu enttäuschen, handelt wie einer, der die Folgen seines Tuns nicht zu übersehen imstande ist.

Was wären die Folgen? Wir wollen es uns sparen, sie in düsteren Farben auszumalen. Aber sicher ist eines: führt die gegenwärtige Krise nicht zu entscheidenden positiven Ergebnissen, so wird sie sich sehr bald in verschärfter **Form wiederholen. In verschärfter Form und unter unangenehmeren Begleiterscheinungen.** Dies aber dem deutschen Volk zu ersparen, ist die Pflicht aller, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Was notwendig ist, das ist ein Systemwechsel, dem deutschen Volk zu ersparen ist die Pflicht aller, die sich ihrer [Verantwortung bewußt sind in] der inneren wie in der auswärtigen Politik. Richtiger gesagt: die Ersetzung der bestehenden Systemlosigkeit durch ein System. Dieses System kann gar kein anderes sein als das demokratisch-parlamentarische nach innen, verbunden mit einer Politik stetiger und umfassender Friedensbereitschaft nach außen.

Die Entwicklung steuert zur Bildung einer parlamentarischen Regierung der nationalen Verteidigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben zu können. Ist dieses Ziel einmal als richtig erkannt, so muß darauf zugesteuert werden mit ganzer Kraft ohne Schwanken und ohne sentimentale Rücksichten. Der Reichstag soll sich sagen, daß es auf dem betretenen Wege kein Zurück mehr gibt, sondern nur ein Vorwärts. Er soll sich sagen, daß es leichter ist, Großes zu erreichen als Kleines. Er soll dem deutschen Volk einen Umweg ersparen, von dem keiner weiß, wohin er führt.

„Der Ruf nach der Revolution“ – so kann man diesen Aufsatz des „Vorwärts“ auch überschreiben, der ganz eindeutig die Revolution ankündigt, die ‚alles besser machen wird‘.

Vorwärts – Nr. 186 – Dienstag, 10. Juli 1917 – S.1

Eine Kriegszielerklärung des deutschen Volkes. – Ein deutsches Koalitionsministerium.

Zu den jüngsten Vorgängen im Reichstag wird der „Germania“ aus parlamentarischen Kreisen folgendes mitgeteilt:

In der Haushaltskommission des Reichstags hat der Abg. Erzberger eine Aktion unternommen, mit dem Ziele, den Reichstag zu einer Kriegszielerklärung zu veranlassen. Dieselbe ist gedacht als erneutes Bekenntnis zu dem Kriegsprogramm vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungssucht zu diesem Kriege treibt, sondern daß das deutsche Volk nur zu den Waffen gegriffen hat zur Verteidigung seiner Freiheit und Unabhängigkeit und zur Wahrung des territorialen Besitzstandes seines Landes. Es soll ferner in dieser Erklärung zum Ausdruck kommen, daß das deutsche Volk zu einem Verständigungsfrieden nach wie vor bereit ist unter Ablehnung aller Pläne, die auf wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege abzielen. Solange unsere Feinde einen solchen Frieden zurückweisen, wird das deutsche Volk in unüberwindlicher Einigkeit den Krieg mit ungebrochener Energie fortsetzen.

Das ist zielgemäß die Tendenz der Erklärung, die Erzberger erstrebt. Erzberger hat von seinem Vorgehen vorher einem Parteifreunde und auch dem Vorstand der Fraktion Mitteilung gemacht. Die Zentrumsfraktion selbst hat am Freitag und Sonnabend sich in langen ernsten Beratungen mit der Frage befaßt und hat schließlich in überwältigender Mehrheit — nur einige Abgeordnete haben sich nicht angeschlossen — beschlossen, die Aktion Erzbergers zu unterstützen und für eine noch zu formulierende Erklärung des Reichstages zu stimmen.

Ueber die Beratungen zur Vorbereitung einer solchen Kundgebung des Reichstags sind die Leser des „Vorwärts“ bereits unterrichtet. In ihnen ist ein Text vereinbart worden, dem auch die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und — wenigstens zum großen Teil — auch die Nationalliberalen zustimmen können. Die „Germania“ behauptet, daß der Reichskanzler im Haushaltsausschuß „die Idee dieser Kundgebung akzeptiert habe.“ Die „Tägliche Rundschau“ will umgekehrt wissen, daß der Reichskanzler seine Entlassung nehmen werde, falls die Kundgebung zustande komme. Danach will es scheinen, als ob sich der Reichskanzler wieder einmal nicht ganz deutlich erklärt hätte.

Die Mitteilungen der „Germania“ fahren fort mit einem Rückblick auf frühere Friedensangebote, deren Wirkung durch die falsche Vorstellung durchkreuzt worden sei, es handle sich nur um „Machwerke des preußischen Militärabsolutismus“ Darum genüge es nicht, wenn der Kanzler die Erklärung des Reichstags übernehme: Der Ernst dieser Kundgebung wird nur dann seine volle Würdigung finden, wenn das deutsche Volk durch eine parlamentarische Vertretung verantwortlich mit an der Regierung beteiligt wird . . . **Es wird deshalb die Bildung einer Art Koalitionsministerium vorbereitet, in das führende Parlamentarier aller Parteien eintreten werden.**

Es wird weiter ausgeführt, daß dieses Koalitionsministerium keine „mechanische Nachahmung“ des englischen Vorbildes sein, sondern sich der deutschen Eigenart anpassen solle.

Zur Osterbotschaft und zur Preußenfrage wird ausgeführt:

Da mit einem schnellen Kriegsende nicht zu rechnen ist, so wird es zur gebieterischen Notwendigkeit, die innerpolitischen Reformen in Preußen schon jetzt in Angriff zu nehmen. Es soll auch dadurch den feindlichen Verdächtigungen die Spitze abgebrochen werden — die besonders in Rußland eine große Rolle spielen —, als sei die Osterbotschaft ein Versprechen, das nachträglich nicht gehalten würde. Deshalb wird in Preußen unverzüglich die Reform des Wahlrechts einzuleiten sein. Unter den gegebenen Verhältnissen kann nur das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht unter Anpassung an die preußischen Verhältnisse in Betracht kommen. Daraus erwächst die Notwendigkeit, daß auch im preußischen Ministerium eine Homogenität für diese Reform herbeigeführt wird. Das wird auch hier einen Wechsel der Personen zur Folge haben; in welchem Umfange steht noch dahin.

Zu diesen Mitteilungen von zentrumsparlamentarischer Seite können wir nur bemerken, daß sie im großen Ganzen richtig sind. Hinzuzufügen ist, daß es sich selbstverständlich nicht um eine isolierte Aktion des

Zentrums handelt, sondern um eine gemeinsame Aktion aller Parteien mit Ausschluß der Konservativen. Wie diese letzteren die Sachlage beurteilen erkennt man am besten aus ihrem offiziellen Organ, der „Kreuz-Ztg.“, die, gegen den „Vorwärts“ polemisierend schreibt:

Nennt man die Dinge bei dem richtigen Namen, so ist es das Parlament, das nach Alleinherrschaft strebt. Denn was bedeutet der Monarch, wenn die Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments dafür maßgebend sind, wer regiert und wie regiert werden soll? Nicht allein der König von Preußen, sondern alle deutschen Bundesfürsten würden durch den deutschen Reichsparlamentarismus ihrer Souveränität im Reiche entkleidet werden. Der Bundesrat, der jetzt der Träger dieser Souveränität ist, würde zu einem Exekutivorgan des Reichstags werden. Die „Neuorientierung“, der jetzt die wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes zum Opfer fallen sollen, wäre in Wahrheit eine zwar unblutige, aber um so folgenschwerere Revolution, die mit jahrhundertealten segensreichen Ueberlieferungen des deutschen Staatslebens bricht.

Wer denkt da nicht an Goethe: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage!“ Wir wollen in dieser Stunde mit der „Kreuz-Zeitung“ nicht darüber streiten, was in der Vergangenheit segensreich war, was nicht. Wir schenken der „Kreuz-Zeitung“ die ganze Weltgeschichte, wenn nur die Zukunft einem freien Deutschland gehört. **Und wer will leugnen, daß sich nun endlich die Wolken zu röten beginnen, als ob es endlich auch beginnen wollte, zu tagen.**

Der Ruf des „Vorwärts“ nach der Revolution

Das Friedensprogramm des Reichstags.

Die Mehrheit des Reichstags, die sich zusammensetzt aus den Fraktionen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volks Partei, der Elsaß-Lothringer, eines Teils der Deutschen Fraktion und einzelnen Mitgliedern anderer Fraktionen, hat sich auf folgendes Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlegen wird:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammen stehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.

Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

* * * *

Der bisherige Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hatte nach Ueberwindung einiger Bedenken seine Bereitwilligkeit erklärt, sich auf den Boden dieser Erklärung zu stellen. Es wird in den Kreisen der Reichstagsmehrheit erwartet, daß kein Politiker die Berufung in das Reichskanzleramt annehmen wird, der nicht mit seiner Ueberzeugung zu diesem Programm steht und der nicht gewillt ist, es als Richtlinie seiner gesamten auswärtigen Politik anzuerkennen. Ein Reichskanzler, der sich in Gegensatz zu dieser Willenskundgebung des Reichstags stellte oder der eine ihr widersprechende Politik triebe, würde sich nicht auf das Vertrauen des Volkes und der Volksvertretung stützen können. Seine Mission wäre daher von vornherein aussichtslos. **Was den Wortlaut der Erklärung betrifft, so stellt er ein unanfechtbares Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen dar, wie ihn auch der russische Arbeiter-und Soldatenrat fordert.** Zu dem zweiten Satz der Kundgebung möchten wir bemerken, daß nicht als eine Erklärung über die Entstehungsursachen des Krieges zu deuten ist. Den alten Streit mit den Gegnern über diesen Punkt wieder zu erneuern, liegt nicht in der Absicht. Wie immer die Gegner aber über diese Entstehungsursachen denken mögen, so steht doch fest, daß subjektiv, seiner tiefinnersten Ueberzeugung nach, das deutsche Volk in seiner Masse die Waffen nie zu einem andern Zweck geführt hat, als zu seiner Verteidigung. Diesen guten Willen sollte kein ehrlicher Gegner dem deutschen Volke ab streiten, ebenso wenig wie die ehrliche Absicht, den europäischen Brudermord in diesem Sinne zu beenden. Einen gewaltigen Fortschritt bedeutet die, im Namen des Volkes abgegebene Erklärung, der Reichstag wolle die Schaffung internationaler Rechtsgarantien tatkräftig fördern. Ein internationales Recht zu schaffen, das die Wiederkehr solcher Menschheitskatastrophen verhindert, das wird die große Aufgabe des kommenden Friedens sein. An dieser Aufgabe zum eigenen Heil und zum Heil aller Völker mitzuarbeiten, dazu findet die Welt das deutsche Volk und seine Vertretung bereit.

Einladung zur internationalen Sozialistenkonferenz! – Stockholm, 15. August

Stockholm, 12. Juli. Die Abordnung der russischen Arbeiter- und Soldatenräte und das holländisch-skandinavische Komitee veröffentlichen folgenden gemeinsamen Aufruf:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Einladung zur Stockholmer Internationalen Konferenz am 15. August und folgende Tage.

Der Krieg dauert bereits drei Jahre und noch ist sein Ende nicht absehbar. Zur Vorbereitung der notwendigen Lösung hat der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat die Initiative ergriffen, unter dem Banner der russischen Revolution eine internationale Konferenz der sozialistischen Welt einzuberufen. Dieser Vorschlag, dem übrigens gleichlaufende Absichten zahlreicher sozialistischer Parteien vorausgingen, wurde gutgeheißen durch den allrussischen Kongreß der Arbeiterräte.

Der Zweck der Konferenz ist die Vereinigung aller Kräfte des internationalen Proletariats zur Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, gegründet auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Um ihre Aufgabe zu gutem Ende zu führen, hat sich die russische Abordnung die tatkräftige Mitarbeit des holländischen Komitees gesichert, das seine Pläne auf die russische Initiative gestützt und bereits in gesonderten Konferenzen mit der Mehrzahl der sozialistischen Parteien zahlreiche Fragen präzisiert hat.

Zur Vorbereitung der allgemeinen Konferenz wurde ein Organisationsbureau eingesetzt, bestehend aus Vertretern des russischen und holländisch-skandinavischen Komitees. Dieses Bureau hat, um alle Streitigkeiten zu vermeiden, beschlossen, die Zulassungs- und Abstimmungsvorschriften der ordentlichen internationalen Kongresse möglichst genau innezuhalten.

Beide Körperschaften laden alle dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien, auch die während des Krieges beigetretenen, sowohl die Mehrheiten wie die Minderheiten und die als selbständige Parteien konstituierten Oppositionen, ebenso die der Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Gewerkschaften ein.

Die Konferenz findet in Stockholm am 15. August und die folgenden Tage statt. Vorläufige Tagesordnung:

1. Der Weltkrieg und die Internationale.
2. Das Friedensprogramm der Internationale.
3. Die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur schnellen Kriegsbeendigung.

Die Organisatoren der allgemeinen Konferenz sind tief überzeugt, daß, um zur Beendigung des Weltkriegs beizutragen, die Internationale alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften wird dahin bringen müsse, jegliche Zusammenarbeit mit den Regierungen abzulehnen, die die Angabe ihrer Kriegsziele verweigern oder offen oder versteckt imperialistische Ziele aufgestellt haben und den Verzicht darauf verweigern.

Ueberzeugt, daß Ihre Organisation auf diesem Standpunkt steht und bereit ist, diese Verpflichtungen zu übernehmen, ohne Zögern noch Abschwächung die diesen Grundsätzen entsprechenden Beschlüsse der allgemeinen Konferenz durchzuführen, bitten wir Sie, durch eine Abordnung an der von dem russischen Kongreß und dem holländisch-skandinavischen Komitee einberufenen Internationalen sozialistischen Konferenz teilzunehmen und Ihre Vertreter nach Stockholm zu entsenden. Wenn Sie im Konferenzprogramm nicht vorgesehene Fragen unterbreiten wollen, müssen diese Vorschläge beim Organisationsbureau der Internationalen Konferenz: Stockholm, Uplandsgaten 14, bis zum 5. August eintreffen.

Mit sozialistischen und brüderlichen Grüßen!

Für die Abordnung des russischen Kongresses der Soldaten- und Arbeitervertreter:

Erlich, Goldenberg, Rosanoff . Russanski, Smirnow.

Für das holländisch-skandinavische Komitee:

Troelstra, van Kol. Albarda (Ersatzmann: Bliegen).

Wibaut (Ersatzmann: **Branting**). Söderberg. Möller.

Borgbjerg. Hammer (Ersatz: Bang).

Für das Sekretariat: **Huysman**. Engberg .

Donnerstag, 19. Juli 1917

Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 333 – Donnerstag, den 19. Juli 1917 - S.1

Eine schweizerische Stimme zur deutschen inneren Lage.

Berlin, 18. Juli. Der „Tagesanzeiger“ Zürich schreibt in der Nummer 164 vom 16. Juli am Schluß zur Kriegslage:

Wie weit der Regierungswechsel in Deutschland die Kriegführung beeinflussen wird, ist heute noch nicht vorauszusehen, doch ist kaum anzunehmen, daß sich die Entente den neuen Männern gegenüber entgegenkommender zeigen werde, als gegen die abgetretenen. Wichtiger wird sein, ob es den neuen Männern gelingt, in Deutschland gründlich in die Brüche gegangene Einigkeit und Vertrauen auf den Ausgang des Krieges wiederherzustellen, indem neben Gewährleistung der unumgänglich notwendigen Reformen auch ein erreichbares und vernünftiges Kriegsziel aufgestellt und diesem die Festigkeit ohne hin- und herpendeln zugesteuert wird. Einigkeit und Vertrauen ist alles, was Deutschland heute braucht.

Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 333 – Donnerstag, den 19. Juli 1917 - S.1

Gegen die Friedensresolution

erheben sich viele Stimmen. Das Telegramm des Großadmirals an Bassermann haben wir bereits mitgeteilt. Ein zweites Telegramm hat v. Tirpitz auch an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Dr. Spahn gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

„In Erinnerung an lange verständnisvollste Mitarbeit des Zentrums für die durch unsern Kaiser begründete Weltstellung und Seegeltung Deutschlands halte ich es für meine Pflicht, Ihnen, verehrte Exzellenz, zum Ausdruck zu bringen, daß meines Erachtens die beabsichtigte Kriegsresolution in jetziger oder ähnlicher Fassung von verderblicher Wirkung nach innen und außen für unsere ganze Zukunft sein muß, daß im Auslande dadurch eine von uns benutzbare Friedensstimmung befördert wird, ist meines Erachtens nicht zu erwarten. Im übrigen würde, selbst wenn wir gezwungen wären, einen Frieden ohne Entschädigung und Sicherung zu erstreben, die Friedensresolution das ungeeignetste Mittel sein; gerade dann müßten wir nach anderer Methode verfahren. Aber wir brauchen solchen Frieden durchaus nicht zu erstreben. Halten wir uns an die Zuversicht, die in den Aeußerungen des Feldmarschalls Hindenburg zum Ausdruck gelangt ist. Weder vorübergehende Verschärfung der Ernährungssorgen noch Sorgen für später in dieser Beziehung dürfen uns jetzt veranlassen, die Nerven zu verlieren und nach einem Frieden zu greifen, der unsere Zukunft, und zwar ganz besonders die unserer Arbeiterschaft, gefährdet. Denn die unbeirrte zähe Fortführung des U-Boot-Kriegs wird uns zwar nicht heute oder morgen, aber sicher und rechtzeitig den Erfolg bringen, für den wir nach zahlreichen Kundgebungen Euer Exzellenz kämpfen. Hoffentlich sind Sie ganz wieder hergestellt.

von Tirpitz“

Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 334 – Donnerstag, den 19. Juli 1917 - S.1

England denkt an keinen Frieden.

Stockholm, 18. Juli. „Allehanda“ bringt unter der Ueberschrift „England gedenkt den Krieg noch Jahre zu führen“ folgende Mitteilung aus Rotterdam: Aus sicherster Quelle erfahre ich, daß die Engländer sich kürzlich durch Vertrag das Verfügungsrecht über die Schiffswerften in den französischen Städten der Westküste für drei weitere Jahre gesichert haben. Die französische Bevölkerung, die diese Tatsache als Beweis dafür ansieht, daß die Engländer den Krieg noch jahrelang hinauszuziehen wünschen, hat die Nachricht mit großer Verstimmung aufgenommen.

Frühere Aussprüche Dr. Spahns.

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Spahn, der Führer des Zentrums, hat im Reichstag am 5. April 1916 in unmittelbarem Anschluß an eine Rede des Reichskanzlers das Folgende gesprochen:

„Wenn Belgien kein Bollwerk Englands bleiben soll, so hat das zur notwendigen Folge, daß es politisch, militärisch, wirtschaftlich in unsere Hand zu liegen kommen wird. Dabei bleibt die staatsrechtliche Organisation des Landes unberührt. Darüber mag der wirklich abgeschlossene Frieden seinerzeit entscheiden.“

Am 3. Dezember in einer Rede in Bonn:

„Wir verlangen Friedenssicherungen, die teilweise in Gebietserweiterungen, teilweise in anderen realen Garantien bestehen.“

Am 27. Februar 1917 im Reichstag:

„Es ist ein irreführendes Wort, daß wir auf eine Kriegsentschädigung nach dem Grundsatz, daß jeder seine Last tragen solle, verzichten könnten. Die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben dargetan, daß er selbst auf diesem Standpunkt nicht steht. (Sehr richtig im Zentrum!) Wir sind in diesem Weltkriege von unseren Gegnern überfallen worden; sie haben uns durch ihre Schuld geschädigt. Was der Tod uns geraubt, kann uns nicht zurückgegeben werden; aber was an Beschädigungen der Lebenden zurückbleibt, was wir an Vermögensverlust sowohl der Toten wie der Lebenden zu tragen haben, das muß uns von den Urhebern dieses Krieges ersetzt werden. Rücksichtslos und von jedem von ihnen in solidarischer Haftung. (Sehr richtig! im Zentrum)“

Und am 9. Dezember 1915 im Reichstag im Namen aller Parteien (außer der Sozialdemokratie):

„Wir warten die Stunde ab, die die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderliche Gebietserweiterungen gewahrt werden müssen.“

Der Tag – Nr. 166 – Donnerstag, den 19. Juli 1917 - S.1 – Illustrierter Teil

Die Friedensresolution des deutschen Reichstages. – [zu Erzbergers Aktion]

von Rechtsanwalt Dr. Brockmann (Düsseldorf) – Mitglied des Hauses der Abgeordneten

Der Abgeordnete Erzberger hat am 6. Juli durch eine heftige Rede im Haushaltsausschusse eine gewaltsame Umwälzung auf dem gesamten Gebiete unserer inneren Politik und eine Erregung hervorgerufen, die noch lange nachzittern wird. **Er hat den Schritt ohne vorherige Zustimmung der Zentrumsfraktion des Reichstags getan.** Es genügte ihm, den Vorstand der Fraktion vorher von seinem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. Nachträglich hat dann die Reichstagsfraktion sein Vorgehen mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Erzberger selbst hat sein Vorgehen in einem, wie unwidersprochen behauptet ist, von ihm inspirierten Artikel der „Germania“ gerechtfertigt. Für die Politik der Reichstagsfraktion setzt sich nunmehr ein Artikel der parteiunabhängigen C.P.C. ein, der dieser „von zuständiger Seite“ zugegangen ist. Damit ist für die Kritik eine zuverlässige Grundlage geschaffen.

Ein offenes Wort aus Zentrumskreisen aber ist unbedingt notwendig, um für spätere Zeiten jeder Legendenbildung vorzubeugen und insbesondere die Ansicht nicht aufkommen zu lassen, daß hinter dieser Politik Erzbergers und der Reichstagsfraktion die Anhänger des Zentrums in Preußen und im Reiche ständen. Diese Ansicht ist, um es vorweg zu sagen, vollkommen unzutreffend. **Das Vorgehen des Herrn Erzberger ist in weiten Kreisen der rheinischen Zentrumsparlei geradezu als ein Schlag ins Gesicht empfunden und in der bittersten Weise allgemein beklagt und verurteilt worden.**

Spontan hat sich dazu sofort nach Bekanntwerden die Parteileitung der Duisburger Zentrumsparlei, die **nota bene** ganz überwiegend aus Industriearbeitern sich zusammensetzt, geäußert. Auch die Parteiblätter im Reiche haben – ich nenne aus dem Westen nur die „Tremonis“, Dortmund, „Westdeutsche Landeszeitung“, M.-Gladbach, „Düsseldorfer Tageblatt“ – sofort scharfe Abwehrartikel gebracht. Darüber hinaus sind briefliche Äußerungen aus Zentrumskreisen genug bekannt geworden, so daß man sagen kann: Wohl noch nie ist eine derartige Diskrepanz zwischen der offiziellen Politik der Fraktion und der politischen Meinung der Parteiangehörigen im Lande zutage getreten, wie das hier der Fall ist.

Dabei sind zwei Feststellungen nötig: 1) **die Erregung in Zentrumskreisen richtet sich nicht so sehr gegen die Reichstagsfraktion als vielmehr gegen die Person des Abgeordneten Erzberger** und 2) **sie leitet sich**

her nicht von den Forderungen Erzbergers auf dem Gebiete des Wahlrechts und des parlamentarischen Systems, sondern **von seinem Verlangen nach einer neuen Friedenskundgebung des Reichstages**.

Der Reichtagsfraktion wird, wenn man auch ihr nachträgliches Plazet tief bedauert, zugute gehalten, daß sie ihren Wortführer im Haushaltsausschusse nicht wohl desavouieren konnte, besonders nicht, nachdem sein Vorgehen auch manche erwünschten Folgen auf innerpolitischem Gebiete nach sich zog. **Die Erkrankung der beiden bewährten Führer Spahn und Gröber**, doppelt schlimm in diesen schicksalsschwangeren Tagen, doppelt verhängnisvoll wegen der nun geringeren Hemmungen ausgesetzten dialektischen Überredungskunst und des fabelhaften psychologischen Einflusses Erzbergers, wurde überall gebührend in Rechnung gestellt.

Daß aber Erzberger das Zentrum dahin gebracht hat, daß die sozialdemokratischen Zeitungen und Redner sich jetzt durch die Lande auf Erzberger als ihren Kronzeugen für ihre innere und äußere Politik berufen dürfen, daß **die Zentrumsfraktion des Reichstages jetzt Arm in Arm mit den Sozialdemokraten und mit den Männern des „Berliner Tageblattes“ und der „Frankfurter Zeitung“ vor Deutschland und der ganzen Welt aufmarschiert**, das werden die deutschen Zentrumsleute und darüber hinaus die deutschen Katholiken dem Abgeordneten Erzberger nicht vergessen.

Pflicht der politischen Moral ist es deshalb auch, den Gründen nachzugehen, die jetzt für die Nachfolge der Fraktion von der C.P.C. ins Feld geführt werden, wobei die Betrachtung sich auch wieder lediglich mit der Kriegszielkundgebung befaßt.

Hierzu der fragliche Artikel:

„Eines muß festgestellt werden: Es ist weder vom Abgeordneten Erzberger noch von irgend einem anderen Mitgliede des Reichstages ein neues Friedensangebot verlangt wie der Wunsch ausgesprochen worden, die Friedensbereitschaft zu erklären. Alle Kundgebungen haben nur den Zweck gehabt, eine Kundgebung des Reichstages zu erwecken.“ ...

Das verstehe wer kann. Der Abgeordnete Erzberger verlangt explosiv, der Reichstag solle sich zu einer Kundgebung über den deutschen Frieden aufrufen, und zwar solle der Reichstag sagen, daß Deutschland einen Frieden der Verständigung anstrebe. Gegenüber dieser Tatsache ist doch die obige Behauptung nur Wortklauberei.

Aber die Tatsache, daß man so die Vorgänge zu beschönigen sucht, beweist am besten, wie schlecht es um die wirklichen Gründe für den plötzlichen gewaltsamen Schritt bestellt ist.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 363 – Donnerstag, den 19. Juli 1917 - S.1

Noch einmal die Revolution.

Während die Bewegung gegen die **Verzichts- und Unterwürfigkeitsresolution** der Reichstagsmehrheit wenn auch sehr spät, immer mehr wächst, erscheint uns eine Frage noch merkwürdig wenig hervorgehoben worden zu sein, nämlich ob es das Gegenteil der Intelligenz und ob es Kenntnislosigkeit sei, wie sie sich in der ausdrücklich betonten politischen Berechnung der Resolution zu verraten scheint, oder nicht.

Als klug oder vielmehr listig könnte man die Gedankengänge und Berechnungen unter der Voraussetzung ansehen, da sie lediglich Scheinmanöver wären und die ganze Resolution nichts weiter bezweckte, als einen Frieden um jeden Preis herbeizuführen und durch dessen, für das Reich und die Monarchie ruinösen Folgen innere Zustände im Deutschen Reich eintreten zu lassen, welche in schrankenloser Verwirklichung schrankenloser Demokratie zum Ausdruck kommen müßten, oder, um mit dem „Vorwärts“ zu reden, das deutsche Volk zum freiesten Volk der Erde zu machen.

Die Freiheit, welche der „Vorwärts“ meint, ist bekannt, wir brauchen unseren Lesern dieses Ideal nicht mehr zu erläutern. **Nähme man dagegen derartige Hinter- und Untergedanken nicht an, sondern hielte sich an den Inhalt und den Wortlaut der Resolution, so wäre es, wie gesagt, unmöglich, ihr das Zeugnis staatsmännischen Scharfsinnes und politischen Scharfblickes zu erteilen**. In der Besprechung der Einzelheiten der Unterwürfigkeitsresolution ist neulich davon bereits die Rede gewesen. Aufmerksam machen möchten wir noch darauf, daß die Resolution, wie aus dem Erzbergerischen Brief an die „Germania“ neulich hervorging, damit rechnet, daß die feindliche Presse die Tatsache der Resolution und ihren Inhalt als ein Zeichen der Schwäche ausgeben würde; das sei aber gleichgültig.

Wahrscheinlich möchte man damit vorbauen, um nachher sagen zu können,: ein solches Echo habe man gleich vorausgesehen und in Rechnung gezogen. Dadurch werde aber die staatsmännische Weisheit des Ganzen nicht beeinträchtigt, käme vielmehr gerade zur Geltung. Die Resolution führte im gleichen

Gedankenzusammenhänge aus, daß es von größter Bedeutung wäre, **dem Auslande zu zeigen, daß es sich mit der unterwürfigen Friedensbereitschaft nicht um unwahre Scheinmanöver der deutschen Regierung handle**, sondern um den Willen des deutschen Reichstags und „Volkes“, welchem die Regierung Folge leisten müsse. Das soll dann jenen gewaltigen und heilsamen Eindruck auf das Ausland machen.

In den Telegrammen des Großadmirals von Tirpitz an die Abgeordneten Spahn und Bassermann wird schon mit Recht darauf hingewiesen, daß es eine ganz falsche Rechnung und Methode sein würde, in der Weise dem Auslande gegenüber vorzugehen, um einen Frieden selbst ohne Annexionen und Entschädigungen anzustreben, wenn das Deutsche Reich ihn brauchte. Wie gesagt, das ist durchaus richtig. **Befände Großbritannien sich in der Lage, bald nicht mehr weiterkämpfen zu können, so würden die großbritannischen Staatsmänner, so würde der ganze riesige Presse-, Kabel- und Agentenapparat systematisch so tun, als ob es eine ganz unverdiente Gnade wäre, wenn Großbritannien sich vielleicht nunmehr herabließe, in Friedensverhandlungen einzutreten und dabei seinen Gegnern den Schein des Lebens zu lassen.** Das liegt alles so unmittelbar auf der Hand, daß man sich immer wieder mit Erstaunen fragen muß, wie es möglich ist, daß die Urheber der Resolution es nicht in Rechnung gezogen hätten. Oder heben sie auch dieses für „unerheblich“ angesehen? Es wäre politisch und für das ganze deutsche Volk, in erster Linie hier der Reichstagswähler, von hohem Interesse, hierüber Auskunft zu erhalten. Vielleicht werden ja die Reden während der nächsten Tage bis zu einem gewissen Grade Aufschluß bringen, aber man möchte annehmen, daß dieser Aufschluß negativer Natur bleiben werde. Immerhin warten wir mit Interesse ab, was die vorgeblichen Vertreter des deutschen Volkes zu sagen haben.

Ein merkwürdiger Irrtum ferner ist, daß diese Resolution nur eine Wirkung auf die öffentliche Meinung bei unseren Feinden haben werde. Die nichtöffentliche Meinung unserer Feinde scheinen die Urheber und Anhänger der Resolution nicht zu kennen. Diese unöffentliche Meinung, zu welcher unter anderem die Kabinette, die ganze zünftige und ungünstige Politik, vor allem auch die Finanzwelt unserer Feinde gehört, wertet die Resolution und die Motive, die zu ihr geführt haben, als ein hochwillkommenes Ferment kommender deutscher Zersetzung, als Inzichtkommen eines Zieles an, welchem die Entente schon vor dem Kriege mit allen ihr *[unleserliche Zeile]*.

Unsere Feinde sind der Ueberzeugung, und mit Recht, daß der von den Vertretern der Reichstagsmajorität verlangte Friede den Keim deutschen Ruins in sich tragen würde. Sie sagen sich aber gleichfalls mit Recht von ihrem Standpunkte, daß es höchst töricht wäre, sich mit dem jetzt Angebotenen zu begnügen, da man doch im gegebenen Augenblicke viel mehr erhalten werde, wenn die innere „Entwicklung“ in Deutschland weiter so ihren Fortgang nähme. Davon ist man überzeugt, wozu, wie nur nebenbei bemerkt zu werden braucht, noch die sichere Hoffnung auf wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch mit entsprechender Rückwirkung auf die Front kommt.

Es ist sehr interessant, wie die feindliche Presse ihre Kommentare zu der „deutschen Krisis“, im besonderen zu **der sogenannten Aktion des Abgeordneten Erzberger** und zur mannhaften Unterwürfigkeitsresolution hält, und vor allem, wie brav in der einschlägigen deutschen Presse die Kommentare für bare Münze genommen werden. **So erzählen englische und französische Zeitungen, es handele sich auch mit den obigen Vorgängen nur um deutsche Scheinmanöver, oder aber: durch solche Kleinigkeiten werde die Autokratie im Deutschen Reiche nicht gebrochen und könne das im Grunde ja ganz gute eigentliche deutsche Volk nicht befreit werden.**

Der deutsche Sozialdemokrat und Demokrat zieht daraus den Schluß, und die einschlägige Presse reibt es ihren Lesern nachdrücklich unter die Nase: da sähe man, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen alles andere, nur ein Nichts sei. Das Ausland spotte darüber, schätze es gering und halte es sogar, schrecklich zu sagen, für ein Scheinmanöver. Das große Ziel, das Ausland und die Internationale vom Frieden- und Freiheitswillen des deutschen Volkes zu überzeugen, sei also nicht annähernd erreicht worden, da müsse man ganz andere Mittel zur Anwendung bringen, um dem deutschen Volke das Ansehen und das Vertrauen zu schaffen, auf das es Anspruch machen könne und müsse. Kurz, es treten alle die Wirkungen ein, welche das wirklich nicht macchiavellistische besonders feine Spiel der feindlichen Presse erreichen wollte.

Neulich hat Lloyd George nach ihm Ribot erklärt, daß man mit einem demokratisch regierten Deutschen Reiche unter ganz anderen Bedingungen und in einem ganz anderen Zustande des Geistes und Gemütes in Friedensverhandlungen eintreten würde als mit dem autokratisch regierten Deutschen Reiche. Lloyd George gab sogar ganz naiv den übrigen Staatsmännern der Entente den Rat, sie möchten in künftigen Reden diesen Gesichtspunkt immer im Auge behalten. Trotzdem sind die betreffenden Richtungen in Deutschland prompt und mit dem üblichen heiligen Ernste darauf eingeschnappt.

Ob mit überlegter Absicht und dem Blicke auf das demokratische Ideal, oder aus Mangel an Einsicht, das wollen wir, wie gesagt, für heute dahingestellt sein lassen. Unsere Gegner wissen genau, daß deutsche Demokratie Ende des deutschen Reiches bedeuten würde. Das ist die Basis ihrer Einwirkung. Bei uns erörtert man aber ernsthaft und weitschweifig, daß die zurückgebliebenen Zustände im Deutschen Reiche den Völkern und Mächten der Welt kein Stein des Anstoßes sein dürften, deshalb beseitigt werden müßten. Ja, Herr Scheidemann hat aus dem fernen Stockholm die authentische Erfahrung und Bestätigung mitgebracht, es gehe wirklich nicht mehr so weiter, man erzähle das nicht nur, sondern er habe es selbst gesehen. Und alles verstummte, wie Homer sagt, in ehrfürchtigem Schweigen.

E.R. [Ernst Graf zu Reventlow, *18.08.1869 - + 21.11.1943]

Deutsche Tageszeitung – Nr. 363 – Donnerstag, den 19. Juli 1917 - S.1

Vor der Entscheidung.

Die Anhänger der Formel Erzberger-Scheidemann wollen sich scheinbar nicht davon überzeugen lassen, wie schädlich ihre EntschlieÙung dem Auslande gegenüber wirken muß. Wir behandeln die EntschlieÙung noch eingehender an anderer Stelle und möchten hier noch kurz den Hinweis wiederholen, den wir schon in der vorigen Nummer gemacht haben. Eine Solche EntschlieÙung sagt ja unseren Feinden nicht: Hütet euch, den Krieg noch länger fortzusetzen; denn wir werden euch selbstverständlich für alle Opfer, zu denen ihr uns noch nötigt, haftbar machen!

Sie sagt ihnen vielmehr: **Setzt den Kampf nur fort, solange es euch gefällt, wir tun euch doch nichts zuleide und werden euch auch nichts zuleide tun, mögt ihr auch noch solange kämpfen!** Uns scheint, über die Wirkung eines solchen Wortes kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Nun ist aus dem Zentrumslager schon verschiedentlich eine Auffassung der EntschlieÙung laut geworden, die dieser Formel Erzberger einen beträchtlich anderen Sinn geben möchte als der bekannten Formel Scheidemann, taktisch sowohl wie inhaltlich. **Zweifellos sind die Worte der EntschlieÙung, wie alle allgemeinen Wendungen, deutungsfähig.** Auch die Darlegungen, die man ohne Widerspruch auf den Abgeordneten Erzberger selber zurückgeführt hat, enthielt Auffassungen, die sich der Abgeordnete Scheidemann wohl nicht zu eigen machen würde. Die „Kölnische Volkszeitung“ sucht darauf hinauszukommen, daß die gemeinsame EntschlieÙung „nicht von einem Scheidemann-Frieden, sondern von einem Verständigungsfrieden spricht“ und fügt ausdrücklich hinzu, Herr Scheidemann wolle einen Verzichtsfrieden. Unmittelbar vorher sagt sie: „Man darf die Stimmung des deutschen Volkes nicht mißdeuten oder gar fälschen. Den baldigen Frieden will das deutsche Volk gewiß bis zum letzten Mann; aber den Verzichtsfrieden Scheidemanns will das deutsche Volk und will auch der Deutsche Reichstag nicht.“

Das rheinische Zentrumsorgan bemerkt auch sehr zutreffend, das deutsche Volk erwarte von dem neuen Kanzler „das Bekenntnis eines kräftigen, zukunftsfreudigen Siegeswillens“. Nach allem ist die Annahme wohl nicht unberechtigt, daß **die Formel Erzberger in der Zentrumsfraktion nur deshalb eine so große Mehrheit gefunden habe, weil man sie erheblich anders ausgelegt, besser gesagt vielleicht: auslegen zu können glaubt, als die Formel Scheidemann.**

Für die tatsächliche Wirkung der EntschlieÙung Erzberger scheint uns freilich keineswegs maßgebend zu sein, wie man sie auf der einen oder anderen Seite auszulegen sucht, sondern wie man sie namentlich nach der negativen Seite auslegen kann und schon deshalb vorwiegend anders auslegen wird, weil in ihr nicht nur das Bekenntnis zu einem deutschen Sieg fehlt, sondern auch Worte stehen, die mit einem deutschen Siege schlechthin unvereinbar sind. Wir können also bei unserer Auffassung nur verbleiben; wir möchten aber die unterschiedliche Deutung, die ihr in den einzelnen auf sie vereinigten Parteien gegeben wird, nicht unerwähnt lassen, weil sich daraus doch gewisse Ausblicke taktischer Natur ergeben.

P.B.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 363 – Donnerstag, den 19. Juli 1917 - S.1

Hindenburgs Vorgänger und sein freisinniger Kritiker. – Von Dr. Martin Lezius

Die radikale Presse hat um die Neubesetzung der Leitung des Auswärtigen Amtes einen Kampf geführt, wie er bisher bei uns noch nicht vorgekommen ist. Tag für Tag erklärte sie, Deutschland würde verloren sein, wenn nicht auf diesen Posten ein Mann nach dem Herzen des Freisinns und der Sozialdemokratie berufen würde; nur solche Männer sollten den nötigen Weit- und „Weltblick“ haben. Am liebsten möchte man natürlich einem fortschrittlichen oder sozialistischen Parlamentarier die Führung unserer Auslandspolitik anvertrauen.

Dieser Kampf, der in einer bisher bei uns noch nicht erhörten Weise in die kaiserlichen Rechte einzugreifen sucht, legt die Frage nahe, womit wohl die radikalen Parteien den Nachweis ihrer Befähigung erbracht haben, die Fragen der großen Politik richtig zu beurteilen?

Nun ist es bekannt genug, daß diese Parteien vor dem Kriege in der Beurteilung der Weltlage glänzend versagt haben; sie haben den herausziehenden Weltkrieg nicht gesehen und nicht sehen wollen und haben für Männer, die ihre warnende Stimme erhoben, nur Hohn und Spott gehabt. Bis zum letzten Augenblick haben sie an den Erfolg ihrer internationalen Friedensmeierei geglaubt. Da aber der Weltkrieg so manche Sünden dieser Parteien aus dem Gedächtnis ausgelöscht zu haben scheint, dürfte es angebracht sein, an ein besonders drastisches Beispiel dafür zu erinnern, wie die Leute, die jetzt ein entscheidendes Wort über die Führung unserer auswärtigen Geschäfte in Anspruch nehmen möchten, seinerzeit die Weltlage beurteilt haben.

Im **Januarheft 1909 der „Deutschen Revue“** veröffentlichte der ehemalige Generalstabschef Generalfeldmarschall **Graf Schlieffen** einen Aufsatz mit der Ueberschrift: „Der Krieg in der Gegenwart“. Die Bedeutung dieses Artikels geht schon daraus hervor, daß der Kaiser als oberster Kriegsherr beim Neujahrsempfang ihn den Kommandierenden Generalen vorlas, um sie dadurch auf die Wichtigkeit seiner Ausführungen hinzuweisen.

Hier kurz der Inhalt: Nachdem Graf Schlieffen die veränderten militärisch-technischen und strategisch taktischen Fragen gestreift, geht er kurz auf die politische Lage ein:

Frankreich habe seine Befestigungen ausgebaut, Belgien mit „Betonmassen und Panzertürmen und durch das uneinnehmbar Antwerpen die große Völkerstraße abgeschnitten“. Die Jurapässe seien durch Frankreich gesperrt, Italien habe die West- und Ostseite des Hochgebirges befestigt. „Vom Zuidersee bis zum Mittelmeer sei eine chinesische Mauer errichtet.“ Auch Italien und Rußland seien diesem Beispiel gefolgt. „England besitzt eine gewaltige schwimmende Festung, die es jeden Augenblick in der Nordsee aufrichten kann und von der es sich ein Ausfalltor von einem jütischen Hafen nach Schleswig hinein gesichert hat“

„Sein wohlverstandener Vorteil verlangt, seinen verabscheuten Konkurrenten, der aber gleichzeitig sein bester Kunde ist, am Leben zu lassen.“ „Der eiserne, um Deutschland geschlagene Ring war nur nach dem Balkan zu offen geblieben.“ „Auch diese Lücke ist jetzt durch die Türkei, Serbien und Montenegro ausgefüllt worden.....“ „In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Oesterreich, ringsherum hinter dem Wall und Graben die übrigen Mächte ...“ „Das eifrige Bemühen ist doch vorhanden, alle diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zusammenzuführen.“

Daraufhin unterzog ein fortschrittlicher Parlamentarier in einer süddeutschen Monatschrift diese Ausführungen des Grafen einer Kritik, die jetzt, nachdem die Voraussagungen des Generalfeldmarschalls sich fast bis auf das i-Tüpfelchen erfüllt haben, geradezu erheiternd wirkt und die in grotesker Weise die Unfähigkeit der Freisinnigen, weltpolitische Zusammenhänge zu begreifen und zu verstehen, dokumentiert, was sich ja auch bei der Politik Herrn v. Bethmann Hollwegs, der für Einflüsterungen von dieser Seite ein stets offenes Ohr hatte, auf das klarste gezeigt hat.

Doch lassen wir nun den Kritiker des Grafen selbst zu Worte kommen:

„Selbst Leute, die sich für ausgesuchte Realpolitiker halten, betrachten die Vorgänge in der hohen Politik nicht selten durch die Brille des Dichters der Komödie „Ein Glas Wasser“. So konnte es geschehen, daß in den Augen eines nicht geringen Teils der öffentlichen Meinung Europas der englische König Eduard VII. den Charakter eines richtigen Scribescen Theaterhelden annahm, in dessen geschickten Händen die Fäden eines feinen diplomatischen Gespinstes zusammenlaufen, das alle fünf Erdteile umfaßt. Man beehrte ihn mit dem Titel des hervorragendsten Diplomaten der Gegenwart. In Deutschland schwören zahlreiche Politiker – nicht bloß patriotisch erhitzte Professoren der spekulativen Politik – noch heute darauf, daß Eduard VII. Tag und Tag darüber brüte, wie er das arglose Deutsche Reich in diplomatische Verlegenheit bringen und es womöglich in einen Krieg stürzen könne. Diese infernalische Politik, als deren Haupttriebfeder der konstitutionelle König Englands erscheint, ist dann nach und nach zur offiziellen Politik der englischen Regierung geworden. England legt es darauf an, uns einzukreisen. **Albion ante portas!**

Solche politischen Halluzinationen dürfen nicht mit einigen spöttischen Bemerkungen abgetan werden. Es ist nicht zu verkennen, daß derartige Anschauungen sich gerade in den Kreisen der sogenannten Gebildeten festgesetzt haben, der Aspiranten auf das Pluralwahlrecht, die sich für bevorzugte Träger des Nationalgefühls halten. Man braucht nur an die Kommentare zu erinnern, die an den militärisch-politischen Aufsatz des Grafen Schlieffen in der „Deutschen Revue“ anknüpften. Der frühere Chef des preußischen Generalstabes entrollt in jenem Aufsatz ein Bild von den diabolischen Plänen der gegen Deutschland gerichteten englischen Staatskunst, das den literarischen Neid eines Gregor Samarow hätte erwecken können.“

Der fortschrittliche Kritiker führt weiter aus:

„Wenige Tage, nachdem der Deutsche Kaiser die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Artikel des Grafen Schlieffen gelenkt hatte, habe Dr. Paul Rohrbach in einem Hamburger Blatte Schlieffens Anschuldigungen zu einer

Anklage gegen das perfide Albion zusammengefaßt, deren Kern dahin ginge, daß „von London aus die große Verschwörung gegen Deutschland dirigiert und finanziert“ werde.

Der Kritiker fuhr fort:

„Unglückseliges Deutschland und nicht minder unglückseliges Oesterreich, die von so teuflischen Plänen bedroht sind! Die Haltung Englands bei dem jüngsten türkisch-österreichischen Ausgleich paßt zwar schlecht zu solcher Entlarvung des britischen Machiavellismus; aber vielleicht war das auch nur ein diplomatischer Trick, die Gegner zu täuschen und in trügerischer Sicherheit zu wiegen. Daß England nur darauf sinnt, wie es Deutschland einkreisen könne, bleibt jedenfalls ein Axiom unserer politischen Romantiker, die auf nichts stolzer sind als auf ihre realpolitischen Erwägungen.

Einkreisung Deutschlands! Ein schnurriger Gedanke!

Graf Schlieffen hat die Sache militärisch einfach aufgefaßt. Nach ihm handelt es sich um die Vorbereitung zu einem Koalitionskriege Frankreichs, Rußlands und Italiens gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Ist der Plan reif, so passiert nach dem Grafen Schlieffen das folgende:

„Im gegebenen Augenblicke werden die Tore geöffnet, die Zugbrücke herabgelassen und die Millionenheere strömen über die Vogesen, die Maas, die Königsare, den Niemen, den Bug und sogar über den Isonzo und die Tiroler Alpen verheerend und vernichtend herein. Die Gefahr erscheint riesengroß.“

„Daß Frankreich aber als bloßes Instrument einer intrigenten englischen Politik bei dieser gefährlichen Einkreisung Deutschlands mitwirken könnte, wäre nur denkbar, wenn die französische Republik von lauter politischen Idioten regiert würde; was bekanntlich durchaus nicht der Fall ist. Wenn die dunklen Pläne Englands gegen Deutschland schon aus dem einen Grunde nicht auf einen Koalitionskrieg gerichtet sein werden, weil die Aussicht, Frankreich für das Unternehmen zu gewinnen, verzweifelt gering wäre, so erscheint andererseits der Gedanke nicht minder absurd, Rußland und Italien könnten Neigung verspüren, sich in ein kriegerisches Unternehmen gegen Oesterreich zu stürzen...“

„..... Auch hier steht man sogleich wieder vor der Frage: was sollte denn wohl einen kontinentalen Großstaat veranlassen, sich England zu gefallen an dem Versuch einer diplomatischen Einkreisung Deutschlands zu beteiligen. Und im übrigen: was käme dabei heraus? Endlich aber die Hauptfrage: welches vernünftige Interesse kann den England überhaupt daran haben, eine solche abenteuerliche Intrigenpolitik gegen Deutschland zu unternehmen? Graf Schlieffen sieht einen ausreichenden Grund für die angebliche Todfeindschaft Englands gegen Deutschland in seiner „Eifersucht auf die deutsche Industrie“.

„Das entspricht den Anschauungen unserer nationalistischen Gymnasialprofessoren, nach deren schwerverständiger Meinung nicht genug Platz auf dieser Erde für zwei kommerzielle Rivalen wie England und Deutschland existiert. Die protektionistische Vorstellungsweise hat unsre Anglophoben allmählich der Fähigkeit beraubt, anders als verschroben zu denken. Es soll ein Weltbrand entzündet werden, um einen wirtschaftlichen Konkurrenten zu beseitigen, der zugleich einer der besten Abnehmer ist!“

Der Kritiker, der damals mit so „vernichtender“ und ironischer Ueberlegenheit die Befürchtungen eines Mannes wie des Grafen Schlieffen für Halluzinationen erklärte, war der hochgelobte verstorbene fortschrittliche Führer Dr. Theodor Barth; seine Kritik findet sich im „März“, Heft 4 des Jahrganges 1909.

Gerade in den Fragen der auswärtigen Politik haben unsere Fortschrittler Theodor Barth, der ja immerhin weit in der Welt herumgekommen war, immer als eine ganz besondere Autorität angesehen und gefeiert; er war die Seele der internationalen Verständigungs- und Versöhnungspolitik, die durch den Weltkrieg so jäh und unbarmherzig ad absurdum geführt wurde, jetzt aber wieder wir früher der Leitstern unserer Radikalen ist. Man braucht heute nur auf der einen Seite Hindenburg und Ludendorff, die ja durch die Schule Schlieffens gegangen sind, dazu noch den Großadmiral von Tirpitz, auf der anderen Seite die Herren von Payer, Haußmann und Scheidemann zu setzen: und man hat sachlich wie persönlich die selbe Gegenüberstellung wie 1909 den Grafen Schlieffen auf der einen, Herrn Theodor Barth mit seiner überlegenen Weltkenntnis und vernichtenden Ironie auf der anderen Seite.

Wie das deutsche Volk und wie jede gesunde Vernunft über die Urteilskraft der weltpolitischen Autorität des Fortschritts, die die Einkreisung Deutschlands einen „schnurrigen Gedanken“ nannte, heute urteilt, dürfte freilich nicht zweifelhaft sein. Ein wahrhaft „schnurriger“ Gedanke aber ist es deshalb, daß die Leute, die damals auf Theodor Barth schwuren und jetzt den Faden, den Barth gesponnen hatte, wieder aufnehmen wollen, noch den Anspruch eines Mitbestimmungsrechts an der Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands erheben. Es scheint fast, als ob der ganze Weltkrieg für die Unbelehrbaren nur ein „schnurriger Gedanke“ sei. Sache der verantwortlichen Stellen wird es sein, der Leitung unserer auswärtigen Geschäfte solche schnurrigen Ratgeber vom Leibe zu halten – damit das Vaterland nicht durch ihren Unfug Schaden leide!

Ein wichtiger Tag.

Heute tritt der deutsche Reichstag zum erstenmal nach der Lösung der Kanzlerkrise zusammen, die man in dem Rücktritte des Herrn v. Bethmann-Hollweg und in der Ernennung des Herrn Dr. Michaelis zu seinem Nachfolger gesunden zu haben glaubt. Der „neue Mann“ soll mit einer programmatischen Erklärung zur allgemeinen Lage Stellung nehmen und der Reichstag will, dies durch die Fassung eines Beschlusses tun, der die Kriegsziele Deutschlands umschreibt. Der Wortlaut der beabsichtigten Kundgebung ist schon vor mehreren Tagen bekannt geworden und bildet ebenso wie die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, dessen politische Wertung ungemein schwierig erscheint, den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen sowohl in der deutschen als auch, in der Auslandspresse der neutralen und der feindlichen Staaten. Wie weit die Urteile in dieser Beziehung auseinandergehen, erhellt daraus, daß ein Teil der englischen und französischen Zeitungen die Ernennung des Dr. Michaelis als einen Sieg der deutschen Militärpartei und des Einflusses Hindenburgs darstellt, der es auch vor allem gewesen sei, der den Rücktritt Bethmanns verursacht habe, während der Text der dem Reichstage vorgeschlagenen „Friedensformel“ so aufgefaßt wird, daß dadurch der Standpunkt des russischen Arbeiter- und Soldatenrates eingenommen und „ein Strich über den sogenannten deutschen Frieden gemacht werde“. Das beweist jedenfalls, daß man sich noch keineswegs darüber im reinen ist, welche Konsequenzen der Kanzlerwechsel in Bezug auf die politische und militärische Lage haben wird. **Daß auf die Haltung eines Teiles der Reichstagsparteien im feindlichen Ausland sehr weitreichende Hoffnungen gesetzt worden sind, kann nicht geleugnet werden**, ebenso ist es sicher, daß sich bereits eine gewisse Enttäuschung bemerkbar macht, da man offenbar erwartet hatte, daß die „Friedensformel“ der Mehrheitsparteien sich noch viel bestimmter für die rascheste und vor allem für eine bedingungslose Beendigung des Krieges aussprechen würde. Vor allem hat sich eine Vermutung, die wir sogleich gehabt haben, als richtig erwiesen, nämlich die, daß der Satz der geplanten Kundgebung, der die „Freiheit der Meere“ fordert, von England und seinen Vasallen als eine Herausforderung betrachtet wird, die für sie die ganze Friedensformel wertlos erscheinen läßt.

Außerordentlich bezeichnend in dieser Beziehung ist die von uns bereits gemeldete Äußerung Brantings, des sozialistischen Agenten des Vierverbandes, der das deutsche Verlangen nach der „Freiheit der Meere“ eine „gefährliche Unklarheit“ nennt. **Daraus geht deutlich hervor, daß das, was seitens unserer Feinde angestrebt wird, nicht der Frieden, nicht die Versöhnung der Völker und Staaten, nicht ein wirklicher Ausgleich der Gegensätze, sondern unsere Unterwerfung ist.** Wir können angesichts der für heute zu erwartenden Erklärungen des Kanzlers Dr. Michaelis und der sich daran schließenden Kundgebung des deutschen Reichstages nur neuerlich unseren oft und oft zum Ausdrucke gebrachten Standpunkt betonen, daß dem Frieden kein schlechterer Dienst erwiesen werden kann, als dies durch eine unmännliche und schwankende Haltung im gegenwärtigen, für die Entscheidung so überaus wichtigen Augenblicke geschehen könnte. Für die Frage des Friedensschlusses darf in erster Linie nichts anderes maßgebend sein als die militärische Lage, und daß diese eine für die Mittelmächte und ihre Verbündeten überaus günstige ist, kann auch von berufsmäßigen Pessimisten nicht bestritten werden. Es wäre der größte Undank, die empörendste Untreue des Hinterlandes gegenüber unseren Helden an der Front, wenn durch schwachmütiges Friedensgewinsel die Früchte der von unseren braven Truppen errungenen Siege in Frage gestellt werden würden. Wenn unsere Kämpfer in den Schützengräben des Ausharrens nicht müde sind, dann brauchen es auch die nicht zu sein, die nur die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu spüren haben. Es ist bezeichnend, daß gerade diejenigen, die im Hinterland durch Entbehrungen aller und die schwersten Opfer zu bringen haben, eine geradezu rührende Langmut und Standfestigkeit beweisen, während in der letzten Zeit diejenigen, denen der Krieg eigentlich nur nie geahnte Vorteile, in dieser Höhe niemals erhoffte Gewinne gebracht hat, ihre Ungeduld nicht mehr meistern können, trotzdem sich auch der Weltkrieg bei einer guten Zigarre, die man in seinem Wiener behaglichen Heim im bequemen Fauteuil raucht oder beim Abendessen auf der Seeterrasse einer der auch heuer noch zugänglichen Sommerfrischen mühelos „durchhalten“ läßt. Die „Friedenssehnsucht“, die gewisse Herren in Deutschland und auch bei uns in allerletzter Zeit in einer der Sache unendlich abträglichen Art und Weise an den Tag legen, wäre noch begreiflich, wenn derselben rein ethische Erwägungen zugrunde liegen würden. Das trifft aber vielfach durchaus nicht zu. Diese aufdringlichen Kundgebungen sind sogar auf sehr materielle Erwägungen zurückzuführen. Die angebliche „Friedenssehnsucht“ dieser Leute, denen die lange Dauer des Krieges ursprünglich sehr erwünscht war, ist nichts anderes, als der sich immer stürmischer regende Wunsch, die angesammelten Kriegsgewinne im „freien Spiel der Kräfte“ wirken zu lassen, wovon man sich eine bedeutend höhere Verzinsung verspricht, als sie zu erzielen ist, so lange der Krieg noch nicht beendet ist. Es steckt also ein starkes Stück Egoismus in diesen scheinbar so altruistischen Friedenssehnsuchtsklängen, die wir in letzter Zeit zu hören bekommen.

116. Sitzung – Fortsetzung der ersten und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917

Präsident: Den Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis darf ich im Namen des Reichstags bei seinem ersten Erscheinen begrüßen und ihm Glück und Erfolg wünschen zu dem in ernster Zeit übernommenen Werke der verantwortlichen Führung der Geschäfte des Reichs. Wir vertrauen, daß es seiner Einsicht und seiner Tatkraft gelingen wird, in dem Streite der Meinungen und in dem Ringen der Völker den Weg zu finden, der unser Vaterland einer glücklichen und gesicherten Zukunft entgegenführt. Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Dr. Michaelis, Reichskanzler: Meine Herren, nachdem Seine Majestät der Kaiser mich zum Amte des Reichskanzlers berufen hat, habe ich heute zum ersten Male die Ehre, mit dem hohen Hause in Verbindung zu treten. In ernstester Zeit ist die zentnerschwere Last auf meine Schultern gelegt. Im Aufblick zu Gott und im Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt und werde nun der Sache dienen bis zur letzten Hingabe. Von Ihnen, meine Herren, erbitte ich vertrauensvolle Mitarbeit in dem Geist, der sich in diesem dreijährigen Kriege herrlich bewährt hat.

Gegen den hochverdienten Mann, der an diesem Posten vor mir acht Jahre gestanden hat, ist herbe Kritik geübt, Kritik vielfach mit Feindschaft und Haß erfüllt. Ich habe die Empfindung, es wäre würdiger gewesen, die Feindschaft und der Haß hätten haltgemacht, nachdem sich die Tür geschlossen hat. (Sehr richtig! links.)

Erst wenn das Buch dieses Krieges geöffnet vor uns liegen wird, dann werden wir voll würdigen können, was Bethmann Hollwegs Kanzlerschaft für Deutschland in seiner schwersten Zeit bedeutete. (Sehr richtig! links.)

Wenn ich nicht den festen Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache hätte: ich hätte die Aufgabe nicht übernommen. Wir müssen uns täglich die Ereignisse von vor drei Jahren vor Augen halten, die geschichtlich feststehen und die beweisen, daß wir gegen unseren Willen in den Krieg gezwungen worden sind.

Rußlands Rüstungen, seine Mobilmachung waren eine jeden Tag steigende Gefahr für Deutschland. An einer Konferenz teilzunehmen, während deren Dauer die Mobilmachungsarbeiten weitergegangen wären, wäre politischer Selbstmord gewesen. (Sehr richtig! rechts.)

Obwohl die englischen Staatsmänner wußten, wie aus ihrem Blaubuch hervorgeht, daß die russische Mobilmachung zum Kriege mit Deutschland führen müsse, (sehr richtig!) haben sie kein Wort der Warnung gegen die militärischen Maßnahmen Rußlands gerichtet, (sehr wahr!) während mein Herr Amtsvorgänger in einer Instruktion vom 29. Juli 1914 an den Kaiserlichen Botschafter in Wien die Direktive gab, zu sagen: Wir erfüllen gern unsere Bündnispflicht, aber wir müssen es ablehnen, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.

So schreibt kein Mann, der einen Weltkrieg entfachen will, sondern so schreibt und spricht ein Mann, der für den Frieden ringt und der um den Frieden gerungen hat, bis zum Äußersten, bis der befohlene Aufmarsch der russischen Heere Deutschland zwang, in der äußersten Not zum Schwert zu greifen. Uns blieb keine Wahl.

Was vom Kriege selbst gilt, gilt auch von der Anwendung unserer Waffen, insbesondere von der U-Boot-Waffe. Wir weisen den Vorwurf zurück, daß der U-Boot-Krieg rechtswidrig (sehr richtig!) und daß er mit den Gesetzen der Menschlichkeit unvereinbar sei. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) England hat uns die Waffe gewaltsam in die Hand gedrückt. Durch seine völkerrechtswidrige Seesperre (sehr richtig!) hat es den legitimen Handel der Neutralen mit Deutschland unterbunden und den Aushungerungskrieg proklamiert. Unsere nur schwache Hoffnung, daß Amerika an der Spitze der Neutralen dem völkerrechtswidrigen Treiben Englands Einhalt gebieten würde, ist eitel gewesen, und der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein ehrlich gemeintes Friedensangebot das Äußerste abzuwenden, ist fehlgeschlagen. Da durfte und mußte Deutschland dieses letzte Mittel wählen als in der Notwehr gebotene Vergeltungsmaßregel und es nun auch zum Äußersten anwenden, zur Abkürzung des Krieges. (Zustimmung und Beifall.)

Der U-Boot-Krieg leistet das und noch mehr, was man von ihm erhofft hat. (Erneuter Beifall und Zustimmung.) Falsche Nachrichten, die durch unklare Erläuterungen aus geheimen Sitzungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind, haben eine Zeitlang hier und da ein gewisses Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige Propheten die Erwartung verbreitet hatten,

daß mit Hilfe der U-Boot-Waffe der Krieg zu einer bestimmten Zeit zu Ende sein würde. (Sehr wahr! links und im Zentrum.)

Sie haben dem Vaterlande keinen Dienst erwiesen. (Stürmische Zustimmung und Zurufe links und im Zentrum.) **Ich stelle fest, daß der U-Boot-Krieg in der Vernichtung feindlichen Frachtraums das leistet, was er sollte. Seine Wirkung auf die Entschlüsse unserer Feinde können wir in Ruhe abwarten. Die Zeit läuft für uns.** (Zurufe links.) Wir können den weiteren Arbeiten unserer wackeren U-Boot-Männer mit vollem Vertrauen entgegensehen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich will den Augenblick, wo ich an der Stelle stehe, wo man in weithin hörbarer Weise in das Land hineinrufen kann, dazu benutzen, um unsere Truppen an allen Fronten, zu Land und zu Wasser, in der Luft und unter der See von der Heimat zu grüßen. (Stürmischer Beifall.) Was unsere Heere unter der Leitung ihrer großen Führer in nun drei Jahren geleistet haben, das ist in der Weltgeschichte unerhört, (lebhafter Beifall) und unser Dank ist unauslöschlich. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir denken auch dankbar an unsere treuen und tapferen Bundesgenossen. (Lebhafter Beifall.) Die Waffenbrüderschaft, in heißen Kämpfen Seite an Seite bewährt, wird nie gelöst werden. (Lebhaftes Bravo.) Deutschland wird in unerschütterlicher Bundestreue auch fernerhin an den bestehenden Verträgen und an den Abmachungen festhalten. (Lebhafter Beifall.)

Die Berichte über die militärische Lage von seiten der Obersten Heeresleitungen sind sehr gute. Im Westen sind die großen Frühjahrsoffensiven der Engländer und der Franzosen gescheitert, Teilangriffe unserer Heere beweisen ihre ungebrochene Kraft und ihr überlegenes Können. (Lebhafter Beifall.) Im Osten ist infolge der inneren russischen Wirren der Angriff der feindlichen Millionenheere nicht zur Ausführung gekommen. Es trat verhältnismäßige Ruhe ein. **Erst nachdem falsche Nachrichten und Hetzreden der russischen Verbündeten die Soldaten in Rußland von neuem aufgestachelt hatten, kam es zu der jetzigen Offensive.** Ihr Ziel war Lemberg und die Ölgruben von Drohobycz, um unseren U-Boot-Krieg zu schädigen. Brussilow hat in seiner Rücksichtslosigkeit unter ungeheuren Opfern nur geringe Vorteile erzielt. Vor einer halben Stunde habe ich ein Telegramm des Feldmarschalls erhalten, das folgendermaßen lautet:

An den Reichskanzler des Deutschen Reichs, Reichstag. Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff östlich Zloczow eingesetzt. Unter persönlicher Leitung des Feldmarschalls Prinz Leopold von Bayern (Bravo! im Zentrum.) haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreichisch-ungarische Artillerie, in altbewährtem Schneid und fester Zuversicht **die russischen Stellungen durchstoßen.**

(Lebhafter Beifall. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.—Erregte Gegenrufe bei den übrigen Parteien.)

Die in den letzten Berichten erwähnten Vorteile von Brussilow sind danach wieder ausgeglichen. (Lebhafter Beifall.) **Griechenland, durch Gewalt gezwungen, ist in den Krieg gegen uns gestoßen worden.** Unsere gemeinsam mit den tapferen bulgarischen Bundesgenossen gehaltene mazedonische Front steht fest. Italien würde selbst in einer 11. Isonzoschlacht gegen unsere in Kampf und Treue erprobten österreichisch-ungarischen Bundesgenossen nicht das ersehnte Ziel erreichen, (lebhafter Beifall) weswegen es sein Wort brach, den Besitz von Triest.

Im Kaukasus, im Irak und in Palästina hat der Kampf wegen der Jahreszeit ausgesetzt. Wenn er wieder aufflammt, dann wird der Feind das türkische Heer neu gerüstet und in bester Zuversicht finden. (Bravo!)

Den hoffnungsvollen Reden der Ententeländer über das Eingreifen von Amerika hören wir ohne ernste Bedenken zu. (Bravo! rechts.) Es ist ausgerechnet, wieviel Schiffsraum erforderlich ist, um ein Heer von Amerika nach dem europäischen Kontinent hinüberzuführen, und wieviel Tonnage dauernd dazu gehört, um das Heer zu ernähren und zu versorgen. Frankreich und England können ihre eigenen Heere kaum selbst versorgen, ohne ihre Kriegswirtschaft weiter zu beeinträchtigen. Unser Heer, unsere Marine und ins besondere unsere U-Boote werden auch dieser neuen Lage Herr werden. (Bravo! rechts) Des sind wir fester Zuversicht. (Erneutes Bravo rechts.)

Mit unseren Bundesgenossen können wir also jeder weiteren Entwicklung der militärischen Ereignisse mit ruhiger Sicherheit entgegensehen. (Bravo!) Und doch ist in aller Herzen die brennende Frage: wie lange noch? Ich komme hiermit zu dem, was im Mittelpunkt des Interesses unser aller steht, zu dem Kernpunkt der heutigen Verhandlungen. **Deutschland hat den Krieg nicht gewollt.** Es strebte nicht nach Eroberungen, nicht nach gewaltsamer Vergrößerung seiner Macht — **darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn ein ehrenvoller Frieden zu haben ist,** bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen. (Lebhaftes Bravo im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Das, was wir wollen, ist in erster Linie, **daß wir Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben.** Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfungszeit als eine leuchtende Zeit des Sieges, der unerhörten Tatkraft und Opferfreudigkeit unseres Volkes und unserer Heere im Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. Ein Volk von noch nicht 70 Millionen, das sich Seite an Seite mit treuen Verbündeten gegen eine vielfache Überlegenheit von Völkermassen mit der Waffe in der Hand vor den Grenzen seines Landes behauptet, hat sich als unüberwindlich erwiesen. (Bravo!)

Hieraus ergeben sich für mich die Ziele. **In erster Linie ist das Gebiet des Vaterlandes unantastbar. Mit einem Gegner, der uns mit der Forderung entgegentritt, uns Reichsgebiet zu nehmen, können wir nicht verhandeln. Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reichs für alle Zeit sichergestellt sind.** (Lebhaftes Bravo rechts.)

Wir müssen im Wege der Verständigung (Bravo! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten) und des Ausgleichs (erneutes Bravo im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten) die Lebensbedingungen des Deutschen Reichs auf dem Kontinent und über See garantieren. (Lebhaftes Bravo.)

Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bieten. (Lebhaftes Bravo im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.) Er muß, wie dies in Ihrer Resolution ausgesprochen ist, der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen. (Sehr gut!) Er muß davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst. (Sehr gut! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen. (Bravo! und Sehr gut! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. (Sehr richtig! rechts.) Die ehrlich ausgestreckte Hand hat einmal ins Leere gegriffen. (Sehr richtig! rechts.) Aber mit dem gesamten Volk und der deutschen Armee und ihren Führern, die mit dieser Erklärung einverstanden sind, (hört! hört! — Bravo! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten) ist die Regierung sich dessen bewußt. Wenn die Feinde ihrerseits von ihren Eroberungsgelüsten, ihren Niederwerfungszielen ablassen und in Verhandlungen einzugehen wünschen, werden wir ehrlich und friedensbereit hören, was sie uns zu sagen haben. (Bravo! links.)

Bis dahin müssen wir ruhig und geduldig und mutig ausharren. Meine Herren, die gegenwärtige Zeit ist auf dem Gebiet unserer Ernährung die schwerste, die wir bisher durchgemacht haben. Der Monat Juli war der schlimmste. Wir wußten, daß es so kommen würde. Die Trockenheit hatte das Wachstum zurückgehalten, und es hat in der Tat vielfach bittere Not geherrscht. Aber ich kann die frohe Zuversicht aussprechen, daß in kurzer Zeit eine Erleichterung eintreten wird, und daß dann die Bevölkerung wieder reichlicher versorgt werden können. (Bravo!) über unsere Ernte wissen wir noch nichts Gewisses; aber das steht jetzt fest, daß unsere Brotgetreideernte besser wird, als man vielfach glaubte. (Sehr richtig!)

Das Stroh ist zwar kurz, aber die Körnerbildung ist fast durchweg vortrefflich, und wir werden, wie im Jahre 1915, mit einer mittleren Ernte zu rechnen haben. In weiten Kreisen des Reiches ist überall, noch rechtzeitig, Regen gefallen, um die Kartoffeln zum Wachsen zu bringen. Wir hoffen auf eine gute Kartoffelernte. (Sehr richtig!) Und wenn wir das, was aus Rumänien und aus den besetzten Gebieten in diesem Jahre uns zuwachsen wird, für unsere Wirtschaft vorsichtig nutzen, dann wird die Futtermangel überwinden werden, vor der wir sonst stehen.

Es ist in diesen drei Kriegsjahren der Beweis erbracht, daß selbst bei einer schlechten Ernte, wie im Jahre 1916, Deutschland überhaupt nicht ausgehungert werden kann. (Bravo!) Bei straffer Erfassung und bei schmaler Rationierung reichen die Vorräte, und das ist der unberechenbare Vorteil gegenüber England. Es hat in weiten Kreisen die schmerzliche Erfahrung gemacht werden müssen, daß infolge der Kriegswirtschaft das Verhältnis der Bevölkerung in Stadt und Land eine Trübung erfahren hat. (Sehr richtig!) Hier muß unbedingt Aufklärung erfolgen. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen in erster Linie die Landwirtschaft davor bewahren, daß im neuen Wirtschaftsplan die Rationen, die ihr zugewiesen werden, insbesondere auch für das Vieh, für die Pferde, so gering sind, daß es von vornherein ausgeschlossen ist, damit zu reichen. (Sehr richtig! rechts.) Das war ein Fehler des vorigen Jahres, (sehr richtig! im Zentrum) der glatt zugegeben wird. Denn das hat natürlich die Folge, daß notwendige und darum menschlich entschuldbare Gesetzesübertretungen vorkommen. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.)

Es muß auch die städtische Bevölkerung die großen Schwierigkeiten würdigen, unter denen die Landwirtschaft in der Kriegswirtschaft jetzt in ihrem Betrieb zu leiden hat. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Und umgekehrt muß überall in [in] der ländlichen Bevölkerung volles Verständnis dafür bestehen, wie groß die

Not in der industriellen Bevölkerung und in den Großstädten gewesen ist und ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das geschieht, dann wird die Annäherung erfolgen, es wird einer für den anderen das leisten, was er kann und wozu er verpflichtet ist. Die erfreuliche Erscheinung der Verpflanzung von Hunderttausenden von städtischen Kindern auf das Land kann vielleicht die Brücke bilden. Aber wir müssen auf alle Weise dafür sorgen, daß dieser Gegensatz gemildert, daß er ausgeglichen, daß er beseitigt wird. (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, Sie können von mir, der ich erst fünf Tage im Amt bin, nicht erwarten, daß ich mich über die schwebenden Fragen der inneren Politik heute erschöpfend und abschließend äußere. Aber ich will folgendes sagen. Daß ich mich auf den Boden der Allerhöchsten Botschaft vom 11. Juli über das Wahlrecht in Preußen stelle, ist selbstverständlich. (Bravo! links.) Ich halte es für nützlich und für notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung herbeigeführt wird, und bin bereit, soweit dies möglich ist, ohne den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reichs zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten lebens- und wirkungsvoller machen kann.

Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch enger wird, daß Männer in leitende Stellen berufen werden, die neben ihrer persönlichen Eignung für den betreffenden Posten auch das volle Vertrauen der großen Parteien in der Volksvertretung genießen. (Bravo! links.)

Meine Herren, selbstverständlich ist alles das nur unter der Voraussetzung möglich, daß von der anderen Seite anerkannt wird, daß das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung in der Politik nicht geschmälert werden darf. (Bravo! rechts.)

Ich bin nicht Willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Meine Herren, wir fahren in wildbewegter See und in gefährlichem Fahrwasser. Aber das Ziel steht uns leuchtend vor Augen. Das, was wir ersehnen, ist ein neues, ein herrliches Deutschland, nicht ein Deutschland, das mit seiner Waffengewalt die Welt terrorisieren will, wie unsere Feinde behaupten, nein, ein sittlich geläutertes, ein gottesfürchtiges, ein freies, ein friedliches, ein machtvolleres Deutschland, das wir alle lieben. Für dieses Deutschland wollen wir kämpfen und leiden, bluten und sterben, und dieses Deutschland wollen wir uns erkämpfen, allen Feinden zum Trotz. (Lebhafter, allseitiger Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fehrenbach.

Fehrenbach, Abgeordneter: Meine Herren, im **Auftrage der Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei** beehre ich mich, dem hohen Hause folgende Resolution mit der Bitte um Annahme zu unterbreiten:

Der Reichstag erklärt: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. (Bravo! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. (Erneutes Bravo im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. (Sehr richtig im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. (Zustimmung im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. (Erneute Zustimmung im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. (Bravo! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, (lebhafteste Zustimmung im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei

den Sozialdemokraten) unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

(Bravo! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher. (Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Namens der Fraktion des Zentrums gestatten Sie mir dazu folgende Ausführungen. Einen denkwürdigen Tag begeht der Deutsche Reichstag mit seiner Friedenskundgebung. Er hat sich seit Bestehen des Reiches große Reserve in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten auferlegt. Jetzt, an der Schwelle des vierten Kriegsjahres, tritt er aus seiner Zurückhaltung heraus und verkündigt der Welt die Bereitschaft des deutschen Volkes zu einem für alle Beteiligten, für Freunde wie Feinde, ehrenvollen Frieden. (Bravo! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Er mischt sich nicht in das, was Sache der Regierung ist; das heißt, er macht den feindlichen Regierungen kein Friedensangebot. Dafür Zeit und nähere Umstände zu bestimmen, ist Sache der Regierung. Was er heute unternimmt, ist nur eine Friedenskundgebung: er stellt die Bereitschaft des eigenen Volkes zum Frieden fest und fordert die feindlichen Völker in feierlicher Weise auf, sich von dem gleichen Friedenwillen beseelen zu lassen.

(Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Seine Absicht geht in Übereinstimmung mit den soeben gehörten Worten des Herrn Reichskanzlers (sehr richtig!) auf einen Frieden der Verständigung. (Wiederholte Zustimmung.) Sein Ziel ist die dauernde Versöhnung der Völker; nicht Eroberung, nicht Vergewaltigung, nicht wachsende Verfeindung der Völker, sondern Rückkehr zur Friedensarbeit, zu den Segnungen der Kultur und Zivilisation ist sein Zweck.

(Bravo! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Man hat die Frage aufgeworfen und sie verneinen zu sollen geglaubt: werden sich unsere Feinde von der Ehrlichkeit unseres Willens überzeugen lassen? Ich weiß nicht, was sie zu tun gedenken. Aber eines weiß ich: Leidenschaft und Haß sind schlechte Berater. (Sehr richtig!) Es ist ja ein fürchterliches Zerrbild des deutschen Volkes gezeichnet worden; aber schließlich wird, wenn vielleicht auch nur langsam, die ruhige Überlegung wieder zu ihrem Recht kommen müssen, die sich sagt: das deutsche Volk ist ein starkes und tapferes Volk, aber mehr noch als in den Künsten des Krieges hat es sich in den Werken des Friedens ausgezeichnet

(sehr richtig! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)

und es hat sich mit einem derartigen Eifer der Friedensarbeit hingegeben, daß jedes langen als ausgeschlossen erschien. Und wenn jetzt ein ganzes Volk durch eine imponierende Mehrheit seiner Vertretung in unzweideutiger, jeden Zweifel ausschließender Weise seinen Verständigungswillen zu erkennen gibt und auf jede gewaltsame Eroberungspolitik verzichtet, darf man an seiner Ehrlichkeit zweifeln? Man müßte den Glauben an die Menschheit, an den sittlichen Kern der Menschenseele verlieren, wenn man solche Gedankengänge im feindlichen Lager für ausgeschlossen erachtet. Aber jedenfalls sind wir mit unserer aufrichtigen Friedenskundgebung dem verantwortungsvollen Ernste dieser Stunde gerecht geworden. (Sehr richtig! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Es ist vor einer solchen Kundgebung gewarnt worden, weil unsere Feinde darin nur ein Anzeichen unserer Schwäche, unserer beginnenden Ohnmacht erblicken werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich zweifle nicht daran, meine Herren, daß sich solche Stimmen im feindlichen Lager werden vernehmen lassen, (sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten) namentlich in den nächsten Tagen und Wochen. Aber wir werden tagtäglich den Beweis erbringen, daß wir zum Schlagen bereit und zum Siegen befähigt sind. (Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.) Unsere tapferen Heere werden, solange den Feinden die Fortsetzung des Kampfes beliebt, in heldenhaften Taten nicht erlahmen, (Bravo! im Zentrum) und unsere U-Boote werden von Woche zu Woche in gesteigerter Tätigkeit den Frachtraum der Feinde verringern und ihre Bewaffnungs- und Ernährungsorgen vermehren. (Sehr wahr!)

Und unser Volk in der Heimat, das während dreier schwerer Jahre bewundernswerte Ausdauer bewiesen hat, wird auch weiter unentwegt standhalten, um so mehr, da in dem größeren Teile unseres Vaterlandes eine Ernte von seltenem Reichtum heranreift. Sollen wir da die Hoffnung aufgeben, daß auch bei unseren Feinden, wenn vielleicht auch erst nach Monaten, die Erkenntnis durchbricht, daß nicht die Not,

sondern die Sehnsucht nach den Segnungen des Friedens die Vertretung des deutschen Volkes bestimmte, die Hand zur Verständigung zu bieten? (Bravo! im Zentrum.)

Und jetzt in dieser Stunde hielten wir den Augenblick für gekommen, ernstlich zum Frieden zu mahnen. Drei volle Jahre wütet der fürchterlichste aller Kriege. Unendliche Werte werden Tag für Tag vernichtet, Städte und Länder werden in Wüsteneien verwandelt, mit dem Blute der besten Söhne der Völker werden die Acker gedüngt. Millionenfach häufen sich die Verstümmelungen und die Verheerungen durch Krankheit und Siechtum, millionenfache Todesopfer werden dem Völkerhasse gebracht. Die Völker richten sich in dem Kostbarsten, was sie haben, in dem Menschengut, zugrunde, (sehr richtig! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)

und deshalb erhebt sich an der Schwelle des vierten Kriegsjahres die furchtbare Gewissensfrage, die alle Völker gleichmäßig an sich zu richten haben: (erneute lebhafteste Zustimmung) Soll dieses Wüten auch noch ein viertes Jahr dauern? Wir haben vor unserem Gewissen und vor Gott uns verpflichtet erachtet, diesem Elend, soweit das an uns liegt, ein Ende zu machen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Keine erzwungenen Gebietsabtretungen, keine politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Vergewaltigungen würden die Summe des Elends bei weiterer Kriegsführung ausgleichen (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten) und würden eine dauernde Versöhnung der Völker erst recht unmöglich machen. (Sehr gut! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Unsere militärische Situation schließt jede Mißdeutung aus. (Sehr wahr! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.) Deshalb unsere Friedenskundgebung. Jetzt haben das Wort unsere Feinde! (Lebhafter Beifall im Zentrum und links. — Zuruf rechts.) Wer zum Frieden spricht, und sei er ein noch so starker und tapferer Mann, pocht nicht auf seine Kraft und rasselt nicht mit dem Säbel. (Sehr gut! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)

Aber das ist das heilige Gelöbniß eines ernsten Volkes in schwerster Stunde: **Wird die von der deutschen Volksvertretung jetzt zum ersten Male dargebotene Hand zurückgewiesen, dann wird das ganze deutsche Volk aufflammen in gerechtem Zorne, dann werden Heer und Flotte noch größere Heldentaten verrichten, (Bravo!) dann wird die Heimat das wunderbare Bild des Zusammenhaltens und Ausharrens schauen. Dann werden wir der Welt beweisen, daß das deutsche Volk in seiner Einigkeit unüberwindlich ist.** (Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Die innere Politik hat bis zur Stunde ernste gegensätzliche Auffassungen aufgewiesen und harte Kämpfe gezeitigt. **Die hochherzige Entschließung Seiner Majestät des Kaisers und Königs von Preußen hat auf diesem Gebiet ausgleichende Wege betreten und den Wünschen weiter Volkskreise Rechnung getragen.** Der Osterbotschaft ist die Ankündigung des gleichen Wahlrechts in Preußen gefolgt, nicht so frühzeitig, wie es wünschenswert gewesen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Partei hat, getreu ihrem Programm, das die Wahrung der bundesstaatlichen Rechte besonders stark betont, jede direkte Einmischung des Reichs in diese preußische Angelegenheit abgelehnt. (Hört! hört! rechts.) Aber bei der Bedeutung — ich denke, daß auch Sie (nach rechts) das als Preußen vielleicht anerkennen werden —, welche die politische Haltung des führenden Bundesstaates für das ganze Reich hat, hielten wir uns zu der Aussprache unserer Auffassung berechtigt, daß das Wahlrecht, welches das Reich und die meisten Bundesstaaten ihren Bürgern gewähren, auch in Preußen gewährt werden müsse, ganz besonders jetzt nach diesem Kriege, wo auch der letzte deutsche Mann dem Vaterlande seine ganze Kraft zur Verfügung gestellt hat. (Beifall links.)

Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die kundgegebene Absicht des Königs von Preußen ohne innere Kämpfe sich möglichst bald und vollkommen erfülle. Auch in der Frage der sogenannten Parlamentarisierung der Regierung will meine Fraktion den bundesstaatlichen Charakter des Reichs sorgfältig gewahrt wissen. Sie denkt nicht daran, irgendwie in die Rechte des Bundesrats einzugreifen; ebensowenig soll das Ernennungsrecht des Kaisers angetastet oder die Auswahl der Regierung genommen werden. Sie denkt auch gar nicht daran, die Besetzung aller obersten Reichsstellen durch Parlamentarier anzustreben. (Zuruf rechts.)

— Nun, für das eine oder für das andere werden vielleicht auch Sie zu haben sein. (Heiterkeit.) Für so unfähig werden Sie doch die Parlamentarier nicht halten, daß sie nicht für irgendeine noch so bescheidene Stellung geeignet seien. Ich hoffe das wenigstens. —

Aber sie bedauert die vielfach zutage getretene geringe Fühlung zwischen Regierung und Parlament und glaubt, daß diesem Übelstand durch Berufung bewährter Kräfte aus dem Parlament abgeholfen werden sollte. Sie sieht auch nicht ein, inwiefern die Fühlungnahme der Regierung mit den Parteien über solche

Berufungen verfassungswidriger sein sollte als die mit allen möglichen auch unverantwortlichen Stellen und Persönlichkeiten. (Andauernder lebhafter Beifall im Zentrum und links. — Zuruf rechts.)

— Haben Sie in Ihren Kreisen denn nicht einen einzigen — Herr v. Graefe scheint es zu meinen —, der befähigt wäre, hineinzusteigen? (Unruhe rechts.)

Das Amt des Reichskanzlers hat in den Wirrnissen der letzten Woche seinen Inhaber gewechselt. Dieser Krieg fordert seine Opfer auch außerhalb der Schützengräben, und auch Herr v. Bethmann Hollweg ist das Schicksal seiner Amtsgenossen in den feindlichen Staaten nicht erspart geblieben. Es hat etwas Tragisches an sich, daß dieser Mann, der mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten suchte, fallen mußte, als sich der Deutsche Reichstag zu einer Friedenskundgebung entschloß, (sehr richtig, links) und daß ihn die Volksvertretung scheiden ließ in dem Zeitpunkt, da er es unternahm, ihre Rechte zu vermehren und ihren Einfluß auf die Führung der öffentlichen Angelegenheiten zu erhöhen. (Zuruf.)

In achtjähriger uneigennütziger Tätigkeit hat sich der fünfte Kanzler viele Verdienste um das Vaterland erworben. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Das soll ihm dankbar auch von dieser Stelle aus bezeugt werden, (Zurufe.) auch wenn Sie höhnisch dazu lächeln, Herr v. Graefe! — (Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

Fehrenbach, Abgeordneter: Das soll ihm dankbar auch von dieser Stelle aus bezeugt werden. (Zuruf.)

— Diese Einwendungen sind mir jetzt wirklich zu kleinlich, als daß ich darauf eingehe. Sie scheinen von dem Ernst dieser Stunde keine Ahnung zu haben. — (Bravo! im Zentrum und links. — Zurufe.)

Präsident: Meine Herren, ich muß Sie wiederholt um Ruhe bitten. Ich möchte die Herren bitten, Platz zu nehmen. (Sehr gut! — Zurufe.)

Fehrenbach, Abgeordneter: Es soll auch anerkannt werden, daß Herr v. Bethmann Hollweg während langer Kriegszeit das Volk zusammenzuhalten verstand. (Sehr gut! im Zentrum und links.)

In gedankentiefen, formvollendeten Reden (sehr gut! im Zentrum und links) hat er das deutsche Volk häufig gestärkt und zur Begeisterung fortgerissen. (Bravo! im Zentrum und links.) Auch das soll ihm nicht vergessen werden. (Bravo!)

Dem neuen Kanzler kommen wir mit dem Vertrauen entgegen, dessen er zur Leitung der Staatsgeschäfte in so ernster Zeit bedarf. Wir hoffen, daß es ihm gelingen wird, das deutsche Volk in geschlossener Einheit zusammenzuhalten, alle die reichen Kräfte, die in unseren deutschen Staaten, Stämmen und Ständen zur Betätigung im vaterländischen Interesse sich herandrängen, nutzbar zu machen, (Bravo! im Zentrum und links) mit den konfessionellen und gesellschaftlichen Vorurteilen zu brechen, die eine volle Ausnutzung aller Volkskräfte so oft verhinderten, (bravo! im Zentrum und links) und endlich nach glücklicher, baldiger Beendigung des Krieges einen Frieden herbeizuführen, der die freie politische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes sichert, in seinen Grundlagen aber auch die Aussöhnung der Völker erhoffen läßt. (Bravo! im Zentrum und links.)

Im Alten Testament wird uns von einer bedrängten Zeit des israelitischen Volkes erzählt: „Mit der einen Hand taten sie die Arbeit und mit der anderen hielten sie das Schwert.“ Das ist der Geist, der auch unser deutsches Volk beseelt. (Bravo! im Zentrum.) Wir geben uns der Sorge um den Frieden nicht hin, ohne das Schwert zum Kampfe bereit zu halten. Wir wollen für alle Falle gerüstet, sein. Unser Heer und unsere Flotte, deren wir in bewunderndem Stolze und herzlicher Dankbarkeit gedenken, weicht und wankt nicht.

Ihrem Beispiele folgend, wird die Heimat unerschütterlich ausharren, bis endlich auch der Menschheit unserer Tage wieder der Himmelsgruß erklingt: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Meine Herren, bevor ich mich der Gegenwart zuwende, die durch den Mund des Herrn Reichskanzlers zu uns gesprochen hat, halte ich es für meine Pflicht, gleich dem Herrn Kollegen Fehrenbach, zunächst zwei Kapitel der jüngsten Vergangenheit zu berühren: den Abgang des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und die Vorgänge, die dazu geführt haben. **Wir waren politische Gegner des verabschiedeten Reichskanzlers, der — das kann man wohl sagen — Intrigen zum Opfer gefallen ist.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, Sie wissen, wie oft wir hier seine Amtsführung aufs schärfste kritisiert haben, aber **unsere Gegnerschaft, die sachlich kritisierte,** wurde gewissermaßen überschrieben von einer anderen Art von

Gegnerschaft, die persönlich angriff und verleumdete. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ja, so weit haben wir es unter dem sogenannten Burgfrieden glücklich gebracht, daß man als Gegner eines Mannes nicht ernst genommen wird, solange man ihn mit anständigen Waffen bekämpft, und so möchte ich sagen: trotz allem, was wir an dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auszusetzen hatten: **ekelhaft und widerlich war die Art, in der dieser Mann von einer gewissen Seite bekämpft worden ist.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und links.)

Was da zutage getreten ist, das waren die böartigen Instinkte einer Klasse, die sich in ihren Klasseninteressen bedroht fühlte, sich in ihnen bedroht fühlte von einem Klassengenossen, den sie deshalb doppelt haßte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich das alles lese, was dem gestürzten Kanzler nachgeschimpft und nachgespien worden ist — pfui Teufel! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Wäre Herr v. Bethmann Hollweg schon mit der Überzeugung in sein Amt eingetreten, mit der er es verlassen hat, wer weiß, wie manches dann im Reich hätte besser werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber freilich, ein Reichskanzler mit solchen Anschauungen war vor dem Kriege erst recht nicht möglich, den hätten Sie sich ja längst heruntergeholt. Die reaktionäre Wirtschaft ... —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Einen Augenblick! Ich muß bitten, daß die Türen geschlossen werden. Es darf von draußen niemand auch nur in den Saal hineinblicken.

Scheidemann, Abgeordneter: Die reaktionäre Wirtschaft, die das deutsche Volk vor dem Kriege allzu geduldig getragen hatte, das war unsere tragische Schuld. Als Herr v. Bethmann Hollweg die Augen darüber aufgingen, wie sie unzähligen ernsthaften Männern in unserer Vaterlande aufgegangen sind, war es leider zu spät. Das Versprechen des gleichen Wahlrechts hat er uns noch gebracht. Gegen die Parlamentarisierung, die unter allen Umständen kommen muß, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) hatte er Bedenken. Diese entsetzlichen Bedenken, die man immer erst dann aufgibt, wenn es nichts mehr nützt! Er war, im Grunde genommen, Einsicht ohne entschiedenen Willen, und das war zu wenig für diese schwere Zeit. Das Schicksal behüte uns aber vor einem Willen ohne Einsicht, denn das wäre mehr, als unser Land ertragen könnte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und links.)

Nun das andere. Dieselbe Presse, die sich in Verleumdungen des früheren Reichskanzlers ergeht, hat in gleicher Weise auch den Deutschen Reichstag angefallen wegen der bekannten Vorfälle im Haushaltsausschuß, Vorfälle, die ja zu der letzten Krise geführt haben. Es ist behauptet worden, hier im Hause habe eine Panik geherrscht, der Reichstag habe den Kopf verloren, seine Nerven seien wie Zwirnsfäden zerrissen und was der gleichen Redensarten mehr sind.

Meine Herren, ich stelle im Einverständnis mit Ihnen allen fest, daß das alles Lüge ist, kein Wort davon ist wahr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und links.) Nichts Wesentliches ist im Haushaltsausschuß vorgetragen worden, was nicht auch schon hier im Hause von meinen Freunden und mir wiederholt und oft gesagt worden ist. Die Sensation der vielbesprochenen Sitzung war, daß wir mit unserer Auffassung nun nicht mehr allein standen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das hat freilich eine Panik bewirkt, eine Panik nicht des Reichstags, sondern eine Panik ganz anderer Leute, die ihr Spiel verloren sahen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere daran, daß **wir Sozialdemokraten den unbeschränkten U-Boot-Krieg bekämpft haben.** Wir bekämpften ihn aus verschiedenen Gründen. Als man alle diese Gründe gegenüber den militärischen Gründen, die man vortrug, nicht gelten lassen wollte, **führten wir aus, daß der U-Boot-Krieg uns absolut sicher auch noch den Krieg mit Amerika bringen werde.** Wir sahen in dieser Ausdehnung des Weltbrandes auch auf die andere Erdhälfte einen Schaden, der größer war als der Vorteil, den die Wirksamkeit der U-Boote unserer Überzeugung nach bringen konnte. Wir drangen leider mit unserer Meinung nicht durch. **Eine wüste Hetze wurde entfesselt gegen die besorgten Ratgeber. Die skrupellose Demagogie siegte.**

Ein Hauptanteil an diesem Erfolg gebührt der „**Deutschen Tageszeitung**“. Nie hat ein Blatt seine Leser dreister getäuscht als dieses Blatt. ' (Oho! rechts. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ihr Hauptmitarbeiter, der **Graf Reventlow, gehört zu den Hauptanstiftern des Krieges mit Amerika,** (Unruhe rechts — sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) vielleicht nicht nur dieses Krieges allein.

Als die Sache so weit war, wurde das deutsche Volk durch eine wüste Stimmungsmache in den Glauben versetzt, mit Hilfe der U-Boote werde es binnen wenigen Monaten gelingen, England vollständig niederzuwerfen. Eine Gegenwirkung gegen diesen Wahnsinn in der Presse war nicht möglich, weil die Zensur sie verbot. In Versammlungen war das ebensowenig möglich. Unsere Versammlungen, in denen wir für einen Verständigungsfrieden eintreten wollten, wurden verboten. Aus aller jüngster Zeit wird jetzt wieder aus

Oberschlesien berichtet: Herr Mertin kann gegen einen Verständigungsfrieden reden, unsere Leute dürfen nicht für den Verständigungsfrieden reden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So konnte der Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ den Triumph in vollen Zügen auskosten. Wenn der „Vorwärts“ und andere Blätter vor solchen Überschätzungen warnten, dann regneten ihnen die Rügen der Zensur ins Haus. Herr v. Heydebrand hat erst vor kurzer Zeit, gestützt auf eine mir unbekannt Autorität, ausgeführt, daß binnen zwei Monaten der Krieg durch die U-Boote gewonnen sei. (Zuruf rechts.) — Herr v. Heydebrand, Ihre U-Boot-Uhr ist abgelaufen. (Große Heiterkeit.)

Alles das, was ich ausführte und was der Herr Kollege Erzberger im Hauptausschuß zur Sprache brachte, sickerte dann in die Öffentlichkeit durch. Damit brach die Stimmungsmache — nichts anderes! — die, Stimmungsmache zusammen. Früher oder später mußte es ja ohne dies so kommen. Man sagt, die U-Boote seien eine fürchterliche Waffe, und das U-Boot füge England ungeheuren Schaden zu. Ja, meine Herren, das hat niemals ein Mensch bestritten, das ist ja ganz selbstverständlich, das wissen wir alle. Aber man hat den U-Boot-Krieg als ein Mittel bezeichnet, den Krieg noch in diesem Sommer siegreich zu beenden. Diese Illusion ist zusammengebrochen, weil sie zusammenbrechen mußte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Diejenigen, die sie weckten — — (Zurufe rechts) — Wenn aus den Kreisen heraus gefragt wird: „Wer hat das gesagt?“, meine Herren, stellen Sie sich doch nicht unwissender, als Sie in Wirklichkeit sind; (große Heiterkeit) Sie wissen es ganz genau. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Scheidemann, diese Äußerung ist nicht parlamentarisch, ich muß bitten, solche Aeußerung nicht zu tun.

Scheidemann, Abgeordneter. Diejenigen, die diese Illusion erweckten, und die sie jetzt am liebsten noch für einige Monate prolongieren wollen, haben dem deutschen Volke einen sehr schlechten Dienst geleistet — das ist wohl ziemlich dasselbe, was Herr Kollege Fehrenbach auch bereits festgestellt hat —, einen schlechten Dienst geleistet, weil nur die Wahrheit uns in unserer Situation nützen kann, nichts anderes als die Wahrheit. **Wahrheit ist, daß wir diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig zu Ende bringen können, wie unsere Gegner das vermögen.** Wir führen drei Jahre lang Krieg gegen einen Feind, dessen gewaltige Übermacht sich dank einer geradezu, ich will sagen: unbegreiflichen Politik im Laufe des Krieges immer noch vermehrt hat. Noch immer stehen wir ungebrochen da, und wir sind, von einem schmalen Stück abgesehen, Herren im eigenen Lande und verteidigen unsere Fronten weit draußen im Lande der Gegner. Ist das nicht eine ungeheure Leistung unserer Truppen? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In der Verteidigung sind wir in der Tat unüberwindlich. Hätten sich gewisse Leute das lächerliche Eroberungsgerede erspart und nicht so getan, als ob sie die ganze Welt verschlingen wollten und verschlingen könnten, dann hätten wir heute weniger Feinde in der Welt, vielleicht aber hätten wir schon den Frieden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was die Resolution ausspricht, die Ihnen Herr Kollege Fehrenbach vorgetragen hat und die er in Gemeinschaft mit unserer Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei Ihnen vorlegte, ist nach meiner Überzeugung schon lange das geistige Gemeingut nahezu des ganzen deutschen Volkes geworden. Mögen die anderen Völker diese Stimme hören, die die Stimme des Volkes selber ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mögen sie wissen, daß wir keine Welteroberungsträume haben, keine Vergewaltigungsabsichten hegen, sondern bereit sind, mit ihnen allen einen gerechten Frieden zu schließen, der durch internationale Rechtsgarantien gesichert ist. Mögen sie ihr Ohr den Kriegshetzern verschließen, die — genau wie die unsern — immer neue Zeichen auf der Gegenseite erkennen wollen, daß es „drüben“ mit der Kraft zu Ende gehe, und daß es nur noch einer letzten Schlußanstrengung bedürfe, um den Gegner zu Boden zu strecken. **So wenig wir die andern in ein paar Monaten besiegen werden, werden die andern uns in ein paar Monaten besiegen.** Mögen also die fremden Völker wissen, was der Deutsche Reichstag feierlich ausspricht: daß **wir nicht nach fremdem Gute begehren, sondern nur unser eigenes Gut bewahren wollen.** Wollen sie uns das lassen, kann das Morden morgen zu Ende sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wollen sie es uns aber nehmen, dann werden wir weiter kämpfen. Aber nicht wir werden dann die Schuld tragen, wenn die Welt sich zur Wüstenei verwandelt. Es gibt keinen Reichskanzler und es kann keinen geben, der nicht im Sinne unserer Entschließungen handeln müßte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist zu Ende mit aller Zweideutigkeit. Machen Sie den wildesten Annexionisten zum Reichskanzler und lassen Sie ihn auf eine Friedenskonferenz gehen, um dort alldeutsche Kriegsziele und -methoden zu verteidigen, man wird ihn auslachen und sagen: dein eigenes Volk will ja von alledem nichts wissen; dein eigenes Volk lehnt Eroberungen ab; dein eigenes Parlament steht ja gegen dich. Mit der Annahme dieser Entschließung wird eine Tatsache geschaffen sein, die durch nichts mehr aus der Welt zu schaffen ist. Eine

Regierung, die ihr entgegen handelte, könnte das Reich nur in das Chaos führen. Nützliches leisten kann eine solche Regierung, die sich dieser Resolution aus Überzeugung anschließt und in ihrem Sinne handelt.

Ist die Regierung, die durch Herrn Dr. Michaelis repräsentiert ist, eine solche Regierung? Sie haben die Erklärung des Herrn Reichskanzlers gehört. Sie werden sich Ihr Urteil bereits gebildet haben. Der Herr Reichskanzler hat gesagt: nicht um einen Tag dürfe der Krieg weitergeführt werden, um Eroberungen zu machen. Er hat weiter gesagt: wir wollen einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs. Er hat gesagt: wir wollen einen Frieden, der die dauernde Versöhnung ermöglicht. Das sind alles Ziele, die wir durchaus billigen können, für die wir eintreten müssen. Und weiter hat er gesagt: diese Ziele seien im Rahmen unserer Resolution erreichbar. Damit können wir uns einverstanden erklären.

Meine Herren, **stellen Sie sich vor, eine solche Resolution, wie wir sie beschließen wollen, würde auch im englischen Unterhaus eingebracht und von dem dortigen Kanzler ebenso beantwortet, wie sie heute hier beantwortet worden ist — morgen könnten die Friedensverhandlungen beginnen! (Lachen rechts.)** — Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an, wenn ich in einer solchen Situation derartig Gelächter beobachte! — (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Ich nehme an, daß auch der Herr Reichskanzler bei näherem Nachdenken zu der Erkenntnis kommen muß: eine andere auswärtige Politik als die, die hiervorgezeichnet worden ist, kann es nicht mehr geben, und einem Reichskanzler, der sie nicht aus Überzeugung vertreten könnte, könnte man nur den guten Rat geben, sobald als möglich einem andern Platz zu machen, der sie aus Überzeugung vertreten kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine kraftvolle Politik friedliebender Verteidigung kann nicht getrieben werden ohne ein freudiges Bekenntnis zum demokratischen Fortschritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was ich da aus der Rede des Herrn Reichskanzlers gehört habe, klang nicht besonders verheißungsvoll; ich will ausdrücklich feststellen, daß mich das durchaus nicht hat befriedigen können. Sollten wir gar für einen Reichskanzler, der die Zeichen der Zeit erkannte und doch nicht nach ihnen zu handeln vermochte, etwa einen anderen bekommen haben, der sie vielleicht nicht einmal erkannt hat? Es gibt keinen Menschen im Deutschen Reich, der nicht den bestimmten Wunsch hätte, daß im Interesse des Reichs der neue Reichskanzler Erfolg haben möchte.

Diesen Erfolg kann er aber nur erreichen durch die Vollendung dessen, was sein Vorgänger angekündigt hat. (Sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten.)

Diese Vollendung wird ihm nur dann beschieden sein, wenn er mit dem Herzen bei der Sache ist. **Wir brauchen einen Reichskanzler, der uns hilft, uns von dem Dreiklassenwahlrecht und von dem veralteten Obrigkeitsstaat zu befreien,** (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) **der den Weg zu neuen Regierungsformen auch im Reiche nicht sperrt, sondern öffnet.** (Sehr richtig!) Und schnell muß geschehen, was notwendig ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk will Taten sehen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Reichskanzler, ich bitte Sie dringend, sorgen Sie dafür, daß nicht etwa die Legislaturperiode des preußischen Abgeordnetenhauses verlängert wird, nein, schnell muß ihm die Vorlage gemacht werden, damit sich der Landtag im Herbst mit der Wahlrechtsfrage beschäftigen kann. Meine Partei ist überzeugt, daß nur auf diesem Wege der Frieden gesichert und eine bessere Zukunft unseres Volkes erreicht werden kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nie werden wir aufhören, für freie und gleiche Wahlen zur Volksvertretung und für eine entscheidende Stellung der Volksvertretung im Staate zu kämpfen. Ob man nun vom parlamentarischen Regime spricht oder ob man spricht von konsequent durchgeführter Demokratie, — auf den Namen soll es uns nicht ankommen! **Uns kommt es auf die Sache an, auf die demokratische Entwicklung. Das ist nicht mehr ein Parteiziel, das ist ein deutsches Volksziel geworden.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer uns auf diesem Wege entgegentritt, den halten wir für einen Schädling an unserem Volk, den werden wir mit allen Kräften bekämpfen, sei er, wer er sei. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Große Dinge müssen geschehen, wenn Deutschland die Freiheit innen und außen, wenn die Welt den dauernden, durch kein Wettrüsten bedrohten Frieden gewinnen soll. **Und was wir da zu allererst gebrauchen: Herr Reichskanzler, befreien Sie die Presse von den schmachvollen Fesseln der Zensur.** (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze deutsche Presse ist empört über den Druck der Zensur, die mit Erlassen regiert und mit Verboten terrorisiert. Über ein **Weltblatt wie die „Frankfurter Zeitung“** verhängt man die Vorzensur. Stolz und würdig erklärt die „Frankfurter Zeitung“, daß sie unter diesen Umständen auf jede eigene politische Meinungsäußerung verzichte. Das war die Antwort, die die Herren verdienten. Den Zensurmaßnahmen gegen

die „Frankfurter Zeitung“ reihte sich würdig **das Verbot der „Zukunft“** an. Auch dieses Verbot wirkt, da die „Zukunft“ in der ganzen Welt bekannt ist, wie ein Alarmsignal. Glaubt denn ein Mensch, daß es nach Stärke aussieht, wenn die Zensur solche Nervosität zeigt?

Die sozialdemokratische Presse wird fortgesetzt in der kleinlichsten Weise durch die Zensur schikaniert und geschäftlich geschädigt. Die „**Breslauer Volksmacht**“, die jüngst wieder einmal für wenige Tage verboten wurde, durfte ihren Lesern nicht mitteilen, daß sie verboten sei, sondern sie mußte sagen — der Wortlaut wurde vorgeschrieben —, sie habe ihr Erscheinen eingestellt. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das sollte und mußte den Eindruck erwecken, als wenn das Blatt aus irgendwelcher eigenen Entschließung heraus, vielleicht gar infolge geschäftlichen Zusammenbruchs, von der Bildfläche verschwinden müsse. Das ist ein direkt abscheuliches Verfahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Erfolg ist allerdings ein für uns sehr erfreulicher gewesen. Am Tage, als die „Volkswacht“ verboten wurde, druckte sie 45000 Exemplare; an dem Tage, an dem sie wieder herauskam, verkündete sie: von heute ab 50 000 Auflage. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratische „Freie Presse“ in Leipzig wurde von der Zensur gerüffelt, weil sie von den feindlichen Brüdern in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben hatte als von den „Herren in der Tauchaer Straße“. (Heiterkeit.) Das sei eine gehässige Äußerung, das dürfe sie nicht, sie dürfe nur schreiben: „die Gegnerin der Tauchaer Straße“. Die „Leipziger Volkszeitung“ wurde mit der Unterdrückung bedroht, falls sie sich erlauben sollte, gegen die „Freie Presse“, von der ich eben sprach, zu polemisieren. Ebenso ist verboten worden, zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, die sich gegen die sozialdemokratische Fraktion richten, als Flugblatt zu verbreiten. Das geht ebenso über die Hutschnur wie das Verbot der Verbreitung von Reichstagsreden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was denken sich denn eigentlich die Leute, die solche Verbote erlassen? Sind sie wirklich so unglaublich beschränkt (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten) zu glauben, daß wir ihnen gar Dank wüßten, wenn sie eingreifen wie in dem Leipziger Falle? Für solche Bärendienste müssen wir uns ganz entschieden bedanken, wir verbitten sie uns. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der „Vorwärts“, der durch sein unerschrockenes Verfahren der ganzen deutschen Presse etwas mehr Lust der Zensur gegenüber verschafft hat, wird mit Verwarnungen überschüttet. Ich empfehle den in Betracht kommenden Behörden, der Presse mehr Papier zu geben und das viele Papier, das sie an unsinnige Verbote und Mahnungen vergeudet, zu sparen. Ich rate ihnen, in Zukunft keine Nachrichten zu unterdrücken, die doch jedermann kennt, weil sie in der ausländischen Presse zu lesen sind, und der Presse diesen Skandal einer offensichtlichen Knebelung zu ersparen.

Meine Herren, wie unsinnig die Zensur bis in die letzten Tage hinein gewirtschaftet hat, sehen Sie an einer Verfügung, in der die Presse angehalten wird, über die Neubesetzung wichtiger Reichsämter usw. nichts zu schreiben. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, links und im Zentrum.) Die wichtigsten Reichsämter sollen neu besetzt werden, und das Volk soll sich weder durch sein Parlament noch durch seine Presse dazu äußern. (Erneute Rufe: Hört! hört!) Ist das nicht ein geradezu unerträglicher Zustand, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und dürfen wir uns wundern, wenn die feindliche Presse spottet, bei uns ginge es zu wie in einem Märchen aus Tausend und einer Nacht, wenn der Kalif einen Großwesir ernennt? Fort mit dem Zwang zur Lüge, den man mit einem Fremdwort Zensur nennt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Zwang zur Lüge, der in allen kriegführenden Ländern obwaltet, trägt zur Verlängerung des Krieges bei. Nur durch die Wahrheit kommt der Friede. Ich habe noch andere Forderungen an den Herrn Reichskanzler. **Schon in früheren Reden habe ich im Namen meiner Freunde die Freilassung der sogenannten politischen Verbrecher verlangt.** Wir haben auch die Genugtuung erlebt, daß diese Forderung erfüllt worden ist — in Rußland und in Österreich. Wie steht es damit bei uns, Herr Reichskanzler? Ich empfehle Ihnen dringend, den Männern und Frauen, die ihrer eigenen Überzeugung entsprechend für den Frieden zu wirken suchten und für ihre Überzeugung ihre persönliche Freiheit eingesetzt haben, die Türen der Gefängnisse und der Zuchthäuser zu öffnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Alle, die Frieden und Freiheit lieben, würden eine solche verständige Haltung mit Freuden begrüßen. **Öffnen Sie die Tore für Liebknecht** und für alle anderen, deren persönliche Ehrenhaftigkeit nicht einen Augenblick in Zweifel gezogen werden kann. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren, auch die Opfer der schlimmen Prozesse, die in jüngster Zeit in Stettin, Striegau und in Düsseldorf geführt worden sind, verdienen Berücksichtigung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Blut

erstartet einem in den Adern, wenn man liest, daß in Düsseldorf vom Kriegsgericht wegen der dortigen Brotkrawalle über 185 Personen 116 Jahre Zuchthaus und 146 Jahre Gefängnis verhängt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das ist geradezu unbegreiflich, unfaßbar. Unter den Verurteilten befinden sich nicht nur jugendliche Personen, sondern auch Kriegerfrauen. Meine Herren, stellen Sie sich einen Mann vor, der draußen im Felde das Land mit seinem Leibe deckt, während seine durch Sorge nervös überreizte und durch Aufregung mißleitete Frau, die Mutter seiner Kinder, ins Zuchthaus gesperrt wird! Schaffen Sie ein Werk der Befreiung und der Versöhnung! Dabei müssen Sie natürlich auch denken an die vielen, die wegen wirklicher oder vermeintlicher militärischer Vergehen auf Grund drakonischer Strafbestimmungen schwer leiden müssen! Geben Sie ihnen die Freiheit wieder! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, daß wir alle der von uns mit eingebrachten Entschliebung gern und aus voller Überzeugung zustimmen, brauche ich Ihnen nicht zu versichern. **Im Sinne dieser Entschliebung wird auch die sozialdemokratische Fraktion die neu angeforderten Kredite bewilligen.** Wir bewilligen diese Kredite — das will ich ausdrücklich sagen — nicht etwa dem Herrn Reichskanzler, um ihm ein Vertrauensvotum auszustellen. **Wir haben niemals die Kredite einem Reichskanzler oder der Regierung bewilligt, sondern wir haben sie unserem Lande bewilligt;** wir bewilligen sie **dem deutschen Volke, von dem wir wissen, daß es zu neun Zehntel auf dem Boden unseres gemeinsamen Friedensprogrammes steht.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, Ihnen aber rufe ich zu: Bewähren Sie sich in dieser Zeit, in der das Volk mehr denn je gute, klarsehende Vertreter braucht, als eine wahre und starke Volksvertretung. Das Volk braucht diese Vertretung, und es hat nach den ungeheuren Opfern, die es gebracht hat, ein Recht, sie zu verlangen. **Es ist ein Zeichen des erwachenden Kraftbewußtseins, wenn der Reichstag aus eigener Willensentschliebung der auswärtigen Politik des Landes die Richtlinien vorschreibt, die, einmal gezeichnet, auch unabänderlich sind.**

Meine Herren, Abenteuer, wie das mexikanische und das von Christiania, die wir auf das heftigste mißbilligen und verurteilen, müssen in aller Zukunft unmöglich gemacht sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein Zeichen dafür, woran wir nie gezweifelt haben, daß auch unser Land den Gesetzen unterliegt, die alle Völker der Welt zu freieren Formen des Staatslebens emporführen. Jetzt sind es nicht mehr die zornigen Stimmen der Machthaber, die miteinander hadern über Kriegsschuld und Kriegsziele. Jetzt ist es, **wie es bei uns Sozialisten in Stockholm** der Fall war, in allen Ländern Pflicht zu reden, so wie wir es hier tun. Jetzt spricht Volk zum Volke, Menschen reden zu Menschen und ordern sie auf, untereinander einen ehrlichen Frieden zu schließen, (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) einen Frieden, der kein Volk vergewaltigt, keines unterdrückt und keines entehrt. Möge der Sieg nicht der Waffen und einer Partei, sondern der Sieg der Freiheit und der Vernunft und damit der Sieg aller diesen Krieg beenden, der nun drei Jahre lang die Welt in seinem blutigen Banne hält. Er ist der Tyrann, der alle Völker knechtet.

Aber in allen Ländern regt sich der Kampf gegen ihn, und wir wollen helfen, ihm ein Ende zu bereiten ohne unser Recht und unsere Ehre preiszugeben, dann sind wir nicht schwach, sondern wir sind stark. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) **Aus Schwäche schleppt die Menschheit diesen unglückseligen Krieg weiter.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was wir brauchen, meine Herren, und was die ganze Welt braucht, das ist der Wille und die Kraft zum Frieden! (Lebhafter Beifall und Bravo! bei den Sozialdemokraten und links.)

[Es folgt die Rede des Abgeordneten von Payer, von der Fortschrittlichen Volkspartei, der die Ausführungen seiner beiden Vorredner unterstützt]

Vizepräsident Dr. Paasche: Meine Herren, es ist inzwischen eine Resolution eingebracht worden auf Nr. 950 der Drucksachen von den Herren Abgeordneten Albrecht und Genossen, die, wie ich annehme, gedruckt in den Händen der Mitglieder ist. (Rufe: Nein!)

Ich will sie verlesen:

Resolution zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917 (Nr. 889 der Drucksachen).
Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

Der Reichstag erklärt:

Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegsschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechts.

Der Reichstag fordert die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms. Er verlangt ein internationales Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs sowie unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Übereinkommen zum Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache, Religion; Schutz der nationalen Minderheiten; obligatorisches internationales Schiedsgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten.

Zur Erreichung dieses Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogramms ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. **Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der gesamten Verfassung und Verwaltung des Reichs und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluß zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik.** (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhaftes Hört! hört! und Zurufe rechts.)

Meine Herren, die Resolution ist gestellt zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs. Es wird sich aber wohl kaum verhindern lassen, daß heute auch in der Diskussion dazu gesprochen wird.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf v. Westarp, Abgeordneter: Namens meiner politischen Freunde bitte ich folgende Erklärung abgeben zu dürfen.

Wir begrüßen den Herrn Reichskanzler in seinem neuen Amt und sprechen den aufrichtigen Wunsch aus, daß es ihm gelingen möge, in dieser ernsten und schweren Lage des Vaterlandes die Geschäfte des Reichs mit vollem Erfolg zu führen und die innere Kraft unseres Volkes zu einmütiger Geschlossenheit zusammenzufassen. **Noch ist der Wille unserer Feinde, uns zu vernichten, nicht gebrochen; noch wird jede Bekundung unserer Friedensbereitschaft, jeder in Aussicht gestellte Verzicht auf die Früchte des Sieges von ihnen als Zeichen unseres Niederbruchs gedeutet.** (Sehr richtig! rechts.) **Die Presse des Auslandes zeigt bereits heute, daß auch die uns vorgelegte EntschlieÙung nur dazu dient, den Kriegsmut der Feinde zu stärken und den Krieg zu verlängern.** (Sehr richtig! rechts.) **Wir bedauern darum diesen Schritt auf das entschiedenste. Er dient nicht der Sicherung unserer deutschen Zukunft, wie sie in der Thronrede vom 4. August 1914 als Ziel gesteckt ist; er entspricht nicht der dankbaren Anerkennung, die wir unsern Truppen und ihren Führern schulden; (sehr richtig! rechts; oho! links und bei den Sozialdemokraten) er ist nicht geeignet, den opfermütigen, entschlossenen, zuversichtlichen Willen in Heer und Volk zu stärken.**

Durch Reden und Beschlüsse über den Frieden, durch sittliche Mahnungen an das Gewissen der Feinde, wie wir sie heute gehört haben, kommen wir dem Frieden um keinen Schritt näher. Die Entscheidung liegt auf anderem Felde.

Den heldenhaften Taten unserer Truppen zu Lande und zu Wasser wird der volle Sieg beschießen sein. (Bravo! rechts.)

Gebiete von der Größe des Deutschen Reiches sind mit dem Blute unserer Brüder und Söhne gewonnen. An den ehernen Mauern weit in Feindesland wird wie bisher jeder Anprall einer Welt von Feinden zerschellen. **Dem bevorstehenden feindlichen Ansturm, in dem Flandern das Losungswort heißt, werden wir standhalten. Unsere U-Boote fügen England, das die ganze Welt gegen uns ins Feld führt, Monat für Monat, unüberwindlich und unabwendbar, einen Schaden zu, den es auf die Dauer nicht ertragen wird.** (Sehr richtig! rechts.)

Auf das Urteil unserer Heerführer gestützt, erwarten wir mit unerschütterlicher Zuversicht den vollen Sieg unserer Waffen. (Bravo! rechts.) Ihm allein werden wir den Frieden verdanken. Bis er eintritt, muß, will und kann unser Volk aller Entbehrungen, aller Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage Herr werden. (Unruhe und Zurufe links.)

Zu Friedensverhandlungen wird Deutschland bereit sein, sobald die Feinde unter uneingeschränktem Verzicht auf ihre Forderungen zwangsweiser Gebietserwerbungen und Entschädigungen sie anbieten. Dann wird es die Aufgabe sein, den Frieden so zu gestalten, daß er Deutschland und seinen Verbündeten Dasein, Zukunft und Entwicklungsfreiheit wirksam sichert. (Bravo! rechts.)

Unsere Grenzmarken müssen für alle Zeiten besser geschützt sein; Ostpreußen darf nicht wieder den Greueln eines Russeneinfalls ausgesetzt werden. (Bravo! rechts.) An unseren stets vertretenen Auffassungen über das, was der Friede dem deutschen Vaterlande bringen soll, halten wir auch heute unbeirrt fest. (Bravo! rechts.)

Durch Verständigung, die allein auf dem guten Willen der Feinde beruht, lassen sich diese Ziele nicht erreichen. Von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung des Friedens wird allein die militärische Lage sein, wie sie sich zur Stunde der Verhandlungen gestaltet haben wird.

Aufgabe des leitenden Staatsmannes wird es dann sein, bei diesen Verhandlungen in engster Fühlung mit der Obersten Heeresleitung der militärischen Lage Rechnung zu tragen, die militärischen Vorteile, die mit dem Blute unserer Tapferen errungen sind, und die Möglichkeiten zu weiteren militärischen Schlägen voll auszunutzen. Wenn er diese Aufgabe erfüllt, wird er der Zustimmung von Heer und Volk gewiß sein können. **Die vorgelegte EntschlieÙung entspricht diesen unseren Auffassungen nicht, wir lehnen sie deshalb einstimmig ab.** (Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Prinz zu Schoenaich-Carolath.

Prinz zu Schoenaich-Carolath, Abgeordneter: Meine Herren, zwischen dem früheren Reichskanzler Herrn v. Bethmann Hollweg und meinen politischen Freunden haben starke Gegensätze und große Meinungsverschiedenheiten bestanden. Aber das kann uns nicht abhalten, ihm die Anerkennung für all das auszusprechen, wodurch er sich um das Vaterland verdient gemacht hat. Seine Persönlichkeit, getragen von aufrichtiger Vaterlandsliebe, reinstem Wollen und reicher Begabung, wird auch von uns gewürdigt und geehrt.

Meine Herren, auf einstimmigen Beschluß meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir haben uns einmütig entschlossen, die vorgelegte Resolution abzulehnen. Irgend einen förmlichen Beschluß des Reichstags in der gegenwärtigen Lage herbeizuführen, können wir nicht für richtig halten, da jeder Beschluß von den Feinden ebenso mißverstanden und absichtlich entstellt werden wird, wie dies gegenüber dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 geschehen ist. (Sehr richtig! rechts.)

In der Sache selbst erklären wir folgendes:

Nach drei schweren Kriegsjahren steht das deutsche Volk mit seinen Verbündeten in ungebrochener Kraft einer Welt von Feinden gegenüber. Unauslöslich ist der Dank für die militärischen und wirtschaftlichen Leistungen unseres Volkes und seiner Verbündeten, unerschütterlich das Vertrauen und unsere Stärke und Ausdauer, fester als je die Überzeugung von unserer Unüberwindlichkeit. (Bravo!)

Unsere Heere stehen nach wie vor in Feindesland. An ihrer Tapferkeit zerschellt jeder Ansturm. Größer als das Deutsche Reich sind die von ihnen besetzten Gebiete. Die Leistungen unserer U-Boote haben alle in sie gesetzten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. - Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ich habe keinen von Ihnen unterbrochen. Lassen Sie gefälligst mich auch meine Erklärung in Ruhe zu Ende führen.

Die Zahl der U-Boote wächst stetig und mit ihr der Verlust der Feinde an Schiffsraum bis zu einem Grade, der von ihnen auf die Dauer nicht ertragen werden kann. Mit voller Zuversicht sehen wir der Zukunft entgegen. Aber auch heute noch bekennen wir uns zu dem Satz der Thronrede vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungslust treibt. Wir sind damit einverstanden, daß auf dieser Grundlage mit unseren Feinden, sobald sie dazu bereit sind, über den Abschluß eines Friedens verhandelt wird, der dem deutschen Volke und seinen Verbündeten Dasein und volle Entwicklungsfreiheit gewährleistet und durch einen Ausgleich der Interessen eine dauernde Versöhnung der Völker ermöglicht. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Setzen unsere Feinde unter dem Einfluß ihres Eroberungswillens den Krieg weiter fort, so fällt die Verantwortung hierfür auf ihr Haupt. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Meine Herren, ich habe Ihnen noch nachzutragen, daß versäumt worden ist mitzuteilen, daß ein Antrag vorliegt, hinreichend unterstützt, namentlich abzustimmen über den Antrag Dr. David und Genossen. Das Wort in der Diskussion hat der Herr Abgeordnete Warmuth.

Warmuth, Abgeordneter: Meine Herren, ich habe folgende Erklärung abzugeben:

Die Mehrheit der Deutschen Fraktion lehnt die vorgeschlagene EntschlieÙung ab, weil sie diese Kundgebung nicht nur für nutzlos, sondern für in hohem Maße schädlich und irreführend hält. Die bisherigen Äußerungen der feindlichen Presse liefern hierfür schon jetzt den unzweifelhaften Beweis. Der Friede kann, wie sich aus den bisherigen Erklärungen der feindlichen Regierungen und Parlamente ergibt, für uns leider nur durch die Gewalt der Waffen erreicht werden. Wir hegen zu unserem Heere wie zu unserer Flotte, gestützt auf die sittliche Kraft und den Opfermut unseres Volkes, das unerschütterte Vertrauen, das sie uns einen ehrenhaften Frieden erkämpfen werden. Wir betonen dabei, daß für unsere EntschlieÙung Erwägungen über die Kriegsziele nicht maßgebend gewesen sind. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, in den Tagen der Krise erscholl auf allen Seiten der Ruf, daß mit der Zweideutigkeit ein Ende gemacht werden müsse. Klarheit und Wahrheit sollte fortan die Parole sein. Ich frage Sie, ob die Rede des neuen Herrn Reichskanzlers eine klare, allen Deutungen entzogene Auskunft über die Ziele der Regierung gebracht hat. (Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein!)

Ich habe zwar beobachtet, daß er eine höfliche Verbeugung vor der Resolution der Mehrheit machte, aber doch nicht ohne Vorbehalt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler erklärte ausdrücklich, daß er seine Ziele im Rahmen der Resolution, wie er sie auffasse, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) glaube durchführen zu können. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat damit zugegeben, daß sich verschiedene Auffassungen mit dieser Resolution verbinden lassen. **Er will „in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reichs für alle Zeiten sichergestellt werden“. Das ist eine Redewendung aus dem Schatz der Alldutschen, hinter der sich ihre Annexionspläne verstecken.** Gegen den früheren Herrn Reichskanzler wurden aus der Gruppe der neuen Blockparteien die fürchterlichsten Drohungen ausgestoßen für den Fall, daß er nicht entschieden auf die Plattform dieses Blocks treten werde. Und jetzt ? Jetzt haben sich die Anhänger des Blocks einschließlich der Sozialisten damit zufrieden gegeben, daß der Herr Reichskanzler sie mit einer unklaren mehrdeutigen Erklärung abspeist. Es wiederholt sich dasselbe Spiel, dessen Zeugen wir fast drei Jahre hindurch gewesen sind, nur mit geringerer Geschicklichkeit: **der Reichskanzler macht Äußerungen, in die jeder hineinlegen kann, was ihm paßt.** (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was wir erlebt haben seit der Entlassung des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg mutet an wie ein Satyrspiel zu der Krise. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Will man die Rede des neuen Reichskanzlers richtig deuten und verstehen, will man sich nicht selbst Sand in die Augen streuen, dann muß man sie ergänzen und näher bestimmen durch die Art seiner eigenen Ernennung zum Reichskanzler. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ausgewählte Mitglieder des Parlaments wurden von dem Kronprinzen gefragt, wie sie über Herrn v. Bethmann Hollweg dächten: es war ein geschickter Schachzug von denen, die ihn beseitigen wollten. **Aber bei der Ernennung des neuen Reichskanzlers wurden die Angehörigen des Parlaments völlig ausgeschaltet. (Sehr richtig!) Die Ernennung geschah auf höhere Eingebung und war für das gesamte Parlament eine Überraschung.**

Herr Dr. Michaelis ist der Vertrauensmann von Hindenburg und Ludendorff, und es wird niemand behaupten wollen, daß diese beiden Männer gegen die Erklärung sind, die heute Herr Graf Westarp in diesem Hause abgegeben hat, daß diese Männer gegen Annexionspläne, gegen Kriegsentschädigungen sind. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) **Konservative, nationalliberale, alldutsche Vereine wenden sich ja mit Vorliebe fast Tag für Tag in bramabasierenden Telegrammen an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, um ihm zu versichern, daß sie durchhalten wollen zur Durchführung von Eroberungsplänen, und stets erhalten sie ein gnädiges Antworttelegramm.** (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wer also hören will, der weiß, was die Glocke geschlagen hat. Die Tatsache, daß die Generale in einer politischen Krise zur Mitwirkung berufen wurden, wirft übrigens auf unsere Verfassungszustände ein helles Licht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und da bestreiten naive Personen noch immer die Existenz jenes spezifisch preußischen Militarismus, der unser ganzes politisches Leben durchdringt. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der neue Herr Reichskanzler hat uns ausdrücklich mitgeteilt, daß auch die von ihm heute abgegebenen politischen Erklärungen die Approbation der Obersten Heeresleitung erhalten haben. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Gibt es ein einziges Land in der ganzen Welt, in dem dergleichen möglich wäre, in dem die Militärs nicht nur zur militärischen, sondern auch zur politischen Kriegführung berufen werden und dem Herrn Reichskanzler entweder die Direktiven für seine Rede im Parlament geben oder wenigstens mit ihm die Direktiven vereinbaren?

Die Tatsache, daß die Heerführer mit den Erklärungen des Reichskanzlers einverstanden sind, beweist schlagend, daß sie gar nicht in dem Sinne des Abgeordneten Scheidemann ausgelegt werden können. Es ist auch in keinem anderen Lande denkbar, daß in einer kritischen Zeit an die Spitze der Regierung ein Mann gestellt wird, der, mag er sonst in seinem Fach Verdienste haben, die großen politischen Fragen bisher nur als „Zeitgenosse“ und nicht als Politiker, geschweige denn als Staatsmann verfolgt hat und der deshalb nicht mit einem festen politischen Programm auftreten kann. **Mit trutzigen Gebärden wurde laut aus den Reihen des Zentrums, der Fortschrittspartei, der Regierungssozialisten der Welt verkündet, daß der Reichstag nicht auseinandergehen werde, bis der Einfluß des Parlaments auf die Regierung gestärkt sei** (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wie sich die Regierung daran kehrt, das werden wir bald drastisch erleben. **Sie wartet, bis der Reichstag nicht mehr versammelt ist, und nimmt dann nach eigenem Belieben die Besetzung der Ministerposten vor.** (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Reichstag weiß in dieser Stunde noch nicht, wer die Männer sein werden, die in dieser kritischen Zeit neben

dem Herrn Reichskanzler die Geschicke des Reichs zu leiten haben. Und diese Brüskierung wird sich das Parlament gefallen lassen!

Meine Herren, für die Kriegs- und Friedenspolitik ist es von der allergrößten Bedeutung, mit welcher Persönlichkeit insbesondere das Staatssekretariat des Auswärtigen besetzt wird. Es darf nicht wieder vorkommen, daß nach dem neutralen Auslande Höllenmaschinen geschafft werden, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) gar noch mit dem Siegel des Auswärtigen Amts, gar noch adressiert an den Gesandten, der in dem neutralen Lande beglaubigt ist. Die Regierung hat ja in einer Note, die sie der norwegischen Regierung zugestellt hat, ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß eine Behörde des Deutschen Reichs einen Kurier, der unter dem Namen v. Rautenfels auftrat, in Wahrheit ein Balte v. Gerich sein soll, der zuletzt Direktor eines finnischen Gefängnisses war, nach Norwegen gesandt hat. Aber es scheinen sich doch noch nicht alle Beteiligten Rechenschaft darüber abgelegt zu haben, was dergleichen Akte für eine Wirkung auf unsere gesamte Politik ausüben und wie sie unser Ansehen in der Welt untergraben müssen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Schwedische Offiziere, die die größten Sympathien für das Deutsche Reich wiederholt bekundet hatten, haben nach diesem Vorgange erklärt, daß sie im Hinblick auf diese verabscheuenswerten Methoden anderen Sinnes geworden seien. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, da die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und andere Organe Stimmung dafür machen, daß der Staatssekretär des Innern, Herr Helfferich, Staatssekretär des Auswärtigen werde, so glaube ich, daß es notwendig ist, auch an dieser Stelle offen ein Wort darüber zu sprechen. Herr Helfferich, der belastet ist mit der Bankettrede auf dem Feste der deutsch-amerikanischen Handelskammer. **Herr Helfferich, der belastet ist mit dem Gutachten für den verschärften U-Boot-Krieg, ist mehr als ein anderer ein Hindernis bei dem Abschluß des Friedens.** (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In Preußen sind die Minister, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, noch im Amte. Auch das ist symptomatisch für den Wert, der in gewissen Kreisen dem Wahlrechtsversprechen beigelegt wird. Das gleiche Wahlrecht muß kommen, aber es muß kommen, weil die Massen vor keinem Opfer zurückschrecken werden, um es zu erringen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das allein verbürgt aber auch den Sieg des gleichen Wahlrechts.

Wir haben kein Vertrauen, daß das preußische Abgeordnetenhaus, wir haben kein Vertrauen, daß das Herrenhaus diese Vorlage, wenn sie kommt, günstig aufnehmen wird. In einer Zeit, in der in der ganzen Welt die größten Umwälzungen vor sich gehen, haben sie hier die größte Scheu vor dem Eingriff in einen Verfassungsparagraphen. Es ist wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn gegenüber den partikularistischen Bedenken gefordert wird, daß durch einen Akt der Reichsgesetzgebung in allen Bundesstaaten das Reichstagswahlrecht mit der Ausdehnung auf die Frauen eingeführt werde. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Als die Wahlrechtsvorlage des Jahres 1908 im preußischen Abgeordnetenhaus gescheitert war, und als hier und an anderen Stellen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß damit das Versprechen der Thronrede nicht erfüllt worden sei, hat die Regierung kalt lächelnd erklärt, mehr sei nicht nötig, als gemäß dem Königlichen Versprechen eine Vorlage zu machen; sei sie abgelehnt, so sei das Versprechen eingelöst. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Massen werden auf der Hut sein müssen, daß es ihnen diesmal nicht wieder so geht, und daß insbesondere die Einbringung der Wahlrechtsvorlage nicht ungebührlich hinausgeschoben wird.

Das gleiche Wahlrecht ist für uns eine Selbstverständlichkeit; aber es ist auch nur der allerbescheidenste Anfang derjenigen Reformen, die notwendig durgesetzt werden müssen. Erforderlich ist die volle Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Einzelstaaten, die, wie wir es in unserem Antrag erklärt haben, ausmünden muß in die soziale Republik. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, während die Regierungssozialisten ihren Frieden mit der Monarchie schließen wollen, **vernehmen wir aus anderen Kreisen immer häufiger, es sei in den letzten Jahren deutlicher als je geworden, daß die monarchischen Einrichtungen sich nicht bewährt haben, daß sie in unsere Zeit nicht hineinpassen,** (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) **daß die Republik dasjenige staatsrechtliche Gebilde ist, welches kommen muß und kommen wird.** (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die demokratische Umgestaltung des Reichs und der Einzelstaaten ist aber auch die beste Vorbedingung für einen raschen und günstigen Friedensschluß. Nicht, weil im Auslande erklärt wird, mit

einem demokratischen Deutschland lasse sich viel eher Frieden schließen, stellen wir diese Forderung auf: sie entspricht vielmehr den Grundsätzen, die wir stets vertreten haben und vertreten werden, unbekümmert um das, was das Ausland sagt. Was aber heute der Herr Reichskanzler versprochen hat, kann nur noch so bescheidene Politiker befriedigen, wie es die Regierungssozialisten geworden sind. Es wäre zuviel gesagt, scheint mir, wenn man auch nur erklären wollte: Es kreißen die Berge, und es kommt ein Mäuslein heraus. (Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es soll eine innere Verbindung zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch herbeigeführt werden, daß auch einige bewährte Parlamentarier in Amtsstellen berufen werden. (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Glaubt denn wirklich jemand, daß dadurch in den Zuständen des Deutschen Reichs etwas Wesentliches gebessert wird? Es wird der Wunsch dieses oder jenes Herrn erfüllt werden, sich zu sonnen im Glanze einer Regierungsstelle. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das aber das Volk dadurch irgendeinen wesentlichen Vorteil haben wird, das, meine Herren, kann niemand ernstlich glauben. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) **Es muß um die Demokratisierung gekämpft werden. Nur durch Kampf kann sie erreicht werden, nicht durch listiges Diplomatisieren, (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) nicht durch Anschmiegen an die herrschende Regierungsgewalt.**

Die Konservativen haben heute wieder durch den Mund des Herrn Grafen v. Westarp klar ausgesprochen, was sie wollen. Wir wissen, woran wir mit ihnen sind. Aber, was sie wollen, führt, wenn man ihnen nicht Halt gebietet, zum Ruin unseres Volkes; denn, man muß sich ja Scheuklappen vor die Augen legen, um nicht zu sehen, daß sich vor uns ein Abgrund auftut, und daß wir in diesen Abgrund hineingestürzt werden, wenn die Kriegspolitik fortgesetzt wird, die die Herren Konservativen uns empfehlen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie lange soll denn der Krieg fortgeführt werden? **Wenn es nach Ihrem Wunsche geht, dann wird der Zeitpunkt nicht fern sein, wo unser Volk verblutet ist und an Erschöpfung zugrunde geht. Wie der Frieden dann aussehen wird, brauche ich nicht auszumalen.**

Meine Herren, der frühere Herr Staatssekretär der Marine, Herr v. Tirpitz, hat es in den letzten Tagen für nötig gehalten, zur Unterstützung dieser konservativen Anschauungen in die Öffentlichkeit zu treten und die Herren Bassermann und Dr. Spahn scharf zu machen gegen die vom Block vorgeschlagene Resolution. Es ist charakteristisch, welche Methode Herr v. Tirpitz dabei empfiehlt. Selbst wenn wir einen entschädigungslosen Frieden erstreben müßten, sagte er, dann dürften wir nicht so verfahren, wie es der Block will, sondern umgekehrt, das heißt, es soll die Roßtäuschermethode in die hohe Politik eingeführt werden.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Glaubt denn wirklich jemand von Ihnen, daß irgendein Diplomat des Auslandes sich durch eine solche Methode imponieren läßt? (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt im Auslande keinen Diplomaten, der nicht weiß, wie unsere Lage ist, und der nicht solche Manöver durchschaut. **Sie predigen, das Volk solle die Nerven nicht verlieren. Das Volk hat seine Nerven behalten; aber es ist aus dem Kriegstaukel allmählich erwacht. Seit Jahren ruft man ihm als Trost zu, es dauere nur noch kurze Zeit, dann werde dieser grausige Krieg ein Ende nehmen.** Immer wieder hat man es vertröstet. Schließlich sollte der 1. August d. J. bestimmt die Erlösung bringen.

Meine Herren, noch jüngst ist von hoher Stelle ja angedeutet, daß unser Heer bald den Frieden diktieren werde. Herr v. Heydebrand hat den Admiral zitiert, der nach einigen Monaten den vollen Erfolg der U-Boote in Aussicht stellte, sodaß England gezwungen sei, Frieden zu schließen. So gläubig auch das Gros des Publikums alle Siegeshoffnungen aufgenommen hat, allmählich ist doch das kritische Urteil erwacht. Was hat man nicht alles dem Volke vorgeredet? England werde vor der neuen Ernte wegen Mangels an Lebensmitteln gezwungen sein, um Frieden zu bitten. Wir haben dies immer wieder in der alldeutschen Presse gelesen, und es ging von Mund zu Munde. Die Nachricht, daß England den einen fleischlosen Tag, den es eingeführt hatte, wieder beseitigt hat, machte denn doch diesen und jenen, wie mir bekannt ist, stutzig. Dazu kamen die bestimmten Nachrichten aus England über die dortige Lebenshaltung, daß Reis in Mengen aufgestapelt sei, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) daß das Pfund davon 30 Pfennig koste, daß man ein Dutzend Eier für einen Schilling bekommt. Soll trotz dem weiter das Volk in dem Wahne gehalten werden, daß in nächster Zeit England schon durch den Hunger gezwungen sei, um Frieden zu bitten? Man hat ferner von Alldeutschen und auch von amtlicher Stelle vorgerechnet, daß der Frachtraum Englands bald derartig vermindert sein werde, daß es den Krieg nicht länger fortführen könne. Aber auch da ist das Publikum von selbst längst darauf gekommen, daß die Rechnung, die man ihm vorgelegt hat, eine ganz falsche ist, daß man vollständig vergessen hat, in Betracht zu ziehen, daß der Frachtraum der ganzen Welt England zur Verfügung

stehe, und daß es deshalb unsinnig ist, einfach die Verluste, die die U-Boote herbeiführen, in Proportion zu stellen zu den Schiffen, die England allein gehören.

Der neue Reichskanzler hat heute gewarnt vor den voreiligen Propheten und hat in demselben Atemzug eine Prophezeiung ausgesprochen, die ebenso voreilig war und die sehr bald durch die Ereignisse Lügen gestraft werden wird, (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) indem er ausführte: England werde nicht mehr lange — den Ausdruck gebrauchte er — dem Friedensbedürfnis widerstehen können. Er hat ferner, ohne durch die Erfahrungen gewitzigt zu sein, gestützt auf eine der üblichen Rechnungen, die amerikanische Gefahr herabzumindern gesucht.

Wollen wir unser Volk in eine neue Täuschung hineinführen? Die große Masse will die Wahrheit haben, will nicht länger mit eitlen Hoffnungen abgespeist werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist von Herrn Scheidemann eine große Klage über die politischen Wirkungen des verschärften, des rücksichtslosen U-Boot-Krieges angestimmt worden. Nun, meine Herren, wir haben von vornherein erklärt, daß wir aus Gründen des Völkerrechts und der Humanität gegen den U-Boot-Krieg sind. Wir haben von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß sich bei rücksichtsloser Anwendung dieser Waffe Amerika und andere Staaten zu unseren Feinden gesellen werden.

Aber diejenigen haben kein Recht, sich über diese Wirkungen zu beklagen, die, wie die Abgeordneten Scheidemann und Ebert, zusammen mit dem Grafen Westarp und dem Abgeordneten Bassermann die famose U-Boot-Resolution unterschrieben, damit zu einer schärferen Anwendung dieses Mittels angeregt und dem ungehemmten U-Boot-Krieg Vorschub geleistet haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie tragen die volle Verantwortung, weil sie der Regierung, die den rücksichtslosen U-Boot-Krieg verfügte, die Mittel für diese Kriegführung bewilligten. **Die größte Wirkung auf die ganze Weltlage hat die russische Revolution ausgeübt:** sie hat die Hoffnungen auf Kongreßpolen auch bei denjenigen, die früher in Illusionen lebten, zerstört; sie hat auf die Nationalitätenfrage in Österreich-Ungarn geradezu umstürzend gewirkt, und auch bei uns spüren wir ihren Einfluß, wenn auch nicht im genügenden Maße.

Politiker, die noch vor kurzem Annexionisten waren, haben jetzt zugestanden, daß sie aus der Stimmung, die jetzt in unserem Volke vorherrsche, zu der Prüfung gedrängt würden, ob Annexionen noch durchführbar seien. Nach ihrer Erklärung hat zuletzt die russische Offensive sie zur Änderung ihres annexionistischen Standpunktes bestimmt, da sie ihnen den Beweis erbracht habe, daß die Annahme unrichtig sei, Rußland befinde sich im Zustande vollständiger Auflösung, daß man vielmehr mit Rußland als einem Machtfaktor rechnen müsse.

Aus diesen Gründen heraus ist der Mehrheitsblock entstanden, so haben sich die Mittelparteien von Scheidemann bis Erzberger zusammengefunden. Die Resolution, die uns von diesem Block vorgelegt worden ist, ist für diejenigen Herren, die noch vor kurzem für Gebietserwerbungen schwärmten, ein Fortschritt, aber sie ist als Ganzes unannehmbar. **Die Bemerkung der Resolution über den Anfang des Krieges ist vor der Geschichte unhaltbar.** (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wir können uns nicht dazu hergeben, hier gegen die geschichtliche Wahrheit Erklärungen abzugeben. Dasselbe gilt von der sehr oberflächlichen Geschichtsdarstellung, die der neue Herr Reichskanzler heute geliefert hat. **Wir vergessen demgegenüber nicht das Ultimatum Österreichs an Serbien, nicht die Rüstungen Österreichs gegen Rußland, nicht die Beratungen, die hier in Berlin am 5. Juli 1914 über den Krieg stattgefunden haben, nicht die Tätigkeit der Herren Tirpitz und Falkenhayn in den kritischen Tagen des Juli 1914.** Bis zur Stunde treten einflußreiche Kreise für Eroberungen und Vergewaltigungen anderer Völker ein, und wir können nicht aus unserem Gedächtnis die Tatsache auslöschen, daß der Führer des Zentrums bisher nicht gegen Annexionen gewesen ist und gefordert hat, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in unsere Hand zu liegen kommen muß.

Noch im Februar dieses Jahres hat Herr Spahn Kriegsentschädigungen gefordert. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Läßt er sie jetzt fallen? (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Wollen Sie das für ihn behaupten? (Erneute Zurufe.) Ich werde ihn selbst fragen, und ich zweifle nicht, daß er meine Frage nicht bejahen wird.

Meine Herren, ein Mann von der Bedeutung des Generalgouverneurs v. Bissing hat noch im Januar dieses Jahres in dem bekannten Brief an Herrn Dr. Stresemann dargelegt, wie er sich den Abschluß des Krieges denkt, und ebenso denken noch sehr einflußreiche Persönlichkeiten.

Er sagt in diesem Briefe:

Zu Hause liegt eine von mir für mich allein verfaßte Denkschrift vor, die genau und eingehend sich mit der Zukunft Belgiens beschäftigt und unzweifelhaft zu dem Fazit kommt: wenn wir Belgien nicht für Deutschland in unsere Machtsphäre bekommen, wenn wir es nicht deutsch leiten und deutsch benutzen, so ist der Krieg verloren, und es mögen sich die Leute nicht täuschen, die oberflächlich über die belgische Frage denken, die sich abfinden wollen mit Garantien papierner Art oder eine Grenze für genügend erachten, die als „Maaslinie“ bezeichnet ist und niemals eine Grenze, wie wir sie brauchen, darstellen kann.

Die Grenze, die Belgien schützen soll für die Zukunft, ist soweit wie denkbar nach Norden vorzuschieben. Die Küste ist ein Teil und muß ein Teil der Grenze sein. (Zurufe.)

Das soll erledigt sein? Oh, dann muß man einen Glauben haben, der Berge versetzen kann, Herr Abgeordneter Keil, wenn man glaubt, daß die Auffassung des Herrn v. Bissing und derjenigen, die mit ihm diese Anschauungen teilen, jetzt schon erledigt sei. Ist Herr v. Bissing auch verstorben, sein Geist lebt noch fort. Der programmatische Teil Ihrer Resolution, Herr Abgeordneter Keil, weist solche Bestrebungen nicht scharf genug zurück, er hat nicht die Klarheit und Bestimmtheit, die erforderlich ist.

Der „Vorwärts“ biedert sich jetzt auffallend dem russischen Arbeiter- und Soldatenrat an: so hat er am Sonnabend behauptet, daß diese Resolution ein unanfechtbares Bekenntnis zu dem Programm des russischen Arbeiter- und Soldatenrats sei. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat wiederholt bewiesen, daß er sich nichts aufschwätzen läßt, daß er selbst die kritische Nachprüfung vornimmt. Es fehlt in Ihrer Resolution vor allem der Satz über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) auf das gerade der Arbeiter- und Soldatenrat den aller größten Wert legt.

Aber auch seine übrigen Forderungen sind abgeschwächt und verbogen. In der Zentrumsparlaments-Korrespondenz, **die von einem sehr sachkundigen und in die Entstehungsgeschichte der Resolution eingeweihten Parlamentarier verfaßt worden ist, heißt es ausdrücklich, daß bei ihrer Vorberatung manche Gedanken haben „umgemünzt“ werden müssen, daß sie nach der Absicht des Zentrums gerade den sogenannten Scheidemann-Frieden ausschließen solle.** (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diesem Ummünzungsprozeß, Herr Abgeordneter Keil, ist die Forderung „keine Annexionen und keine Kontributionen“ zum Opfer gefallen. Sie wenden sich in der Resolution gegen „erzwungene Gebietserwerbungen“. Da erhebt sich aber die nicht ganz unbegründete Frage: wollen Sie überhaupt keine Gebietserwerbungen, oder doch und welche? Was soll aus Kurland nach Ihrer Meinung werden, was aus Litauen, was aus Briey? Sollen diese Gebiete erworben werden oder nicht. Wie denn, wenn nicht „erzwungen“? Auf Grund welcher Rechte? Das sind Fragen, die eine Beantwortung erheischen. Ist das Spahnsche Programm gegenüber Belgien in der Tat aufgegeben? Sind Kriegsentschädigungen vorbehalten oder nicht? Kann jeder der Verfasser dieser Resolution in sie gewisse Nuancen hineinlegen, mit ihr einen Sinn verbinden, der seiner schon früher bekundeten Geistesrichtung entspricht? Der Herr Abgeordnete Meerfeld hat vor gar nicht langer Zeit den Abgeordneten Scheidemann gegen den Verdacht in Schutz nehmen zu müssen geglaubt, daß Scheidemann gesagt habe: „Jeder trage seine eigene Last“, und der Abgeordnete Scheidemann hat in einer Sitzung des Parteiausschusses seiner Partei vor gar nicht langer Zeit erklärt, daß, wenn die Diplomaten Kriegsentschädigungen heimbringen, nun, dann würde man sie nicht ablehnen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsentschädigungen bedeuten aber die Plünderung eines Volks durch das andere. Wir lehnen aus diesem Grunde jede Kriegsentschädigung ab. Wir wehren uns auch dagegen, daß man uns eine Kriegsentschädigung auferlegt, wenn die andere Seite uns gegenüber im Vorteil sein sollte. Sie fordern, daß die Freiheit der Meere sichergestellt werde. Was verstehen Sie unter dieser Forderung? Der Aufschwung unserer Handelsflotte war vor dem Kriege der glänzendste. Stolz zog unsere Flotte durch alle Meere, und niemand hinderte sie daran. Was bedeutet also die Redensart: „Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden?“

Im Frieden ist diese Freiheit auch in Zukunft gewährleistet. Wie wollen Sie sie jedoch für den Fall eines Krieges sicherstellen? **Für eine Gesellschaftsordnung, die einen Krieg nicht mehr erzeugt, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung, ist die Freiheit der Meere kein Problem.** Solange es aber Kriege gibt, wird die Freiheit der Meere im Kriegszustand beschränkt werden von demjenigen, der die nötigen Kriegsmittel dazu in der Hand hat. Welche Garantien wollen Sie dagegen einführen? Es gibt nur ein Mittel, das Erfolg verspricht, allgemeine Abrüstung mit gleichzeitiger Abschaffung des Seebeuterechts. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Davon steht aber nichts in Ihrer Resolution, aus begreiflichen Gründen. Die Resolution endigt in schmetternden Kriegsfanfaren. Sie läuft hinaus auf die Auspeitschung der Schlacht- und Kriegsleidenschaft, nicht auf Stärkung des Friedenswillens. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Unser Volk

braucht aber nicht den Kriegsfuror, sondern es verlangt den Frieden. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Welche Wirkung versprechen Sie sich denn von dieser Resolution auf das Ausland? Würden Sie eine günstige Wirkung erzielen können, so würde ich mich ohne weiteres darüber mit Ihnen freuen. Aber ich will unser Volk davor warnen, sich neuen Täuschungen hinzugeben, da es sicher ist, daß Sie wie die Regierung mit ihren Friedensangeboten an Rußland Schiffbruch erleiden werden. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) **Nur wenn Sie beherzt und entschlossen das Programm des russischen Arbeiter- und Soldatenrats zu dem Ihrigen gemacht hätten, ohne Abschwächung, rein und nett, dann hätten Sie eine günstige Wirkung erzielen können, dann hätten Sie den russischen Arbeiter- und Soldatenrat und mit ihm die russische provisorische Regierung gestärkt**, sodaß sie einen festeren Druck auf die Entente ausüben könnte. Überall in der West und namentlich in Rußland besteht das stärkste Mißtrauen gegen unsere Regierung und alle Parteien, die bisher die Regierung unterstützten mit Einschluß der Sozialisten, die in der Gefangenschaft des Herrn v. Bethmann Hollweg waren und sich jetzt in die Gefangenschaft des neuen Kanzlers begeben. Der frühere Reichskanzler hat in seiner Rede, die er hier zuletzt hielt, Rußland zum Frieden eingeladen und Sie wissen, wie die russische Regierung, die russischen Arbeiter- und Soldatenräte und die russischen Parteien ihm allzumal geantwortet haben.

Die Versuche des Reichskanzlers sind von militärischer Seite fortgesetzt worden. Drei deutsche Offiziere haben bei dem General Dragomirow vorgesprochen und sondiert, ob sie nicht auf diesem Wege zu Friedensverhandlungen kommen können. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das hat zu keinem Erfolge geführt. Dann hat unser Hauptkommandierender Ost dem General Dragomirow angeboten, daß beide Parteien autoritative Vertreter zu einer Besprechung entsenden sollen. Der General Dragomirow hat den Empfang des Briefes bestätigt, ist aber sachlich auf den Vorschlag mit keinem Worte eingegangen. Darauf ist von uns ein Radiotelegramm nach Rußland gesandt worden, in dem es unter anderem heißt:

Es sollte die russische Gesellschaft wissen, daß Deutschland im Einverständnis mit seinen Verbündeten die Bereitschaft erklärt hat, den oft ausgesprochenen Wünschen der russischen Soldatendelegierten nach einer Einstellung des Blutvergießens entgegenzukommen..... Die Zentralmächte erklären gemeinsam, daß sie bereit sind, einen für beide Parteien ehrenvollen Frieden zu schließen. Die einzelnen Bedingungen sollen einem besonderen Einverständnis vorbehalten bleiben.... Dasselbe Ziel verfolgte auch der Waffenstillstandsvorschlag, der bereits am 19. Mai vom Stabe des Hauptkommandierenden den Frontabteilungen der russischen 8. und 9. Armee über mittelt wurde.

Am Schluß heißt es: Wenn die vereinigten Zentralmächte gezwungen werden, den Krieg fortzusetzen und weitere gewaltige Ausgaben zu tragen, werden allerdings auch ihre Kriegsziele weiter gesteckt werden.

Nun, was haben alle diese Angebote für einen Erfolg gehabt? Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat sie mit Entrüstung zurückgewiesen, weil er darin einen Versuch erblickte, mit Rußland zu einem Separatfrieden zu kommen, und die „Iswestia“, das Organ des Arbeiter- und Soldatenrats, hat in der Nummer vom 9. Juni mit einer außerordentlichen Schärfe diesen Vorschlag als einen kränkenden, als einen für Rußland ehrlosen bezeichnet. Es heißt da:

Was will man eigentlich von uns? Keinen Sonderfrieden oh nein; der deutsche Hauptkommandierende versichert uns, daß er unseren Abfall von den Alliierten gar nicht wünscht. Was will er denn sonst eigentlich? Eine Kleinigkeit: einen geheimen Sonderwaffenstillstand für die Zeit, wo man die Truppen vom Osten im Westen braucht.

Es heißt weiter an einer anderen Stelle: Die russische Revolution wird auf ein so grobes Lockmittel wie Ruhe an der Front — halb Krieg, halb Friede — nicht anbeißen. Die russische Revolution weiß zwar, daß sie Freunde in Deutschland und Österreich hat; diese Freunde sitzen aber im Gefängnis, wie Liebknecht, oder warten auf ihre Hinrichtung, wie Adler. Von wem aber werden sie in die Gefängnisse eingesperrt oder zum Tode verurteilt? Von keinem andern als von jenem Typus, den der Hauptkommandierende an der Ostfront repräsentiert.

Der deutsche Hauptkommandierende, der zuerst honigsüße Worte für uns hatte, fängt am Schlusse an zu drohen, indem er sagt: falls der Krieg weiter andauert, werden auch die Kriegsziele Deutschlands weiter gesteckt werden. Das neue Rußland, die durch die Revolution erneuerte Armee, werden vor diesen Drohungen nicht erschrecken, wie sie sich auch von Schmeicheleien nicht betrügen lassen werden. Mit dem erneuerten Oberkommando an der Spitze, mit dem Ziele der Verteilung des Bodens an das ganze Volk mit Hilfe der Armee und unter ihrem Schutz wird Rußland zeigen, wie es auf Drohungen reagiert.

Es ist wichtig, uns das vor Augen zu führen, um daraus zu lernen, wie man es nicht machen soll, (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) um die psychologischen Wirkungen im voraus abschätzen zu lernen, die auch die neue Friedensresolution sicherlich wieder haben wird.

Das eine Radiotelegramm hat dem Oberbefehlshaber Ost noch nicht genügt. Trotz der Zurückweisung hat er ein neues Radiotelegramm am 7. Juni um 2 Uhr nach Rußland gesandt, in dem es unter anderem heißt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat sagt, daß die russische revolutionäre Demokratie unbeirrt ihren Weg zum Ziel verfolgt, und daß ihr Ziel der allgemeine Friede ist. Das ist auch unser Ziel. Wenn die neue russische Regierung, verleitet von ihren Verbündeten, es wünscht, sich davon zu überzeugen, ob an unserer Ostfront noch schwere Geschützformationen anzutreffen sind, so möge sie es nur tun.

Der Kriegsminister Kerenskij hat dieses Radiotelegramm als für seine Zwecke äußerst erwünscht erachtet, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) am 22. Juni im Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland vorgelesen und unter Zustimmung des Kongresses als provokatorisch bezeichnet. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auf solchem Wege kommen Sie also nicht vorwärts.

Auch nicht auf dem Wege, den die Sozialisten des Blocks eingeschlagen haben, als sie in Stockholm ihre Denkschrift veröffentlichten. Diese Denkschrift der Herren Scheidemann, Ebert, David, Legten, Bauer und ihrer Freunde ist überall mit Ausnahme eines ganz kleinen neutralen Landes von den Sozialisten als eine völlig verfehlte, den Frieden in keiner Weise fördernde bezeichnet worden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich weise hin auf die Äußerungen im holländischen „Het Volk“ und auf die vielen Stimmen, die aus Rußland zu uns gedrungen sind. So lautet das Urteil der „Nowaja Shisn“, daß die deutsche sozialistische Mehrheit nach wie vor im Dienste des Imperialismus stehe.

Die „Rabotschaja Gazeta“ schreibt: Einen deprimierenden Eindruck übt die Denkschrift der sozialdemokratischen Mehrheitsdelegierten in Stockholm aus. Sie erkennen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen an. Aber, gleichsam als höhnten sie über uns, erachten sie als möglich, dieses Recht nur auf eine Seite an zuwenden, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) ohne es auch für die andere als zulässig zu erachten. Das Recht der Selbstbestimmung der Nationen muß für jeden Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist betrübend, daß Scheidemann und Genossen diese Selbstverständlichkeit vergessen haben. Offenbar ist die Freundschaft mit Bethmann Hollweg nicht spurlos an ihnen vorübergegangen.

Sie werden sich das Augenmaß angewöhnen müssen (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) für die Wirkungen Ihrer Schritte, wenn Sie nicht weiter Überraschungen erleben wollen! Es zeigt sich hier im Parlament auch bei den Sozialisten des Blocks genau dasselbe, was wir bei unserer Regierung so oft beobachtet haben: sie können sich nicht in das Denken und Fühlen des Auslandes hineinversetzen und werden deswegen von Mißerfolg zu Mißerfolg getrieben. Unser Antrag schließt jede Zweideutigkeit aus. Da wissen die Sozialisten aller Länder, was wir wollen und erstreben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben in einer Stockholmer Denkschrift ebenfalls unsere Anschauungen über die Friedenspolitik niedergelegt und darin folgende Gedanken entwickelt:

Die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands geht in ihrer Friedenspolitik wie in ihrer gesamten Politik aus von den Gesamtinteressen des internationalen Proletariats und der sozialen Entwicklung. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) **Diese Interessen erheischen den sofortigen Frieden.** Wir fordern beim Friedensschluß ein internationales Übereinkommen über allgemeine Abrüstung. Dies ist das wichtigste Mittel, den geschwächten Volkskörper überall wieder zu stärken, dem niedergetretenen ökonomischen Leben der Völker in absehbarer Zeit wieder zum Aufschwung zu verhelfen. **Nur so kann die Herrschaft des Militarismus gebrochen,** können die Beziehungen der Völker zueinander für die Dauer friedlich gestaltet werden. Wir fordern die vollste Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs, sowie die unbeschränkte internationale Freizügigkeit zur Entfaltung der Produktivkräfte der Welt und zur Annäherung und Verbindung der Völker. Wir fordern internationale Verträge zum Schutze der Arbeiter vor Ausbeutung, insbesondere zum Schutze der Kinder und Frauen, gemäß den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie. Mit der gewaltig gesteigerten Verwertung der Frauenkraft im gesellschaftlichen Produktionsprozeß ist die Zuerkennung voller politischer Rechte an die Frauen eine soziale Notwendigkeit geworden. Unerlässlich ist die Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Rasse, Sprache, Religion. Das schließt ein den Schutz der nationalen Minderheiten zur Betätigung ihres nationalen Lebens.

Die nationale wie soziale Befreiung der Völker kann nicht das Werk eines Krieges der Regierungen (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) sondern nur das Werk der Demokratie sein, für deren volle Durchführung die Völker unablässig den nachdrücklichen Kampf zu führen haben. Die Überwachung der auswärtigen Politik der Regierungen durch die Demokratie eines jeden Staates wird zur Verhütung aggressiver

Schritte führen. Die Geheimverträge sind abzuschaffen. Alle Staatsverträge sind fortan von der Zustimmung der Volksvertretung abhängig zu machen.

Die Ära großer innerer Umwälzungen, vor der wir stehen, wird die Lösung der vielen Probleme zeitigen, die der Krieg ausgeworfen oder verschärft hat. Diese Fragen sollen aber nicht durch Krieg und Kriegsglück entschieden werden. Das Übel des Weltkrieges ist viel größer als die Übel, die er nach der Meinung der Kriegspolitiker heilen soll.

Ohne die Staatsgrenzen, die das Ergebnis von Eroberungen sind und vielfach in Widerspruch zu den Bedürfnissen der Völker stehen, als unantastbar zu betrachten, lehnen wir den Krieg überhaupt und also auch seine Verlängerung als Mittel zur Regelung der Staatsgrenzen ab. Grenzveränderungen müssen an die Zustimmung der davon betroffenen Bevölkerung gebunden werden, dürfen nicht aufgezwungene Gewaltakte sein. Jeden Versuch, irgendein Volk in irgendeiner Form zu vergewaltigen, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Seit Beginn des Krieges fordern wir konsequent einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unvereinbar mit den sozialdemokratischen Grundsätzen ist jene Auffassung, die, aus militaristischem Denken und nationalistischer Machtpolitik entsprungen, die Stellung zu einem Problem von der jeweiligen Kriegslage abhängig macht (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und deshalb in den verschiedensten Stadien des Krieges zu einer verschiedenen Beurteilung einer und derselben Frage gelangt. Unsere Aufgabe ist es nicht, für alle Einzelfragen, die beim Friedensschlusse eine Rolle spielen werden, hier ein Programm aufzustellen. Über die Fragen jedoch, die im Mittelpunkt der Erörterung stehen, erklären wir schon heute folgendes:

Die Wiederherstellung Serbiens als eines selbständigen und unabhängigen Staats ist ein unbedingtes Erfordernis. Wir verkennen nicht, daß das Drängen der Serben nach Vereinigung in einem Nationalstaat wohlbegründet ist. Die Bildung eines solchen Staates und eine Zusammenfassung mit den übrigen Balkanstaaten zu einer republikanischen Balkanföderation wäre das sicherste Mittel, dauernd befriedigende Zustände auf dem Balkan zu schaffen, Interventionen des Auslandes auszuschließen und die Orientfrage als Kriegsursache zu beseitigen. Dieses Ziel durch den Krieg zu verfolgen, bedeutet aber nur dessen nutzlose Verlängerung. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir verstehen das tiefe Sehnen des polnischen Volkes nach nationaler Vereinigung. Der Standpunkt, das Recht der Polen auf nationale Selbstständigkeit durch die Kriegslage zu bestimmen, dieses Recht den Polen in Russisch-Polen zuzubilligen, dagegen für Preußisch- und Österreichisch-Polen zu leugnen, ist im Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrecht. Wir lehnen aber auch hier die Fortführung des Krieges als Mittel zur Durchsetzung dieses Rechtes ab.

In gleicher Weise verwerfen wir dieses Mittel zur Lösung der elsass-lothringischen Frage und befinden uns dabei in Übereinstimmung mit Engels und Jaures. Die Verlängerung des Krieges um Elsaß-Lothringens willen bedeutet heute, daß die ganze Welt, Elsaß-Lothringen inbegriffen, wegen der Streitfrage des nationalen Bedürfnisses dieser Bevölkerung verwüstet, und daß mehr Menschen auf den Schlachtfeldern vernichtet werden, als Elsaß-Lothringen Einwohner zählt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber wie Engels 1892, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Frankfurter Frieden, so können wir uns heute erst recht nicht der Erkenntnis verschließen, daß die elsass-lothringische Bevölkerung, die 1871 gegen ihren Willen annektiert wurde, so lange nicht zur Ruhe kommen wird, bis ihr die Gelegenheit gegeben ist, sich in direkter, unbeeinflusster Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit selbst zu äußern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wird die Abstimmung in voller Freiheit und Ruhe, vielleicht nach einer im Friedensvertrag festzusetzenden Zeit, vollzogen und ihr Ergebnis von vornherein als bestimmend für die endgültige Regelung der Streitfrage anerkannt, dann wird der unheilvolle Gegensatz begraben, der Deutschland und Frankreich fast schon ein halbes Jahr hundert trennt, den Militarismus hüben und drüben fördert, beide Staaten ökonomisch schwer belastet und der Demokratie große Hemmnisse in den Weg legt.

Ein schwerer Alb wäre von ganz Europa, nicht zum mindesten von Deutschland selbst, gewälzt. Das deutsche Volk würde ökonomisch, politisch und moralisch dabei weit mehr gewinnen, als es verlieren könnte, selbst wenn die Entscheidung anders ausfiele, als es sie voraussetzt.

Die volle Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Belgiens ist unabweisbar. In Erfüllung des feierlichen Versprechens, das die deutsche Regierung bei Kriegsbeginn gegeben hat, sind dem belgischen Volke auch die durch den Krieg verursachten Schäden, insbesondere die weggenommenen wirtschaftlichen Werte, zu ersetzen. Ein derartiger Ersatz hat nichts zu tun mit jener Art von Kriegsschädigungen, die eine Plünderung des Besiegten durch den Sieger bedeuten, und die wir deshalb verwerfen.

Als Gegner jeder Eroberungspolitik und Fremdherrschaft lehnen wir nach wie vor die Politik kolonialer Eroberungen ab. Der Besitz einer jeden Kolonie ohne Selbstverwaltung der Eingeborenenbevölkerung ist nichts anderes als der Besitz unfreier Menschen und ebenso wie die Sklaverei unvereinbar mit unseren Grundsätzen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Weder bei der Erwerbung noch bei dem Besitzwechsel von Kolonien wird in Wahrheit das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner respektiert. Der Besitz von Kolonien

ist überdies für die industrielle Entwicklung nicht erforderlich. Also weder Gründe des Rechts noch das ökonomische Interesse der arbeitenden Klassen, sondern allein politische Einsicht erfordern es, daß auf kolonialem Gebiet durch den Friedensvertrag nicht Verschiebungen vorgenommen werden, die einen neuen Kriegsgrund bilden könnten. Der Friedensvertrag wird nur gesichert sein, wenn eine internationale Kraft über ihn wacht.

Diese Kraft erblicken wir nicht in einer internationalen Regierungsbehörde, sondern in dem internationalen sozialistischen Proletariat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) **Nur wenn die Internationale selbständig und kraftvoll aufgebaut wird, wenn das Proletariat ihr überall seine volle Macht für die Kontrolle über die Regierungen und für die Erhaltung des Friedens leiht, wird in Zukunft an Stelle des verhängnisvollen Wettübens ein Zustand des gegenseitigen Vertrauens der Völker treten.** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Zunächst hat das Proletariat in jedem Lande alles zu tun, um den Abschluß des Weltkrieges herbeizuführen, den Frieden zu erringen. **Die Vorbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Parteien gegenüber den imperialistischen Regierungen.** Die Aufstellung eines gemeinsamen Friedensprogramms ist wichtig. Aber dieses Programm ist wesensloser Schall und Rauch, wenn es nicht von einer energischen internationalen Aktion der Volksmassen getragen wird. Von jeder Regierung ist die unbedingte Annahme des internationalen Friedensprogramms zu fordern. Die Kredite sind jeder Regierung zu verweigern, die dieses Programm ablehnt oder auch nur ausweichend beantwortet, oder die sich nicht bereit erklärt, in sofortige Friedensverhandlungen auf Grundlage dieses Programms ein zutreten. Sie ist auf das entschiedenste zu bekämpfen. Eine solche gemeinsame Friedensaktion einzuleiten und zu fördern, wird die erste Aufgabe der geplanten internationalen Friedenskonferenz sein. Sie hat alle wahrhaft sozialistischen Elemente zusammenzufassen, die entschlossen sind, in diesem Sinne mit aller Kraft für den Frieden zu wirken. Eine proletarische Organisation, die sich dieser Aktion entzieht, verwirkt damit das Anrecht, hin fort als Organisation des internationalen Sozialismus zu gelten. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, dieses Friedensmanifest hat die Zensur hier unterdrückt, während es in den übrigen Ländern abgedruckt ist, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und deshalb war ich genötigt, es hier im Wortlaut vor zu lesen; sonst hätte ich auf die Veröffentlichungen hinweisen können. Welche Willkür darin liegt, können Sie ermessen, wenn Sie in Betracht ziehen, was die alldutschen Zeitungen von jeher und insbesondere in den letzten Wochen sich trotz Zensur geleistet haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In unserem Manifest ist dasjenige zum Ausdruck gebracht, **was die Sozialisten aller Länder als Vorbedingung für die Erringung des Friedens erkennen, nämlich das Friedensprogramm: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und den Kampf gegen jede imperialistische Regierung, die dieses Programm ablehnt oder auch nur ausweichend beantwortet.** Und heute, nachdem in dürftigen, wohlgeglätteten Sätzen der neue Reichskanzler zu der gewiß schwächlichen Friedensresolution des Blocks Stellung, genommen hat, erklärt Herr Scheidemann, daß seine Fraktion die Kredite bewilligen werde. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie werde sie bewilligen nicht dem Reichskanzler und nicht der Regierung, sondern dem Lande. Ja, dann weiß ich wirklich nicht, weshalb sich diese Herren solange Herrn v. Bethmann Hollweg gegenüber, als diese Kreditvorlage erschien, gesträubt haben. (Sehr richtig!) **Es hieß ja in der Presse, daß Sie ihm sogar ein Ultimatum gestellt hätten, daß Sie ihm gedroht hätten, sie würden die Kredite ablehnen, wenn er sich nicht zu Ihrer Friedensresolution zustimmend verhielte.** Das ist ein unüberbrückbarer Widerspruch zu der Theorie, daß die Kredite jeder Regierung zu bewilligen seien, da das Land auf sie Anspruch habe. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kann jemand nach Ihrer gesamten Haltung glauben, daß, wenn der neue Herr Reichskanzler die Friedensresolution im Sinne der Konservativen abgelehnt hätte, sie dann die Kredite nicht bewilligen würden? Wollten Sie dann das Land — um in Ihrer Redeweise zu sprechen -- ungeschützt lassen? (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bis zum August 1914 wußten auch Sie sehr gut, was die Kreditbewilligung bedeutet. Die Bewilligung der Kredite ist ein politischer Akt, den wir der Regierung gegenüber zu vollziehen haben. Wir haben kein Vertrauen zu der Politik der Regierung, deswegen haben wir die Kredite abgelehnt und werden sie weiter ablehnen. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, als ich vor anderthalb Jahren hier in diesem Hause ausführte, der Krieg würde damit endigen, daß es keinen Sieger und keinen Besiegten gäbe, oder daß vielleicht alle besiegt aus dem Kriege hervorgehen würden, da wurde ich, wie ein Teil der Herren sich erinnern wird, niedergeschrien, und **jetzt hören wir von allen Seiten — man kann es sogar in der „Kreuzzeitung“ lesen —, daß dieser Krieg militärisch nicht entschieden werden wird.** Und als ich damals die schrecklichen Wirkungen des Krieges so schilderte, wie

etwa heute der Abgeordnete Fehrenbach, da wurde mir vorgeworfen, daß ich die Geschäfte des Auslandes besorge. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute kommt ein Teil derjenigen, die damals wütend auf mich losrannten, und spricht dasselbe aus. Sie kommen nicht mehr um die Gewissensfrage herum: „Gibt es irgend einen materiellen Preis, der die Fortsetzung der Massenschlächtereie rechtfertigen könnte?“ Männer, die in ganz anderem politischen Lager stehen als wir, sind allmählich zu der Überzeugung gelangt, daß es verbrecherisch und sinnlos ist, immer weiter Millionen Menschen zur Schlachtbank zu führen.

Uns hat jene Gewissensfrage seit Beginn des Krieges beschäftigt, und wir haben, von ihr gedrängt, die Scheidung von denjenigen Sozialisten vollzogen, die mit der Regierung zusammengehen, die auch heute wieder trotz Brandmarkung vieler Regierungshandlungen der Regierung ihr Vertrauen durch die Tat ausgedrückt haben.

Für uns steht es fest, und für uns ist es Grundsatz und nicht nur wie für Sie eine Anpassung an die Kriegslage: **Es gibt nichts, was die Verlängerung dieses Krieges rechtfertigen kann. Der Krieg muß schnell zu Ende gebracht werden.** Mit der Selbstgenügsamkeit des neuen Herrn Reichskanzlers kommt man nicht zu Ende. Er will warten, bis die Gegner ein Friedensangebot machen. Er glaubt, daß wir genug getan haben, als wir im Dezember die Hand ausstreckten. Die Hand griff damals ins Leere, sagte er. Er muß sich jedoch Rechenschaft darüber ablegen, weshalb sie nicht ergriffen wurde. Wir haben damals sofort dargelegt, daß dieser Schritt ein völlig verfehelter sei. Die Regierung wußte, daß Wilson die Vermittlung des Friedens beabsichtige. Aus innerpolitischen Gründen wurde dieser Vermittlungsvorschlag Wilsons nicht abgewartet, sondern jenes Friedensangebot gemacht, und zwar ohne eine annehmbare Grundlage.

Nur ein Programm kann zum Ziele führen, das in Petersburg, in Stockholm und hier von uns aufgestellt: ein Friede ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigungen, unter Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte der Völker.

Dieses Programm ist bereits im September 1915 in der internationalen sozialistischen Konferenz zu Zimmerwald ausgesprochen worden, in der die Völker zur Selbstbesinnung und zum Kampf für den Frieden aufgefordert wurden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Sie waren für Ablehnung von Kriegsentschädigungen? Das glaubt Ihnen ja niemand! (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein unsterbliches historisches Verdienst dieser Zimmerwalder internationalen Konferenz, und die sozialistischen Parteien Rußlands erkennen dieses Verdienst an. **Auf anderem Wege kommen wir nicht zum Frieden.**

Wir müssen diese Forderungen in vollem Umfange zu den unsrigen machen, mögen sich die Militärs, mögen sich die Alldeutschen noch so sehr dagegen sträuben. Wie in der auswärtigen Politik, so müssen wir das Selbstbestimmungsrecht auch für uns im Innern fordern. Nicht irgendwelche unverantwortlichen Stellen, nicht irgendein einzelner, sondern das Volk selbst hat über sein eigenes Geschick zu bestimmen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Obrigkeitsstaat hat keine Existenzberechtigung, die Selbstregierung des Volkes muß an seine Stelle gesetzt werden. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben durch unsere Anträge hier den Anstoß zu dem Verfassungsausschuß gegeben. Was wir gefordert haben, ist der Anfang der Demokratisierung unserer Einrichtungen. Aber wie ist es den Anträgen gegangen? **Der Antrag, daß der Reichskanzler entlassen werden müsse, wenn die Mehrheit des Parlaments es verlangt, wurde von niemandem im Verfassungsausschuß außer von meinen Freunden befürwortet.** (Hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dafür haben schließlich außer uns nur noch die Sozialdemokraten der anderen Richtung gestimmt; alle anderen Parteien, auch die Fortschrittspartei, hat sich nicht für diesen Antrag erhoben. Der Antrag, der weiter notwendig ist, um die Volksrechte auch nur ein wenig bei uns zu stärken, daß nämlich fortan nicht mehr der Kaiser allein Krieg erklären, nicht allein das Reich nach außen vertreten kann, sondern daß er zum Abschluß aller internationalen Verträge an die Zustimmung der Volksvertretung gebunden sein müsse, ist durch Beschluß des Verfassungsausschusses immer wieder vertagt worden.

Dadurch ist zum Ausdruck gebracht, wie wenig Wert die Herren auf eine wirkliche Parlamentarisierung legen. Anstatt dem Volke neue Rechte zu geben, wird jede selbständige Regung, die sich im Volke zeigt, niedergedrückt. Der Burgfriede ist in Wahrheit nur ein Mittel geworden, um diejenigen zu begünstigen, welche im Sinne der **herrschenden Militärkaste** Annexionen vornehmen, und **diejenigen zu fesseln, die anderer Anschauung sind.** Es ist nicht wahr, daß die Zensurbehörden mit gleichem Maße messen. Es handelt sich auch nicht um einzelne Mißgriffe, — gewiß, unter einzelnen Mißgriffen haben alle Parteien zu leiden — sondern es handelt sich, soweit meine Partei in Betracht kommt, nach den Verfügungen, die in unseren Händen sind, um

ein ganz klares, bewußtes System der Verfolgung Andersdenkender, insbesondere unserer Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Uns mußte das Blut in den Adern starren, als wir zuerst in bürgerlichen Zeitungen lasen, daß das Kammergericht, der höchste preußische Gerichtshof, einen Minderjährigen, gegen dessen sittliche Führung nichts einzuwenden war, nur deshalb unter Fürsorgeerziehung stellte, weil er radikal-sozialistische Gesinnungen hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, es gibt keine Partei, insbesondere nach den Erklärungen, die bei Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Ausschuß und im Plenum abgegeben wurden, die diesen Schritt nicht verdammt. Aber wie weit sind wir gekommen? Es ist jedes Gefühl für das, was noch erlaubt ist im Kampfe der Parteien, geschwunden, wie das Verhalten des höchsten Gerichtshofs beweist.

Heute ist schon darauf hingewiesen, wie man Zeitschriften unterdrückt, die „Zukunft“, nicht wegen irgendwelcher militärischer Artikel, sondern weil sie Auszüge aus der ausländischen Presse brachte und ihren Leserkreis über die Ansichten im Ausland unterrichtete. Soll unser Volk zu seinem eigenen Schaden durchaus im unklaren bleiben über das, was im Auslande vorgeht?

Sie haben die große Denkschrift der Friedensfreunde bekommen und darin gelesen, wie Professor Schücking, dem Manne, der wissenschaftlich, literarisch wie kaum ein zweiter tätig ist für die internationale Rechtsorganisation, im September 1915 verboten wurde, über Probleme der internationalen Rechtsorganisationen mit auswärtigen Gelehrten zu korrespondieren. Er glaubte, nachdem die Kriegsziele freigegeben waren, daß er nun die Möglichkeit haben würde, wiederum wissenschaftlich wie früher tätig zu sein. Er wandte sich an das Generalkommando in Cassel, ihm die Erörterung jener Probleme zu gestatten, sonst würde er um die Früchte jahrelanger Arbeit gebracht. Dieses Gesuch wurde abschlägig beschicken, (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und als er eine Beschwerde einreichte, hat er nach sechs Monaten noch keine Antwort erhalten.

Wie es erst den Angehörigen meiner Partei geht, davon können Sie sich schwer eine Vorstellung machen. Hunderten meiner Parteifreunde ist verboten worden, während der Dauer dieses Krieges in irgendeiner Versammlung, auch in geschlossenen Versammlungen zu reden. Sie sind auf diese Weise vollständig des Rechts beraubt, auf öffentliche Angelegenheiten gerade in dieser Zeit einzuwirken, wo die öffentlichen Angelegenheiten von der folgenschwersten Bedeutung sind. In Danzig hat die Festungskommandantur dem Maurer Paul Voß, einem Angehörigen meiner Partei, gegen den gar nichts vorliegt, auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand eine Verfügung zugestellt, nach welcher ihm jede politische Betätigung während der Dauer des Krieges, insbesondere die Verbreitung jeglicher Art von Flugblättern, untersagt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Mann wird um alle seine staatsbürgerlichen Rechte gebracht durch einen einzigen Federstrich. Als der Fall hier zur Sprache kam, rief der Herr Ministerialdirektor Dr. Lewald meinem Parteifreund Dittmann zu: weshalb beschwert er sich nicht bei der höheren Instanz? Die Beschwerde ist abgegangen am 8. Juni, eine Ergänzung ist an die Beschwerdeinstanz am 22. Juni gesandt worden, aber auch in dieser wichtigen Angelegenheit ist bis heute kein Bescheid ergangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Mann, den man so knebelt, wird schikaniert, drangsaliert und brutalisiert Tag für Tag. An einem Tage werden mehrmals hintereinander Haussuchungen bei ihm vorgenommen, bald in der Wohnung, bald auf der Arbeitsstätte. Er kann seines Lebens nicht froh werden, und nichts hat der Mann getan, was diesen Schritt rechtfertigen könnte, nichts hat man bei allen Haussuchungen gefunden, was zu einem Strafverfahren Anlaß geben könnte.

Dieses politische System hat bei uns ein so erbärmliches Denunziantentum gezüchtet, (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) wie es in Deutschland nicht erlebt worden ist, wie es an die schlimmste römische Kaiserzeit erinnert. Vorgestern sollten in Berlin geschlossene Versammlungen abgehalten werden, Vereinsversammlungen. Diese sämtlichen Versammlungen sind verboten worden, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) in den meisten Fällen ohne Angabe eines Grundes. Wir, die Reichstagsabgeordneten, konnten nicht über die Vorgänge im Reichstag, nicht über die politischen Gegenstände, die jetzt alle Welt, insbesondere auch die gesamte Arbeiterschaft bis ins Innerste bewegen, sprechen. (Bewegung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hatte die Keckheit, auf die Anzeige, daß in einer Versammlung der Abgeordnete Ledebour sprechen werde, das Verbot der Versammlung zu begründen, „mit der bekannten Neigung des Herrn Reichstagsabgeordneten Ledebour, verhetzende Ausführungen zu machen“, (hört! hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) aus Gründen des öffentlichen Wohls. (Zurufe.) — Ja, es gehört schon eine

Keckheit der Behörde dazu, an dem Abgeordneten Ledebour diese Kritik zu üben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie ist es mit unseren Zeitungen? Die Zeitungen meiner Partei werden drangsaliert wie keine anderen. Den Regierungssozialisten hat man erlaubt, in Leipzig eine neue Zeitung herauszugeben, und obwohl der bürgerliche Verband der Zeitungsverleger in Leipzig Einspruch dagegen erhob, wurde doch die Genehmigung erteilt, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und zwar weil sie von amtlicher Stelle dringend befürwortet wurde. (Hört! hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So glaubt die Regierung, sich ein willfähiges sozial patriotisches Organ zu schaffen. Der „Leipziger Volkszeitung“, gegen die dieses Organ gegründet wird, wird ein Teil des Papiers, das sie bereits bestellt hat, zu diesem Zwecke entzogen! (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In Braunschweig, wo meine Parteifreunde, nachdem ihnen der „Braunschweigische Volksfreund“ durch treuloses Handeln der Regierungssozialisten entrissen worden ist, darum baten, daß ihnen die Genehmigung zur Herausgabe einer neuen Zeitung erteilt wird, wird die Genehmigung schlankweg verweigert, obwohl sie nachweisen, daß kein Mehrverbrauch an Papier entstehen würde, da an anderer Stelle das erspart werde, was sie zu ihrem Betrieb brauchen. In Königsberg ist die „Volksstimme“, das Organ meiner Partei, in einer selbst für die heutige Zeit unerhörten Art nach dem Erscheinen von zwei Nummern zur Strecke gebracht worden. Hier in Berlin haben mein Freund Ledebour und der Landtagsabgeordnete Hoffmann mit mir die Genehmigung nachgesucht, eine Zeitung herauszugeben — ein dringendes Bedürfnis für einen großen Teil der Berliner Bevölkerung, der jetzt keine einzige Zeitung hat, in der die Anschauung seiner Partei vertreten wird. Das Gesuch wurde zurück gewiesen mit der Begründung, daß der Grundsatz bestehe, während der Dauer des Kriegs keine neue Tageszeitung zu bewilligen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was bedeuten demgegenüber die Verwarnungen, die hier und da und wohl auch öfters an die Zeitungen gerichtet werden, darunter auch an den „Vorwärts“. Die „Leipziger Volkszeitung“ wird jeden Tag in so kleinlicher, gehässiger, dummer, nichtswürdiger Weise schikaniert, daß man auf den Gedanken kommen muß, daß beabsichtigt ist, einen Vorwand zu schaffen, um auf Grund vieler, wenn auch völlig unbegründeter Verwarnungen schließlich das Verbot dieser Zeitung auszusprechen und damit der regierungsfreundlichen „Freien Presse“ den Spielraum zu gewähren, den die amtliche Stelle ihr gewähren will. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber das ist noch keineswegs das Allerschlimmste. Wenigstens habe ich für mich als Juristen nichts Tolleres erlebt als folgendes Schriftstück, das mir in den letzten Tagen zugeht. Der Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann in Berlin wird auf den 24. Juli als Angeschuldigter vor das hiesige Königliche Amtsgericht geladen mit der Mitteilung, daß ein Verfahren wegen Landesverrats gegen ihn eingeleitet worden ist. Das Amtsgericht teilt ihm auch den Gegenstand der Anschuldigung mit. Nun hören Sie, meine Herren, was ihm mitgeteilt wird.

„Am zweiten Tage des Aprilstreiks in der Berliner Rüstungsindustrie um 2 Uhr nachmittags wurde im hiesigen Gewerkschaftshause eine Versammlung der Vertreter aller Betriebe abgehalten, um über den weiteren Verlauf der Bewegung zu entscheiden. **In dieser Versammlung sprach der Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann und — nun kommt das schwere Verbrechen, das unsühnbare! — empfahl die Absendung einer Deputation an den Reichskanzler zur Ergreifung sofortiger demokratischer Reformen.** (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Anklagebehörde, vertreten durch den Herrn Oberreichsanwalt, sieht in dieser Empfehlung eine Zuwiderhandlung gegen §89 des Strafgesetzbuches, wogegen sich Herr Hoffmann verantworten soll.“ (Erneutes Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren vom neu gegründeten Block, wenn Sie auch noch so harmlos in Ihrer politischen Haltung sind, seien Sie froh, daß nicht auch gegen Sie wegen des §89 ein Verfahren eröffnet wird. Ich glaube, Sie haben auch Deputationen an den Herrn Reichskanzler geschickt, um zur Ergreifung demokratischer Reformen in Ihrem Sinne aufzufordern. Wohin sind wir gekommen, wenn eine solche Verblendung, wenn ein solches Maß von Verfolgungssucht und Terrorismus bei uns zur Herrschaft gelangen kann. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie viele Personen hält man noch in Schutzhaft zurück. Seit länger als einem Jahre sitzt in Schutzhaft Frau Dr. Rosa Luxemburg. Was wird ihr zur Last gelegt? Sie soll eine Anzahl verbotener, die Arbeiter im Sinne der sogenannten „Internationale“ zum Sympathiestreik für Liebknecht und teilweise zum Generalstreik auffordernder Flugschriften verfaßt haben; sie soll auch eine äußerst rege und aufhetzende Tätigkeit in der radikal-sozialistischen Bewegung entwickelt und hierdurch die Sicherheit des Reichs auf das schwerste geschädigt haben. So steht es in den Akten, und es wird behauptet, daß dafür ein dringender Verdacht gegeben ist. Da fragt sich doch jeder von uns: wenn ein dringender Verdacht besteht, weshalb ist

denn nicht seit einem Jahre ein Strafverfahren gegen Frau Rosa Luxemburg eingeleitet worden? (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Verdacht kann nicht einmal soweit gehen, daß er ausreicht, um ein Strafverfahren einzuleiten, er kann also nicht ein dringender Verdacht im Sinne unserer Strafprozeßordnung sein. Trotz alledem hält man diese Frau über ein Jahr lang trotz schwerer Schädigung ihrer Gesundheit fest und will sie festhalten bis zum Ende des Krieges.

Was steht aber noch weiter in den Akten? Das Oberkommando schreibt am 22. Mai 1917 an das Reichsmilitärgericht, bei dem jetzt die Beschwerde liegt, daß weiteres Material nicht vorgelegt werden kann, da dasselbe vertraulich beschafft ist. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Bisher hat also ein Geheimdossier gewirkt, das allerdings das Licht des Tages so zu scheuen hat, daß es dem Militärgericht nicht vorgelegt werden kann. Nichtgentlemen, jene Lumpenkerle, die es nicht wagen hervor zutreten, um als Zeugen ihre Aussagen abzulegen, haben also das Oberkommando unterrichtet, (hört! hört! und erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und unter solchen Umständen wird eine Frau über ein Jahr der Freiheit beraubt, körperlich und seelisch gepeinigt, **eine Frau, die, seitdem sie politisch tätig ist, für die Freiheit gekämpft hat und die mit anderen Freiheitskämpfern ein großes Verdienst daran hat, daß in Rußland diejenigen Zustände eingetreten sind, die wir jetzt erleben.** (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, entsetzlich sind, und nur aus dieser Atmosphäre zu erklären, die unter dem Burgfrieden geschaffen ist, jene drakonischen Urteile, die in Königsberg, in Stettin, in Düsseldorf und an anderen Stellen erlassen worden sind. Es ist für mich gar kein Zweifel, daß bei ruhiger Beurteilung der Krawalle ein Teil jüngerer Leute und ein Teil von Frauen hätte freigesprochen werden müssen, weil, wenn je, so in diesem Falle unwiderstehlicher Zwang, Notstand vorgelegen hat. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn wahrlich nicht aus Lust an der Zerstörung haben sie die Tat verübt — von einer Reihe von Fällen liegt mir der Tatbestand vor —, sondern zermürbt durch den Hunger, durch das stundenlange Herumstehen auf den Straßen, um nur etwas Lebensmittel zu ergattern, durch den Seelenkummer, welchen der Verlust von Angehörigen im Felde bei ihnen erzeugt hatte. Satte und zahlungsfähige Leute, die Verbindungen mit dem Lande haben, die sich noch Nahrungsmittel beschaffen können, solche, die mit ihrem großen Portemonnaie auf Schleichwegen Nahrungsmittel erwerben können, haben wahrscheinlich kein Verständnis für den Seelenzustand solcher Frauen und solcher Kinder. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir müssen fordern, daß der neue Reichskanzler sein Augenmerk in allererster Linie darauf richtet, daß diese Mißurteile beseitigt werden, daß durch eine Amnestie eine Freilassung der Eingekerkerten erfolgt. Diese Amnestie darf sich nicht auf diese Leute beschränken, sie muß sich auf alle politisch Verfolgten beziehen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nicht nur Rußland, sondern auch Österreich-Ungarn hat eine solche Amnestie erlassen. Alle wegen politischer Vergehen, auch die wegen Landesverrats und wegen Hochverrats Verurteilten sind in Österreich-Ungarn in Freiheit gesetzt worden, auch diejenigen, die zum Tode verurteilt waren. Und bei uns, wo nach den vielen Versicherungen der Regierung unser Volk Unvergleichliches geleistet hat an Entbehrung und an zäher Ausdauer, da läßt man die politischen Gefangenen im Zuchthaus schmachten!

Daß ein Mann wie **Liebknecht** längst durch einen Amnestieakt hätte in Freiheit gesetzt werden müssen, das sollte der Regierung wenigstens in diesem Augenblick einleuchten. Wenn Sie heute Liebknecht hier hätten, wenn Sie heute in der Stimmung, in der Sie jetzt alle sind, hören würden, was Liebknecht wollte, so würden Sie sich nicht so „aufgeregt“, um einen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, ihm gegenüber gebärden, wie Sie sich damals gebärdet haben. Was Liebknecht damals ausgesprochen hat, sprechen heute hundert und hundert andere ihm nach, ohne daß sie daran denken, Landesverrat zu verüben. Was er wollte, das war das Bestreben, seinem Volke wie allen Völkern den Frieden zu verschaffen, bevor die Völker zugrunde gehen. Und diesen Mann richtet man Physisch — seelisch kann man es ja nicht — zugrunde hinter Zuchthausmauern mit der Arbeit eines Schuhmachers. (Zuruf.)

Präsident: Ich bitte, keine Zwischenrufe! (Erneute Zurufe.) Herr Abgeordneter Rühle, ich habe gesagt: keine Zwischenrufe! Da Sie sich dagegen auflehnen, so rufe ich Sie zur Ordnung. (Erneute Zwischenrufe.) Herr Abgeordneter Rühle, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung (wiederholte Zurufe) und muß Sie bitten, meiner Aufforderung Folge zu leisten. (Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Andauerndes Läuten der Glocke.) Es geht nicht an, daß Sie andauernd Zwischenrufe machen.

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, ich glaube, für die Tragik dieses Schicksals sollten alle, auch wenn sie von Parteileidenschaften geblendet sind, Verständnis und Gefühl haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Stimmung im Volke ist wegen der gesamten Lage und wegen des bleiernen Druckes des Hungers und des Belagerungszustandes, eine solche, daß auch die Allerleichtfertigsten

und Hoffnungsfreudigsten zur Selbstbesinnung gedrängt werden. **Herr Gröner hat vor kurzem, wie wir in der Zeitung gelesen haben, erklärt, die Stimmung der Arbeiterschaft gefalle ihm nicht. Sie haben von den Krawallen an den verschiedensten Orten und von den Streiks in Ober- und Niederschlesien gelesen.** Es ist nicht möglich, daß für die Dauer der Zustand, unter dem wir drei Jahre leiden, von den Massen ertragen werden kann.

Und wenn Sie den Ausbruch erleben werden, dann sollen Sie wenigstens nicht überrascht sein. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie sollen sich beizeiten Rechenschaft darüber ablegen, daß der Krieg die Ursache davon ist, die beseitigt werden muß. **Die Arbeiter wissen, und es kommt ihnen immer mehr zum Bewußtsein, daß sie in Aktion treten müssen,** (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Unruhe) **um dasjenige zu erreichen, was ihnen am Herzen liegt: Frieden und Freiheit.** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen. Ich bitte die Herren, Platz zu nehmen. Es ist unmöglich, die parlamentarische Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn Sie hier um die Rednertribüne herum stehen. Ich muß Sie bitten, Platz zu nehmen. Das gilt für sämtliche Herren. (Abgeordneter Haase (Königsberg) fährt in seiner Rede fort. — Glocke des Präsidenten.)

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zu warten, bis die Herren Platz genommen haben. (Pause.) Ich bitte fortzufahren.

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Die Massen müßten ja jeder Menschenwürde und jedes Klassenbewußtseins bar sein, wenn sie sich nicht gegen diesen Zustand auflehnten. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Arbeiter wollen den Frieden, und zwar nicht nur die Arbeiter in Deutschland, sondern in allen Ländern. Es ist Tatsache, daß die Friedensbewegung überall zunimmt. Sie ist gefördert worden durch die geplante Friedenskonferenz in Stockholm; sie ist hier in Fluß gebracht durch die Bestrebungen meiner Freunde. In Frankreich, in England, wie selbstverständlich in Rußland breitet sie sich aus. **In Rußland gibt es trotz des Krieges keine Zensur, und Rußland ist dabei nicht zugrundegegangen.** Rußland hat trotz aller Schwierigkeiten bei freier Betätigung aller Meinungsäußerungen — vielleicht gerade deswegen — (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) immer von neuem Lebenskraft gezeigt. (Sehr richtig!)

Meine Herren, in Rußland fand am 1. Juli eine Riesenfriedensdemonstration statt, an der eine halbe Million Arbeiter teilgenommen haben. Auf einer hervorragenden Fahne sah man bei dieser Demonstration folgendes Bild: **Ein russischer Proletarier reicht seine Hand einem deutschen Proletarier, und darunter steht die Unterschrift: „Genosse, beeile dich!“** (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ja, beeile dich! **Das ist der Ruf, der von Rußland aus geht, an die Massen in Deutschland und Österreich, an die Massen in Frankreich, in England und in Italien, und nur wenn die Massen sich beeilen, werden wir an das Ziel unserer Sehnsucht gelangen, den Abschluß dieses grausigen Krieges.** (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Soldaten an der Front hassen die im feindlichen Lager stehenden Soldaten nicht. Die russischen und deutschen Soldaten haben vielfach mit überströmender Begeisterung berichtet, wie gut sie sich verstanden haben, als sie nach Ausbruch der Revolution wochenlang miteinander friedlichen Verkehr an der Front pflogen; schmerzlich war ihnen dabei nur der Gedanke, daß inzwischen an den anderen Fronten blühende Menschenleben vernichtet wurden. In ihren Briefen kommt öfters zum Ausdruck: „Was nützt die Fraternalisierung an einer Front, wenn an den anderen Fronten weitergekämpft wird, dann kann unsere Ruhe nur ein vorübergehendes Zwischenspiel sein.“ So ist es auch gekommen. Der Kampf tobt überall. **Die Regierungen bringen nicht den Frieden, nur die Völker selbst können die Friedensspender sein.**

Und täuschen Sie sich nicht, meine Herren, in die Tiefe aller Völker dringt immer mehr der brennende Gedanke: wir wollen nicht einander töten, wir wollen uns als Brüder die Hände drücken, (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) wir wollen nicht Mordwerkzeuge schaffen, wir wollen mit der Kraft unserer Hände und Hirne fortan Kulturgüter erzeugen zum Wohle des eigenen Volks und zur Fortentwicklung der gesamten Menschheit. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Seyda.

Seyda, Abgeordneter: Meine Herren, die Fraktion der Polen hat zur Kriegs- und Friedensfrage bereits wiederholt Stellung genommen. Insbesondere haben wir in der Sitzung vom 1. März d. J. laut Stenogramm von dieser Stelle aus folgendes erklärt:

Wir Polen, die wir trotz staatlicher Trennung das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren, die wir stets den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker vertreten haben, wir erheben

Widerspruch dagegen, daß etwa bei Beendigung des Krieges ganze Völker oder Volksteile gegen ihren Willen durch Annexionen einem anderen Staate zugeteilt werden. Und wir leben in der Hoffnung, daß trotz allen Hasses, den dieser Krieg zwischen den Völkern aufgetürmt hat, sich die Menschheit durch das Meer von Blut zu der Erkenntnis durchringen wird, daß kein Volk berechtigt ist, ein anderes zu bedrücken, daß vielmehr jedes Volk das natürliche Recht hat, sich frei und ungehindert in seiner Eigenart zu entwickeln. Wenn diese Erkenntnis Allgemeingut der Völker geworden, dann wird es einen dauernden und wahren Frieden geben zum Wohle und Glück der ganzen Menschheit!

An dieser Erklärung halten wir auch heute fest. Die gegenwärtig im Reichstag so stark hervorgetretene Bewegung zur Beschleunigung des Friedens und der inneren freiheitlichen Entwicklung können wir nur begrüßen. Die als Ausdruck dieser Bewegung seitens der Mehrheitsparteien vorgeschlagene Resolution ist uns in ihrer Friedenstendenz durchaus sympathisch, — sie wird aber den in unserer Erklärung enthaltenen Grundsätzen nicht in vollem Maße gerecht. Wir können deshalb nicht für sie stimmen, werden uns vielmehr der Abstimmung enthalten. (Bravo! bei den Polen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hanssen.

Hanssen, Abgeordneter: Meine Herren, unter Hinweis auf die nationalen Rechte der Dänen in Nordschleswig, die ich die Ehre habe hier zu vertreten, und in der Voraussetzung, in der festen und unerschütterlichen Zuversicht, daß ihre nationalen Wünsche und Forderungen nach Beendigung des Krieges in vollem Umfang erfüllt werden, stimme ich aus allgemeinen politischen Gründen für die vorgeschlagene Resolution.

Präsident: Die erste Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur namentlichen Abstimmung über die Resolution auf Nr. 933. Ich bitte die Herren, die die Resolution annehmen wollen, die Karte mit Ja, diejenigen, die sie ablehnen wollen, die Karte mit Nein abzugeben. Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln. (Geschieht.) (Pause.) Die Abstimmung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige Resultat*) der Abstimmung ist folgendes:

Es sind 347 Karten abgegeben. Der Stimme enthalten haben sich 17 Abgeordnete; mit Ja haben 214, mit Nein 116 Abgeordnete gestimmt. Die Resolution auf Nr. 933 der Drucksachen ist daher angenommen. (Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Freitag, 20. Juli 1917

Vorwärts – Nr. 196 – Freitag, den 20. Juli 1917 - S.1

Das Friedensprogramm des Reichstags.

Das entscheidende Ereignis der gestrigen Reichstagssitzung war nicht die Antrittsrede des neuen Kanzlers, die wir an anderer Stelle ausführlich behandeln, sondern die Annahme der schon bekannten, im Bericht zur Erinnerung gebrachten Friedenserklärung des deutschen Volkes. Sie erfolgte mit nahezu Zweidrittelmehrheit, mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17 Enthaltungen. Die Opposition wäre nicht einmal bis zur dreistelligen Zahl empor geklettert, wenn sie nicht durch den närrischen Unverstand der Unabhängigen gestärkt worden wäre. Konservative, Nationalliberale und — Unabhängige schlossen sich von der Friedenskundgebung der deutschen Volksvertretung aus.

Die Annahme ist trotzdem mit gewaltiger Mehrheit er folgt, und ihre Bedeutung kann durch ultraradikale Späße nicht gemindert werden. Sie spricht aus, was die deutsche Sozialdemokratie vom ersten Tag des Krieges an gepredigt hat. Sie ist ein Sieg der Ueberzeugung, den wir in harter jahrelanger Arbeit errungen haben. Sie bedeutet, wie wir zuversichtlich erwarten, einen Schritt zum Frieden.

Es ist kein Geheimnis, daß ein beträchtlicher Teil der neuen Mehrheit in dieser Frage vordem anders stand, als er jetzt steht. Und es ist keine Schande für ihn, daß er „umgelernt“ hat. An der Tatsache, daß der deutsche Reichstag und das deutsche Volk auf einen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen einzugehen bereit ist, kann trotz aller Rabulisterei jetzt kein Mensch von gesundem Verstande mehr zweifeln. Und diese — durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie herbeigeführte — Tatsache bedeutet auch eine veränderte Weltlage.

Von großer Bedeutung ist es auch, daß sich hier zum erstenmal in der deutschen Geschichte ein Willensakt der deutschen Volksvertretung, der die auswärtige Politik des Reiches entscheidend bestimmt, aus ihrer eigenen Mitte heraus gebildet und vollzogen hat. Es ist kein Geheimnis, daß diesem Willensakt starke und einflußreiche Kräfte entgegenstanden — er kam dennoch zustande.

In der Annahme dieses Programms **liegt für die Regierung ein unwiderstehlicher Zwang, nach ihm zu handeln. Sie kann auf der künftigen Friedenskonferenz nicht mit Forderungen auftreten, die diesem Programm wider sprechen.** Es ist darum von heute ab sehr gleichgültig, wie dieser oder jener einflußreiche Mann über die Kriegsziele denken möchte. Töricht wäre der deutsche Staatsmann, der sich durch Winkelzüge aus der Bindung dieses Reichstagsbeschlusses zu befreien versuchte. Zu bald müßte er erfahren, daß solche Versuche vollkommen aussichtslos sind. Die Annexionistenpresse des Auslandes erkennt die Gefahr, die für sie in dem Beschluß der deutschen Volksvertretung liegt, und darum vollführt sie einen wüsten Lärm, damit die Bedeutung dieser deutschen Einkehr ihren Völkern nicht zu Bewußtsein komme. Sie findet dabei freiwillige Helfer bei den Unabhängigen, die natürlich den gewaltigen Erfolg der sozialdemokratischen Fraktion nicht gelten lassen können, und darum die Bedeutung des ganzen Vorgangs nach Kräften herabzusetzen bemüht sind. Der Erfolg kann damit für den Augenblick etwas gehemmt, auf die Dauer aber nicht aufgehalten werden. Die Zuversicht, mit der wir den kommenden Dingen entgegensehen, die Genugtuung, die wir über das Errungene empfinden, und das Verständnis der Massen für die energische und erfolgreiche Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion wird dadurch nicht vermindert werden !

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 365 – Freitag, den 20. Juli 1917 - S.1

Worte und Taten.

Der Reichstag hat schon viele schöne, gute und schlechte Reden gehört. Alle Kanzler fanden hier den Platz, von dem aus sie dem deutschen Volk und der Welt sagten, was sie zur Unterstützung ihrer Politik für zweckmäßig hielten. **Dem neuen Kanzler des Deutschen Reiches, Dr. Michaelis, fiel gestern die schwere Aufgabe zu, wenige Tage nach Uebernahme des von seinem Vorgänger hinterlassenen verworrenen politischen Lage allein durch Worte erst die Grundlage zu seiner Amtsführung zu legen.**

Die Friedenskundgebung, die von Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Zentrum geplant war, gab ihm Gelegenheit dazu.

Es war ein ziemlich trauriges Bild, das der Reichstag bot. **Da waren seit Wochen Worte gemacht worden, als ob es nur eines Beschlusses des Reichstags bedürfte, um morgen die Friedensverhandlungen zu eröffnen; Bethmann Hollweg stürzte darüber** und der neue Herr kam War das, was man gestern im Reichstag erlebte, wirklich die angekündigte große weltbewegende Tat, die unserm Volk den Frieden näher

bringen sollte? Die Tat, die endgültig der Demokratie die Herrschaft und Führung im Reiche sicherte? Das glauben die Abgeordneten, die um etwa 2/3 Mehrheit die Verständigungsfriedensformel als Kundgebung der Bereitschaft zu einem Frieden ohne Erwerbungen und Entschädigungen beschlossen haben, wohl selbst nicht.

Der Einzige, bei dem etwas wie Wille zur Macht durchklang, war der Führer der Sozialdemokraten Scheidemann.

Die anderer Fraktionen schickten nicht einmal ihre Führer selbst vor, sondern bezeichnenderweise einige Anwälte, Süddeutsche dazu, die mit falschem Pathos die in langen Verhandlungen fast bis zur Wesenlosigkeit verwässerte Kompromißformel auslegten und den Eindruck zu erwecken bemüht waren, als ob der Kanzler mit ihnen ganz einverstanden wäre! Eine schlecht einstudierte Komödie, die des Reichstags und des ernstesten Augenblicks kaum würdig war. Man redete bewußt an dem vorbei, was der Kanzler zur wesentlichen Einschränkung seiner scheinbaren Zustimmung zu der Formel erklärt hatte. Doch das ist schließlich Sache der Fraktionen, zu glauben, was sie mögen. Man glaubt ja gern, was man wünscht.

Und der Kanzler? Alles temperamentvoll oder durch die Sprache Mitforttreibende fehlt ihm. Das trockene Wort allein sollte wirken und überzeugen. Aber was sind Worte, zumal an den wichtigeren Stellen gelesene Worte, vorsichtig, vielleicht mühsam zusammengestellte Worte? In keinem Fall kann eine Persönlichkeit aus ihnen erkannt werden. Wieviele gute Reden hörte man doch von Herrn Bethmann Hollweg! Aber entsprachen seine staatsmännischen Taten seinen Worten? So wird man auch abwarten müssen, wieweit und ob die Taten des neuen Kanzlers seinen gestern an den Reichstag gerichteten Worten entsprechen werden.

Freilich ein ganz „unbeschriebenes Blatt“ ist Herr Dr. Michaelis nun nicht mehr; dieses bisher unbeschriebene Blatt hat er selbst nun versehen mit einem Bild, wie man es früher oft über Wohnzimmertüren fand, aus gekniffem Karton, in dessen Falten man von vorn eine andere Schrift las als von rechts oder links, oder halbrechts oder halblinks. So man wohl auch aus dem Programmbild des Kanzlers die Rechte etwas ganz anders lesen als die Linke oder das Zentrum oder das Ausland. Gleichmäßig und klar verständlich waren für alle allein die Feststellungen, daß der Kanzler sich selbstverständlich auf den Boden des Erlasses über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen stellt, daß wir in diesen Krieg gezwungen wurden und ihn nicht begonnen haben, um Eroberungen zu machen, daß wir den Frieden nicht nochmals anbieten können, daß unsere U-Boote Englands Wirtschaft und Kriegführung so schwer geschädigt haben, daß es dem Friedensbedürfnis im Lande nicht mehr lange wird entgegenwirken können, daß unsere Aussichten an den Fronten gut sind, usw. Aber wo es sich um die Frage des Tages handelte, bediente sich der Kanzler so vieler relativer Begriffe, daß jeder heraushören konnte, was er wollte. **Aus dem Satz:**

„Darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen. Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben.“

wird die Mehrheit die Zustimmung zu einem Frieden ohne Erwerbungen und Entschädigungen herauslesen, die Minderheit die Zustimmung zu ihrer Forderung eines ehrenvollen Friedens nach Anerkennung unseres Sieges durch unsere Feinde, zumal das Ziel des Kanzlers, das wir nach seinen Worten in erster Linie erreichen müssen: Die Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeit und Vorbeugung der weiteren Verfeindung durch wirtschaftliche Absperrung nicht durch papierne Verträge erreicht werden kann. „Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen,“ erklärt Herr Dr. Michaelis und nun – weiß jeder genau, daß der neue Kanzler sein Mann ist.

Im Augenblick kommt es darauf an, diese leidige Friedensfrage endlich einmal aus der Welt zu schaffen und dieses ließe sich durch die Erklärung des Kanzlers, „wie wir auffassen“, auch wohl erreichen. Auch durch die Bereitwilligkeit zu einer maßvollen Heranziehung von Parlamentariern, wenn sie persönlich für leitende Stellen geeignet sind, wird der Kanzler manchem entgegenkommend erschienen sein, der es mit ihm für selbstverständlich hält, daß das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung der Politik nicht geschmälert, der bundesstaatliche Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches unbeschädigt bleiben.

Das war eine glatte Absage an die Demokratie, die noch durch die Willenserklärung des Kanzlers unterstrichen wurde:

„Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen!“

Bleibt es nicht bei diesem Wort und entsprechen die Taten des Kanzlers fortan auch den Drohungen der Demokraten gegenüber seinen Worten – Scheidemann fühlt sich nach seiner gestrigen Rede heute noch als Herr der Lage – dann – so hoffen wir – werden wir trotz der unausbleiblichen üblen Folgen der gestrigen

Kundgebung und der Redeübungen und diplomatischen Stilübungen zu dem herrlichen, machtvollen Deutschland kommen, zu dem uns unsere Heerführer und mit ihnen unser neuer Kanzler führen sollen.

Die Reden und Ziele der Redner aus dem Hause werden uns wohl noch häufiger beschäftigen. Es war der Lage angemessen, daß die Fraktionen der Minderheit – Konservative, Nationalliberale und Reichspartei - ihre Ablehnung der „Friedenskundgebung“ nur in kurzen Erklärungen begründen ließen, wobei es nur einigermaßen sonderbar anmutete, daß der Redner der Nationalliberalen, Prinz zu Schönau-Carolath, dem bisherigen Kanzler Anerkennung aussprach, nachdem die Fraktion soeben erst deutlich bekundet hat, daß sie seinen Rücktritt für notwendig hielt. **Aber es fehlte auch sonst nicht an Widersprüchen an diesem Tage, man war so im – Reichstag.**

Und einer sprach noch, ohne im Hause zu sein. Zwar hatte der Kanzler erklärt, die Oberste Heeresleitung teile seinen Standpunkt zu der EntschlieÙung, aber Hindenburg hielt es doch für besser, seine Auslegung des Herren Reichsboten bekannt zu geben, durch seine Siegesnachricht. Was bedeutet sie anders als: „Redet nur was Ihr wollt – ich gehe zum Angriff gegen den Feind über – zu Taten, denen der Sieg folgt.“

Hindenburg rettete selbst im Reichstag wieder die Lage und setzte Worten – Taten entgegen.

R.Fr.

Samstag, 21. Juli 1917

Vorwärts – Nr. 197 – Samstag, den 21. Juli 1917 - S.1

Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz .

Am 20. Juli ging das folgende Schreiben über die Teilnahme von Partei und Gewerkschaften an der Stockholmer Allgemeinen Sozialistenkonferenz an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter, z. H. des Genossen Wladimir Rosanoff z. Z. in Stockholm ab.

Werte Genossen!

Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die mit der Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. und 5. Juli in Stockholm geführten Verhandlungen gehört. Sie bestätigen aufs neue ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vorhandenen annexionistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unzweideutig ihre Kriegsziele bekannt geben oder bei der Bekanntgabe als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Vergewaltigungen bezeichnen, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedensplattform des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundsätzen entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen, wobei sie voraussetzt, daß es sich dabei nur um Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen und daß alle an der Konferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit allen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg und erwartet, daß es in Stockholm gelingen wird, für ein gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen Parteien ein Einverständnis zu erzielen.

Mit sozialistischen Grüßen!

Für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: gez. Fr . Ebert.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: gez. C. Legien.

Für die Delegation der deutschen Sozialdemokratie: gez. H. Müller

Vorwärts – Nr. 197 – Samstag, den 21. Juli 1917 - S.1

Die Stockholmer Tagung. - Eine Vorkonferenz der Ententesozialisten .

Paris , 19. Juli. (Havasmeldung .) Der Geschäftsführende Ausschuß der französischen Sozialisten-Partei hat die in London weilenden Vertreter des Petersburger Arbeiter und Soldaten-Rates, Abgeordnete der sozialistischen Verbände von Großbritannien und den Holländisch-Skandinavischen Ausschuß eingeladen, sobald wie möglich nach Paris zu kommen zum Zwecke einer internationalen sozialistischen Konferenz.

Den englischen und französischen Sozialisten ist durch Paßverweigerung und Maulkorbzwang die Möglichkeit genommen, in Stockholm zu verhandeln. So könnte die Beratung, die jetzt in Paris geplant wird, den Zweck haben, eine Art Ersatz für die vereitelten Teilnahme an den Verhandlungen, die in der nordischen Hauptstadt stattfanden, zu schaffen . Die persönliche Berührung mit Vertretern der kriegsgegnerischen Länder würde vermieden, aber eine Auseinandersetzung über deren Standpunkt wäre gleichwohl in die Wege geleitet. Die Teilnahme des holländisch-skandinavischen Ausschusses würde die Garantie geben, daß sie stattfindet. Bei loyaler Auffassung der französischen Einladung wird man dem sonst leicht aufsteigenden Verdacht nicht Raum geben, es könne sich bei der Pariser Beratung um den Versuch handeln, gegen die auf den 15. August nach Stockholm berufene internationale Konferenz eine Mine vorzutreiben.

Wandlungen der Sozialdemokratie während des Krieges. –

von Prof. Dr. J. Hashagen-Bonn

Die Sozialdemokratie hat während des Krieges manche Wandlungen durchgemacht. Politisch die wichtigste ist offenbar nicht die niemanden überraschende Abspaltung der radikalen Minderheit von der Mehrheit selbst und besonders innerhalb der sie beherrschenden Scheidemanngruppe. Auf bürgerlicher Seite ist diese schicksalsschwere Wandlung oft nicht genügend beachtet worden. Dagegen hat sich die „Leipziger Volkszeitung“ schon vor längerer Zeit das Verdienst erworben, einiges Material zur Entwicklungsgeschichte der „Regierungssozialisten“ oder Sozialimperialisten“ zusammenzustellen. Man muß dies Material bei Beurteilung der gegenwärtigen sozialdemokratischen Kriegspolitik stets im Gedächtnis behalten.

Es gibt doch zu denken, daß Scheidemann noch zu Neujahr 1915 seinen Sohlinger Wählern gegenüber seinen – Siegeswillen von neuem bekräftigt hat. Im selben Geiste verlaufen auch noch die Frühjahrsverhandlungen, die vor und nach dem Beginne der galizischen Offensive der Mittelmächte im Schoße der Reichstagsfraktion stattfinden. Es war während dieser bemerkenswerten Verhandlungen, als Scheidemann einen unentschiedenen Ausgang des großen Weltringens noch mit der ihm eigenen Energie anzweifelte. Er glaubte nicht an ein Remis. Zugleich wandte er sich mit Entschiedenheit gegen den Plan, im Parlamente oder in der breiten Öffentlichkeit eine allgemeine Friedenspropaganda zu beginnen. Auch andere Mitglieder der Mehrheit erklärten sich damals noch dagegen.

Eine antiannexionistische Parteierklärung wird damals noch abgelehnt. Während des ganzen Siegesommers 1915 hat die Partei in Parlament und Presse an dieser Haltung noch festgehalten. Wenn auch von der Politik des 4. August 1914 damals schon mancherlei abgebröckelt ist, so scheint der Hauptbau doch noch den doktrinären Stürmen zu trotzen.

Kaum ein Jahr später, Ende 1916, hat Scheidemann aber schon den denkwürdigen Ausspruch getan:

„Nur Narren können heute, im 28. Monat des Krieges, noch glauben, daß es der einen Mächtegruppe gelingen könne, die andere zu schlagen, daß sie ihr den Frieden diktiert.“

Schon vorher war er in den Kampf gegen die von ihm mit der Narrenkappe geschmückten Alldeutschen und ihren bis zu den Fortschrittlern und gar zu den imperialistisch angehauchten Sozialisten reichenden Anhang eingetreten. Zugleich hatte er unter Prägung neuer zugkräftiger Schlagwörter eine weitverzweigte Werbearbeit für den deutschen Verzichtfrieden eingeleitet, sie über die deutschen Grenzen, die er sonst so ängstlich respektiert, hinausgetrieben und damit den wachsenden Beifall angeblich wohlwollender Neutraler und sogar des feindlichen Auslandes gefunden. Auch die durch den Krieg zurückgeworfene Internationale ist dadurch zu neuem Leben erweckt worden.

Im Hinblick darauf sind die Wandlungen innerhalb dieses Teils der Sozialdemokratie zum größten Teil schließlich vor allem als ein Sieg des internationalen über den nationalen Gedanken zu bezeichnen. Darin liegt vom Standpunkt nicht der nationalistisch, sondern der national gerichteten Gruppen des deutschen Volkes das Gemeingefährliche dieser **zuerst im Winter 1915/16 deutlich hervorgetretenen Kriegspolitik der Sozialisten**, die dann im Laufe des dritten Kriegsjahre immer mehr internationale Initiative und immer weniger nationale Gewissenhaftigkeit entfaltet hat. Der gefühlvolle Pazifismus fängt an, die Oberhand zu gewinnen. Die äußerpolitischen Vorstellungen dieser Gruppe entfernen sich immer weiter vom Boden der nackten Tatsachen. Sie verlieren sich immer mehr in das trügerische Reich der Einbildungen.

Die Illusionspolitik ergreift in immer größerem Umfange von diesen Sozialdemokraten Besitz. Die alte Vorliebe für „Demokratie“ unserer Feinde, besonders für die westeuropäische, aber auch für die des slawischen Gefühlsrausches tritt bei der deutschen Sozialdemokratie von neuem hervor. Es gibt zwar in ihren Reihen geschworene Feinde Englands wie Fendrich und besonders Schippel. Aber den von neuem erwachten Hang zur Politik der nach allen Seiten ausgestreckten Versöhnungshand vermögen auch sie nicht zu ersticken. Immer tiefer greift die politische Wandlung. **Immer weiter entfernt sie sich von den Notwendigkeiten einer kräftigen Auslandspolitik. Immer weniger wird sie den Notwendigkeiten des furchtbaren deutschen Daseinskampfes gerecht**, dessen gewaltiges Tosen sie durch das Geklapper innerpolitischer Parteimühlen zu übertönen glaubt. **Eine Wandlung ist eingetreten, die zwischen diesen Teilen der Sozialdemokratie und all den deutschen Männern, die durch den Krieg von äußerpolitischen Illusionen befreit worden sind, eine breite Kluft schafft.**

Die Zeit ist noch nicht gekommen, um die Gründe diese Wandlung und damit der wichtigsten innerpolitischen Erscheinung näher zu prüfen. Daß sie durch die wachsende Passivität der abgetretenen Regierung und durch ihre Verständigungs- und Verzichtspolitik mächtig gefördert worden ist, wird man kaum

leugnen können. Der Rückzug der Regierung vor Amerika im Frühling 1916 scheint auch hier stark eingewirkt zu haben. Die Politik der Friedensangebote deutet in dieselbe Richtung. Je weniger Gegendruck von den Regierungstischen aus erfolgt, um so rascher und tiefer vollzieht sich dieselbe Wandlung innerhalb der Sozialdemokratie, auf die es auch zurückzuführen ist, daß der Abstand zwischen ihr und der Politik des 4. August immer größer wird. –

Der nationale Gedanke hat durch den Krieg in Deutschland neue starke Stützen gewonnen. Eine Zeitlang schien es, als wenn sich auch die sozialistische Mehrheit, wenn auch nicht ohne schwerwiegende Vorbehalte, in seinen Dienst stellen werde. Aber heute scheint sie die Nervenkraft nicht mehr aufzubringen, die für diesen Dienst nötig ist. So hat sie sich in der Epoche der Stockholmer Konferenzen von neuem durch die vielleicht bequemen Polster der Internationale verlassen. Dies Wandlung geht gegen die Politik des 4. August. Das ist der Grund, weshalb alle national gerichteten Kreise dagegen zusammenstehen müssen.

Der Tag – Nr. 366 – Samstag, den 21. Juli 1917 - §.2

England und die Kanzlerrede.

Carsons Hohn

Rotterdam, 21. Juli. In einer Rede in Belfast sagte das neue Mitglied des Kriegskabinetts Carson, daß er soeben die Rede des Reichskanzlers gelesen habe. **Sie unterscheidet sich nicht wesentlich von vielen anderen früheren Kanzlerreden, sie sei ein leeres Schall.** Wenn die Deutschen wirklich Frieden wünschen, so fuhr er fort, **so sind wir bereit, morgen zu unterhandeln, nicht aber mit dem Preußentum, sondern mit den besten Männern Deutschlands.** Deutschland soll jetzt vortreten und zum Beweise seiner Aufrichtigkeit und zum Beweise, daß es keinen Gebietszuwachs oder keine Gewalttätigkeit anderen gegenüber wünscht,

Wenn die Deutschen in dieser Weise **Reue** zeigen für das Unrecht und den Schaden, den sie dem armen, kleinen Belgien gegenüber, in Nordfrankreich, in Serbien usw. verübt haben, würden wir als friedliches Volk Verhandlungen beginnen, die bezwecken, die Welt auf immer zu retten und von dem Schrecken der Waffen zu befreien. Wir sehnen uns nach dem Frieden, der uns unsere Männer zurückbringen soll, aber diejenigen, welche nicht zurückkehren können, verpflichten uns dazu, zu verlangen, daß der Frieden ein wirklicher Frieden wird und daß die Opfer nicht vergebens gebracht worden sind.

Vossische Zeitung – Nr. 367 – Samstag, den 21. Juli 1917 - §.1

Konferenz des Kaisers mit den Parteiführern

Dreistündige Beratungen.

Berlin, 20. Juli. Seine Majestät der Kaiser begab sich heute abend ½ 6 Uhr zum Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Helfferich, woselbst sich der Reichskanzler Dr. Michaelis bereits eingefunden hatte. Auf 6 Uhr waren geladen die stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums, die Staatssekretäre, das Präsidium des Reichstags und die führenden Mitglieder der Reichstagsfraktionen. Die Geladenen verweilten in den Räumen des Staatssekretärs bis gegen 9 Uhr in angeregter Unterhaltung an der sich seine Majestät der Kaiser in der zwanglosesten Weise beteiligte.

Vossische Zeitung – Nr. 367 – Samstag, den 21. Juli 1917 - §.1

Lloyd George bietet Frieden an.

von Dr. Wilhelm Dibelius, Professor an der Universität Bonn

Am **29. Juni** hat Lloyd George in Glasgow die bemerkenswerteste Rede in seiner langen Laufbahn gehalten. Er sprach von der Vorgeschichte des Krieges, von Deutschlands Verruchtheit und Englands Standhaftigkeit gegenüber den Drohungen des schließlich doch ungefährlichen U-Boot-Krieges, ermahnte zum Durchhalten in Tönen, die pessimistisch und entschlossen zugleich klangen. Das alles entsprach seiner bisherigen Tonart, klang nur etwas weicher und elegischer als wir es sonst von diesem Feuerkopf gewöhnt sind. Aber – und das ist das Charakteristische – **er sprach diesmal nicht vom knock out blow, von der Zerschmetterung Deutschlands, sondern machte ein Friedensangebot. Er sprach von einer Demokratisierung Deutschlands, die er erhoffe. Sowie sie erfolgt sei, würde es leicht sein, zum Frieden zu kommen.** Einen Tag später sagte Henderson in Moskau das gleiche und am 4. Mai äußerte sich Ribot in ganz ähnlicher Weise. Es kann kein Zweifel sein – und einige ausländische Blätter sagen es frei heraus, allen voran der ganz englische „Telegraaf“ in Amsterdam: Die Rede von Lloyd George war in erster Linie an Deutschland gerichtet und enthält ein Friedensangebot, das erste Friedensangebot der Entente.

Es ist nicht nur in allgemeinen Redensarten gehalten, sondern skizziert auch die hauptsächlichsten Friedensbedingungen. Sehen wir sie uns einmal etwas näher an.

Lloyd George spricht von **Belgien**. Die Andeutungen des deutschen Reichskanzlers genügen ihm nicht. Bethmann Hollweg habe gesagt: „**Wir wollen Belgien seinem Volke zurückgeben, aber e.)s muß ein Teil des deutschen Wirtschaftssystems, des deutschen Verteidigungssystems zu Wasser und zu Lande sein!**“ (Daß der deutsche Kanzler niemals etwas derartiges gesagt hat, hat der Abgeordnete Ponsonby bereits im Unterhause erklärt, aber die Regierung hat Lloyd Georges Aeußerungen erneut unterstrichen. Voller Entrüstung lehnt Lloyd George die Forderungen des Reichskanzlers ab und verlangt für Belgien vollste Entschädigung mit wilden Ausfällen gegen die deutschen Einbrecher. Das gleiche müsse für Serbien gelten.

Mit demselben sittlichen Zorn sprach er von Mesopotamien. **Die mesopotamische Frage müsse auf dem Friedenskongreß entschieden werden.** Nur ein sei sicher: Dies herrliche Land dürfe niemals wieder unter den Fuß des alles vernichtenden Türken kommen, und ebenso sei es mit Armenien.

Auch die Frage der deutschen Kolonien müsse dem Friedenskongreß überlassen werden. Mit großer Schärfe erklärte er, England sei nicht ausgezogen, um die deutschen Kolonien zu erobern. Hätte es das erstrebt, so hätte es kein Heer von drei oder vier Millionen aufzustellen brauchen. Freilich sei die Frage schwer zu lösen, denn die Interessen der von Deutschland grausam mißhandelten Eingeborenen müßten voll berücksichtigt werden.

Von Oesterreich sagte er nur eins: er bedauerte lebhaft, daß der österreichische Ministerpräsident sich gegen das Prinzip ausgesprochen habe, daß die Nationen ihre Schicksale nach ihren eigenen Wünschen bestimmen könnten. So lange dies Prinzip nicht angenommen sei, könne es keinen Frieden geben.

Soweit die englischen Bedingungen. Was bedeuten sie?

Mit Bezug auf Belgien spielt Lloyd George Versteck. Er polemisiert in den heftigsten Ausdrücken gegen etwas, was der Kanzler nicht gesagt hat. Daß es sich um keinen bloßen Gedächtnisfehler handeln kann, der ja bei einer derartigen hochpolitischen Aktion höchst seltsam wäre, zeigt der Umstand, daß die englische Regierung einige Tage später sich zu den Aeußerungen ihres Chefs ausdrücklich bekennt. **Bethmann Hollweg hat für Deutschland Garantien dagegen verlangt, daß Belgien jemals wieder Einfallstor unserer Feinde werden könne. Dagegen offen vorzugehen wagt Lloyd George natürlich nicht,** darum leert er die Schale seiner sittlichen Entrüstung über eine angebliche Fassung der Bedingungen des Kanzlers. Was er meint, ist klar, es soll Belgien nicht nur geräumt werden, nicht nur entschädigt werden – **es soll alles so werden wie es war: Belgien der festländische Brückenkopf Englands.**

Mesopotamien soll nicht mehr türkisch bleiben, also offenbar ein „unabhängiger“ Staat werden, in dem ein unscheinbarer Soldat Englands als Generalkonsul oder dergleichen residieren, tatsächlich die ganze Macht ausüben, englische Gesellschaften die reichen Bodenschätze ausbeuten und Eisenbahnen bauen würden, wobei dann zum Schutz gegen Unruhen einige englische Schiffe und englischen Truppenkörper sich gelegentlich nutzbar machen würden.

Auch **Armenien soll „befreit“ werden,** vielleicht in ähnlicher Form, wenn die Russen ihre imperialistischen Pläne aufgeben sollten. Ueber die Grenze dieses Armeniens sagt Lloyd George kein Wort. Wir haben aber vielleicht Recht, daran zu erinnern, daß in der ganzen Ententeliteratur über die Frage Armenien immer als das große Armenien gefaßt wird, nicht nur als die Kaukasushochfläche, sondern auch als Land am Golf von Alexandrette, das ja bekanntlich auch zu den englischen Zukunftsplänen gehört. Verliert die Türkei Mesopotamien und Armenien in diesem Sinne, dann ist sie als Zukunftsmacht erledigt, dann hat England die Brücke von Indien nach Aegypten geschlagen; denn Syrien und Arabien sind dann bestenfalls noch türkischer Scheinbesitz. Aber auch der Verlust von Mesopotamien allein wäre das Ende der heutigen Türkei.

Und **Oesterreich?** Was in der ganzen englischen Kriegsliteratur das Wort von dem unbedingten Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten mit Bezug auf Oesterreich-Ungarn bedeutet, ist bekannt. Es bedeutet bisher stets ein Selbstbestimmungsrecht, bei dem **der Gesamtstaat nichts mehr zu sagen hatte und Oesterreich-Ungarn in ein Bündel von sich selbstbestimmten Nationalitäten aufgelöst war, deren jede sich als „kleine Nation“ der liebevollen Sorge der Entente zu erfreuen haben würde.**

Und was bietet uns Lloyd George dafür, wenn wir unsere beiden Bundesgenossen teils zerstückeln, teils bis zur völligen Ohnmacht schwächen lassen? Lediglich – unsere Kolonien. Nicht ein erweitertes Kolonialreich, kein Austausch, keine Vereinbarung über belgisches oder portugiesisches Afrika, sondern lediglich unsere Kolonien, die von der Entente besetzt sind. Oder müssen wir auch hier auf Abstriche gefaßt sein, Abstriche zu Gunsten Englands, zu Gunsten Südafrikas und Australiens? Und wie steht es mit Elsaß-Lothringen? Lloyd George schweigt. Schwerlich soll das Schweigen über diesen Punkt eine Schwenkung bedeuten. Denn Ribot, der am 4. Juli dem demokratischen Deutschland gleichfalls den Frieden anbot, erklärte dabei mit größter Deutlichkeit, daß von einem Verzicht auf Elsaß-Lothringen nicht die Rede sein könne.

So sehen die englischen Friedensbedingungen aus. Sie sind im einzelnen nicht sehr deutlich skizziert, aber die Hauptpunkte, Belgien und Mesopotamien, zeigen doch mit erwünschter Klarheit, daß England noch an seinem Programm festhält, Belgien wieder in die Hand zu bekommen und die Türkei zu zerstückeln. In diesen beiden Punkten läßt England nicht mit sich handeln – so weit sind wir noch nicht, trotz dreijähriger Kriegführung. Uns sucht man einen Verständigungsfrieden, einen Frieden ohne Annexionen aufzuschwatzen, aber sieht man ihn sich näher an, so ist es ein Friede, bei dem zwar nicht annektiert wird, aber vernichtet – und die Opfer haben unsere Bundesgenossen zu tragen und indirekt wir.

Aber **Lloyd George zerschmettert nicht mehr, er beginnt zu verhandeln** – so weit sind wir doch schon, **nach nur fünfmonatigem U-Boot-Krieg**. Hat irgend jemand erwartet, daß der erste Friedensvorschlag, den England uns machen würde, etwas anderes sein konnte als ein Versuch, die wankende Stärke durch geschickten Bluff zu ersetzen? Besinnt man sich noch auf die englischen geharnischten Proteste gegen Preußen im Jahre 1864, als ein paar abirrende preußische Granaten die Stadt Sonderburg getroffen hatten und England dem Zorn der beleidigten Menschheit seine klangvollen Worte lieh? Bismarck antwortete nicht auf die hochfahrende Note, er erreichte dadurch, daß bald eine sehr viel höflichere kam, antwortete wieder nicht und hatte schließlich die Genugtuung, daß der englische Minister im Parlament erklärte, der Zwischenfall sei zur Befriedigung beigelegt. Auf diesen englischen Friedensvorschlag hat Deutschland noch keine Antwort zu geben; denn er mutet ihm zu, seine Bundesgenossen im Stiche zu lassen. Aber zu weiteren Verhandlungen ist es jederzeit bereit, denn es führt den Krieg wahrhaftig nicht um des Krieges willen.

Und weitere annehmbare Vorschläge werden kommen. Wer ein wenig Nachrichten aus England verfolgt hat, der weiß, **wie groß in England die Besorgnis vor den U-Booten und die Kriegsmüdigkeit ist**. Er findet freilich Hunderte von Zeitungsartikeln darüber, daß die U-Bootgefahr im wesentlichen bekannt ist – aber er findet auch, daß jeder Reeder, jeder verantwortliche Staatsmann, jeder Vertreter der Nahrungsmittelversorgung sich sehr ernst über die Lage ausspricht. Die Journalisten jubeln, aber der neue Nahrungsmitteldiktator Lord Rhondda spricht von seiner schwierigen, ja eigentlich unmöglichen Aufgabe. Wer wirklich etwas von englischer Politik versteht, der fragt sich, wie es denn möglich ist, daß **alle englischen Politiker die Sparsamkeit mit Getreide predigen, die Regierung die rücksichtslosesten Beschränkungen verfügt**, aber doch nach langem tapferen Widerstand in zwei Dingen plötzlich nachgibt, **sie gestattet die Pferderennen wieder und gibt wieder erheblich mehr Getreide zur Biererzeugung frei**. Sie opfert wieder Getreide trotz der drohenden Knappheit – **weil sie sonst die Stimmung im Volke nicht mehr aufrecht erhalten kann**.

Es ist gar kein Zweifel mehr, daß die Stimmung in England ganz außerordentlich schlecht ist. Sie ist noch lange nicht reif zu einem für uns ehrenvollen Frieden – beileibe nicht. Auf irgendeine geheimnisvolle Weise wird Old England schließlich der U-Boote Herr werden, denn sonst müßte man ja an der göttlichen Weltordnung verzweifeln. Aber ist es nicht ein Zeichen einer tiefwurzelnden Kriegsmüdigkeit, wenn die englische Regierung sich seit mehr als einem halben Jahre vergebens bemüht, die von Douglas Haig verlangte halbe Million Mann Verstärkung aufzubringen? **Sie will die Leute militärischen Alters aus den Munitionsfabriken herausziehen – da streiken die Arbeiter**; in einem Teile des Industriebezirks hat kürzlich die militärische Ersatzkommission unverrichteter Sache wieder abreisen müssen, da die Arbeiter sich weigerten, sich zur Untersuchung zu stellen. (Birmingham, Daily Post, 5. Juli) **Die Regierung versucht es, aus den Dienstuntauglichen und entlassenen Soldaten neue Mannschaften zu gewinnen. Aber der Widerstand ist so allgemein – er führte sogar zur Aufstellung eines besonderen Parlamentskandidaten in Liverpool, der die Beschwerden der Nachuntersuchten vor die Oeffentlichkeit bringen soll – daß die Regierung Schritt für Schritt zurückweicht**. Die 500 000 Mann sind nicht aufgebracht worden – und doch **hat England allein in den Munitionsfabriken noch 1 ½ Millionen Arbeiter in wehrpflichtigem Alter!**

Und **seit wann datiert die Aenderung der englischen Kriegsstimmung? Seit dem 1. Februar**. Um Neujahr herum sprach Lloyd George vom Knock-out blow, vom Zerschmettern Deutschlands, hatte die Entente auf das deutsche Friedensangebot nur eine Antwort voll schneidendem Hohn. Am 29. Juni, als der uneingeschränkte U-Boot-Krieg fünf Monate gewirkt hatte, kam die erste Friedenstaube. Woher der Umschlag der Stimmung? Wir haben geredet, und unsere Worte verhallten – wir haben gehandelt, und man macht uns die ersten Vorschläge. Daß wir bereit sind, auf alle Angebote einzugehen, die uns nicht zumuten, uns selbst und unsere Verbündeten zu verraten, weiß die Welt aus dem Munde des Kaisers. Mehr reden führt nicht zum Ziel, sondern einstweilen nur mehr handeln!

Die wankenden Bajonette.

[Revolution und Kerenski in Petersburg]

Wien, 21. Juli. Der Charakter der jetzigen Vorgänge in Petersburg scheint festzustehen. Weniger kann dies behauptet werden von ihrem Umfange und von ihrem Ausgange. Die provisorische Regierung hat sich, nachdem einige Tage lang bezeichnenderweise gerade die privaten und offiziellen Depeschensbureaus der Entente, einen Sprühregen von wilden Nachrichten über Europa gestreut, verhältnismäßig sehr beeilt, eine lange halbamtliche Darstellung durch die Petersburger Telegraphen-Agentur auszusenden. In ihr finden sich *[unleserlich]* und Eingeständnisse von verblüffender Offenherzigkeit und von vielsagendem Rückschluß auf die echte und rechte Wahrheit der Begebenheiten, deren Kraßheit und brüsker Tumult auch durch die geschicktesten gewählten Worte nicht mehr verhüllt werden kann. **In Petersburg ist also nackte Revolution.** Oder, wenn man der Petersburger Telegraphen-Agentur glauben kann, es war Revolution. Denn nach ihren Ausführungen, die mit verzweifelter Trockenheit all das Unerfreuliche aufzählen, hätten sich schließlich die Gruppen der Aufständischen ergeben und unter gleichzeitiger Einsetzung eines Dreierausschusses als ordnender Behörde sei der Aufstand **vom Stab des zuständigen Militärbezirkes formell für beendet erklärt**. Diese Nachrichten tragen das Datum des vorgestrigen Tages.

Unter dem Gestrigen aber meldet das Reuter-Bureau ein Attentat auf den Kriegsminister Kerenski, der sich augenblicklich in Plock befinden soll, was man etwas seltsam finden muß. Denn Kerenski hat noch in den allerletzten Tagen in Petersburg gewohnt und dort, wie schon bekannt, bei den Verhandlungen mit den Aufständischen auf offener Straße einen kräftigen Beweis von der Verminderung seiner Popularität erhalten. Unwahrscheinlich, daß der Kriegsminister die Hauptstadt verließ, weil die Ruhe hier soweit wiederhergestellt, daß seine Anwesenheit überflüssig schien. Wahrscheinlicher vielmehr, daß es mit dieser Wiederherstellung der Ruhe eben seine besondere Bewandnis hat, wenn nicht vielleicht die neuen überraschenden Ereignisse an der russischen Front die so erstaunlich schnelle Abreise des angeblichen Abgottes der Soldaten Rußlands verursachte. Zweitens aber: Auch von gestern datiert ein Amsterdamer Telegramm, demzufolge die „Morningpost“ einen ziemlich hoffnungslosen Bericht ihres Petersburger Vertreters vorlegt. Der Korrespondent leugnet das Bestehen irgendeiner anerkannten Autorität in der Hauptstadt und konstatiert andererseits die Fortdauer der Straßenversammlungen. Mit echt englischer diplomatischer Geistesgegenwart stellt er sich auf eine äußerlich glänzende-propagandistische Basis, indem er das Schlagwort von dem „verfluchten“ Petersburg ausgibt, das seine Rolle mit dem Sturz der Dynastie ausgespielt, während jetzt Rußlands Hoffnung und der hoffentliche baldige Regierungssitz Moskau sei.

Ohne viel kombinieren zu müssen, schließt man daraus leicht auf die etwas gezwungene Zuversicht, mit der die englische Öffentlichkeit den inneren Erschütterungen des Bundesgenossen zusieht. **Die britische Rechenkunst glaubte, mit dem Sturz des Zarismus ihr Meister- und Musterstück geleistet zu haben,** und rein dynamisch war diese Tat ja gewiß eine außerordentliche, wenn sie wirklich auf dem Wege einer Intrige hinter den politischen Kulissen die Riesenkräfte eines Riesenvolkes in Bewegung gesetzt hätte. England vergißt nun freilich, daß im März 1917 offenbar das Gesetz weltgeschichtlicher Entwicklung in diesem speziellen Raum mit ihm im Bunde war, während heute der Blick des Zeitgenossen noch nach keiner Richtung hin eine zuverlässige Perspektive findet.

Auch in den Märztagen war die Seele des Geschehenen Rußlands sittliches Geschick, und diese Seele wird dem russischen Volk nicht ausgetrieben werden können, auch wenn der **anglophile Kerenski** noch so viele Batterien in den Straßen von Petersburg auffahren läßt. Nebenbei: Wäre die russische Freiheit wirklich nur ein englisches Geschenk, so dürften die Danksagungen aus dem Gemüt der Nation heraus immer seltener werden. Man erinnere sich, daß im Jänner 1905 die berüchtigte Gewehrsalve vor dem Winterpalais auf den Zug des Priesters Gapon abgefeuert wurde, der sich huldigend und hilf flehend zum Zaren begeben wollte. Ein Sturm der Entrüstung brauste über die kultivierte Erde und keines der geheimen Manifeste der russischen Anarchisten, Nihilisten und Sozialrevolutionäre vergaß dieser grausamen Schandtat. Heute aber feuern die Freiheitsmänner des verflossenen März aus Kanonen auf das murrende Volk und die Weltgeschichte kennt kaum ein solches Beispiel, wenigstens seit den grauenvollen und ewig schmachvollen Tagen der Revolutionsmetzeleien in der Vendee, in Nantes und Toulon. Allerdings: Auch als Napoleon Bonaparte im Auftrag des Direktoriums Paris in Schranken zu halten hatte, ließ er an mehreren Stellen der Seinestadt Batterien auffahren. Aber der Schatten solchen Vorbildes wächst unheimlich über der Figur Herrn Kerenskis, zumal die Umstände denn doch ein wenig andere sind.

Jedenfalls: Auf der langen Liste der unbegreiflichen Handlungen des russischen Absolutismus stehen kaum oder zumindest nicht im Ablauf der letzten Jahrzehnte und nicht bei der Abwicklung unmittelbar innerrussischer Fragen, Blutbäder von solcher Dimension und solcher Skrupellosigkeit. Nun ist noch nie ein

Volkswille durch Kanonendonner gebrochen worden, und selbst wenn die provisorische Regierung der Petersburger Straßenunruhen Herr geworden wäre, das Prekäre ihrer Situation verschöbe sich dadurch kaum, denn die Unzahl der oppositionellen Elemente verbietet einerseits eine drakonische Bestrafung und erschwert andererseits ein beide Teile befriedigendes Kompromiß.

Es wird nämlich, immer offener, daß es sich **bei den sogenannten russischen Wirren nicht um vereinzelte Explosionen handelt, sondern um einen Zustand**. Das ist ja dadurch gegeben, daß es dabei um die grundlegendsten Probleme der russischen Gegenwart geht und nicht, wie oft sogar in den Pariser Schreckenstagen, um persönliche oder theoretische Meinungsverschiedenheiten. **Die Meuterer von Petersburg kämpfen auf ihre Art für den Frieden, die provisorische Regierung** wieder mit vielleicht, ja wahrscheinlich gutgemeinten Absichten, **in Wahrheit denn doch für den englischen Kapitalimperialismus**. Hier kann es kaum eine Entscheidung geben, als die durch brutale Gewalt.

Es mag etwa in Rußland das Scheitern der Offensive nicht mehr verstimmt und aufgewühlt haben als **der unverhüllte Sachverhalt, demgemäß sich diese ganze Offensive als ein von England befohlener Vorstoß gegen das galizische Petroleumgebiet dartut**. Eine Handlungsweise, die wohl unter vollkommenem Schutz der Bajonette mit rhetorischen Phrasen entschuldigt werden kann, die aber wenig Grundlage finden kann, wenn diese Bajonette zum Teil selbst wankend geworden sind. **Daß es in Rußland die Soldaten sind, die gegen die Fortsetzung des Krieges so nachdrücklich protestieren, ist das bedenklichste Moment für die provisorische Regierung**. Der alte Satz von den Bajonetten, auf die man sich wohl stützen, auf denen man aber nicht sitzen kann, tritt hier mit welthistorischer Schärfe in Erscheinung.

Sonntag, 22. Juli 1917

Vorwärts – Nr. 198 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - S.1

Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen.

Der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete George Weill hat in Paris abgeraten, das Schicksal Elsaß-Lothringens durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Es könnte sonst leicht geschehen, daß das Reichsland als französisches Kriegsziel ausscheide. Herr Weill hat damit die schärfste und eindringlichste Kritik jener französischen Ideologen geliefert, die mit verbundenen Augen in der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich ein Recht, nicht einen neuen Raub sehen wollen.

Die Mülhausener „Volkszeitung“ macht darauf aufmerksam, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, besonders die Parteigeschichten dieses Landes, den besten Ausdruck der Volksstimmung biete. Im Jahre 1874 wurden 9 ausgesprochene Protestler mit zusammen 111 903 Stimmen und 6 Klerikale, die den Protest unter dem Rock trugen, mit zusammen 70 157 Stimmen gewählt. Im Jahre 1907 trugen den Sieg im Wahlkampfe davon: 2 Sozialdemokraten (32 142 Stimmen), 1 Reichsparteiler (9469 Stimmen), 5 Vertreter des elsässischen Zentrums (59 548 Stimmen), 4 Zentrumsleute (41 567 Stimmen), 3 Vertreter des lothringischen Blocks (41851 Stimmen). Bei den Landtagswahlen im Jahre 1911 fielen die Kandidaten des Nationalbundes glänzend durch, der den Willen des elsäß-lothringischen Volkes verkörpern wollte, wieder an Frankreich Anschluß zu finden. Kein einziger wurde gewählt. Sieger blieben 24 Kandidaten des Zentrums mit insgesamt 72 768 Stimmen, 11 Sozialdemokraten (32 784 Stimmen), 7 Liberaldemokraten (21 939 Stimmen), 8 Unabhängige (24 506 Stimmen), 10 vom lothringischen Block mit zusammen 28 068 Stimmen.

Der Verfasser wirft auch einen geschichtlichen Rückblick und führt u. a. das Zeugnis des Straßburger Schriftstellers August Schneegans an, der Mitglied jener Abordnung war, die im Jahre 1871 vor der französischen Nationalversammlung in Bordeaux gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens protestierte. August Schneegans schreibt in seinen Erinnerungen: „Geradezu empörte uns aber die vollständige Gleichgültigkeit, die wir bei der großen Mehrheit der Abgeordneten hinsichtlich des künftigen Schicksals der elsässischen Bevölkerung trafen. Wir waren für sie ein Gegenstand der Verlegenheit: Ach, sagten sie untereinander, diese Elsässer sind immer Deutsche gewesen; schließlich nimmt Preußen sein Eigentum nur zurück.“

Die französische Nationalversammlung kümmerte sich wenig um die Abordnung und nahm am 1. März 1871 den Friedensvertrag mit überwältigender Mehrheit an: mit 546 gegen 107 Stimmen.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 369 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - S.1

Carson über den Zeitpunkt für Unterhandlungen.

Reuter meldet aus London; In einer Rede in Belfast sagte Sir Edward Carson, das neue Mitglied des Kriegskabinetts: Ich habe gerade die Rede des Reichskanzlers im Reichstage gelesen. **Sie unterscheidet sich nicht sehr von vielem, was ich vorher gelesen habe. Sie klingt falsch.** Wenn die Deutschen Frieden brauchen, so **werden sie morgen nicht mit dem Preußentum, sondern (!) mit den Besten des deutschen Volkes zu verhandeln haben.** Als Vorbedingung für solche Verhandlungen sagen wir den Deutschen, daß sie hervortreten und als Zeichen ihrer Aufrichtigkeit wie als Beweis dafür, daß sie keine Gebietserwerbung und keine Gewalt gegen andere beabsichtigen, anbieten, in Unterhandlungen einzutreten unter der Bedingung, daß sie zuerst ihre Truppen hinter den Rheinzurückziehen. Wenn die Deutschen Großen Abscheu für das Unrecht und für ihre Verbrechen gegenüber der Menschheit zeigen, die sie in Belgien, Nordfrankreich, Serbien und in anderen Ländern begangen haben, die ohne Not mit Blut getränkt sind, dann wird unser friedliebendes Volk in Verhandlungen eintreten, um die Welt von den Schrecken des Krieges zu befreien. Wir sehnen uns nach dem Frieden, um unsere Männer zurückzubringen, aber die, die wir nicht zurückbringen können, verlangen von uns, daß der Friede ein dauernder Friede sein muß und daß ihr Opfer nicht vergeblich gewesen ist.

Sagen die Worte Carsons den Herren, welche die Friedensresolution einbrachten genug? Ist der Abgeordnete Erzberger nun davon überzeugt, daß sein Vorstoß genau das Gegenteil von dem erreicht hat, was die Mehrheit des deutschen Volkes erstrebt? Wie wenig man in Deutschland doch den Engländer im allgemeinen und die Species der britischen Diplomaten im besonderen kennt! Jetzt hören wir aus dem Munde eines englischen Regierungsvertreters, wann und unter welcher Bedingung der Zeitpunkt für Friedensverhandlungen gekommen sein wird: in dem Augenblicke, da Deutschland seine Truppen hinter den Rhein zurückzieht.

Herr Erzberger, Herr Scheidemann und die anderen, welche der schmachvollen Verzichtleistung auf einen ehrenvollen Frieden das große Wort geredet haben, mögen sich bei unseren siegreichen Truppen im Westen erkundigen, ob sie damit einverstanden sind, nach jahrelangem harten Ringen die eroberten Gebiete auf-, und das von ihren Vätern 1870/71 dem Deutschen Reiche wiedergewonnene Elsaß-Lothringen preiszugeben.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 369 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - S.1

Die Entschließung des Reichstags. –

von Professor Dr. Dietrich Schäfer

Das Unglaubliche ist geschehen. **Eine Erklärung, deren Kern nichtssagend, inhaltsleer, geradezu sinnlos ist**, wurde angenommen von einer Mehrheit des Reichstages, die sich bis in die Reihen der sogenannten Deutschen Fraktion erstreckte. Trotz aller Erfahrungen, **trotz des unbeugsam bekundeten Vernichtungswillens unserer Gegner hat diese Mehrheit geglaubt, wiederum ihre Friedensbereitschaft betonen zu sollen**; sie hat sich davon nicht abhalten lassen durch die Erwägung, die sich jedem aufdrängt, daß ein solches Vorgehen die Feinde nur anspornen, ihre Entschließungen nur festigen kann, daß es nicht kriegverkürzend, sondern kriegverlängernd wirkt. **Mit skrupellosen Verdrehungen und heftigsten Schmähungen und Verdächtigungen, die jedem Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn Hohn sprechen, hat der Führer der Mehrheit das Verfahren zu rechtfertigen, Andersdenkende geistig und sittlich herunterzumachen versucht.**

Und dabei hat ihm die große Partei Handlangerdienste geleistet, deren Weltanschauung jener der Sozialdemokratie strikt entgegenläuft; zwei Parteien sind Hand in Hand gegangen, die in diesem Falle auch nicht durch das Band des Internationalismus zusammengehalten werden. Denn **das Zentrum kann keinen Vorteil erhoffen von der Verelendung des deutschen Volkes und der grundlosen Schwächung des Deutschen Reiches, wie ein Scheidemann-Friede sie unausbleiblich zur Folge haben würde. Man steht vor einem Rätsel**; wie seine Lösung gelegentlich versucht wird, kann auch dem Zentrum nicht ganz unbekannt sein. Das ist aber klar, daß **die angeblichen Führer der Arbeiter bereit sind, ihre Schützlinge im Elend versinken zu lassen, allein um die internationale Geltung der Partei zu behaupten**; sie leben des Wahnes, sie in Stockholm um diesen Preis erkaufen zu können.

Parteigeist beherrscht unverhüllt die Lage im Kampfe um unser Dasein, der begonnen wurde mit der Losung: „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche“.

Es ist jetzt nicht an der Zeit, zu erörtern, wie es dahin hat kommen können. Die Mahnung des Reichskanzlers, daß die Gegnerschaft gegen seinen Vorgänger halt machen möge hinter der verschlossenen Tür, verdient Beachtung, soweit die Notwendigkeit des Augenblicks das irgend gestattet. Aber es darf scharf betont werden, daß der Reichstag das Vertrauen des deutschen Volkes getäuscht hat. Er ist nicht gewählt worden, um in solchem Augenblicke zu versagen. Hätte die Frage zur Entscheidung gestanden, als er an die Stelle seines Vorgängers gesetzt wurde, er wäre in diese Stelle nicht eingerückt.

Das wollte Deutschland denn doch nicht, als seine Wähler 1912 den „Block“ zertrümmerten. Zum zweitenmal verunehrt der Reichstag das Vaterland. Und diesmal unendlich viel weiter wirkend und verhängnisvoller in der Wirkung als am 23. März 1895, wo man in erklärter, blinder Parteileidenschaft dem Begründer des Reiches, dem die Beschließenden ihr politisches Dasein verdankten, die Beglückwünschung zum 80. Geburtstag versagte.

Denn der Beschluß vom 19. Juli 1917 kostet Tausende deutscher Vaterlandsverteidiger das Leben, allen Angehörigen unseres Volkes Opfer, die sich hätten ersparen lassen, wird vielleicht entscheidend für Deutschlands Untergang. Es ist unverständlich, wie deutsche Männer solche Verantwortung auf sich nehmen können. Ist es denn wirklich auch heute wieder so, wie es sonst in der deutschen Geschichte gewesen ist, erst der Einzelne, dann das Ganze, erst die Partei, dann das Vaterland? Will das lebende Geschlecht zerstören, was sein unmittelbarer Vorfahr aufgebaut?

Die Entschließung geht vom Wort der Thronrede vom 4. August 1914 aus: „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Man begreift nicht, warum nicht hinzugesetzt wurde, was unmittelbar folgt: „Uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.“ Kann denn irgendjemand ernstlich glauben, daß dieser unbeugsame Wille zur Durchführung gelangt sei, wenn wir am Schluß dieses Krieges genau in den Grenzen und mit den Rechten bestehen, wie wir sie am 4. August 1914 unser nannten? Daß wir bei einem solchen Ausgange die Stellung unter den Völkern einnehmen werden, die wir damals zweifellos hatten? **Den Rang unter den Mächten, den wir vor dem Krieg einnahmen, können wir nur behaupten, wenn uns über die Reichsgrenzen hinaus genügender Einfluß bleibt, um erfolgreiche Abwehr neuer Angriffe zu sichern, und wenn wir die ungeheuren Verluste des Krieges nicht**

allein aus Eigenem ersetzen zu haben. Wird das nicht erreicht, so bewahren wir den Platz, auf den uns Gott gestellt hat, nicht für uns und alle kommenden Geschlechter. Wir sinken unrettbar hinab in die Stellung einer Macht zweiten Ranges; in der Welt können wir uns dann nur noch betätigen, soweit die großen Nationen das gestatten wollen, es ihrem Vorteile dient. Ein politischer Simpel, der in solcher Lage noch von „Freiheit der Meere“ faselt und „wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker“ glaubt hindern zu können.

So könnten wir verzweifeln, wenn die Entschließung der Reichstagsmehrheit maßgebend wäre für die weitere Leitung unserer Geschicke. So weit ist es, Gott sei Dank, offenbar aber noch nicht. **Der Reichskanzler hat erklärt: „Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchsetzen.“** Er hat ferner erklärt: **„Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sicher gestellt werden.“** Er gibt auch seinerseits der Meinung Ausdruck, daß wir „im Wege der Verständigung und des Ausgleiches die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren müssen.“

Kann man aber überhaupt eine andere haben? Kann ein Friede zustande kommen, welcher Art auch immer, ohne gegenseitige Verständigung? Wenn diese Verständigung aber die „Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren,“ wenn „die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden,“ wenn „wir uns erfolgreich durchsetzen“ sollen, so wird sich schon zeigen, daß das nicht möglich ist ohne Mehrung deutscher Macht, die, wenn sie vertragsmäßig festgelegt wird, auch „realer Garantien“ bedarf, die ohne solche nichts als ein „Fetzen Papier“ sein würde.

Es darf nicht bezweifelt werden, daß der Reichskanzler, der seinem Vorgänger ja warme Anerkennung gezollt hat, dessen wiederholt dargelegte Anschauungen in diesem Punkte völlig teilte. Man darf mit ihm die Hoffnung hegen, daß auch ein solcher Friede „die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden“ werde. sind wir bis jetzt doch bei den Nachbarvölkern im Osten und im Westen vor allem als Befreier aufgetreten, haben wirklich ausgeführt, womit unsere Gegner locken und täuschen. **Der Reichskanzler hat hinzugefügt: „Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen,“ und wenn er die Mitteilung gemacht hat, daß die „deutsche Armee mit ihren Führern mit diesen Erklärungen einverstanden sei, so ist kein Anlaß anzunehmen, daß das nicht mit dem gleichen Vorbehalt: „Wie ich sie auffasse“ zu verstehen ist.**

Es ist also zunächst kein Grund vorhanden, sich aufzuregen über die weitere Haltung der neuen Reichsleitung. **Die Lebensbedingungen des deutschen Volkes werden ihr Richtschnur und Lenkseil sein, und es hieße Unrecht üben, gegen die oberste Reichs- und Heeresgewalt, wollte man annehmen, daß sie diese Lebensbedingungen als gesichert ansähen beim Abschluß eines Scheidemann-Friedens.** Was veranlaßt, der Form der Entschließung trotz ihrer zweifellos verderblichen Wirkung im Ausland keinen entschiedenen Widerspruch entgegenzusetzen, kann aus mehr als einem Grunde zunächst unerörtert bleiben. Die Hoffnung, trotz der Reichstags-Entschließung zu einem Deutschen Frieden zu gelangen, braucht noch lange nicht aufgegeben zu werden; die Arbeit für diese Ziel ist demnach mit ungebrochener Kraft fortzusetzen. Arbeiten und nicht verzweifeln!

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 369 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - S.2

Hindenburgs Wort über den U-Bootkrieg.

Unter den von der Leipziger Illustrierten Zeitung veröffentlichten Geleitworten Großer Männer in ihrer U-Bootnummer ist Hindenburgs Ausspruch: **„Der U-Bootkrieg wirkt! Das sagt genug“**, besonders bemerkenswert. Nicht nur weil die Aeußerungen dieses Mannes zu Dingen der Kriegführung wertvoll an sich sind, sondern weil hier Ansichten der Stelle wiedergegeben werden, bei der alle Fäden den Krieg betreffend zusammenlaufen und die deshalb am besten in der Lage ist, die Wirkungen der verschiedenen Kriegsmittel zu beurteilen.

Was bedeutet Hindenburgs Aeußerung: „Der U-Bootkrieg wirkt!“? Sie bedeutet, daß die Wirkung des U-Bootkrieges an den Landfronten zu spüren ist. Er läßt sich naturgemäß nicht näher aus, aber man kann sich unschwer ein Bild machen, wie sich die Tätigkeit der U-Boote zu Lande äußern kann, wenn man in den Zeitungen verfolgt, welche Ladungen mit den Schiffen versenkt wurden. [Munition, Erz, Kohlen]

Berliner Tageblatt – Weltspiegel Nr.58 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - §.2

Das deutsche Museum

geborgener französischer Kunstgegenstände in Maubeuge. Im Auftrage des Armeekommandos sind aus St.Quentin und Umgebung alle wertvollen Kunstwerke hinter die Kampffront gebracht worden, um so vor der Vernichtung gerettet zu werden. ein Haus in Maubeuge wurde dazu bestimmt, diese Kunstwerke aufzunehmen und auszustellen.

Berliner Tageblatt – Nr. 369 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - §.1

Der nächste Schritt. –

von Wolfgang Heine. Mitglied des Reichstags [Sozialdemokrat]

Der erste Schritt ist getan: eine Erklärung der deutschen Volksvertretung für einen Frieden der Verständigung. Das Wertvollste ist – wichtiger noch als der Wortlaut der Erklärung selbst – daß hier durch den Mund der Parteien der Wille des deutschen Volkes selbst gesprochen hat, und daß die Regierung sich gezwungen gesehen hat, sich zu ihm zu bekennen. Man hat aus den Zeitungen der letzten Woche genügend gesehen, welche Versuche gemacht worden sind, von Hoch und Niedrig, von Regierungsmännern und Militärs, aus den Reihen anderer Fraktionen, von einer gewissen Presse und aus den annexionistischen Konventikeln heraus, um die Parteiführer der Mehrheit zu Abschwächungen und umdeutungsfähigen Wendungen bereit zu machen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Fraktionen der Mehrheit allen diesen Versuchungen gegenüber fest geblieben sind. Dann erst begreift man, daß dies der erste Schritt einer Politik des Volkes ist. Und wer Fühlung mit dem wirklichen Volke hat, dem drinnen und dem draußen auf den Schlachtfeldern und an den Grenzen, der weiß, daß in der Friedenserklärung des Reichstags der überwältigende Teil des Volkes den Ausdruck seines Willens findet.

Es ist eine grobe Unwahrheit, wenn noch am Tage vor der entscheidenden Sitzung ein von gewissen wirtschaftlichen Interessenten ausgehaltenes Blatt schreibt, die Front habe die Mehrheitsklärung einmütig abgelehnt. Wir wissen besser, an welchen Schreibtischen solche Meinungsäußerungen „der Front“ fabriziert werden, und wie wirklich die Männer denken, die, losgerissen von Heimat und Familie, Beruf und fruchtbarer Arbeit, ihre Jahre in einem Kampf verbringen, der nötig und berechtigt ist, solange er um den Schutz des Vaterlandes und die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen unter den Völkern geführt wird, der aber zum Verbrechen werden würde, soweit er über diese Ziele hinausginge.

Das deutsche Volk hat den ersten Schritt getan und unausweichlich werden die Ereignisse zu weiteren drängen. Noch muß vieles geschehen, um der Welt den Frieden wiederzugeben, und manches muß verhindert werden; vor allem die Versuche der alldeutschen und annexionswütigen Presse, die Entschließung des Reichstags und die Erklärung der Regierung nachträglich in ihrem Sinne zu verdrehen. Von den Völkern aber muß dies alles ausgehen. Auch in der Krise der letzten Wochen hat sich wieder gezeigt, daß die Regierenden und die ihnen nahe Stehenden nur Bedenken auf Bedenken, Hindernisse auf Hindernisse zu häufen wußten, ehe sie sich entschlossen, offen zu sagen, was auch sie im Grunde nicht leugnen konnten.

Die dauernde Begründung der Politik und vor allem der Arbeit für den Frieden auf den Willen des Volkes ist deshalb der nächste und wichtigste Schritt, um den Frieden herzustellen. **Nur die Völker werden die Unbefangenheit haben, den alten Methoden der Täuschung und Gewalt in der Politik zu entsagen und an ihre Stelle das zu setzen, was im wirtschaftlichen Verkehr zivilisierter Völker längst als das Würdigste und auch das Vorteilhafteste erkannt worden ist. Offenheit und loyale Verhandlung.**

Die wahre Volks- und Parlamentsherrschaft beruht viel weniger auf den geschriebenen Paragraphen als auf der Bildung einer Mehrheit, die sich verständigt, für welche unmittelbaren Aufgaben sie gemeinsam arbeiten kann. Eine solche Mehrheit hat sich in den letzten Wochen zusammengefunden aus Zentrum, Fortschrittlern und Sozialdemokraten. Wer die Erklärung der Nationalliberalen sich vergegenwärtigt und die Einzelheiten der Verhandlungen kennt, weiß, daß auch ein Teil der nationalliberalen Partei für Aufgaben, die in nächster Zeit an den Reichstag herantreten werden, sich dieser Mehrheit zugesellen wird. Diese ist demnach stärker, als sie selbst in der Abstimmung des 19. Juli erschien. Alles kommt jetzt darauf an, daß die Mehrheit zusammenhält, auch für die weitere Arbeit, bis der Friede erreicht ist.

Zunächst aber darf die Mehrheit nicht dulden, daß im Reiche und in Preußen jetzt alles beim Alten bliebe und Männer die Leitung behielten, auf die die Verantwortung für die Fehler fällt, gegen die sich jetzt die Entschließung des Reichstags gewendet hat; die auch bewiesen haben, daß sie nicht oder nur widerstrebend den Willen des Volkes anzuerkennen bereit sind. Was der Reichstagsabgeordnete Scheidemann am 19. Juli von Eingriffen der Militärdiktatur in die Politik, namentlich in die Freiheit des

Wortes in rein politischen Angelegenheiten angeführt hat, was er nachgewiesen hat von Begünstigung der annexionistischen Treibereien und Schimpfereien und der Unterdrückung aller Bestrebungen für Friedensbereitschaft und Verständigung, das trifft ein ganzes System und bestimmte Personen, deren Beseitigung Voraussetzung einer Zusammenarbeit von Parlament und Regierung für den Frieden ist.

Die Schaffung eines selbständigen, verantwortlichen, kollegialen Reichsministeriums, die wir nach wie vor für unentbehrlich halten, soll nicht einer Prinzipienreiterei dienen, sondern die Kräfte der Reichsgesetzgebung verstärken, indem dadurch eine führende Reichstagsmehrheit den Einfluß auf die Politik der Regierung gewinnt, der allein eine fruchtbare Gesetzgebung und äußere Politik sichern kann. Selbstverständlich wird auch jetzt schon ein Gesetz nur angenommen, wenn es die Mehrheit des Reichstags findet. Aber die ganze parlamentarische Arbeit würde an Frische und Fruchtbarkeit gewinnen und wirkliche Kräfte aus dem Volke anlocken, wenn eine starke Mehrheit aus sich die Regierung bildete und in Uebereinstimmung mit ihr die Verantwortung für die gesamte Politik übernahm. Nur so ist ein einheitliches Handeln nach großen Zielen möglich.

Das heutige Regierungssystem aber führt zu der verzettelten Gesetzgebungsarbeit, die wir kennen, die sich bald in dieser, bald in jener Richtung versucht, und wenn die Parlamentsmehrheit nicht will, ihre Akten beiseite legt. Dies System lähmt die Arbeitskraft und das Interesse, sowohl das des Reichstags wie das der Behörden, führt zu Stagnation und Unfruchtbarkeit, zwingt zu agitatorischen Reden zum Fenster hinaus und zu rein dekorativen praktisch wirkungslosen Aktionen der Parteien, zur Scheu vor Initiative und Verantwortung auf allen Seiten, und lähmt die besten politischen Kräfte der Nation.

Voraussetzung einer „parlamentarischen“ Regierung ist natürlich, daß die Parlamentsparteien bereit sind, Männer für die Aemter zu stellen, und daß sie die Verantwortung und die sonstigen Schwierigkeiten, die daraus erwachsen können, nicht scheuen. Der Abgeordnete v. Payer hat durchblicken lassen, daß in seiner Partei wenig Neigung für eine solche Ausübung parlamentarischer Macht zu finden wäre. In anderen Parteien wird es damit nicht besser stehen. Das ist bedauerlich, aber eine natürliche Folge der jahrzehntelangen Absperrung der Parlamentarier von der praktischen Mitregierung. Man kann solche Neuerungen nur mit Männern machen, die zu dem Ungewohnten und Gefährlichen entschlossen sind, und mit Parteien, die sich so jung gehalten haben oder sich so verjüngen, daß sie neue Wege nicht scheuen. Die Furcht vor der Verantwortung heißt Kapitulation vor dem Machtwillen der Bureaucratie und der Junker. Uebrigens in slavischer Nachahmung ausländischer Formen die Minister sämtlich aus dem Parlament zu nehmen. Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Regierung nur in dauerndem Einverständnis mit einer gesicherten Parlamentsmehrheit geführt wird und daß, wenn sich keine solche Mehrheit mehr findet, eine andere Regierung sie ablöst, die das Vertrauen der Volksvertretung besitzt.

Die Schwierigkeiten des Uebergangs zu einem solchen neuen System will ich gar nicht verkennen. Sie werden aber erleichtert dadurch, daß es sich zunächst nur die Zeit bis zur Herstellung des Friedens handelt. Das Ende des Krieges wird so neue Verhältnisse schaffen, und die Neuwahlen werden die Parteien in ihrer Zahl und ihrer Macht so verschieben, daß auf dem völlig neuen Boden auch neue Arbeitsformen sich von selbst bilden werden.

Von einer solchen Einheitlichkeit des Volkswillens und der Regierungspolitik wird auch der ängstlichste Anhänger des „bundesstaatlichen Charakters“ des Reiches und der Selbständigkeit der Einzelstaaten nichts fürchten können. Uebrigens werden diese Aengste in verdächtiger Weise übertrieben. Es ist merkwürdig, daß das bayerische Zentrum, die einzige Partei, die in einem deutschen Bundesstaate das Beamtenministerium gestürzt und durch ein parlamentarisches Parteiministerium ersetzt hat, sich jetzt gegen die Folgerungen aus diesem demokratischen Grundgedanken für die Reichspolitik sperrt. Niemand wird glauben, gerade jetzt die Rechte der einzelnen Bundesstaaten und ihre Selbständigkeit im Gefüge des Reiches entlasten zu können. Ebensovienig aber wird man daran zweifeln dürfen, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege zu einer Ausdehnung der Gesetzgebung des Reiches zwingen werden. Solange selbständige Gebiete der Gesetzgebung dem Reiche übertragen sind, solange das Reich die auswärtige Politik zu führen hat, muß unausbleiblich das, was das bayerische Zentrum auf seinem engeren Gebiete durchgesetzt hat, auch für die Gesetzgebung des Reiches Geltung beanspruchen können.

Haben von dem jetzigen Zustande die mittleren und kleinen Bundesstaaten irgendeinen Gewinn für ihre Selbständigkeit? Sein Ergebnis ist lediglich, daß die Maschine der Reichsgesetzgebung abhängig ist von den Kreisen, die in Preußen bis jetzt die Ministerien in Händen haben. Die Reichsämtler können im wesentlichen nur ausführen, was in den preußischen Ressortministerien vorbereitet und im Gesamtministerium gebilligt ist. Ich wüßte nicht, welches Interesse z.B. die süddeutschen Staaten daran haben können.

Die Mehrheit, die sich im Reichstag gebildet hat, muß deshalb auch nicht darauf bedacht sein, die Reichspolitik in die Hände zu nehmen, sondern muß darüber wachen, daß das für Preußen gegebene Versprechen der Wahlreform auch wirklich zur Tat werde. Man hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß das Versprechen ernst gemeint war, und muß nur bedauern, daß es nicht früher abgegeben worden ist. Da man aber weiß, daß v. Bethmann Hollweg darüber zu Fall gebracht worden ist, und da die preußischen Minister, welche Gegner des gleichen Wahlrechts waren, bis jetzt ostentativ in ihren Aemtern geblieben sind, muß man immer wieder darauf hinweisen, daß ein solches Werk nur vollbracht werden kann von Männern, die von seiner Richtigkeit und Notwendigkeit felsenfest überzeugt sind.

Es genügt nicht, nachdem einmal das königliche Versprechen abgegeben ist, sich „selbstverständlich auf diesen Standpunkt“ zu stellen. Es kommt nicht nur darauf an, für was einer sich bekennt, sondern mit welcher Lust und welcher Kraft er dafür eintritt und welche Mittel er dafür anwenden will. Ein Ministerium, das sich vor kurzem noch geweigert hat, das gleiche Wahlrecht zu vertreten, ist kein Instrument, womit man es erkämpfen kann.

Die Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen, wozu auch selbstverständlich die Beseitigung der künstlichen Ungleichheit durch Wahlkreisgeometrie gehört, ist aber eine der Voraussetzungen für den Glauben des deutschen Volkes an den Friedenswillen seiner Regierung und für den Glauben der Welt an den Friedenswillen Deutschlands. Läßt sich diese Reform auch nicht von heute auf morgen vollenden, so muß doch der entschiedene Willen für ihren Beginn und ihre Durchführung unzweifelhaft feststehen. Dies ist aber erst der Fall, wenn in Preußen andere Männer die Geschäfte führen.

Die demokratische und parlamentarische Regierungsform im Reich so gut wie in Preußen werden kommen; das steht fest wie die Tatsache dieses Weltensturmes, vor dem nichts Morsches mehr bestehen kann. Aber es macht für das Deutsche Reich und unser Volk einen großen Unterschied, auf welchem Wege sich dies unabweisliche Wandlung vollzieht. **Die Kriegszeit wird dem Volke noch Anlaß genug geben, an die Tore zu pochen und die Erfüllung seines Willens zu fordern. Wer die Zeichen der Zeit erkennt, öffnet die Pforten vorher und wartet nicht ab, bis sie eingedrückt werden.**

Die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli beruht auf einem solchen Verständnis für den Willen des Volkes und ist ihr Ausdruck. Sie muß dem ersten befreienden Schritt die weiteren folgen lassen. Aufgabe des neuen Reichskanzlers und der Männer, mit denen er sich umgibt, sich dieser Führung des Volkes anzuvertrauen. Keinem Reichskanzler wird man zumuten, gegen seine Ueberzeugung zu handeln. Keiner aber wird sich fortan einbilden können, dem Willen und der Ueberzeugung des Volkes widerstreben zu dürfen. Nur ein Kanzler, der diesen Willen versteht und sich auf ihn stützt, kann die Führung der Politik des Reiches beanspruchen und in der Hand behalten.

„Wer die Zeichen der Zeit erkennt, öffnet die Pforten vorher und wartet nicht ab, bis sie eingedrückt werden.“ – eine eindeutige Drohung an die Regierung und Monarchie mit der Revolution: wenn ihr nicht macht, wie wir wollen, dann nehmen wir es uns!

Der Tag –Nr.169 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - §.7

Zur Beschlagnahme der Glocken.

Inter arma silent leges – unter den Waffen schweigen die Gesetze und Rechte. Weit ab vom Kriegsschauplatze trete Ausnahmestände an Stelle der herkömmlichen gesetzlichen Verwaltung. Alles muß sich den Umständen, den Erfordernissen fügen, jedes Verhältnis sich dem Zwecke des Krieges, den von ihm vorangestellten Bedürfnissen unterordnen.

Die Kirche, am glücklichen Ausgange des Krieges nicht minder als der Staat interessiert, sie hat den Beschränkungen im Gebrauchs- und Verbrauchsrecht in weitestgehender Weise Rechnung getragen. Das Öl der Ewigen Lampe wurde durch Petroleum, die für die Feier des Gottesdienstes vorgeschriebene reine Wachskerze durch mindere Qualität ersetzt. Nunmehr werden auch die Zinnpfeifen der Orgeln und die Bronzeglocken Kriegszwecken zur Verfügung gestellt. Mit der Ablieferung der ersteren hat man sich wohl allgemein abgefunden, weil ihr Fehlen den Gottesdienst nicht wesentlich beeinträchtigt. Anders wirkt der Abschied von den Glocken. Sie gelten dem gläubigen Volke als symbolische Gottesstimme, als Himmelsboten, die geheimnisvolle Glaubensbilder, Jenseitsszenen in die zurzeit doch recht gequälten Herzen malen. Ihr durch eigene Feierlichkeit geweihter Mund begrüßt die dem Gotteshause festlich Nahenden, spricht mild, gnädig, vergehendwillig allen freudige Kunde zu; er begleitet das Gebet um den Sieg, beklagt die im Kampfe für das

Vaterland Gefallenen und schickt **viribus unitis** im Tedeum den Dank zum Himmel bei irdischen Ereignissen von öffentlichem Interesse, nach den Erfolgen unserer tapferen Heere. Die Glocken der Gemeinde sind die großen Fürsprecher für alle, Mithelfer zu dem uns von Gott gesetzten Ziele, mächtige Vorbeter, ja, in ärmeren Gemeinden liegt ihnen die Aufgabe ob, alle Unkosten der notwendigen Feierlichkeiten zu bestreiten. Und gerade diese herzige, sinnige Freude am harmonisch abgetönten Geläute hat man nicht mit Unrecht als etwas spezifisch Deutsches bezeichnet.

Ganz natürlich, daß diese symbolische Bedeutung der Glocken bei ihrem „Begräbnis“ Herz und Gemüt des guten Volkes mächtig packt. Erbitterung direkt haben die äußeren Umstände geweckt, welche die Abnahme begleiteten, besonders die wenig pietätvolle Praxis, die Geläute auf dem Turme zu zerschlagen – „zerlegen“ nennt man es euphemistisch – und die Stücke aus den Fenstern zu werfen.

Die Geistlichkeit, die unverdient nicht selten die größten Vorwürfe der Gemeinden entgegennehmen mußte, sie wird weiterhin aufklärend wirken, dem Volke es verständlich machen, daß die Liebe zu Kaiser und Vaterland zu diesem Opfer zwingt; daß es besser ist, das Letzte und Liebste hinzugeben, als daß feindliche Horden brennend und sengend durch das Land ziehen; daß die vom Propheten Jesaias (2,4) angekündigte Zeit kommen wird, da die Schwerter zu Sensen und zu Pflugscharen geschmiedet werden, wenn jeder in der belagerten Festung sein Pflicht tut.

Pfarrer P. Feja.

Deutsches Volksblatt – Nr.10256 – Sonntag, den 22. Juli 1917 - S.3

Ein Nachwort zur Reichstagstagung.

Köln, 21.Juli. In einem Nachworte zur Reichstagstagung erklärt der Berliner Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“: Beachtenswert, weniger für uns als für unsere Feinde, ist die Abstimmung der Elsaß-Lothringer über die Friedensresolution. Soweit ich bis jetzt feststellen konnte, haben sämtliche Elsaß-Lothringer für die EntschlieÙung gestimmt. Die Bedeutung dieser Abstimmung liegt darin, daß sie hiemit zum erstenmal Gelegenheit fanden, den Frankfurter Frieden mit der Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland durch ihre Abstimmung tatsächlich anzuerkennen und für ihn zu stimmen. Die Abstimmung sei ein beachtenswertes Symptom für unsere Gegner. Bedeutungsvoll sei weiter, was durch die Haltung der Mehrheit des Zentrums verhindert worden sei, nämlich die von der Linken stark geforderten Eingriffe in die konstitutionellen Rechte des Monarchen. Das klare Festhalten an den unverrückbaren Grundlagen der Monarchie ist geglückt trotz aller möglichen Strömungen. Trotz des Einspruches der Linken erklärte das Zentrum, daß es nicht gewillt sei, von diesen Grundlagen abzugehen. Das sei zum wesentlichen dem Einflusse derer zu verdanken, die in der Fraktion bei der Abstimmung über die FriedensentschlieÙung in der Minderheit geblieben sind.

„Kreuzzeitung“, Kaiser und Oberste Heeresleitung.

Eine Darstellung unserer inneren Verhältnisse, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen, gibt die „Kreuzzeitung“ in ihrer gestrigen Sonntagsausgabe. Danach wäre Deutschland gegenwärtig in zwei Lager geteilt. Auf der einen Seite steht die Reichstagsmehrheit, auf der anderen die konservative Partei mit dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung. Ueber die Reichstagsmehrheit wird zunächst gesagt:

Die Hinterlassenschaft, die Herr Dr. Michaelis im Innern übernehmen mußte, kennzeichnet sich als die unbedingte Vorherrschaft der Scheidemannschen Sozialdemokratie im Reichstage. Die Partei, welche einen geforderten Kredit abzulehnen in der Lage ist, befindet sich selbstverständlich im Parlament in einer stärkeren Opposition als diejenige, der die Bewilligung als eine unbedingte vaterländische Pflicht erscheint. Die Sozialdemokraten hatten aber in der Verhandlung vom 11. d. M. ausdrücklich ausgesprochen, daß sie vor der Bewilligung des Kriegskredites die Frage prüfen und erörtern wollten, ob sie ja oder nein sagen würden. Sie hatten auch sonst keinen Zweifel gelassen, daß sie dem Kredit diesmal nicht ohne Bedingungen zustimmen wollten. Außer der Möglichkeit, den Kriegskredit abzulehnen, wirft die Sozialdemokratie den Einfluß in die Wagschale, den sie auf die Massen hat und vielleicht noch in höherem Maße, als es der Wirklichkeit entspricht, zu haben vorgibt. Soweit und solange Regierung und bürgerliche Parteien der Meinung sind, daß eine Ablehnung der Kriegskredite durch denjenigen Teil der Sozialdemokratie, der sie jetzt noch bewilligt, wegen des Eindrucks auf das Ausland und auf die Arbeiter im Interesse eines ungestörten Fortganges der Kriegsindustrie auf alle Fälle und unbedingt vermieden werden muß, können sie den sozialdemokratischen Forderungen keinen durchschlagenden Widerstand entgegensetzen.

Diese Machtstellung der Sozialdemokratie, eine reife Frucht der Bethmannschen Politik, ist in der gegenwärtigen Lage, in die der neue Reichskanzler eintreten mußte, wesentlich dadurch verstärkt worden, daß sich außer der Fortschrittlichen Volkspartei auch die Zentrumsfraktion des Reichstages unter der festen Hand des Herrn Erzberger so gut wie geschlossen, auf Gedeih und Verderb fest mit der Sozialdemokratie verbündet hat.

Nachdem die „Kreuzzeitung“ dann das rote Gespenst noch etwas breiter an die Wand gemalt und Scheidemann als „unbeschränkten Diktator“ geschildert hat, geht sie auf die Erklärungen des Reichskanzlers über. Sie tritt der allgemeinen Auffassung entgegen, daß der Kanzler das Friedensprogramm des Reichstags – „die unmögliche Friedensformel“, sagt die „Kreuzzeitung“ – übernommen habe, und fährt dann fort:

Wir weisen auch an dieser Stelle auf die Erklärung der deutsch-konservativen Fraktion hin, die in knappen Worten die Ziele steckt und den Weg weist. Die Fraktion weiß sich darin eins mit der gesamten konservativen Partei mit den größten und besten Teilen des Volkes und mit dem gesamten Heer.

Noch entschiedener als gegen die Festlegung des Kanzlers, muß gegen die Versuche Verwahrung eingelegt werden, die Oberste Heeresleitung für die Resolution Scheidemann-Erzberger in Anspruch zu nehmen. Der Kanzler hat lediglich erklärt, daß die Oberste Heeresleitung mit seinen Erklärungen einverstanden sei, keineswegs aber, daß sie die Friedensresolution sachlich oder daß sie deren Einbringung gebilligt habe. Wir wissen bestimmt, daß das Gegenteil richtig, und daß die Oberste Heeresleitung keineswegs gewillt ist, seinerzeit die Erfolge des Schwertes durch diese Resolution verderben zu lassen.

Nach einigen weiteren Ausführungen über die Kriegslage heißt es:

Jetzt gilt es mehr denn je, für uns Konservative, an die Arbeit zu gehen, Aufklärung zu schaffen über das, was der Friede dem Lande bringen muß, und felsenfeste Zuversicht hinauszutragen in das Volk.

In dieser Zuversicht können wir uns eins wissen mit der Obersten Heeresleitung, einig aber auch mit Seiner Majestät dem Kaiser.

Wir sind nicht geneigt, in dieser Erklärung des konservativen Zentralorgans nur eine minder haltbare Tagesleistung zu erblicken. Hier handelt es sich vielmehr um ein Dokument, das geschichtliche Bedeutung gewinnen kann, wenn sein Inhalt nicht alsbald in bündigster Form widerlegt wird.

Mitten im Kriege nimmt eine kleine und nicht gerade beliebte Parteigruppe offen und ungescheut den Kaiser, die Oberste Heeresleitung und „das gesamte Heer“ für sich in Anspruch. Sie spielt offen und ungescheut diese drei Faktoren gegen den Reichstag und seine Beschlüsse aus. Nachdem sie bei der Abstimmung im Reichstag rettungslos in der Minderheit geblieben ist, erklärt sie: Was schiert das uns, wir haben ja den obersten Kriegsherrn und die bewaffnete Macht für uns!

Gewiß spricht alles dafür, daß es sich hier um weiter nichts als um einen Versuch handelt, das eigene schwer beschädigte Parteschiff mit letzten Mitteln der Verzweiflung wieder flott zu machen. Die schwere Beunruhigung, die damit ins Volk getragen ist, wird mit dieser Feststellung keineswegs aus der Welt geschafft. Dies umso weniger, als die Meinung der „Kreuzzeitung“, der Reichstagsbeschluß lasse sich einfach als ein

„chiffon de papier“, als ein Fetzen Papier behandeln, durchaus nicht vereinzelt dasteht. Beispielsweise schreibt auch Prof. Dietrich Schäfer in der „Täglichen Rundschau“:

So könnten wir verzweifeln, wenn die Entschließung der Reichstagsmehrheit maßgebend wäre für die weitere Leitung unserer Geschicke. So weit ist es, Gott sei Dank, offenbar aber noch nicht.

Es muß jetzt, um Beruhigung zu schaffen, unbedingt festgestellt werden, ob es „so weit ist“ oder nicht. Das ist eine Frage, die nicht nur die Reichstagsmehrheit, sondern die das ganze Volk interessiert. Auch die Nationalliberalen müßten einsehen, daß es nicht geht, ein Paar Pferde vor den Reichswagen und ein Paar hinter ihn zu spannen. Und auch der Reichskanzler muß sich sagen, daß es kein Mittel ist, die von ihm angestrebte „innere Einheit“ zu fördern, wenn derartige Behauptungen aufgestellt werden, ohne sofort die bündigste Widerlegung zu finden.

Wenn man die Stimmen der feindlichen Kriegspresse überhört, so tönt einem immer wieder dasselbe Argument entgegen: „Der Beschluß des Reichstags bedeutet nichts, denn der Reichstag hat nichts zu sagen, er wird von der herrschenden Militärpartei als Luft behandelt“. Solche Darstellungen müssen die Wirkung des Reichstagsbeschlusses vernichten und das Ansehen des Reiches untergraben, wenn sie, statt von allen Stellen des Reichs zurückgewiesen zu werden, in einem Teil der Presse Bestätigung finden.

Der Reichstagspräsident hat die Ermächtigung erhalten, den Reichstag sofort wieder einzuberufen, falls sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte. Es könnte sein, daß sich dies Notwendigkeit rascher ergäbe, als man bei der Vertagung de Reichstag geahnt hat. Denn Unklarheiten in diesem Punkte kann das Volk nicht vertragen aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik.

Durch den Reichstag hat das deutsche Volk gesprochen. Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß hinter den positiv abstimmenden Parteien 6 ½ Millionen Wähler stehen, hinter den konservativen kaum 1 ½. Wieviel von diesen 1 ½ Millionen bei einer Volksabstimmung heute noch vorhanden wären, steht dahin; wahrscheinlich würde sich die „Kreuzzeitung“, die sich auf „die größten und besten Teile des Volkes“ beruft, bloß mit den „besten“ begnügen müssen. es kann also gar kein Zweifel darüber walten, daß hinter dem Beschluß des Reichstags das deutsche Volk steht.

Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob das deutsche Volk nach seinen in der Weltgeschichte unerhörten Leiden und Leistungen von einer kleinen, aber mächtigen Partei als ein Nichts behandelt werden darf!

Berliner Börsen-Zeitung – Montags-Ausgabe – Montag, 23. Juli 1917 - S.1

Lloyd Georges Antwort an den deutschen Reichskanzler.

London, 21. Juli. (Reuter) (Vorläufiger Bericht) Bei der Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeit hie lt Lloyd George als Antwort auf die erste Rede des neuen Reichskanzlers eine Rede, in der er u. a. sagte:

Die Welt wird die Dienste die Belgien dem Völkerrecht geleistet hat, niemals vergessen. Belgien ist der Torweg zwischen den Mittelmächten und dem Westen. Der belgische Neutralitätsvertrag war einer der Schlußsteine des europäischen Rechtes. **Belgien war der Torwächter europäischer Freiheit**, das höchste, schwerste, gefährlichste Amt, das je einem Volke übertragen worden ist.

Die Belgier haben ihre Pflicht gegen Europa treu und loyal erfüllt. Welcher Art war der deutsche Vorschlag? Es war der Vorschlag eines Mörders, der sich einem Manne nähert und ihm sagt: „Oeffne mir Deine Tür, damit ich Deinen friedlichen Nachbar berauben kann!“ Was für ein Gemüt müssen die Männer besitzen, die jemandem eine solche Gemeinheit vorschlagen! Belgien als ehrenwertes Volk wies diesen Vorschlag mit Verachtung zurück.

Belgien litt dafür, daß es seine hohe Pflicht erfüllte. **Aber zum Schluß wird Belgien größer sein, als es je gewesen ist.** Die Erlösung Belgiens kommt sicher, aber wenn sie kommt, muß sie vollständig sein.

Unterdessen haben die Junker den alten Kanzler mit seinem „Fetzen Papier“ in den Papierkorb geworfen, und da liegen sie Seite an Seite. Wir werden nicht lange zu warten haben, bis das Junkertum folgt. Welche Hoffnung für den Frieden findet sich in seiner Rede? Ich meine, für einen ehrenvollen Frieden, den einzig möglichen Frieden! Es ist eine geschickte Rede, **eine Rede, die sich nach allen Seiten wendet. Sie enthält Sätze für die, die ernstlich den Frieden wünschen, aber es sind auch Sätze darin, die die militärischen Kreise in Deutschland verstehen werden, Sätze über die Sicherung der deutschen Grenzen.**

Das sind die Sätze, mit denen **Elsaß-Lothringen** annektiert worden ist, die seit 1914 Europa mit Blut getränkt haben, die Belgien und Kurland annektieren würden. Das sind Sätze, die Europa wieder in ein Blutbad stürzen werden. Der Kanzler will Männer aus dem Reichstag berufen, damit sie mit der Regierung

zusammenarbeiten. Ja, sie werden Männer aus dem Reichstrag in Aemter berufen, aber das werden nicht Minister, sondern Schreiber sein.

Es ist die Rede eines Mannes, der die militärische Lage im Auge behält. Das sollen sich die Alliierten Rußland, England, Frankreich, Italien und alle andren merken. **Was für eine Art Regierung die Deutschen sich wählen, das geht einzig das deutsche Volk selbst an, aber was für einer Regierung wir vertrauen können, um Frieden mit ihr zu schließen, das ist unsere Sache.** Die Rede des deutschen Kanzlers zeigt nach meiner Meinung, **daß die leitenden Stellen in Deutschland augenblicklich für den Krieg entschieden sind.**

In jener Rede ist keine Hoffnung für Belgien, es wird nicht einmal erwähnt. Die Ausdrucksweise der Rede ist aber voller Drohungen für Belgien. Das bedeutet, daß selbst, wenn die Deutschen Belgien wiederherstellen, die Wiederherstellung Lug und Trug sein wird. Belgien muß ein Volk, nicht ein Schutzgebiet sein.

Der Kanzler versucht sein Volk aufzustacheln und zu ermutigen. Deutschland wird finden, daß seine neuen Hoffnungen genau so Einbildungen, wie die anderen, die zerflossen sind.

Die U-Boote sollen England kampfunfähig machen. Wegen der U-Boot-Angriffe können wir, nach dem deutschen Kanzler, nicht mehr viel länger aushalten. Nun, ich bedaure, ihm eine Enttäuschung bereiten zu müssen, aber die Wahrhaftigkeit zwingt mich, es zu tun. Langsam aber sicher steigern wir unsere Produktion und vermindern wir unsere Verluste zur See. Im April hoffte man, es werde geradezu ein Triumph sein. Seit damals hatten wir auch noch die längeren Tage, die unsere Schwierigkeiten auf hoher See außerordentlich vermehrten. Aber obgleich unsere Befürchtungen für diese Sommermonate groß waren, haben wir unsere Verluste langsam vermindert. Obgleich wir erst drei Wochen des Monats Juli hinter uns haben, so finden wir, wenn wir sie mit den entsprechenden drei Aprilwochen vergleichen, daß wir nicht halb so viel Schiffe verloren haben, wie im April. Unser Schiffbau ist während der letzten zwei Jahre in verhängnisvoller Weise heruntergegangen. Aber dieses Jahr werden wir viermal so viel Schiffe fertigstellen wie in den ganzen zwölf Monaten des letzten Jahres. Die verminderten Verluste und die vermehrte Erzeugung werden die Lücke ausfüllen.

Aber sie werden uns aushungern! Sie haben es gesagt! Sie haben ihr darbendes Volk mit derartigen Behauptungen aufgemuntert. Sie sagen, daß wir, weil wir jetzt in Bedrängnis sind, in kurzer Zeit nichts mehr haben werden. Weit entfernt, daß wir verhungern, sind unsere Lebensmittelvorräte für 1817/18 [1917/18] bereits gesichert, natürlich bei gehöriger Sparsamkeit. **Die Versorgung ist gesichert auf der Grundlage des gegenwärtigen Verbrauches, der nicht gesteigert werden darf.** Wir treffen jetzt Maßnahmen für einen Anbauplan, der die Lebensmittel für 1918 sichern wird, selbst wenn unsere Schiffsverluste wachsen. Wir haben unsere Einfuhr sehr wesentlich – um mehrere Millionen Tonnen – eingeschränkt, um an Schiffen zu sparen. Das Volk unseres Landes hat bisher noch nicht Entbehrungen gegenübergestanden, die mit den von der deutschen Bevölkerung seit fast zwei Jahren erduldeten verglichen werden könnten - und glauben Sie wirklich, daß das britische Volk weniger fähig ist, Opfer für seine freien Einrichtungen zu bringen? Diesen Opfermut haben wir als Reserve, wenn die Ernte des Jahres 1918 mißrät.

Aber, sagt Michaelis, Amerika hat keine Armee, und wenn es eine Armee hätte, dann hätte es keine Schiffe, sie übers Meer zu schaffen. Er kennt Amerika nicht! Er kennt Amerika gerade so wenig, wie die Deutschen England kennen, und sie verfallen genau in den selben Fehler betreffend Amerika, in den sie hinsichtlich Großbritanniens verfallen sind. Ich sage voraus, es wird nicht lange dauern, bis Michaelis, wenn er es erlebt, anderer Meinung werden und eine andere Rede halten wird.

Die Ziel werden täglich klarer. Eine große deutsche Zeitung hat kürzlich gesagt, **daß die Deutschen für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes kämpfen. Das ist niemals wahr gewesen.** Wir ziehen ein freies Deutschland vor, **wir könnten mit einem freien Deutschland Frieden schließen, aber mit einem von der Autokratie beherrschten Deutschland können wir unter gar keiner Bedingung Frieden schließen.** Als sie gegen die vielleicht verkommene, geistesenge Autokratie im Osten fochten, hatten sie einen Vorwand. Nach dem, was sich ereignet hat, haben sie keinen mehr.

Rußland ist nicht nur eine große Demokratie geworden, die nicht für Ausdehnung ihres eigenen Gebietes kämpft. es hat geradezu erklärt, daß es bereit ist, einem Volke, das sich einst unter der russischen Flagge befand, die Freiheit zu gewähren.

Lloyd George erwähnte dann den Regierungswechsel in Rußland und fuhr fort: In den kommenden großen Kämpfen im Osten und Westen muß jeder deutsche Soldat wissen, daß er für die militärische Autokratie fällt. **Andererseits weiß jeder Soldat der Alliierten, daß er sein Leben wagt für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Geburtslandes, für Völkerrecht und Gerechtigkeit.** Und diese wachsende Ueberzeugung gibt mehr noch als das Bewußtsein unserer großen, unverbrauchten Hilfsmittel Ihnen allen den

Mut, gibt uns den Mut, bis zum Ende zu kämpfen, da wir voll und ganz wissen, daß die Zukunft der Menschheit zu erhalten, und zu verteidigen, unsere Aufgabe ist.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 371 – Montag, 23. Juli 1917 - S.1

Die Antwort.

Aus England und Frankreich kommt schon die Antwort auf die Friedenskundgebung der Reichstagsmehrheit und die erste Rede des neuen Kanzlers. Sie lautet genau so, wie wir es vorausgesagt haben und fast mit unseren Worten erklärte in einer Rede in Belfast Carson: „Wenn die Deutschen Frieden brauchen, so werden wir morgen nicht mit dem Preußentum, sondern mit den besten des deutschen Volkes zu verhandeln haben. Als Vorbedingung für solche Verhandlungen sagen wir den Deutschen, daß sie hervortreten als Zeichen ihrer Aufrichtigkeit und als Beweis dafür, daß sie keine Gebietserwerbungen und keine Gewalt gegen andere beabsichtigen, anbieten, in Unterhandlungen einzutreten, unter der Bedingung, daß sie zuerst ihre Truppen hinter den Rhein zurückziehen.“

Carsons Rede klingt aber, da er an die Möglichkeit der Erfüllung dieser Vorbedingung nicht glaubt, aus in die Ansage des Kampfes bis zur Entscheidung, damit der Friede sich lohne und das Opfer der Gefallenen nicht umsonst gebracht worden ist.

Und nun hat auch der englische Diktator Lloyd George seinen Heuchlermund geöffnet, um den Anlaß des Kanzlerwechsels bei uns nicht ungenützt zu lassen, von neuem die Kriegsleidenschaft des englischen Volkes zu entfachen. An welche Worte der Kanzlerrede Lloyd George anknüpft, ist um Grunde belanglos. Wenn der Kanzler gar nicht gesprochen hätte, würde Lloyd George auch daraus die ihm im Augenblick wirksam erscheinenden Schlüsse gezogen haben. Es ist nicht nötig, allen Verdrehungen des englischen Ministerpräsidenten nachzugehen; an einzelnen Wendungen ist zur Genüge zu erkennen, was unseren Feinden besonders peinlich ist. Lloyd George meint, die Kanzlerrede sei die Rede eines Mannes, „der die militärische Lage im Auge“ behält, und zeige, „daß die leitenden Stellen in Deutschland augenblicklich für den Krieg entschieden“ seien. Die Rede fordere Sicherung der deutschen Grenzen.

Das Selbstverständlichste von der Welt, die Sicherung unserer Grenzen zur Vermeidung eines neuen Ueberfalles erregt bei Lloyd George Anstoß. Und warum? Lloyd George weiß am besten, daß wir zu unserer Sicherung Belgien nicht wieder französisch-englischem Einfluß ausliefern dürfen, und so dreht er den Spieß um und behauptet, daß die Rede des Kanzlers, der Belgien mit keiner Silbe erwähnt hat, voller Drohungen für Belgien wäre. Aber man muß Lloyd George und anderen, die sich nun mit uns und den Vorgängen bei uns beschäftigen, dankbar sein, daß sie sich zu Reden veranlaßt fühlen. Hinter dem irreführenden Schleier heuchlerischer Phrasen zeigen sie doch ihr wahres Gesicht. Und wer in den Gesichtszügen zu lesen versteht, erkennt die scharfen Linien größter Sorge in Erwartung des Sieges der deutschen Waffen.

Warum spricht Lloyd George so viel von der Unmöglichkeit englischer Aushungerung durch die deutschen U-Boote, der gesicherten Lebensmittelversorgung des englischen Volkes, des sicher zu erwartenden Ausgleiches des verlorenen Frachtraumes durch Neubauten und die sichere Hilfe Amerikas? Doch nur, weil in England selbst das Volk über diese Fragen beruhigt werden soll und die größten Zweifel berechtigt sind. Lloyd George kann selbst in diesem Augenblick nicht daran vorbei, dringend zu größter Einschränkung zu mahnen; nur bei größter Sparsamkeit seien die Lebensmittelvorräte für 1917/18 bereits gesichert. Wer soll Lloyd George das glauben?

Aus der englischen Presse wissen wir, daß es in England schon seit April keine Kartoffeln mehr gibt und England unter größten Entbehrungen von der Hand in den Mund lebt; daß es auf tägliche Einfuhr angewiesen ist und dauernd angewiesen bleiben wird, da es selbst nur einen Bruchteil seiner Bedürfnisse erzeugen kann. Das sind Tatsachen, mit denen wir rechnen und die durch die schwungvollsten Ministerreden nicht entkräftet und aus der Welt geschafft werden können.

Einen eigenartigen Widerspruch leistet sich Lloyd George bei seiner Forderung des Sturzes der „Autokratie“ in Deutschland. Nur mit einem freien Deutschland will Lloyd George Frieden schließen, aber nicht mit einem von der Autokratie beherrschten Deutschland; und das sagt der Mann, der selbst aus der untersten Schicht des Volkes stammend die Partei als Sprungbrett benutzt hat, um dann als Diktator und Autokrat Krone, Kabinett und Parteien auszuschalten in der richtigen Erkenntnis, daß nur die einheitliche Leitung, die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unter einem Willen Aussicht auf Erfolg in diesem Völkerringen gewährt, wenn überhaupt etwas. **In Amerika darf Wilson, in Rußland Kerenski, in England Lloyd George die staatlichen Energien in sich vereinigen – doch nur als Autokraten –, nur in Deutschland, wo die staatlichen Gewalten schon mehr als irgendwo sonst geteilt sind, soll – der Glaube wird wenigstens erweckt – die**

Demokratie die starke Monarchie ablösen, bevor unsere Feinde mit uns Frieden schließen wollen. Aber Lloyd George wird sich am Ende getäuscht sehen an dem Tage, an dem Deutschland auf der Grundlage der sich täglich noch verbessernden militärischen Lage seine Feinde zur Eröffnung von Friedensverhandlungen genötigt haben wird.

Was die Führer der feindlichen Völker im Grunde ihres Herzens glauben, ist für uns gleichgültig, weniger gleichgültig, was sie glauben machen wollen. **Lloyd Georges letzte Rede beweist ebenso wie die Carsons, daß niemand daran denkt, die Friedenskundgebung der Reichstagsmehrheit ernst zu nehmen oder darauf zu verzichten, die eigenen Kriegsziele zu erkämpfen, bevor an Frieden gedacht werden kann.**

Bei uns täte man aber gut, nun einmal einige Wochen nicht mehr von Frieden und Friedensverhandlungen zu sprechen und den Heerführern das Wort zu lassen zur Herbeiführung der – Verständigung.

Worauf es unseren Feinden ankommt, ist ja die Störung der Geschlossenheit und Gesinnungseinheit des deutschen Volkes. Die Mailänder Perseveranza plauderte aus der Schule, wenn sie vor einigen Tagen meinte, die größte Gefahr bei diesem Friedensmanöver (Einführung der Demokratie in Deutschland!) liegt darin, „daß es nicht ein bloßer Bluff ist, sondern sich auf zum Teil schon vollendete Tatsachen stützt. Die Einführung demokratische Reformen in den Mittelmächten ist für uns nach zwei Richtungen hin gefährlich und schädlich. Einerseits kann dadurch innerhalb Deutschlands und Oesterreichs der politische Kampf ausgeschaltet und der Kriegswille des Volkes gestärkt werden. Andererseits werden gewisse Kreise des Verbandes ihr Kriegsprogramm als zum Teil schon verwirklicht betrachten und zu Verhandlungen mit dem Gegner geneigt sein. Diese Gefahr muß energisch bekämpft werden. Jedes Volk muß an seinem nationalen Programm festhalten und darf von dieser Richtlinie auch nicht im mindesten abweichen. Die Erreichung des allgemeinen demokratischen Kriegszieles wäre vergebens, wenn nicht zugleich die nationalen Programme der einzelnen Verbandsmächte verwirklicht würden.“

Und nur Deutschland, das siegreiche, sollte auf diese Verwirklichung seines nationalen Programms verzichten?!

Berliner Tageblatt – Nr. 370 – Montag, 23. Juli 1917 - S.1

T.W.

[Theodor Wolffs Antwort.]

In einem Worte kann man alles zusammenfassen, was bisher vom Reichstag für die innere Erneuerung des Deutschen Reiches durchgesetzt worden ist. In dem Worte: nichts.

Die Abgeordneten, die zum Kronprinzen gerufen wurden, um über Herrn v. Bethmann Hollweg auszusagen, fühlten sich ja vielleicht in ihrer Bedeutung erhöht. Diejenigen, die ihre belastenden Erklärungen zu Protokoll gaben, glaubten, die Weltgeschichte vorwärtszubewegen, und wurden selber an unsichtbaren Drähten vorwärtsbewegt. Als der unbeliebt gewordene Reichskanzler über Bord geworfen werden sollte, durften sie die Gerechtigkeit des Urteils bescheinigen, und stolz gaben sie ihre Unterschrift. Als der neue Mann ausgesucht und ernannt wurde, kümmerte sich niemand mehr um sie.

Der Parlamentarismus, den nun schon recht viele für notwendig halten, sieht nicht ganz so aus. Er operiert nicht in einem Schloßzimmer, sondern vor allem Volke, in der Öffentlichkeit. Unter diesem Parlamentarismus tragen die Volksvertreter ihre Beschwerden auf der Tribüne vor, zwingen, wenn es ihnen nötig erscheint, die Regierung durch ein Votum zum Rücktritt und übernehmen durch klares Handeln die volle Verantwortung. Ein diensttuender Geheimparlamentarismus führt uns nicht vorwärts zu einem System geregelter Kontrolle und neuer Machtverteilung, sondern nur noch tiefer in Zustände hinein, wo alles undurchsichtig ist, alles auf persönlichen Entschlüssen und unkontrollierten Einflüssen beruht.

Sah man in der Reichstagssitzung am Donnerstag soviel Tatkraft und soviel sicher schreitende Erkenntnis, daß man überzeugt sein kann, nun werde schnell das Notwendige geschehen? Zu sicheren Erwartungen berechtigt weder die Rede des Herrn Michaelis, noch die Haltung der Parteien. Man braucht nicht auf die Aeußerungen zurückzukommen, in denen der Herr Reichskanzler mit beamtlicher Vorsicht „engere Fühlung“ ohne Schädigung der konstitutionellen Grundlagen verhielt und es wünschenswert nannte, daß geeignete Vertrauensmänner der großen Parteien in leitende Stellen berufen würden, wobei das „verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung der Politik nicht geschmälert werden darf.“

Das Uebel, durch das Deutschland innerlich beunruhigt und nach außen in seiner Kraftentfaltung gehemmt wird, kann nicht durch ein paar dünne Tropfen überwunden werden, die ein gewiß gutgesinnter, aber zaghafter Hausdokter mit dem Tropfenzähler in reichlich viel Wasser gleiten läßt. Als der Ernährungskommissar Michaelis im preußischen Abgeordnetenhaus so scharf dem Egoismus gewisser Klassen

entgegentrat, wurde hier gesagt, manche seiner Worte hätten an Worte jenes großen Turgot erinnert, der die Zeichen seiner Zeit erkannte und bereit war, die Forderungen seiner Zeit zu erfüllen. Die Reichstagsrede des Herrn Michaelis hatte wenig Ähnlichkeit mit der Sprache des unerschrockenen Reformators, und es ist bisher nicht möglich, auf ihn den Vers anzuwenden, den Voltaire zur Begrüßung Turgots schrieb:

„Je crois en Turgot fermement:
Je ne sais pas ce qu'il veut faire,
Mais je sais que c'est le contraire
De ce qu'on fit jusqu'à present.“

Nein, es ist bisher nicht möglich von ihm zu sagen: „Ich glaube fest an Michaelis ich weiß nicht, was er tun wird aber ich weiß, daß es das Gegenteil von dem ist, was man bis heute getan hat.“

Und muß man nach seiner Rede nicht sogar bezweifeln, daß er auch nur, ohne gebunden zu sein, den Weg eingeschlagen hätte, den, allzu bedenklich und tastend, Herr v. Bethmann Hollweg ging? Es ist, nach der Donnerstagprobe, nicht möglich, fest an Herrn Michaelis zu glauben, der es bisher nicht fertig brachte, der Hemmschuhakt einen energischen Willen, den Halbheiten ein klares Programm entgegenzustellen. Aber fest kann man, wie an das Walten der Naturgesetze, an die kommende Neugestaltung des Reiches, an die Neuteilung von Macht und Verantwortung glauben, weil die Tatsachen stark sein werden und die Notwendigkeit dahin drängt.

Damit die „konstitutionellen Grundlagen“ nicht ernstlich gefährdet werden, damit in schwer bewegter Zeit der am höchsten ragende Pfeiler des Gebäudes in ruhiger Stetigkeit dastehe, wird man genötigt sein, das Mittel anzuwenden, das in allen anderen Ländern vorausschauende Staatsweisheit zur Verhinderung von Erschütterungen, zur Ablenkung der Stürme ersann. Man wird, wie dort, die Volksvertretung an der Regierung beteiligen, bei der Ernennung oder Absetzung der Männer, die das Schicksal des Volkes leiten, mit einem unkontrollierten Geheimverfahren brechen, wird aussprechen müssen, daß von nun ab das vom Volk gewählte Parlament, und also das Volk selber, die Mitentscheidung, die Mitverantwortung für das Bleiben oder den Sturz der Regierungen und für alle Lebensfragen übernimmt. Man rufe doch nicht, um diese Neuordnung zu hindern, oder Krüppelgewächse, wie einen Reichsrat, zu empfehlen, die Abneigung der Bundesstaaten an! Es kann nicht schwer sein, den Bayern und Württembergern zu zeigen, daß auch ihr Interesse stärkeren Schutz gegen Mißgriffe, vermehrte Sicherung des Reichsganzen, Ausübung wirklicher Macht durch den Reichstag verlangt.

Läßt sich ohne Selbsttäuschung sagen, daß durch die Rede des Reichskanzlers und durch die Friedensresolution der Mehrheit viel für die Beschleunigung des Friedens erreicht worden sei? Die Friedensresolution wird, trotz dem spöttischen Gebaren der nationalistischen Entente-Pressen, manchem Kriegsgegner in Rußland, Frankreich und England wohl als nutzbares Argument dienen, aber noch einmal muß wiederholt werden, daß die innere Reform heute eindrucksvoller als Friedensformeln wäre, weil sie allein, wenigstens bei einem Teile der Menschheit draußen, eine Atmosphäre des Vertrauens und der Sympathie zu schaffen vermag. Und wie kann die Friedensresolution eine volle Werbekraft ausüben, wenn man in Deutschland bereits wieder bemüht ist, ihren Wert zu verkleinern, ihren Sinn umzudeuten, alles Erdenkbare zur Zerstörung der Wirkung zu tun?

Kaum steht die Friedenspalme im Schaufenster, versucht man auch schon wieder, sie zu knicken, zupft man von allen Seiten an ihr herum. Alle Konservativen, Schwerindustriellen und Alldeutschen versichern, Herr Michaelis habe mit der Erklärung, daß „die Grenzen des Deutschen Reichs für alle Zeit sichergestellt werden müssen“, trotz seinen Worten über Verständigungsfrieden, Ausgleich und dauernde Versöhnung der Völker, sich sämtliche Möglichkeiten gewahrt. Sie versichern auch, die Resolution, die immerhin „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen“ mit schwerer zu übertreffender Deutlichkeit ablehnt, könne verschiedenartig ausgelegt werden, und jede der Mehrheitsparteien habe sich dabei etwas anderes gedacht. So machen, wie gewöhnlich, diese deutschen Nationalisten den gleichgestimmten Naturen auf der Gegenseite die Arbeit leicht. Man sagt dort drüben den Völkern, die Kundgebung des Reichstages sei bedeutungslos, oder ein zweideutiges Manöver, und man kann glaubhaft machen, indem man auf deutsche Zeugnisse verweist. Sollte nicht zum mindesten der politische Sinn diese deutschen Heimkrieger hindern, die feindlichen Kriegspropheten bereitwillig aus allen Verlegenheiten zu ziehen?

Wenn er vorhanden wäre, gewiß. Die „Kreuzzeitung“ aber geht noch weiter, sie zupft nicht und knickt nicht, sondern sie schlägt alles kurz und klein. Sie spielt wieder die Oberste Heeresleitung – auf die sich Herr Michaelis berufen hat – gegen die Reichstagsmehrheit aus. „Wir wissen bestimmt,“ ruft sie über die Grenzen hinüber, „daß die Oberste Heeresleitung keineswegs gewillt ist, seiner Zeit die Erfolge des Schwertes durch

diese Resolution verderben zu lassen“, und sie versichert, „auch mit Seiner Majestät dem Kaiser“ wisse sie sich „eins“.

Lloyd George, die anderen Ententestaatsmänner und die Ententejournalisten, die den Krieg über den Winter hinaus, bis zum Eintreffen der Amerikaner, verlängern wollen, werden entzückt diese Erklärung ihres deutschen Helfers aufnehmen, die jeglicher Friedensstimmung ein Ende machen muß. Alle feierlichen Regungen und Bestrebungen, die hinter der Ententefassade wirksam wurden, sind erstickt und ausgelöscht. Sie sind erstickt und ausgelöscht, wenn der Reichskanzler Herr Dr. Michaelis, den Versicherungen der „Kreuzzeitung“ nicht deutlich widerspricht. Er will sich, wie er gesagt hat, die Führung nicht nehmen lassen. Nun kann er zeigen, daß er „führt“.

Haben die Konservativen, die Alldeutschen, die zwischen links und rechts herumschwankenden Gestalten und alle, die sonst noch den Sturz des Herrn v. Bethmann Hollweg leidenschaftlich begehrten, etwas, was ihnen aufrichtige Befriedigung bieten könnte, erreicht? Herr v. Bethmann Hollweg wandelt unter den Bäumen von Hohensinow, Herr Michaelis sitzt an dem Schreibtisch im Arbeitszimmer des Reichskanzlers, aber die Tatsachen sind geblieben und weichen nicht. Diejenigen, die Herrn v. Bethmann Hollweg steinigten, haben ihn nicht wegen der Fehler verfolgt, die er begangen hat. Diese Fehler haben sie mitverschuldet und gefeiert, und ihre erregte Gemütsstimmung war in Wahrheit durch eine Entwicklung verursacht, die sie mit heraufgeführt haben, die Herr v. Bethmann Hollweg nicht mehr ändern konnte und Herr Michaelis nicht ändern kann.

Wenn sie den Drang spürten, ihre Mißstimmung über Fehlrechnungen, über das Emporkommen der Demokratie, über so viel anderes kräftig zu entladen, schlugen sie auf das Haupt der Reichsleitung los. Nach ihrem mißglückten Versuch, die Juden ins schlechte Licht zu setzen, kam der Bethmann-Pogrom. Sie waren wie ein Dichterling, der, wenn ihn etwas drückt, ein zornig-trauriges Gedicht auf seine Treulose macht und sich dann sofort besser fühlt.

Sie brauchten Herrn v. Bethmann Hollweg, denn sie erleichterten sich in Angriffen gegen ihn. Sie brauchten ihn auch, weil es ein altes Gebot ist, daß man die üble Laune der Zeitgenossen auf eine geeignete Zielscheibe lenkt. Jetzt ist er dort, und sie dürften schon heimlich empfinden, daß er ihnen fehlt. Den neuen Reichskanzler müssen sie schonen, denn sie haben in unvorsichtiger Weise, als den ihrigen begrüßt. Nein, auch sie haben nichts Gutes erreicht, und man sieht es ihnen an, daß sie nicht zufrieden sind.

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr. 11780 – Montag, 23. Juli 1917 - S.1

Die russische und die englische Lüge.

Wien, 23. Juli. Eine neue Krisis ist in Rußland ausgebrochen oder vielmehr die Fortsetzung des großen Umschwunges. In geradezu dramatischer Weise hat diese neue Phase des russischen Umwandlungsprozesses eingesetzt, mit begeisterten Kundgebungen und einem Freudenrausche, als die aufgebauschten Siegesmeldungen Brussilows von der galizischen Front neue Hoffnungen unter den Machthabern und im Volk erweckten. Mit einem Mal eine Wandlung fürchterlicher ... [unleserlich] Verwirrung, Anarchie und tiefste Bestürzung über den gewaltigen Gegenstoß seitens der verbündeten Mächte.

Die erste Periode der Revolution war gekennzeichnet durch das Prinzip der Koalition, durch das Hervortreten der gemäßigten bürgerlichen Elemente, die mit den sozialistischen und revolutionären zusammenarbeiteten. Die Sozialistenführer waren sich auch des Wertes dieser Mitarbeit bewußt, sie kannten genau die Bedeutung der Hilfe, die die russische Intelligenz und das russische Bürgertum dem Verjüngungsprozeß leisten konnten. Aber die radikalsten Elemente gewannen immer mehr die Oberhand, und mit Fürst Lwow ist nicht nur das hervorragendste, sondern auch das letzte, noch in der Regierung und im Kabinett befindliche Mitglied der Kadettenpartei ausgetreten. Der Sozialismus ist Trumpf und Kerenski leitet heute die Geschicke Rußlands. Welch sonderbare Kontraste birgt doch die russische Entwicklung! Die siegreiche Demokratie hat neue Formeln aufgestellt, auf die wir äußerst entgegenkommend geantwortet haben. Die Reaktion im russischen Lager ist ja die merkwürdigste, die russische Demokratie antwortet mit einer Offensive. Und der Mann, der diese Offensive vorbereitet und durchgeführt hat, der Mann, der heute mit zündenden Kriegsreden die Soldaten ins Feuer treibt, ist derselbe, der früher die Petersburger Menge gegen die Despotie des Zarismus enthusiastisch hat. Das sind die einzigen sicheren Tatsachen in dem ungeheuren Entwicklungsprozeß, der jetzt in Rußland beginnt und dessen letzte Folgen gar nicht abzusehen sind. Rußland tritt in ein Stadium der Anarchie und gleichzeitig droht mit der sozialen Revolution die Militärdiktatur. Die Zustände in Petersburg müssen nach den Meldungen, die nur spärlich fließen, entsetzliche sein. Es ist der Belagerungszustand über die Hauptstadt verhängt worden, blutige Unterdrückungsszenen sind an der

Tagesordnung, alle Personen, die die bewaffnete Unternehmung gegen die Regierung veranstaltet oder an ihr teilgenommen haben, plant man zu verhaften und dem Gericht zu überantworten.

Gegen Lenin selbst, einer der treibenden Faktoren der letzten Episoden, wird eine Hetzjagd veranstaltet. So kommt es, daß im demokratischen Rußland, das die Prinzipien der Freiheit und des Friedens auf sein Programm gestellt hatte, ein Schreckensregiment losgebrochen ist, daß in der Hauptstadt Straßenkämpfe stattfinden, während die Truppen die alten Traditionen des Zarismus wieder aufgenommen haben, und gleichzeitig droht das russische Reich als solches zu zerfallen.

Und in diesem Augenblick tritt der englische Premierminister auf und hält eine Rede über die notwendige Befreiung des deutschen Volkes. Wie traurig sieht es doch in den von der Entente befreiten Ländern aus, wie tragisch spitzen sich die Verhältnisse in Rußland zu, aber Herr Lloyd George betrachtet es als ein wichtiges Kriegsziel der Entente, Deutschland zu befreien, das nach seiner Darstellung unter der Autokratie schmachtet. Nach seinen Versicherungen weiß jeder deutsche Soldat, daß er für die Autokratie selbst, und jeder Soldat der Alliierten, daß er sein Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit, für das internationale Recht und für die Gerechtigkeit wagt. Man sieht, Herr Lloyd George hat auch im Kriege noch immer nicht gelernt, und auch der Umschwung in Rußland hält ihn nicht davon ab, dem englischen Volke die alten Redensarten vorzusetzen. Wie tief muß doch die britische Heuchelei verankert sein, wenn nach all den fürchterlichen Neutralitätsverletzungen, die England in diesem Kriege begangen, sein erster Staatsmann mit dem belgischen Argument gegen Deutschland aufzutreten wagt, nach all den Enthüllungen, die die Archive der belgischen Regierung uns geliefert haben. Die Rede Herrn Lloyd Georges zeigt uns, daß die britische Politik ihre Ziele nicht ändert und ebensowenig ihre Methoden. Das einzig Wandelbare sind die Schlagworte, die sie den Völkern der Entente vorzusetzen beliebt. Das eine Mal kämpft sie für die Freiheit der Meere, und als sie diese vernichtet hat, tritt sie das nächste Mal für die Freiheit der kleinen Nationen ein, nur um diese in der rücksichtslosesten Weise zu unterdrücken. Dann arbeitet man mit dem demokratischen Argument, und jetzt will England gar die Feinde befreien. Welch sonderbarer Idealismus von einer Diplomatie, der sonst die Weltgeschichte nicht gerade einen Ueberfluß an Altruismus nachweisen kann. Herr Lloyd George spricht in der alten Weise weiter, ohne das fürchterliche Dementi zu beachten, das die Ereignisse den Methoden nicht minder wie den Schlagworten Englands bereiten. In Petersburg geht jetzt ein neues fürchterliches Memento für die britische Diplomatie auf.

Dienstag, 24. Juli 1917

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 373 – Dienstag, 24. Juli 1917 - S.2

Die Alandinseln – ein neues Gibraltar.

In Schweden ist an ganz allgemein der Ansicht, daß England die Alandinseln zu einem zweiten Gibraltar machen will. So heißt es im Aftonbladet vom 8. Juli: „England hat in der Tat sozusagen die ganze Welt regiert, indem es die ganze Welt mehr oder weniger von sich abhängig machte. Es hat keine Revolution, keinen Krieg gegeben, ohne daß England dahintergestanden hat. Die Revolution in Rußland wie auch der Regentenwechsel in Griechenland zeigen deutlich, daß es auch jetzt von seinen Traditionen und seiner Machtstellung nicht abgeben will. Diese Machtstellung ist durch eine Reihe von Marinestützpunkten, wie Gibraltar, Malta, Suez und Aden, gesichert werden. Jetzt erfahren wir, daß England die Absicht hat, seine Machtsphäre noch zu vergrößern, und zwar in der Ostsee und unmittelbar vor Schweden.“

Der norwegischen Zeitung „Socialdemokraten“ wird nämlich aus Stavanger folgendes berichtet: „Ein Mitarbeiter im 1. Mai hat ein Gespräch gehabt mit einem Finnländer, der sich bis vor kurzem in dem Brennpunkt der russischen Revolution aufgehalten hat und der auf Grund seiner Verbindungen und seiner Kenntnisse der vielen verwickelten Verhältnisse wie auch der Vorgeschichte der Revolution als eine interessante Quelle angesehen werden muß, aus welcher Kenntnisse über die jetzigen recht unklaren Verhältnisse in Rußland geschöpft werden können. Die Frage, welche vor allen anderen nach seiner Angabe jetzt die Russen beschäftigt, ist die des Sonderfriedens.“

„Ich glaube, daß eine Volksabstimmung jetzt in dieser Frage eine große Majorität für einen augenblicklichen Frieden aufweisen würde. England arbeitet mit allen Kräften, um einen Separatfrieden zu verhindern.“ Dabei bedient sich England besonders zweier Mittel: das eine ist, daß England die Alandinseln gekauft oder in Besitz genommen hat, um auf diesen Inseln, die nun stark besetzt sind, ein neues Gibraltar zu schaffen. Ferner hat sich England den Besitz von ein paar Häfen an Finnlands Küste gesichert.

„Wer Ohren hat der höre! Taucht hier nicht wieder der alte Verdacht auf, daß England hinter den Befestigungsplänen auf den Alandinseln stecke, England, das uns selbst einmal garantiert hat, daß Alnad nicht befestigt werden solle? Ein schöner Garant! – „

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 373 – Dienstag, 24. Juli 1917 - S.2

Die Adler fliegen ...

Als deutsche Philister im Reichstag eine EntschlieÙung annahmen, nach der das deutsche Volk sich bereit erklärte zu einem Schmachfrieden ohne Erwerbungen und Entschädigungen, und als der neue Reichskanzler eine Form der Beruhigung dieser Philisterschar fand, mit der er sie auf einige Zeit heimschicken konnte, meldete unser Hindenburg den Beginn unseres VorstoÙes auf Tarnopol. Wir verstanden was er sagen wollte, und nun dämmert es auch dem deutschen Michel: Wir reiten! Wir marschieren! Erst wenige tage rücken wir unaufhaltsam vor – die russische Front ist weithin durchstoÙen und ins Wanken gebracht, und schon heißt es in dem Aufruf der russischen vorläufigen Regierung: Das Vaterland ist in Gefahr – die Revolution in Gefahr und die deutschen Siege bedeuten eine gewaltige Katastrophe für Rußland! Unermüdlich stürmen nun unsere Feldgrauen vorwärts, um den Feind zu vernichten und die militärische Lage so günstig wie möglich für uns zu gestalten, damit wir am Tage des – Verständigungsfriedens, wie wir ihn verstehen, so stark dastehen, daß sich unsere Feinde zu unseren Friedensbedingungen verstehen müssen.

Das ist die Antwort unseres Heers auf die Friedensduseleien der politischen Simpel, wie Dietrich Schäfer die Leute genannt hat, die glauben und glauben machen wollen, daß wir in Frieden leben und unsere Grenzen und die Freiheit der Meere sichern könnten, ohne die Macht zu erkämpfen, mit der wir unsere Gegner in aller Welt, zumal England, dauernd in Schach halten könnten. Wie lächerlich und erbärmlich erscheint neben dieser Tat unseres Volkes in Waffen das Phrasendreschen derer, die im Reichstag bemüht waren, unseren Kriegern in den Schwertarm zu fallen und sie schon vor der letzten Entscheidung um den Preis ihrer Siege zu bringen!

Wie lächerlich ist es, daß das „Berl. Tagebl.“ jenen Tag deutscher Michelei, an den sich schon heute viele Glieder der Mehrheit nur vor Scham errötend erinnern, als „Tag der mutigen Besonnenheit“ feiert! Man frage doch die nun Galizien von russischer Einquartierung befreienden Krieger und die Kanoniere, die nun schon viele Tage und Nächte hindurch die flandrische Front halten, ob sie für einen Verständigungsfrieden

kämpfen und nichts mehr ersehnen, als nach jahrelangem Kampf und Sieg schleunigst die Grenzen deutscher Macht wieder dahin zurückverlegen wollen, wo sie bis vor Ausbruch dieses Krieges waren?

Man frage doch die Ersatzmannschaften, die an die Front gehen, ob sie nicht in der Stimmung des Kriegsbeginns ausrücken, für Deutschlands Ruhm und Ehre, für ein größeres, gesicherteres Deutschland? Und man frage im Heere und im Lande herum, ob auch nur der Hundertste etwas von der Friedenskundgebung deutscher Mischelei und ihrer Bedeutung weiß und wissen will! Niemand zweifelt daran, daß nun zunächst der Tag des Sieges im Osten gekommen ist, und daß an allen Fronten der Endkampf die deutschen Waffen siegreich sehen wird. Mit aller Wucht saust das deutsche Schwert auf unsere Feinde herab.

Das ist nicht die Zeit für Auseinandersetzungen über Beschränkungen deutscher Kriegs- und Friedensziele, über Verfassungsänderungen, nicht die Zeit zu parteipolitischen Machtproben, zu Schwachmütigkeit und schlapper Mischelei. Nicht durch Reden werden die Schicksalsfragen der Völker entschieden, sondern allein durch Taten, durch das Schwert der Krieger und die ganze Kraftentfaltung der Völker.

Wie ein böser Fiebertraum liegen die letzten Reichstagsvorgänge hinter uns. Wie ein Rauschen der Adler Friedrich des Großen klingt es durch die Lüfte, und wir denken an des Kaisers Wort, daß das Land deutsch bleibt, in das der deutsche Aar seine Krallen eingeschlagen hat. Das ist der Geist, der uns beseelen muß, sollen und wollen wir unserer Helden würdig sein. Nicht um die Polen von der russischen Knute zu befreien oder das deutsche Volk der Herrschaft der internationalen Sozialdemokratie auszuliefern, streiten und bluten, fallen und siegen unsere Krieger, sondern um die Angriffe unserer Feinde abzuwehren und die Grundlagen zu legen und sie für alle Zeit zu sichern für das neue größere Deutschland, „für ein neues, ein herrliches Deutschland ... , ein sittlich geläutertes, ein gottesfürchtiges, ein freies, ein friedliches, ein machtvolles Deutschland, das wir alle lieben“, von dem der Kanzler sprach, und das wir uns auch nach seinen Worten erst noch erkämpfen müssen, allen Feinden zum Trotz! Allen Feinden zum Trotz, d.h. auch den Feinden deutscher Macht und Größe in unseren eigenen Reihen zum Trotz.

Übertönt von dem Siegesruf unserer, dem fliehenden Feinde nachstürmenden Helden, ist das Friedensgefenne unserer marklosen Demokraten In ihre Mauerlöcher verkriechen sich die krächzenden Raben:

Die deutschen Adler fliegen!

R.Fr.

Der Tag – Nr. 170 – Dienstag, 24. Juli 1917 - S.1

Warum? – von Max Graf Bethusy Huc

Die stolz erprobte Wehrhaftigkeit unseres Volkes wurzelt in dem restlosen Erfassen seiner geistigen Elemente durch den Lehrmeister dieser allen Feinden verständlicherweise tief verhaßten Nationaleigenschaften. Der erfolgreiche Lehrmeister war und ist die aktive deutsche Armee. So trefflich schützt heute das scharfe Schwert Heim und Herd, daß aller Übermacht zum Trotz immer wieder nur der Wutschrei haßerfüllter Enttäuschung erklingt. Nie wäre solche Leistung denkbar, wenn das Wesen unseres Wehrsystems dem Zerrbild des vielgeschmähten „Militarismus“ ähnlich wäre, wie es unsere Feinde und leider ein Teil der heimischen Presse angesehen hat und noch heut anzusehen beliebt.

Die betrogenen Betrüger, die unter falscher Firma von Volksfreiheit die ganze Welt gegen den an Friedenswerken reich gewordenen Deutschen aufhetzen, hatten sich den Erfolg gegen den jungen Teilhaber am Weltgeschäft zu einer ihnen gelegenen Stunde mehr als Meuchelmord gedacht. Aber die Mordbuben von Sarajewo legten die Brandfackel vorzeitig an den sorgsam bereiteten Zündstoff. Nicht so ganz mit Unrecht hatte der Feind nach äußerem Anschein geglaubt, das Gefüge des Deutschen Reiches habe sich in den letzten Jahrzehnten durch den so schnell ins Weltengroße gereckten Geschäftssinn und das würdelose Parteigezänk von Doktrinären und Interessengruppen gelockert. Man hoffte, der Deutsche, den die Welt selbst in Zeiten tiefsten Niedergangs als Krieger stets gefürchtet hatte hätte an seiner historischen Wehrhaftigkeit eingebüßt.

Vielleicht ging man gar so weit, auf eine Zersetzung und Zerklüftung im Reiche zu hoffen, die einen zähen, geschlossenen Widerstand mit Waffengewalt unmöglich mache. **Ein Deutschland, das zweifelhafter Geschäftsvorteile wegen einen Krieg beinahe scheue, war die Fata Morgana unserer Gegner.** Daß dem nicht so ist, muß der Feind seit drei Jahren fühlen. Es wird ihm handgreiflich bewiesen, was die Völker unter monarchischer Führung heute zu leisten vermögen. Es wird ihnen des ferneren bewiesen werden, wie entwicklungsfähig diese Monarchien noch im wohlverstandenen Sinne des Osterbotschaft und der Wiener Thronrede werden können, wenn sie vorbehaltlos auf die breite Grundlage echten Volkskönigtums gestellt werden.

Es ist verständlich, daß der Feind aus solcher Erkenntnis heraus kein Mittel unversucht lassen darf, die monarchische Staatsordnung und Stimmung nach allen Seiten hin und mit allen Mitteln zu unterminieren, um das, was er mit Waffengewalt nicht zu erreichen vermag, nun doch mit ihm gelegeneren Meuchelmord zu vollenden. So gab und gibt ihm jede Entgleisung und Unklarheit in unserem politischen Leben – ganz besonders aber der Anschein einer Unsicherheit – willkommenen Anlaß, in der heuchlerischen Haltung der Weltbeglückter die Geschichte des Werdeganges zu deutscher Macht und Einheit, zu Sozialpolitik und Wehrmacht ohnegleichen, alle diese Leistungen als Fronarbeit eines halbversklavten Volkes umzufälschen. Diese bewußte Lüge, die durch die Frechheit ihres Widersinns suggestive Gewalt besitzt, ist mit allem Geschick der Reklame zu einer Weltparole gegen uns geworden.

Unzweifelhaft sind bei unseren Leistungen üble Begleiterscheinungen des allzu schnellen Aufstiegs deutlich erkennbar. Erscheinungen, die aber sehr viel mehr in der Richtung des amerikanischen „Mammonismus“ und des englischen „Cants“ liegen, als in der des „Militarismus“. Im wesentlichen erscheint nur eine Minderzahl der Oberschicht, keineswegs die breite Masse des Volkes ernstlich von diesen Erscheinungen berührt. Die Masse des Volkes beweist unterschiedslos, ungeachtet verschiedenster politischer Gesinnung, volle Gesundheit und Stärke. **Kein Einsichtiger wird leugnen, daß im Wehrstande vieles den neuzeitlichen Verhältnissen nicht mehr genügend Rechnung trug. Es gehört aber angesichts der derzeitigen Leistungen ein merkwürdiger Mut dazu, diese aus dem Werdegang der Armee erklärlichen und natürlichen Verhältnisse als böswillige Hemmungen einer gesunden Entwicklung des ganzen Staatswesens anzusehen, fast das Gegenteil ist der Fall, die Bremse war heilsam.**

Aus einer planmäßigen Arbeit langer Jahre, an der wir leider arge Mitschuldige im eigenen Lager haben, hat sich die Weltparole „**Neuzeit gegen Mittelalter**“ entwickelt. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß selbst die bestgläubigen Neutralen, sogar gewisse heimische Kreise, geschweige denn die Feinde, unsere Verhältnisse nur noch in dieser Beleuchtung zu sehen vermögen. Das heißt also, die Parole gegen uns ist ebenso falsch wie wirkungsvoll, eine Verkehrung der Vernunft, die im politischen Geschehen sehr viel öfter auftritt, als sich kreuzbrave Beamte träumen lassen.

Unzweifelhaft hat manches Vorkommnis der Vergangenheit und Gegenwart bei uns zu diesem schiefen Urteil beigetragen. Es kann sich auch nicht darum handeln, diesen Irrtum mit vernünftiger Rede zu widerlegen. Er kann nur durch die Tat beseitigt werden. Die rettende Tat ist für uns der bestmögliche Ausgang dieser Weltenwende in der inneren und äußeren Politik, die Mittel dazu zäher Siegeswille nach außen und eine sichere Hand im Innern, die der unumgänglichen Fortentwicklung des inneren politischen Lebens organisch bodenbeständige Form schafft.

Kein Heer der Welt trägt den Ehrennamen des Volks in Waffen mit vollere Recht als das deutsche. Nur böswillige Verblendung kann die Mittel der Wehrerziehung, Drill wie Standesgeist des Friedensheeres, als einseitigen Endzweck verkennen. Als Mittel zum Zweck haben sie sich voll und ganz bewährt. Um die alten Wahrzeichen kriegerischer Mannentreue und Ehre, die im Kriegsfall nur einen Willen, den Schutz des Gemeinwohls auf Befehl des obersten Kriegsherrn kennt und in Zukunft kennen darf, scharte sich wachen freien Sinnes unsere Volkskraft. Alle erkannten ausnahmslos, Konservative wie Sozialisten, Christ wie Jude, ihre deutsche Pflicht und haben sie unter Schwierigkeiten, wie sie noch nie ein Volk der Erde getragen hat, so erfüllt, daß dieser Leistung auch ein neuer Lebensabschnitt in der Entwicklung der Volksrechte gebührt.

Bewahrt wurde das Erbe an solch ehr- und wehrhaftem Fühlen getreulich im deutschen Heere, das als Gegenleistung eine Ehrenstellung im Volksleben einnimmt und im Kriege nichts Höheres kennt, als in der Allgemeinheit des Volks in Waffen aufzugehen, nachdem es die Aufgabe der Vorbereitung in pflichttreuer Friedensarbeit vollendet hat. Daß diese Aufgabe erfüllt wurde, neidet uns der Erdball. Deshalb Wutgeheul ringsum. Mögen sie auch noch so achtenswert und ungeheuerlich an Zahl aus dem Stegreif ihre Kriegsmittel vermehren, **nie werden sie die inneren Werte unserer völkischen Wehrhaftigkeit in diesem Kriege erreichen**, vorausgesetzt, daß wir selbst diese Werte in der Reinheit und Stärke zu erhalten und steigern vermögen, wie sie bis heute erwiesen sind.

Schwer verständlich ist es und schmerzlich, wenn im eigenen Lager, milde gesagt, Philister ihren weltumspannenden Verstand und Bildungsvorrat ausgiebiger dazu benutzen, um den Feind und den ihm dienstbaren Ansichten mehr Verständnis entgegenzubringen als dem eigenen Vorteil und dem heimischen politischen Gegner. Hier sitzt, und zwar ganz besonders in gewissen Oberschichten, am Volkskörper eine Wunde, deren Eiterbildung dem Ganzen sehr viel gefährlicher ist als überzeugungstreuer Sozialismus. Diesen kann man als politische Gesinnung rücksichtslos bekämpfen, aber als Überzeugung und soziale Anregung durchaus achten.

Wenn je das edle Kaiserwort „Ich kenne nur noch Deutsche“ verunglimpft worden ist, so ist dies der Fall, wenn solche überklugen Leisetreter und Schwarzseher, deren erhabene Vorsicht ewig unfruchtbar bleibt, dieses Wort im Munde führen, um es für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Leider ist es kennzeichnend für die lauen Elemente, wie geschickt sie ihre Halbheiten als politische Feinfühligkeit und besondere Geisteskultur verkleiden und alles irgendwie Abweichende mindestens als bieder dummes Draufgängertum spöttisch belächeln. Auf die Dauer kann solches Gebaren auf die breite nervöse Harmlosigkeit, wie sie jetzt oft auf der Suche nach Trost und Stütze ist, schädlich wirken. Gottlob ist das traurige Fähnlein schwach an Zahl, aber bemerkenswert rührig. Wahre Kultur und Mannesfreiheit wird einst über diese sonderbaren Eideshelfer der Neuzeit mit einem Fluch der Lächerlichkeit von historischer Größe urteilen.

Aber warum scheidet sich nicht die gesunde Vernunft, die in allen Parteilagern reichlich hinter den alten Parteiphrasen zu finden ist, von diesem kriegverlängernden Geschwätz? Warum wirkt die Irrleitung auch noch bei sonst normalen Menschen oft so stark, daß jeder, der den Kriegspfad schweigsam bis zum Erfolg gehen will, als Kriegshetzer und -verlängerer angesehen wird, trotzdem es wohl niemand gibt, der gesunden Sinnes diesen Kampf unnütz auch nur um einen Tag fortzuführen wünscht.

Nur über die Bedeutung des Begriffes „unnütz“ hätte man sich dann zu verständigen, wenn der Wille des Feindes sich solchen Erwägungen ernstlich zuwendet, statt daß **wie jetzt der Feind hohnlächelnd sich an unseren erbitterten Erörterungen über noch nicht feststehende Bilanzposten erfreut.** Nicht die Kriegsziele sind heutzutage, wie es fälschlich den Anschein hat, das Trennende. Man kann sehr verschiedener Ansicht sein über das Ausmaß des praktisch Erreichbaren und doch zusammen energisch und still durchhalten. Bestimmend sind die Charaktereigenschaften, mit denen man in der heutigen Brandung steht. Das ätzende Ferment zager und zweifelsüchtiger Geistigkeit ist ein häßlicher Fleck auf dem blanken Schild unseres Volkstums. Unzweifelhaft vermag die ganz entgegengesetzte Richtung der im Fordern allzu Stürmischen, ein reichliches Maß von Fehlern und politischer Unreife um so weniger zu vermeiden, als sie die laue Richtung wie ein rotes Tuch reizt. Aber dies Übermaß an Wollen und Hoffen hat etwas kindlich Frohes und Frisches. Gewiß wird sie keinen Meister im späteren Aufbau abgeben, aber **ihr kampfesfrohes Drängen ist ebenso sehr heute erwünschter Anreiz wie das greisenhafte Zögern der Behutsamen ein Schade während des Kampfes ist.**

Wir fragen heute, warum verflacht da und dort die frohe, sieghafte Stimmung im Verhältnis zur Entfernung von der Kampffront bis zu der Ebbe unfruchtbarer Zweifel an den Möglichkeiten eines noch lange weitergeführten Krieges, anstatt sicher zu erkennen: Wir sind, koste es was es wolle, gezwungen, durchzuhalten. Deshalb gebührt das Wort über Schwierigkeiten nur dem, der gleichzeitig versteht, sie anzugehen und zu überspringen. Nur in solcher Gesinnung liegt die wahre Ehrung derer, die bis jetzt in siegreicher Abwehr ihr Leben hingaben, und vor allem auch das schönste Mitgefühl für die Hinterbliebenen unserer Helden, wertvoller als wortreiche Empfindsamkeit.

Wo ein solcher Wille führt, wird ihm vertrauensvoll gefolgt werden. Der wird kein Mittel versäumen, schiene es noch so gewagt, um das seelische und leibliche Wohl der Gesamtheit bis zum fernsten Kriegsende auf der Höhe der Leistungsfähigkeit zu erhalten. **Mit Vorbedacht überall ein fernes Kriegsende in Rechnung stellen und, sparsam an Worten, in der Öffentlichkeit stets mehr von der Tatsache des Kriegswillens als von der an sich selbstverständlichen Friedensbereitschaft reden und reden lassen, das ist der Weg zu dem Augenblick, in dem unsere militärischen Erfolge zu politischen Ergebnissen ausreifen werden.**

Mit jeder anderen Taktik stellen wir dem Feinde, welchem auch immer unter ihnen, ein moralisches Relais auf seinem erfolgarmen Kriegspfade. Wir werden damit unfreiwillige Bundesgenossen für ihn fast ebensoviel wert wie die mehr oder minder unfreiwillig hinzutretenden Waffengenossen. Warum dringt diese höchst banale Anschauungsweise nicht überall durch? Warum gibt es heute noch fähige, an sich gut gesinnte Köpfe, die unbewußt das leider nur zu gut geführte Geschäft der Gegner unterstützen. Die feindliche politische Vorbereitung dieses Krieges war leider schon bedenklich gut genug, möge denn wenigstens ihr Ausgang von uns geschickt unterbrochen werden, nachdem unser Schwert die Vorbedingungen des Erfolges reichlich geschaffen hat. Dazu gehören, um mit unserem Feldmarschall zu sprechen, Nerven und wieder Nerven, wie sie die Männer unserer Heeresleitung zur Überwindung der ungeheuerlichen Schwierigkeiten dieses Weltenkampfes immer und immer wieder aufgebracht haben und aufbringen werden.

Nur der wird am Verhandlungstisch den größtmöglichen Vorteil erzielen können, der dieser Anforderung voll und ganz entspricht. Nicht allein die Begabung, sondern vor allen Dingen der Charakter entscheidet auch in der Verhandlung. Vorerst heißt es die Nerven haben, nunmehr still zu warten, bis wir an diesen Tisch des Gegners gebeten werden, das sei unser erster moralisch nicht hoch genug zu bewertender Erfolg. Daß eine solche Einladung von uns aus nur würdig beantwortet werden würde, wissen die anderen übergenug. **Daß wir einer nützlichen Verständigung an dem Konferenztisch unsere beste Kraft und Willen**

widmen werden, bezweifelt im Auslande kein Einsichtiger, wenn auch drüben die Machthaber in anerkennenswert zähem Siegeswillen ihre Massen noch in der Verblendung halten, der gewalttätige Eroberer, als den sie Deutschland hinstellen wagen, würde sich in seinen maßlosen Forderungen als verhandlungsunfähig erweisen. Bezeichnend ist, daß sie sich nicht scheuen, im gleichen Atem ihre uferlosen Pläne zur Zerstörung der Mittelmächte bekanntzugeben. Ein neuer Beweis dafür, daß die unsinnigsten Behauptungen, welche mit der nötigen Frechheit und Sicherheit stets wiederholt werden, eine beinahe sichere Massenwirkung haben.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10258 – Dienstag, 24. Juli 1917 - S.1

Was unsere Feinde wünschen und hoffen.

Die Hoffnung, daß die Antworten, welche der Erklärung des neuen deutschen Kanzlers Dr. Michaelis und der Friedenskundgebung des Reichstages zuteil Werden würden, entgegenkommender klingen werden als die Erwiderung auf unsere früheren Friedensangebote, war nicht gerade groß. Immerhin hätte man erwarten dürfen, daß die Stimme der Vernunft sich endlich auch in London Geltung verschaffen würde. Die Reden Carsons und Lloyd Georges zeigen aber, daß dies ganz und gar nicht der Fall ist und daß es sehr am Platze gewesen ist, daß Herr Dr. Michaelis vorbeugend in seiner Erklärung bereits von der kraftvollen Fortsetzung des Krieges gesprochen hatte, bis die Feinde sich dazu bequemen werden, ihrerseits ihren Friedenswillen in ernster und ernst zu nehmender Form kundzugeben. Wenn Carson sich zu der Bemerkung verstieg, man werde mit Deutschland über den Frieden erst dann sprechen können, wenn dieses seine Truppen bis hinter den Rhein zurückgezogen haben werde, so ist über eine solche Frechheit – oder Dummheit? – wirklich kein Wort zu verlieren. Kann da wirklich noch ein Zweifel darüber sein, wer an dem Ausbruche des Krieges die Schuld trägt und wer dafür verantwortlich ist, daß seine Dauer noch immer nicht abzusehen ist ?

Und die Rede, die Lloyd George am Jahrestage der Unabhängigkeitserklärung Belgiens in einer Londoner Versammlung gehalten hat, war das würdige Seitenstück zur Carsonschen Unverschämtheit. Daß er es neuerdings versucht, Belgien als das unschuldige Opfer deutscher Brutalität hinstellen, während über die von Belgien mit Frankreich und England für den Fall des Krieges getroffenen Abmachungen längst kein Zweifel mehr besteht, sei nur nebenbei bemerkt.

Lloyd George nennt das von Deutschland im Sommer 1914 Belgien gemachte Anbot den „Vorschlag eines Mörders“, trotzdem es nachgewiesen ist, daß in den belgischen Festungen bereits französische und englische Garnisonen lagen und ohne darüber nachzudenken, wie man Wohl dereinst die Behandlung des unglücklichen Griechenland, das unbedingt neutral bleiben wollte, durch den Vierverband nennen wird. Daß Lloyd George sich nicht damit einverstanden erklärt, wenn der neue Kanzler erklärte, der Friede müsse ein solcher sein, daß dadurch die Grenzen Deutschlands gesichert werden, ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß dieser Krieg ja deshalb begonnen und geführt wurde, um die Grenzen der feindlichen Staaten zu unseren Ungunsten zu verschieben, ja, um unsere staatliche Selbständigkeit zu vernichten. Ueberaus bezeichnend für die Auffassungen, die im Lager unserer Feinde maßgebend sind, ist die Kritik, die sich Lloyd George an jenem Teile der Rede des Kanzlers erlaubt hat, die sich auf die inneren Einrichtungen Deutschlands bezogen. **Lloyd George genügt das, was Dr. Michaelis bezüglich der „Demokratisierung“ gesagt hat, nicht, er erfrecht sich einen unerhörten Eingriff in die Rechte Deutschlands, indem er erklärt, England werde darüber bestimmen, mit welcher deutschen Regierung es Frieden schließen wolle.**

Die Reden Carsons und Lloyd Georges sind der deutlichste Beweis dafür, daß es nicht die Mittelmächte sind, die eine Erörterung der Friedensmöglichkeiten verhindern. Das tun unsere Feinde, indem sie nicht nur Frieden selbst, sondern die Verhandlungen über einen solchen von Bedingungenabhängig machen, die für einen nach vernichtenden Niederlagen zusammengebrochenen Staat schimpfliche zu nennen wären und die daher von den Mittelmächten, deren sieghafte Kraft sich in dem Gegenstoß gegen Rußland soeben neuerdings offenbart, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen. Wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn es dulden würden, daß die innerpolitische Neuordnung, zu der sie sich bereit erklären wollen, gewissermaßen auf Kommando oder doch unter der Aufsicht der Regierungen der feindlichen Staaten vor sich gehen würde, so käme dies dem Triumphe der Gegner gleich, die ihr Ziel doch erreicht hätten, trotz dem sie militärisch auf der ganzen Linie unterlegen sind. Ist es den Mittelmächten jemals in den Sinn gekommen, ihr Verhältnis zu England, Frankreich, Rußland und Italien von den dort bestehenden inneren Verhältnissen abhängig zu machen? Niemals ist dies geschehen, trotzdem uns vieles in diesen Staaten nicht gefallen wollte.

Wie kann Großbritannien, das der Mörder der Freiheit so vieler Völker war und ist, es wagen, uns Vorschriften über die Behandlung der innerhalb unserer Grenzen wohnenden Nationen vor schreiben zu wollen? Und wie kommt Frankreich, aus dessen politischem Sumpfboden die Panama- und Dreyfus-Affären

emporwachsen, dazu, uns mit der strengen Miene des Sittenrichters hofmeistern zu wollen? **Die derzeitigen Machthaber Rußlands verweisen auf die Revolution und die dadurch geschaffene Umwälzung und sie meinen, daß bei uns etwas Aehnliches geschehen müsse, wenn es zu einem dauernden Frieden kommen solle. Gerade jetzt zeigen sich aber in den Reihen der russischen Armee die Folgen einer übel angebrachten und mißverstandenen „Demokratisierung“ durch die Auflösung jeglicher Disziplin, so daß Kerenskij die russischen Soldaten beschwören muß, zu kämpfen und nicht angesichts des Feindes politische Versammlungen abzuhalten. Es ist begreiflich, daß es der heiße Wunsch Englands wäre, derartige Erscheinungen auch in den Armeen der Mittelmächte auftreten zu sehen, denn dann wäre auf unblutigem Wege, ohne alle weiteren Mühen und Opfer das erreicht, was auf den Schlachtfeldern vergeblich angestrebt wurde: die Vernichtung unserer militärischen Organisation im Wege der Auflösung und Zersetzung.**

Nur unheilbare Verblendung oder absichtliches und böswilliges Verkennen der Wahrheit können angesichts der militärischen Lage einerseits, der Haltung unserer Feinde andererseits sich noch im Irrtum darüber befinden, daß das Ausharren im Kampfe und das feste Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen gerade jetzt, da wir uns der Entscheidung nähern, mehr denn je unsere Pflicht ist. **Ein Zurückweichen, ein Nachgeben wäre im gegenwärtigen Augenblicke nicht nur feig und charakterlos, sondern auch eine unverzeihliche Dummheit, weil sie uns um die Früchte unseres Sieges bringen würde, des Sieges, den uns weder die Waffen, noch die Rabulistik unserer Gegner mehr streitig machen kann. Es gibt Individuen, die sich die traurige Aufgabe gestellt haben, unter der Bevölkerung die Anschauung zu verbreiten, daß es nichts Besseres und nichts Klügeres geben könne, als so rasch als möglich und wenn es sein muß, um jeden Preis zu schließen.**

Dabei lassen es aber die Jammermenschen nicht bewenden, sie glauben der erbärmlichen Sache, die sie vertreten, noch einen ganz besonderen Dienst zu erweisen, indem sie das Bundesverhältnis unserer Monarchie und Deutschlands, das sich in treuem Zusammenstehen so herrlich bewährt hat, zu stören und zu vergiften trachten, Wir möchten diese Leute, die nicht nur im Dunkeln, sondern zum Teile sogar ganz offen ihr Handwerk treiben, ernstlich warnen. Daß es mit der persönlichen Ehrenhaftigkeit nicht vereinbar ist dazu zu raten, Untreue gegen den Freund und Bundesgenossen zu begehen, wird diese Leute vielleicht wenig bekümmern.

Vielleicht werden sie aber zur Besinnung ihres Tuns kommen, wenn man ihnen vorhält, daß sie die heiligsten Interessen ihres Vaterlandes verraten und der Sache der Feinde Vorschub leisten, wenn sie das Band zu lockern suchen, das nicht bloß durch die politische Opportunität geknüpft worden ist, sondern das aus der Freundschaft und Liebe der Völker und ihrer Herrscher gewoben wurde. **Es gibt für unsere Feinde keine andere Möglichkeit mehr, ihre Wünsche erfüllt zu sehen, als wenn wir freiwillig dazu beitragen.** Wer wollte dafür die Verantwortung tragen?

Deutsche Zeitung – Nr. 369 – Dienstag, 24. Juli 1917 - S.1

Muß Deutschland demokratisch werden?

Aus der Schweiz schreibt uns ein Auslandsdeutscher:

Immer lauter tönt es aus dem Lager der Entente herüber, **daß Deutschland sich demokratisieren müsse, wenn es jemals Frieden haben wolle. Ein nicht demokratischer Staat sei eine Gefahr für den Weltfrieden. Mit einem solchen könne die Entente niemals Frieden schließen.**

Die Behauptung, daß ein nichtdemokratischer Staate und überhaupt alle Staaten, die den herrschenden Demokratien nicht passen, eine Gefahr für den Weltfrieden sind, ist vollkommen richtig. Die Erfahrungen des letzten Menschenalters liefern den Beweis dafür. **In diesem Zeitraum fiel die amerikanische Demokratie über Spanien her, um ihm den Rest seines Kolonialbesitzes zu entreißen, fiel die britische Demokratie über zwei südafrikanische Freistaaten her, um sie gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu annektieren, fiel die italienische Demokratie die wehrlose Türkei an wie ein Dieb in der Nacht, um ihr ein Land zu entreißen, dessen Bewohner gewillt waren, unter türkischer Herrschaft zu bleiben, eroberte die französische Demokratie im Widerspruch mit feierlich bekräftigten internationalen Verträgen das bis dahin unabhängige Marokko.**

In der Tat sind die nichtdemokratischen Staaten eine beständige Gefahr für den Weltfrieden, weil sie durch ihr bloßes Dasein die Raubgier der Demokratien reizen. Demokratische Herrschsucht dekretiert heute, trotz ihrer Niederlagen auf dem Schlachtfelde, daß Deutschland sich demokratisieren müsse. Wer aber würde es im siegreichen Deutschland wagen zu fordern, daß sich die Entente ihr konstitutionelles Kleid nach den Wünschen des deutschen Volkes schneidern müsse?

Die demokratische Herrschsucht ist eine natürliche Folge des maßlosen Dünkels, womit die Beweihräucherung der demokratischen Staatsform die Völker der Entente erfüllt. Jedes Lob und jede Anerkennung ihrer politischen Einrichtungen stärkt ihrer Widerstandskraft und ihren Entschluß, Deutschland zu besiegen. Sie fühlen sich gegenüber dem vermeintlich reaktionären Geiste als die Vertreter einer höheren Kultur, und es erscheint ihnen daher sittliche Pflicht, auszuharren, bis Deutschland am Boden liegt. Darüber darf man sich in Deutschland keine Illusionen machen. Jedes Wort deutscher Publizisten und Parlamentarier, das so aussieht, als ob man in Deutschland nach der Freiheit seufze, deren man sich in London, Neuyork, Paris und neuerdings auch in Petersburg erfreut, kann Deutschland noch das Blut von tausenden seiner Söhne kosten.

Wenn freilich die moderne Demokratie das höchste politische Erzeugnis des menschlichen Geistes wäre, dann wäre es ein nutzloser Selbstbetrug, uns dies verschweigen zu wollen. Ist dies also der Fall? Diese Demokratie kann freilich den Vorzug in Anspruch nehmen, einfach gedacht zu sein, aber sicherlich nicht den Vorzug, geistreich und tief gedacht zu sein. Welch himmelweiter Unterschied ist beispielsweise der eminent klug erdachten Verfassung der katholischen Kirche und den nach einem platten und eintönigen Schema gemodelten Verfassungen der amerikanischen Republiken? Die aus der Erfahrung von vielen Jahrhunderten herauskristallisierte Verfassung der katholischen Kirche ist ein im Geiste seines Schöpfers langsam gereiftes Kunstwerk, die von so vielen seichten Köpfen als Gipfel der politischen Weisheit angestaunte Demokratie ist im Vergleich dazu eine geistlose Fabrikware, die wie fertige Konfektion mit wenigen Aenderungen den verschiedensten Personen paßt.

Es ist kein Zufall, daß die Demokratie aus Amerika stammt. Denn sie ist das politische Produkt des Geistes, den man Amerikanismus nennt, dem die Quantität alles, die Qualität nichts ist, der überall, wohin er kommt und siegt, alles Urwüchsige vertilgt und dem modernen Leben den Zug seiner unoriginalen Banalität gibt. Nicht zur Schande, sondern zum Ruhme wird es dem deutschen Volke einst reichen, daß es diesem Geiste so lange widerstanden hat.

In früheren Zeiten war die Ausarbeitung einer Verfassung ein Geschäft, wofür Männer von lauterstem Charakter und tiefster politischer Einsicht benötigt wurden. Die Urheber guter Verfassungen, ein Solon *[altgriechischer Politiker]* ein Lykurg *[Verfassungstifter Spartas]*, ... genossen daher bei ihren Völkern höchstes Ansehen. Für unsere modernen Demokraten sind solche Männer überflüssig, sie brauchen nur einen Statistiker. Wenn die denkenden Pferde des Herrn Krall in Elberfeld wirklich so gut rechnen können, wie ihnen von verschiedenen Beobachtern zugeschrieben wurde, dann sind sie durchaus im Stande, eine demokratische Verfassung zu produzieren. Man kann die amerikanischen und europäischen Demokratien kurzweg als jene Art der Verfassung definieren, bei deren Ausarbeitung und Funktion mit einem Mindestmaß von Geist und Charakter auszukommen ist.

Die in demokratischen Verfassungen verkörperte Intelligenz kann uns also nur sehr müßigen Respekt abnötigen. Mit ihren moralischen Werten steht es nicht besser sondern schlimmer. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. **Eine Verfassung, deren Produkt Tammany Hall *[Haus und Organisation der Demokratischen Partei in New York seit 1786]* und all die „bosses“ und „gangs“ sind, die, wenig besser als gemeine Spitzbuben, sich zur ewigen Ehre des amerikanischen Volkes der Verwaltung seiner größten Städte zu bemächtigen wußten, ein Wahlrecht, das den Schlamm der politischen Korruption in den Vereinigten Staaten zu solcher verderblichen Höhe ansteigen ließ, daß das Wort „politician“ den Sinn eines skrupellosen Parasiten des Gemeinwesens gewonnen hat, ein solches Recht dem deutschen Volke als Ideal hinzustellen, kann nur jene ideenlose Oberflächlichkeit fertig bringen, die im Gefühl ihrer eigenen Leere jede in der Welt geltende Mode unbeschens mitmacht.**

Wir haben ein Recht zu fragen, ob die Leute, die dem deutschen Volke die Einführung der Demokratie mitten in den Wirren der Kriegszeit empfehlen, über die sittlichen Früchte der Demokratie schon jemals fünf Minuten nachgedacht haben. **Die Demokratie, sagen sie uns, ist die Krone der Gerechtigkeit im politischen Leben. Hat diese Krone der politischen Gerechtigkeit den Charakter der Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener veredelt, hat sie nicht in all diesen Ländern eine politische Korruption erzeugt, von der wir in Deutschland glücklicher Weise nichts wissen? Was ist das für eine Freiheit, deren vornehmstes Produkt eine mit faustdicken Lügen arbeitende Demagogie ist, die in vielen demokratischen Staaten die Atmosphäre so vergiftet hat, daß ehrenwerte, sich selbst achtende Männer sich grundsätzlich von der Politik fern halten?**

Kein Volk bildet sich auf seine Demokratie mehr ein als die Franzosen. Was aber haben sie der allein seligmachenden Demokratie zu verdanken? Ein unheimliches Wachsen des Alkoholismus, ein Sinken der Geburtenziffer, die das Land aus der Reihe der Großmächte streicht, Stagnation von Handel und Gewerbe, Korruption und Günstlingswirtschaft im öffentlichen Leben, Panama und Dreyfußskandal, sind Früchte der

demokratischen Aera. Und was ist in dieser Aera an Stelle der früher so gerühmten französischen Ritterlichkeit getreten? Die Aussagen unserer Gefangenen, die ihren Peinigern entrinnen konnten, geben uns die Antwort.

Die Frage, ob Deutschland sich demokratisieren soll, ist zugleich die Frage, ob in diesem Kriege der deutsche oder der angloamerikanische Geist, Hindenburg oder Wilson triumphieren soll. Können wir aus eigenen Mitteln nichts besseres schaffen als eine Imitation der amerikanischen Fabrikware, die uns Herr Wilson aufzwingen will, so haben wir den Krieg mit einer moralischen Niederlage beendet. Dann haben wir drei Jahr lang für einen ungeheuren Irrtum gekämpft und geblutet, dann ist das deutsche Volk nicht wert, sein eigenes selbständiges Dasein zu leben, dann hat das Volk Bismarcks in der Politik nur noch die Bestimmung ein gefügiger Satrap [*Gouverneur einer Provinz*] der angloamerikanischen Weltherrschaft zu werden.

Mittwoch, 25. Juli 1917

Vossische Zeitung – Nr. 374 – Mittwoch, 25. Juli 1917 - S.4

Der amerikanische Senat zur Kanzlerrede.

Amsterdam, 24. Juli. Reuter meldet aus Washington: Senator Lewis sagte, daß die Rede Dr. Michaelis' eine direkte Einladung an die Vierstaaten sei, um ihren Einfluß für den Frieden geltend zu machen. Er glaube, daß die Mittelmächte bereit seien, einen Frieden auf Grund des status quo anzunehmen. Senator King sagte: Es ist eine Torheit, in diesem Augenblick über den Frieden zu sprechen. Wir sind in den Krieg eingetreten, um ihn zu gewinnen und wollen nicht von Frieden reden, bevor Deutschland nicht um Frieden fleht und Reue zeigt über sein Unrecht und über die Schandtaten, die es begangen hat.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 203 – Mittwoch, 25. Juli 1917 - S.1 - Abend

Eine amerikanische Stimme zur Rede des Reichskanzlers.

Washington, 24. Juli. Reuter. Senator Lewis erklärte bezüglich der letzten Rede Michaelis', sie sei eine direkte Einladung an die Vereinigten Staaten, ihren Einfluß zugunsten des Friedens geltend zu machen. Man glaube, daß die Mittelmächte geneigt seien, einen Frieden ohne Sieg anzunehmen. Senator Lewis sagte, als er gefragt wurde, ob die Bemerkung des Kanzlers, daß die fortgesetzte Verwendung der U-Boote die Alliierten auf die Kniee zwingen werde, wie ein Friedensangebot aussehe, er habe aus der Lektüre der Rede den Eindruck erhalten, daß Deutschland sich mit der Wiederherstellung des Status quo ante bellum begnügen würde. Senator Borah fragte, ob Senator Lewis die Frage der zukünftigen Regierungsform in Deutschland in Betracht gezogen habe. Er, Borah, glaube nicht, daß Deutschland einen Punkt erreicht habe, wo es ausländischen Einflüssen gestattet werde, ihm die Form seiner Regierung vorzuschreiben. **Lewis antwortete: Die russische Revolution hat in Deutschland großen Eindruck gemacht. Es ist meine Ueberzeugung, daß in Deutschland bereits Einflüsse im Werke sind, die Anlaß zu großen inneren Reformen sein werden.**

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 203 – Mittwoch, 25. Juli 1917 - S.1 - Morgen

„Wir führen einen Revanchekrieg!“ – Ein französisches Geständnis.

Die Einschätzung Frankreich als militärische Macht ist bei den Neutralen während des Krieges gewiß gestiegen. Dagegen hat die politische Haltung Frankreichs sehr enttäuscht, zum mindesten verwundert. Die Neutralen verstanden einfach nicht, daß die Franzosen zum Ausbruch des Kriegs an nicht den Mut und die Ehrlichkeit aufbrachten, offen einzugestehen, daß dieser Krieg gegen Deutschland 44 Jahr lang ihr innigster Wunsch gewesen war. Statt dessen verleugneten sie unaufhörlich ihre Vergangenheit, beteuerten ihre Unschuld, schworen ab, daß sie je an die Rückeroberung Elsaß-Lothringens gedacht hatten.

Und doch wußte man im neutralen Auslande, wo man seit 1871 unparteiisch der französisch-deutschen Spannung folgte, daß das französische Volk von dem einzigen Gedanken dieser kommenden großen Auseinandersetzung beherrscht gewesen war, die den Frankfurter Frieden rückgängig machen sollte. Jetzt hat endliche einer der ersten französischen Historiker, Edouard Driault in seinem Buche „**Les Traditions politiques de la France**“ und „**Les conditions de la Paix**“ den Mut und die Ehrlichkeit gefunden, das alles offen einzugestehen. Driault gibt darin die Ursachen, die Frankreich zu einem Kriege mit Deutschland veranlaßt haben, wir folgt an:

„Da Deutschland Elsaß-Lothringen nicht herausgeben wollte, traf Delcasse ein Abkommen mit Italien, England und Spanien, nach dem Spanien das nördliche Marokko, England Aegypten und Italien Tripolis behalten sollten. Dieses Abkommen war der Grund zu dem jetzigen Revanchekrieg und stimmte mit Eduards VII. Gedanken, das Deutsche Reich zu isolieren, überein. Die panslawistische Politik Rußlands gewann vollen Beifall in England und Frankreich, da es galt, dem deutschen und österreichischen Handel im Osten Halt zu gebieten. Unsere Diplomatie arbeitete unausgesetzt daran, das Deutsche Reich zurückzudrängen, das allmählich eine starke Stellung auf dem Weltmarkte einzunehmen begann und sich dadurch England zum Feinde machte.

Jede Politik, die dazu diente, Deutschland zu schwächen, wurde von Frankreich mit allen erdenklichen politischen Kunstgriffen unterstützt. Durch ein heimliches Abkommen mit Italien wurde der Balkanbund gebildet. England gab den Gedanken, die Dardanellen zu sperren, nach und nach auf und gewöhnte sich an den Gedanken eines russischen Konstantinopels. Schritt für Schritt kam man dem Ziele näher: Deutschland den Hals zuzuschnüren und es ein für allemal zwingen, von seinen handelspolitischen Expansionsplänen abzustehen.

Nur ein Krieg konnte Deutschland von dem Griff, der es zu erdrosseln drohte, befreien. Darum können die deutschen Staatsmänner mit Recht behaupten, daß die Initiative, Deutschland zu schwächen und zu verkleinern, von Frankreich ausgegangen ist. Wir führen einen Revanchekrieg!“

Klarer, ehrlicher und unumwundener hat noch keiner unserer Feinde den Mut gehabt, einzugestehen, daß das deutsche Volk einen ihm aufgezwungenen Verteidigungskrieg führt um Dasein, Ehre und Freiheit.

Der Tag – Nr. 171 – Mittwoch, 25. Juli 1917 - S.7

Ein neues Belgien-Buch.

Es hilft alles nichts – die Frage nach der letzten und größten Schuld am Weltkriege wird nie aufhören, die Menschheit zu beschäftigen, mag sich ein auch nur einigermaßen gerechtes Urteil erst verhältnismäßig spät gewinnen lassen. Vorläufig wissen wir nur, wie maßlos ungerecht fast die ganze Welt die ersten und vielfach entscheidenden Kriegshandlungen Deutschlands einschätzt und sich bei allen Friedensgedanken deshalb von dem angeblichen Rechte auf „Strafe“, „Entschädigung“ usw. nicht loszumachen versteht. Das gilt vor allem beim dem Belgien-Problem.

Wer die umfangreiche Literatur seit Kriegsbeginn kennt, wie wenig wirklich gediegene, wertvolle Arbeiten vorliegen, die bei aller Objektivität deutschem Verhalten gerecht geworden sind. Ich nenne nur Ebers [„Belgiens Neutralität und ihr Untergang“ in: „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg“. 1915 S.89 ff], Frank [„Die belgische Neutralität“, 1915], Hampe [„Belgiens Vergangenheit und Gegenwart“, 2. Aufl. 1916], Schoenborn [„Rechtsfragen zur Neutralität Belgiens“ In: „Deutschland und der Weltkrieg“, 2.Aufl. Bd.1 S. 433ff 1916], Aloys Schulte [„Von der Neutralität Belgiens“ 1916]. Jetzt tritt zu diesen eine von vorbildlicher Sachlichkeit getragene, mit einer Urkundensammlung verbundene Darstellung der Entstehungsgeschichte und des Rechts der belgischen Neutralisation und Neutralität [„Die Neutralisation und die Neutralität Belgiens“ Verlag Friedrich Andreas Perthes A.G., Gotha 1917.]. Verfasser ist der unermüdliche Völkerrechtsforscher Dr. Karl Strupp, der Mitherausgeber des „Jahrbuchs des Völkerrechts“. Die fast nüchterne, kühle, an den historischen Quellen genährte Darstellung wird denen, die zu einer klaren und objektiven Erkenntnis kommen wollen, die beste Führerin sein. Nur zwischen den Zeilen glauben wir den tiefen Schmerz der deutschen Wahrheitssucher zu lesen, daß wir von der Verleumdung der Feinde überschüttet, nichts weiter tun können, als feststellen, was war und ist und auf die Zukunft hoffen, die von der Kriegspsychose geheilte Menschen bringen wird.

Professor Dr. Stier-Semlo

Der Reichsbote – Nr. 374 – Mittwoch, 25. Juli 1917 - S.1

Einverleibungen und Kriegskostenentschädigungen. –

von Fr. W. Mader.

Ein Friede ohne Einverleibungen und Entschädigungen! Wie großmütig, wie edel – den Feinden gegenüber, nicht aber dem eigenen Volk!

Also die Schuldigen, die dem friedfertigen deutschen Volk aus Haß, Neid und Bosheit ungeheure Opfer an Blut und Vermögen auferlegten, sollen nicht im geringsten dafür büßen? Unser Volk soll die vernichtenden Lasten tragen – als Dank für seine Aufopferung? Die Verwüstungen in Ostpreußen und im Elsaß, die Zertrümmerung deutschen Eigentums, die Einziehung deutscher Vermögen, die Vernichtung deutscher Werte in Feindesland und in unseren Kolonien sollen straflos bleiben und nicht von den Tätern ersetzt werden, sondern von uns? Die Feinde dürfen ihren Raub behalten und großmütig verzeihen wir ihnen alle Greuelthaten, nur um sie zu schonen und in der Ueberzeugung zu bestärken, daß Deutschland sich alles bieten läßt und sie auch künftig vor keiner Gewalttat gegen uns gutmütige Michel sich zu scheuen brauchen?

Die Besiegten halten unentwegt fest an ihren maßlosen Forderungen von Gebietsabtretungen und Entschädigungen; der Sieger aber geht wie ein aufs Haupt Geschlagener hausieren mit einem Friedenangebot ohne Einverleibungen und Entschädigungen! Wo ist da Vernunft und Selbstachtung? Ist das nicht unerhört, eine Schmach und Schwäche sondergleichen? Muß das nicht bei unsern Feinden wirken wie ein Schuldbekenntnis oder wenigstens ein Eingeständnis unserer Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit und somit ihre Hoffnungen neu beleben, ihre Widerstandskraft und ihren Kriegswillen bis zum äußersten stärken?

Gewiß, wir haben mit Elsässern, Lothringern, Polen und Dänen schlimme Erfahrungen gemacht. War das aber unvermeidlich? Warum denn machte Frankreich so ganz andere Erfahrungen mit Nizza, Savoyern und sogar mit den kerndeutschen Elsässern?

Schuld an unseren schlechten Erfahrungen mit einverleibten, ja nur wieder zurückeroberten Gebieten, ist die jämmerliche Politik der Leisetreterei, Nachgiebigkeit, Geduld und des unentwegten Entgegenkommens, die schwächliche Duldung jeder Hetze gegen das Deutschtum im eigenen Lande.

Schuld sind diejenigen, die stets alles feste Auftreten hinderten, jede energische Maßregel rückgängig zu machen wußten, die jederzeit für die Deutschenfeinde, Hetzer und Landesverräter in Presse und Reichstag und parteipolitischen Versammlungen mit großem Geschrei Partei nahmen: man denke an Zabern und die Sprachenparagrafen!

Und nun sind es gerade diejenigen, die an den schlechten Erfahrungen schuld sind, die eben auf Grund solcher Erfahrungen jede Einverleibung bekämpfen!

Was werden wir für einen Frieden erleiden, wenn ihre hilflosen Grundsätze maßgebend werden sollten?

Bei Friedensverhandlungen muß von beiden Seiten nachgegeben und manche Forderung preisgegeben werden: das ist ein Naturgesetz. Selbstverständlich ist demnach derjenige im Vorteil, der mit den meisten und schwersten Forderungen kommt: er kann Schritt für Schritt von seinen Ansprüchen etwas nachlassen gegen entsprechende Nachgiebigkeit seitens des Gegners, und behält dabei noch genug übrig.

Aber wir, wenn wir von vornherein mit gar keinen Forderungen kommen, was sollen wir erreichen? Entgegenkommen müssen wir notwendig auch, wenn die Gegner etwas nachlassen sollen. Da wir aber von ihnen nichts verlangten, kann diese Nachgiebigkeit nur darin bestehen, daß wir einer um der anderen der unverschämten Forderungen unserer Feinde zustimmen, und der Sieger muß sich vom Besiegten harte Bedingungen gefallen lassen! Und das wagen Deutsche zu befürworten!

Nein! Wir müssen als Sieger bekommen, was uns not tut und keiner unserer Feinde darf straflos ausgehen. Wenn sie nichts taten, als unsere Schiffe beschlagnahmen, so müssen sie den Raub ersetzen und Buße dazu zahlen. Bis auf Kuba und Monaco hinaus müssen sie lernen, daß man Deutschland nicht ungestraft den Krieg erklärt: dies schon aus Grundsatz; denn wenn wir es als gleichgültige Kleinigkeit behandeln, wird Deutschlands Ansehen zum Spott der Kleinsten.

Wir müssen aber viel, viel mehr fordern, als wir brauchen und wollen, und den Feinden deutlich zu wissen tun, daß jeder Kriegsmonat unsere Ansprüche steigert. Nur so wird unsern Feinden die Kriegsverlängerung bedenklich erscheinen, nur so können wir bei den Friedensverhandlungen die unerläßliche Nachgiebigkeit zeigen, ja uns großmütig erweisen, und dennoch den notwendigen Siegespreis nicht preisgeben.

Donnerstag, 26. Juli 1917

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 204 – Donnerstag, 26. Juli 1917 - S.2

Der Kriegswille der Entente.

Wien, 24. Juli. Zur Rede Lloyd Georges schreibt das „Fremdenblatt“ u.a.:

Schon der Umstand, daß der leitende britische Staatsmann nicht mit einem Wort der Friedensresolution des Deutschen Reichstages gedachte, sondern diese Kundgebung vollständig schweigend überging, ist bezeichnend für den Geist, der den ehemaligen Friedensapostel heute beseelt. Es ist unmöglich, sich nach dieser Rede noch einer Täuschung darüber hinzugeben, daß der mächtigste Mann Englands auch heute noch auf dem Standpunkte steht, der Krieg müsse durch vollständige Niederrichtung Deutschlands beendet werden.

Die Männer, die heute noch Englands Geschick leiten, wollen keinen Verständigungsfrieden, und da England die Vormacht in der Entente ist, so muß man mit Ruhe und Gefäßtheit dieser ernsten Tatsache ins Gesicht sehen. Nichts wäre verderblicher, als sich einer verhängnisvollen Selbsttäuschung hinzugeben und unerreichbaren Phantasiegebilden nachzujagen. Deutschland und wir sind jederzeit bereit, einen ehrenvollen Frieden abzuschließen. Das haben die wiederholten Erklärungen der leitenden Staatmänner der Mittelmächte, die letzte Resolution des Deutschen Reichstags sowie die Rede des Reichskanzlers Dr. Michaelis bewiesen, aber durch einseitigen Willen kommt kein Friede zustande.

Das Blatt schießt: In Petersburg ist der russische Lloyd George, Herr Kerenski, augenblicklich Herr der Lage. Frieden und Freiheit sollte die Revolution Rußland bringen, statt dessen diktiert Kerenski Fortsetzung des Blutvergießens und tyrannische Unterdrückung jeder oppositionellen Regung. Inzwischen aber spielen sich die bedeutsamsten Ereignisse in Ostgalizien ab, wo die österreich-ungarischen und deutschen Truppen, herausgefordert durch den Angriff der Russen, in unwiderstehlichem Siegeslauf vordringen. Ins Mark getroffen, weichen die russischen Truppen zurück. Nicht durch noch so temperamentvolle Reden des Herrn Lloyd George, nicht durch noch so zündende Aufrufe seines kongenialen russischen Kollegen wird dieser Krieg entschieden werden. Der eherne Schritt unserer und der deutschen Regimenter wird endlich die Feinde zur Erkenntnis bringen, daß wir nicht zu besiegen sind und daß wir es verstehen, unsere Existenz erfolgreich zu verteidigen und zu behaupten.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10260 – Donnerstag, 26. Juli 1917 - S.2

Der Weg zum Frieden.

Wer die auf allen Lippen stehende Frage, wie der Weltkrieg ehestens einem guten Ende zugeführt werden solle, richtig beantworten will, muß vorerst über den Grund der Dinge, durch welchen der Weltkrieg, entstanden ist, Klarheit zu gewinnen trachten. Dieser Grund ist kein anderer der, daß als in den beiden letzten Jahrzehnten durch das Aufstreben der deutschen Handels- und Kriegsmarine um England seine Stellung als alle Meere beherrschende Macht besorgt wurde. Der Weltkrieg geht also um nichts anderes als um die Frage, ob Britannia auch weiterhin die Beherrscherin der Meere bleiben soll. Es mag paradox erscheinen, daß Länder wie Rußland, Oesterreich-Ungarn, Serbien oder Bulgarien wegen der Seebeherrschung einen mörderischen Krieg führen sollen, trotzdem sie alle kein Bestreben hatten, die Weltherrschaft zur See an sich zu reißen. Und doch ist es so.

Denn wenn es auch richtig ist, daß Frankreich seit Jahrzehnten bestrebt war, Elsaß-Lothringen zurück zu erobern, daß Rußland einen sicheren Weg durch die Dardanellen zu gewinnen und die Geltung des Slawentums zu erhöhen suchte; wenn man auch noch so viel Gewicht darauf legen mag, daß Serbien in einen immer tieferen Gegensatz zur „Monarchie“ gelangt war und seine Herrschaft über die gewissen, von slawischen Stämmen mitbewohnenden Gegenden Oesterreich--Ungarns auszudehnen suchte, so wäre doch das Gewicht aller dieser Bestrebungen nicht hinreichend gewesen, um die Regierung irgendeines der Ententestaaten des Festlandes zu bestimmen, das Leben der Mitbürger und die Existenz des eigenen Vaterlandes durch eine Kriegserklärung in Gefahr zu bringen. **Erst das Eingreifen Englands, dessen Besorgnis um die Stellung als Beherrscher der Meere seinerzeit durch das offene Hinarbeiten auf den „Zweimächtestandard“ und die Einkreisungsbestrebungen König Eduards zutage getreten ist, hat alle in den verschiedenen Staaten bestandenen, gegen Deutschland gravitierenden Strömungen vereinigt und hiedurch den Weltbrand hervorgerufen.**

Wie aber kam Oesterreich-Ungarn dazu, in einen Krieg um die Herrschaft zur See verwickelt zu werden, trotzdem es selbst niemals den Ehrgeiz gehabt hat, eine hervorragende Seemacht zu werden? Auch diese Frage ist unschwer zu beantworten. **Bei seinen gegen Deutschland gerichteten Einkreisungsbemühungen ist König Eduard von England im Jahre 1908 sogar an den Monarchen unseres mit Deutschland verbündeten Vaterlandes dem Ansinnen herangetreten, der gegen das Deutsche Reich zu gründenden Koalition beizutreten, Kaiser Franz Josef antwortete damals ablehnend.**

Wohl ausdrücklich nur mit dem Hinweise darauf, daß er der Bundesgenosse des deutschen Kaisers sei und daß er den Bundesgenossen nicht verraten könne. Immerhin dürfte aber der innere Grund dieser Ablehnung die Erwägung gewesen sein, daß England zwar gerne die Mitwirkung der Völker Oesterreich-Ungarns zur Zerstörung des Deutschen Reiches gewinnen möchte, daß aber nach Ueberwindung Deutschlands das nächste Opfer eben Oesterreich-Ungarn sein würde, von dem ja Rußland, Serbien und vielleicht auch Italien größere Gebiete erstrebten. Oesterreich-Ungarn mußte also treu zu Deutschland halten, weil es nur beim Bestande dieses Bündnisses die Möglichkeit hatte, seinen eigenen Bestand zu sichern. Dieselben Beweggründe wie bei Oesterreich-Ungarn waren in der Folge für die Türkei und Bulgarien maßgebend für den Eintritt in den Krieg auf Seite der Mittelmächte. Speziell Bulgarien wurde von England vor die Wahl gestellt, entweder auf Seite der Entente zu treten oder von derselben als Feind behandelt zu werden, und es ist begreiflich, daß es nach den Erfahrungen des zweiten Balkankrieges nicht nochmals in ein Bündnisverhältnis zu Serbien treten konnte.

Nachdem Oesterreich-Ungarn abgelehnt hatte, sich gegen Deutschland zu stellen, wurde das kleine Serbien von England dazu ausersehen, gegen Oesterreich-Ungarn den bissigen Köter zu spielen, welcher den Nachbar solange zu reizen hatte, bis diesem die Geduld ausginge. Dies geschah schließlich durch die Ermordung des Thronfolgerpaares unter den Auspizien der Belgrader Regierung. Dieser nichtswürdige Mord war wohl die Veranlassung, aber bei weitem nicht der Grund zum Ausbruche des Weltkrieges. Hätte Oesterreich-Ungarn nicht wegen des Mordes von Sarajewo Ernst gemacht, so wäre in Bälde eine andere Herausforderung von Seite Serbiens erfolgt, etwa die Ermordung des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, kurz irgendeine Zumutung, die sich ein Großstaat unmöglich gefallen lassen kann, damit dann die mitverschworenen Großstaaten England, Rußland und Frankreich offen die Partei des kleinen Friedensstörers ergreifen können.

England war es seit Jahren gewohnt, die Söhne anderer Völker für seine eigenen Interessen bluten zu lassen, und es hat demnach den Franzosen Elsaß-Lothringen, den Russen Konstantinopel und Galizien, den Serben Kroatien, Dalmatien und Istrien nebst Krain gegen das versprochen, daß alle diese Staaten die Landmacht Deutschland vernichten sollten, damit England selbst mit voller Sicherheit Deutschlands Seemacht ebenso gründlich wie endgültig zu beseitigen vermöchte. Daß schließlich auch Amerika der englischen Koalition beitrug, findet seinen Grund darin, daß in Amerika die Bürger englischer Abkunft das Uebergewicht über die Bürger der anderen Stämme haben und daß die Englischamerikaner an diesem Vorrang Einbußen erleiden müßten, wenn ihre großbritannischen Blutsverwandten nicht mehr die Seeherrschaft innehätten. Nur die Blutsverwandtschaft der Amerikaner „mit dem englischen Bindestrich“, mit den Engländern Großbritanniens, war der Kriegsgrund für Wilson, die angebliche Kränkung der Neutralitätsrechte Amerikas durch die deutschen Unterseeboote dagegen bloß der schöne Mantel.

Wenn man also nicht ein Verbrechen daraus machen will, daß Deutschland mit seiner dichten Bevölkerung getrachtet hat, neben England überseeische Kolonien zu besitzen, also „einen Platz an der Sonne“ zu haben, so muß jeder Einsichtige erkennen, daß der Grund des Weltkrieges lediglich in dem Neide Englands, in dessen Bestreben nach Vernichtung der deutschen Seemacht zu suchen ist, und daß alles Gerede der Entente von der Beschützung und Selbstbestimmung der kleinen Völker, der Beseitigung des deutschen Militarismus usw. nichts anderes bedeutet als Sand in die Augen der Neutralen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, ist nun in Rücksicht auf die Beendigung des Weltkrieges zu erwägen, daß das russische Volk ebenso wie das französische im Grunde friedliebend war und daß dort die Mutter ihren Sohn, die Ehefrau ihren Gatten nur sehr ungerne in den Krieg ziehen sah, ebenso wie auch unsere heldenmütigen Krieger sicherlich lieber daheim geblieben wären, wenn es eben nicht notwendig gewesen wäre, das Vaterland und das eigene Heim vor größter Bedrängnis und vor Vernichtung zu bewahren. In England freilich war der gleiche Gedanke nicht bestimmend, weil ja England von vornherein überzeugt war, daß die Heere Rußlands, Frankreichs und Serbiens allein die Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns besorgen würden, eigene Blutopfer daher gar nicht nötig sein werden und daß schließlich das geknebelte Deutschland seine Kriegsflotte freiwillig werde ausliefern müssen. Diese Erwägung ist ja auch der eigentliche Grund dafür, daß die große englische Kriegsflotte bislang nicht ernsthaft in den Kampf geschickt wurde, weil ja auf dieser Flotte nur wenige Australier, Kanadier,

Inder usw. und noch weniger Franzosen oder Russen, sondern hauptsächlich wirkliche Söhne Englands dienen und bei einer Seeschlacht in Gefahr kommen müßten.

Da die bisherige Weltstellung und der Reichtum Englands mit dessen Seemacht steht und fällt, so ist es sonnenklar, daß der Engländer, solange er noch die leiseste Hoffnung hat, Deutschland überwunden sehen zu können, allen anders gearteten Friedensbestrebungen gegenüber unzugänglich bleiben wird. Um über diese Klippe hinweg zukommen, muß man in Erwägung ziehen, daß Rußland und Frankreich den Mittelmächten nicht gemeinschaftlich mit England, sondern jeder Staat für sich den Krieg erklärt hat und daß es den schlauen **Engländern erst nachträglich gelungen ist, Rußland und Frankreich durch den Londoner Vertrag zu verpflichten, nur gemeinschaftlich einen Frieden zu schließen.**

Durch diesen schlauen Akt glaubte England, die Mitverschworenen für die ganze ihm genehme Kriegsdauer in sein Joch gespannt zu haben, und **es hat sogar auf Seite Deutschlands Leute gegeben, die anlässlich des Friedensanerbietens vom Dezember 1916 wegen des Londoner Vertrages den Russen den Abschluß eines Sonderfriedens nicht zumuten zu dürfen glaubten.** Dieser Standpunkt ist jedoch darum zu verwerfen, weil zu einem Friedensschlusse wie zu jedem Verträge auch die Bereitwilligkeit des anderen Teiles notwendig ist, und die Entente füglich den Vertretern der Mächte Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien nicht zumuten kann, sich etwa mit den Sendboten der landesflüchtigen Könige von Serbien und Montenegro an einen Verhandlungstisch zu setzen. Ueberdies kommt in Betracht, daß bei den großen Entscheidungen der Staatenlenker immer das Interesse des eigenen Volkes ausschlaggebend sein muß und daß die Eventualität, es könnte einer der mit England verschworenen Staaten militärisch niedergeworfen werden, nicht absolut von der Hand zu weisen ist.

Dieser Erkenntnis werden freilich jene Personen, welche als Leiter der Politik Frankreichs und Rußlands die Verbrüderung mit England und damit den Weltkrieg eingefädelt haben, aus höchst persönlichen Gründen niemals Raum geben. Auch jene Personen nicht, die zum Kriege gehetzt oder sich für dessen Fortführung um jeden Preis eingesetzt haben. Bei der eben festgestellten Entschlossenheit Englands wird also ins solange, als nicht entweder in der Leitung Rußlands und Frankreichs ein gründlicher Personenwechsel eingetreten oder einer dieser beiden Staaten militärisch besiegt ist, weder ein Sonderfriede noch überhaupt ein Friede geschlossen werden. Es wäre denn, daß England selbst freiwillig oder gezwungen auf die Beherrschung der Meere Verzicht leisten sollte. Das erstere ist ausgeschlossen, das letztere aber davon abhängig, ob England schließlich nicht doch die Entscheidung zur See mit der großen Flotte suchen wird.

Die Bemühungen, durch Anbote eines Friedens mit dem von der Entente ausgegebenen Leitmotiv "Ohne „Eroberung und ohne Entschädigung“ die Gegner umzustimmen, werden für sich allein niemals zum Ziele führen, sondern von den Gegnern immer nur als Schwäche aufgefaßt werden und den Krieg verlängern, statt ihn abzukürzen. Es erübrigt also für uns nichts anderes als in Ruhe abzuwarten, ob in den Regierungen von Rußland und Frankreich eine durchgreifende Aenderung zustande kommt und hiebei die Erkenntnis sich durchdringt, daß den Franzosen und Russen das eigene Hemd näher ist als der englische Rock. Selbstverständlich werden wichtige Erfolge militärischer Natur auf unserer Seite diese günstige Entwicklung der Dinge beschleunigen.

W.H.

Freitag, 27. Juli 1917

Vorwärts – Nr. 203 – Freitag, 27. Juli 1917 – S.2

Der Widerstand gegen einen baldigen Frieden.

Der Kopenhagener „**Socialdemokraten**“ schreibt am Montag: Der größte Widerstand gegen einen baldigen Frieden kommt von Frankreich, England und Amerika. Frankreich verblutet zweifellos, die Regierung hält aber krampfhaft die Kriegsstimmung aufrecht durch die Hoffnung auf Elsaß-Lothringen. England hat seine Kriegsziele erreicht: es hat Deutschland in der ganzen Welt unpopulär gemacht, seinen Welthandel gelähmt, seine Kolonien erobert, Arabien von der Türkei getrennt und sich in Süd-Persien und Mesopotamien festgesetzt. Wäre England sicher, bei Friedensschluß dies alles behalten zu können, so wäre der Friede schon morgen da; die elsäß-lothringische, polnische und ähnliche Fragen würden für den englischen Imperialismus zu Kleinigkeiten werden.

England hat, trotz allem Liberalismus, namentlich in den letzten Jahren seine Stellung auf Ausbeutung aller Weltteile aufgebaut, und zwar durch zahlreiche Kriege. Allein seit 1871 hat es 84 Kriege geführt und 59 Millionen Menschen unter seine Herrschaft gebracht. Nirgends kann das Wort Imperialismus mit solchem Recht gebraucht werden, wie bei England. Es ist nur Heuchelei, wenn in der englischen Chauvinistenpresse der ganze Krieg unter dem Schlachtruf: „Gegen den deutschen Imperialismus“ geführt wird. Es handelt sich um Deutschlands friedliche Handelsentwicklung, die Englands Weltmonopol bedroht. England wollte allein das Weltreich bleiben und einem Konkurrenten keinen Platz lassen. Fragt man, wer am Weltkrieg interessiert war, so kann die Antwort: England nicht zweifelhaft sein. Deutschland hatte vom Frieden nur Vorteile.

Seitdem nun aber die Vereinigten Staaten sich ebenfalls am Kriege beteiligen, wird England durch einen neuen, äußerst gefährlichen Konkurrenten bedroht. Selbst wenn es in einem noch jahrelang dauernden Kriege Deutschland besiegen und dadurch diese Konkurrenz für lange beseitigen könnte, so erhebt sich auf der anderen Seite des Ozeans ein neuer Konkurrent von viel gefährlicherer Art.

Deutsche Zeitung – Nr. 376 – Freitag, 27. Juli 1917 – S.2

Ein paar Fragen an Herrn Scheidemann, M.d.R.

Ihre neuliche Reichstagsrede, lieber Scheidemann, war eine ernste Ermahnung an die Adresse des neuen Reichskanzlers, verbunden mit dem keineswegs allzu zurückhaltenden Hinweis auf Machtmittel realpolitisch zweifellos beachtenswerter Art, als deren Sprecher und – je nach dem – Bändiger und Entfeßler Sie sich fühlen. **Sie stellen Forderungen, die Sie, wie man das gemeinhin nennt, durch Drohungen unterstützen!** Darf ich Ihnen in Anschluß daran ein paar Fragen vorlegen?

Zwei haben einen Streit miteinander. Da kommen Banditen und überfallen das Haus, in dem beide miteinander wohnen, und um das sie hadern. Die Räuber wissen von dem Zwist und rechnen mit der Uneinigkeit ihrer Opfer. Der stärkere der beiden wirft sich ihnen entgegen. Mit jeder Faust hält er einen der Strolche an der Gurgel; einen dritten wehrt er durch Fußtritte ab. „Gib mir die Axt!“ schreit er dem Hausgenossen zu. „Einen Augenblick!“ meint der. „Denkst Du an unseren Streit, lieber Freund? Andermal bist du der Stärkere. Jetzt bin ichs. Die Axt hat Zeit. Aber sieh! Ich habe einen Dolch hier, den mir zu überlassen Du einst unvorsichtig genug gewesen bist! Willst du mich für die Zukunft als Herrn in unserem Hause anerkennen? Dann sei so gut – aber bitte gleich! Sonst geb ich Dir nicht nur die Axt nicht, sonst stoß ich Dir vielleicht noch obendrein mein Eisen zwischen die Rippen! Mit unseren Gegnern werd' ich mich hinterdrein verständigen. Siehst Du nicht, wie sie mir zuwinken?“

Wie denkt man in Ihren Kreisen über das Verhalten dieses Mannes, lieber Scheidemann? **Hat es nicht überraschend viel Aehnlichkeit mit dem einer radikalen politischen Oppositionspartei, die dem Staat im Kriege in den Rücken fällt mit der Drohung, zwar nicht juristisch-formell Landesverrat üben, aber doch praktisch in einer Weise zugunsten des Feindes Stellung nehmen zu wollen, durch die die eigene Verteidigung wehrlos wird.**

Auch für die Geschichte mit dem Dolch lassen sich Vergleichsmöglichkeiten denken. Wenn z.B. der Staat vorher aus unklaren Erwägungen heraus ohne Not der Oppositionspartei das Recht eingeräumt hätte, die Massen in ihm feindlichen Sinne zu organisieren, so würde er allerdings seinem Gegner den Dolch selbst in die Hand gedrückt haben, mit dem er jetzt im Rücken bedroht wird.

Sie sind, lieber Herr Scheidemann, von einer so maßgebenden Persönlichkeit wie dem verflossenen Herrn Reichskanzler praktisch als staatsmännische Autorität anerkannt worden. Man kann also ernstlich mit

Ihnen reden. Welche Politik würden Sie nach dem Frieden dem Reichskanzler, der dann im Amte sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber empfehlen, **falls während des Krieges die genössischen Arbeiter-Organisationen der Heimat, z.B. durch Begünstigung von Ausständen innerhalb der Munitionserzeugung, oder gar durch Werbearbeit dafür, unserer Kriegführung nachweisbar ernsthaft Schwierigkeiten bereitet und so das Reichsinteresse geschädigt haben sollten?** Meinen Sie, das Reich solle dann so tun, als ob es nichts gemerkt hätte und nichts vorgefallen sei –, so daß damit die Kriegführung gegen den eigenen Staat im Rücken der Armee als harmlose und sozusagen normale Erscheinung für jeden künftigen Krieg stillschweigend von vornherein anerkannt würde? **Glauben Sie vielmehr nicht, daß es verdammt Pflicht und Schuldigkeit der Reichsleitung ist, nach mehr oder weniger glücklich überstandener Krisis die Wiederholung ähnlichen Unfugs von vornherein unmöglich zu machen, und zwar in den Lagen, wie die gegenwärtige, im vorausschauenden Sinne Bismarcks, durch Zerstörung der Organisationen?**

Ihre Freunde haben sich öfters auf den Standpunkt gestellt, daß das Interesse der „Entrechteten“ und „Enterbten“ am Staat – **dieser „Entrechteten“ und „Enterbten“, die es, wohlverstanden, nirgendwo in der Welt, in keiner Demokratie und keiner Republik, so gut haben und so viel tatkräftigem, gutem Willen begegnen, als bei uns** –, daß Ihr Interesse am Staat als mit anderem Maße zu messen sei, als das ihrer „Ausbeuter“, als welche wir andern uns wohl zu fühlen haben. Ihr Kapital seien ihre gesunden zwei Arme, sonst nichts; die aber hätten internationalen Kurswert. Welche Flagge wehe, könnte ihnen also eigentlich gleichgültig sein; **der „Nationalismus“ sei nichts als eine eigennützige Spielerei der Besitzenden.**

Es ist nicht wahrscheinlich, daß Ihre Anhänger diese Auffassung ihrer Mehrzahl nach gut heißen werden; diejenigen von ihnen, die zur Mitwirkung an der Verteidigung des Reichs in der Front berufen waren, haben praktisch das Gegenteil dargetan. Die Führer haben sich indessen – allerdings mit Ausnahmen – als weniger zuverlässig erwiesen, und die in der Heimat Zurückgebliebenen haben zum mindesten hier und da gezeigt, daß sie sich selbst in kritischster Stunde deren Einfluß nicht unbedingt zu entziehen wissen. Nun sagen Sie, als nach dem Verhalten des Herrn v. Bethmann zu Ihnen staatsmännisch und patriotisch empfindender Kopf, welchen Einfluß auf die Geschicke des Staates soll man solchen Leuten künftig einräumen? **A.Z.**

Deutsche Tageszeitung – Nr. 379 – Freitag, 27. Juli 1917 – S.2

Was Herr Scheidemann möchte.

Der Abgeordnete Scheidemann hat in einem Vortrag, den er, bescheiden wie er nun einmal ist, „Deutschlands Zukunft“ genannt hat, den kühnen Satz ausgesprochen:

„Hoffentlich wird man nicht in den alten Fehler verfallen, Rußland einen Sonderfrieden anzubieten. Wenn aber Rußland selbst den Frieden wollte, sollte man ihm sagen, daß nach keiner Seite hin deutsche Eroberungsabsichten bestehen und die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Belgiens, die Unversehrtheit Frankreichs auf alle Fälle gewährleistet sei.“

Hier wird also die Möglichkeit vorausgesetzt, daß Rußland tatsächlich einen Frieden wünscht. Es ist nun ausgeschlossen, daß die russische Regierung diesen Wunsch nach einem Frieden gleichzeitig auch für Frankreich und England und die anderen Mächte und Ohnmächte, die heute unter dem Namen Entente zusammengefaßt sind, aussprechen könnte. Rußland müßte schon für sich einen Sonderfrieden beantragen. Es kämen demgemäß darin nur Dinge zur Sprache, die zwischen Deutschland und seinen Verbündeten einerseits und Rußland andererseits geregelt werden müßten. Deutschland und seine Verbündeten könnten und müßten in diesem Falle geschlossen antreten, da jeder einzelne der Bundesgenossen auch besondere Fragen mit Rußland zu ordnen hat. Es besteht nicht nur eine russisch-deutsche, sondern auch eine russisch-österreichische, eine russisch-ungarische, eine russisch-türkische und eine russisch-bulgarische Frage. Dagegen müßte bei dieser Vorstellung eines russischen Friedens Rußland als solches naturgemäß unabhängig von den Interessen seiner Verbündeten auftreten.

Herr Scheidemann wagt nicht auszusprechen, daß man ein etwaiges Friedensangebot Rußlands, das wir, um Mißdeutungen von vornherein auszuschalten, nicht in unsere Rechnung einstellen, von vornherein abweisen müßte. Dagegen versucht er es, durch die Folgen, die ein solches Friedensangebot haben könnte, die deutsche Regierung von vornherein für jeden weiteren Friedensschluß festzulegen. Ein etwaiger Friede mit Rußland soll auch schon unsere Beziehungen zu Frankreich und England für alle Folge entscheiden.

Trotzdem Rußland nicht das geringste Interesse an einer Unversehrtheit Belgiens und Frankreichs haben könnte, sollen wir trotz des Ausführungen Bonar Laws zu der Rede Carsons und dem unten mitgeteilten Beschluß der Pariser Ententekonferenz von vornherein für diese Länder ihre völlige Unversehrtheit garantieren, sollen also weit über das Maß dessen hinausgehen, was Rußland wünschen könnte. **Die Möglichkeit eines**

Sonderfriedens mit Rußland soll also nicht deutsche Heere entlasten und sie schnellere Herbeiführung eines deutschen Sieges und damit des Weltfriedens ermöglichen, sondern sie soll lediglich dazu benutzt werden, den deutschen Sieg um jeden Preis zu verhindern.

In französischen offiziellen Kreisen ist man der Auffassung, daß ein Friede ohne völliges Niederzwingen eines Gegners undenkbar sei. Herr Scheidemann will diese Niederzwingung verhindern, und da er nach dem Erfolg an der Ostfront nicht mehr, wie noch vor kurzem in seiner langen Reichstagsrede einen militärischen Sieg Deutschlands in das Reich der Fabel verweisen kann, so ist er für eine ausgesprochenste diplomatische Niederlage Deutschlands zu haben. Anders lassen sich seine Worte nicht verstehen.

Es ist zweifellos, daß die französischen und englischen Abgeordneten, die sich an den berühmten Verhandlungstisch setzen sollen, mit Mindestforderungen erscheinen werden. Im besten Falle werde, so meldet der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten“, der zu offiziellen französischen Kreisen Beziehungen hat, „die Konferenz der Alliierten, die Kriegsziele von einigen imperialistischen Tendenzen reinigen, die Grundforderungen aber würdigen bleiben. **An ein Entgegenkommen irgendwelcher Art sei auch dann, wenn Deutschland freiwillig auf Elsaß-Lothringen verzichten und sich demokratisieren sollte, nicht zu denken.**“

Damit ist klar gesagt, und die Ausführungen im englischen Unterhaus decken sich damit, daß die feindlichen Eroberungsabsichten weiterhin ungebrochen bestehen. Wir dagegen sollen nach dem Willen Scheidemanns immer wieder betonen, daß wir keine Eroberungsabsichten haben, und sollen unserer Regierung unter allen Umständen das Recht nehmen, den Frieden so zu gestalten, daß er der deutschen Opfer und der Taten unserer Helden würdig ist. Eroberungsabsichten treiben uns gewiß nicht. Denn Eroberung ist um ihrer selbst willen da; ein Eroberungskrieg wird geführt, ohne die Frage zu stellen, ob er zur Erhaltung des unversehrten Bestandes eines Reiches unbedingt notwendig ist. Es gibt seit Jahrhunderten keinen europäischen Krieg mehr, der lediglich aus Eroberungsabsichten geführt wurde; selbst die Napoleonischen Kriege lassen sich nicht ohne weiteres in diese Rubrik einreihen.

Es ist nun bezeichnen, daß gerade in dem Augenblick, da die deutschen Heere in den Entscheidungskampf eintreten, Herr Scheidemann diese Ausführungen macht und mit derartigen oberflächlichen Begriffen in Massenveranstaltungen hausieren geht. **Das Lebensrecht eines großen Staates ist schließlich etwas anderes, als das eines künstlich geschaffenen geographischen Begriffes, wie es Belgien als Staat gewesen ist.** Und das Lebensrecht eines großen Volkes läßt sich nicht durch Hin- und Herschieben feststellen, sondern steht auf dem Umfange der tatsächlichen Macht.

Hin- und Herschieben aber wäre es, wenn man durch fortdauernde Beteuerungen schließlich für jeden Staat einen Gewinn herausrechnen wollte, wobei vielleicht uns der „moralische“ zufiele. Was hier aber notwendig ist, das ist die unbedingte Freiheit, mit der die Regierung ihre Entschlüsse faßt. Und für diese Freiheit wird durch die Erfolge unserer Heere Platz geschaffen.

Die Ausführungen Scheidemanns wollen der deutschen Regierung die Hände binden, wollen dem deutschen Volke sein Lebensrecht verkümmern. Ein Sonderfriede mit Rußland aber könnte nur auf Grund der Fragen abgeschlossen werden, die zwischen den beiden Mächten tatsächlich verhandelt werden. Eine Festlegung für spätere Zeit und anderen nicht in Frage kommenden Mächten gegenüber steht außerhalb des Rahmens jeder vernünftigen Betrachtung.

J.Br.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 379 – Freitag, 27. Juli 1917 – S.1

Grenzschutz.

Die „Kölnische Volkszeitung“ hatte in einem Artikel auch die Sicherung der Grenzen als Kriegsziel behandelt und u.a. den Wunsch, Belgien zu behalten unter Hinweis auf die letzten Fliegerangriffe begründet. Ebenso hatte das Blatt gesagt, daß die Verwüstung Ostpreußens durch die Russen den Beweis liefere, daß hier durch Erweiterung des Grenzgebietes erhöhte Sicherheit geschaffen werden müsse. Die „Frankfurter Zeitung“ entdeckt hierin grobe logische Fehler. Das Blatt meint, wir hätten doch jetzt Belgien in der Hand und trotzdem hätten Fliegerangriffe im Rheinland und Westfalen stattgefunden. Und wenn man die jetzigen deutschen Grenzen im Osten durch Gebietserweiterung schützen wolle, dann müsse eben das neue Gebiet als „Gebiet minderen Grades“ und „gerade gut genug, um verwüstet zu werden,“ angesehen werden. Das sei der Geist der Gewaltpolitik und bezeichnend für die Gesinnung derer, die so redeten.

Wir sind der „Frankfurter Zeitung“ dankbar dafür, daß sie in der Freude über angebliche Entdeckung eines logischen Fehlers einem Teil ihrer Ansichten über Grenzsicherung öffentlich Ausdruck gegeben hat. Dem

Blatte ist offenbar der Begriff einer zur Verteidigung günstigen oder ungünstigen Grenze fremd, sowohl unter dem fortifikatorischen wie unter dem strategischen Gesichtspunkte gesehen. Das ist schon an sich merkwürdig und ganz besonders, weil die „Frankfurter Zeitung“ doch aus den Erfahrungen dieses Krieges gerade die beispiellose Ungunst unserer östlichen Grenze und insbesondere derjenigen Ostpreußens kennen mußte.

Es handelt sich in Wirklichkeit nicht darum, ein Gebiet „minderen Grades“ außerhalb der bisherigen Gebietsgrenzen herzustellen, sondern – sofern eben lediglich Grenzsicherungen in Betracht stehen – eine neue Grenze zu erhalten, die fortifikatorisch und strategisch eine Grenzsicherung so leicht wie möglich durchführbar macht.

Was nun Belgien betrifft, so wird ein Belgien unter deutscher Oberherrschaft ebenfalls kein „neuer Boden zu sein brauchen, den man gerade für gut genug hält, verwüstet zu werden“. **Unter deutscher Oberherrschaft wird Belgien ein Gebiet werden, das verteidigt werden kann und mit Sicherheit wirksam verteidigt werden wird.** Die Belgier konnten das nicht und würden es in Zukunft ebenfalls nicht können, vorausgesetzt selbst, daß sie den Willen hätten, es zu tun.

Käme Belgien nicht unter deutsche Oberherrschaft, so würde es Aufmarschgebiet unserer westlichen Feinde, würde Brückenkopf für Großbritannien, für Landungen, würde beherrschender Stützpunkt für die britische Flotte vor dem deutschen Nordseewinkel und würde außerdem eine ungemein gefährliche Basis für Luftstreitkräfte unmittelbar am Herzen der Industrie- und Kohlegebiete des deutschen Westens, deren Bedeutung für die Kriegführung des „Frankfurter Zeitung“ nicht unbekannt sein dürfte. Vielleicht wird die „Frankfurter Zeitung“ sich auch erinnern daß es Absicht der Entente war, uns von Belgien aus anzugreifen unter Mitreißung des belgischen Staates und Heeres, und daß die Schwierigkeit und Gefahr der militärischen und politischen Situation sich eben aus dieser ganzen Stellung Belgiens ergab.

In Zukunft wird das noch viel ungünstiger werden und die berühmten „internationalen Rechtsorganisationen“ und „überstaatlichen Vereinbarungen“ sind nicht als Sand in die Augen. Ein Belgien unter deutscher Oberherrschaft aber wird die ewige belgische Frage ein für alle Male beseitigt haben. Sie wird Belgien nicht zu einem Gebiete machen, das man gerade für gut genug hält, um verwüstet zu werden, sondern im Gegenteile zum ersten Male seit Jahrhunderten die Gewähr dafür schaffen, daß der belgische Boden nicht wieder zum Kampfplatze der großen Mächte werde. Das ist keine leere Redewendung, sondern begründet sich in der Tatsache, daß das Deutsche Reich das kann, wozu keine andere Macht imstande ist: den belgischen Boden zu schützen, nach der Landseite wie nach der Seeseite. **Die fortifikatorische und strategische Natur der belgischen Grenzen nach außen spielt dabei, was kaum gesagt zu werden braucht, eine überaus bedeutende Rolle.** Kurz, hätte die „Frankfurter Zeitung“ geschwiegen, so wäre es von ihrem Standpunkte klüger gewesen.

Die Frage der Grenzsicherheit wird vielfach ferner zur eigentümlichen Behauptung benutzt, daß eine aus militärischen Gründen neugezogene Grenze bei dem Nachbarn auf dessen Kosten sie gezogen wäre, so viel nachhaltige Erbitterung erzeuge, daß der Friede dann kein dauernder sein könne. Es wird dabei auch auf den siebenziger Krieg exemplifiziert und gesagt, der Friede nachher würde nicht so lange gedauert haben, wenn man den Franzosen z.B. nicht Belfort gelassen hätte. Wir sind der entgegengesetzten Ansicht. **Wäre man 1871 der Forderung des deutschen Generalstabes gefolgt und hätte den Franzosen Belfort genommen, was damals niemand hätte hindern können, so hätten die Dinge an einer solchen deutsch-französischen Grenze und durch sie unvergleichlich günstiger für das Deutsche Reich gelegen.**

Man darf bezweifeln, daß dann die Franzosen auch in Verbindung mit ihren jetzigen Bundesgenossen das Siegesvertrauen gehabt hätten, welches die Vorbedingung ihres Eintrittes in den **Rachekrieg 1914** sein mußte und tatsächlich auch gewesen ist. Die Dauer eines Friedens auf schöne Gefühle und Phrasen zu basieren, ist gewiß sehr bequem. Aber man kann es nur als den Gipfel der Leichtfertigkeit bezeichnen. Auch hier spielt die Machtfrage eine höchst bedeutende Rolle und ist nach manchen Seiten hin geradezu die Grundlage für die Dauer eines Friedens. **Allerdings gehört es vielleicht zu den ethischen Theorien der sogenannten Reichstagsmehrheit und ihrer Presseorgane, durch Schwäche und daraus sich ergebende konstante Nachgiebigkeit einen dauernden Frieden walten zu lassen.** Dann würde die Frage des Grenzschutzes sich auch in überaus einfacher Weise lösen, indem man ihn auf die bekannten Grundsätze, Rechtsorganisationen und Vereinbarungen gründete.

Lloyd George, der Friedensteind.

Lloyd George hat in seiner letzten Rede gesagt, er würde mit einem, wie er sich ausdrückt, „von der Autokratie beherrschten“ Deutschland unter gar keiner Bedingung Frieden schließen. Das ist, mit anderen Worten ausgedrückt, die Ankündigung, daß er mit Deutschland nicht verhandeln will, so lange die Hohenzollern auf dem Thron sitzen, denn die englische Lügenpropaganda wird Deutschland immer als ein autokratisch regiertes Reich bezeichnen, so lange wir bei unserer bewährten monarchischen Grundlage bleiben, mögen die Verfassungsstände im übrigen sein, wie sie immer wollen.

Lloyd George hat sich damit als einen „Feind des Friedens“ hingestellt. Seine den Geist der übermütigen Anmaßung der kriegswütigen Despoten und Eroberer aller Zeiten atmende Aeußerung ist die krasseste, das Friedensverlangen aller Völker verhöhnende, maßlose Bluttrunkenheit verratende Herausforderung. Eine so despotisch-autokratische Aeußerung frivolen Uebermutes wäre in dem von ihm als autokratisch verleumdeten Deutschen Reiche nicht möglich. Bei uns denkt auch kein einziger von den Vertretern der weitgehendsten Kriegsziele daran, den Feinden vorzuschreiben, welche Regierungsform sie bei sich errichten sollen, und davon den Eintritt in Friedensverhandlungen abhängig zu machen. Lloyd George gebärdet und fühlt sich offenbar mit der Stütze der Northcliffe-Presse weit mehr als Autokrat als irgend eine Persönlichkeit an leitender Stelle in Deutschland. Man stelle sich nur einmal den ganzen anmaßenden, herausfordernden und selbtherrlichen Ton seiner Rede vor, die in Deutschland nicht hätte gehalten werden können, ohne sehr scharfe Zurückweisung bis in die Reihen der Rechten zu erfahren.

Eine Lage, die gestattet, einem im Kriege bekämpften Lande seine künftige Regierungsform vorzuschreiben, setzt dessen völlige Niederwerfung, ja Knechtung voraus. Napoleon konnte, als er auf der Höhe seiner Erfolge stand, in den seiner Herrschaft unterworfenen Ländern Könige einsetzen und Fürsten vertreiben. Aber selbst er, der doch auf ganz andere Erfolge pochen konnte als Lloyd George, hat großen Staaten gegenüber, sogar als völliger Sieger, niemals solche Forderungen als Vorbedingung für Friedensverhandlungen erhoben. Lloyd George will also nach seinen Worten den Krieg fortgesetzt wissen, bis Deutschland so jeder Macht beraubt worden ist, daß es sich den ehrlosesten Bedingungen seiner Feinde unterwerfen müßte.

Was eine solche Forderung in sich schließt nach drei Kriegsjahren, die Deutschland und seine Verbündeten trotz immer neu aufgebrachter Bundesgenossen der Feinde an allen Fronten siegreich und ungebrochen zeigt, wäre die Verlängerung des Krieges auf unabsehbare Zeit, denn nach einem solchen Verlaufe der kriegerischen Ereignisse während der drei Kriegsjahre ist gar nicht anzunehmen, daß Deutschland in absehbarer Zeit so weit niedergeworfen werden könnte, daß es unter das von Lloyd George errichtete kaudinische Joch gehen müßte. Das müßte sich selbst der extremste Entente-Illusionist sagen, wenn er noch nicht alles kritische Vermögen eingebüßt hat.

Die selbtherrliche, von grenzenlosem Uebermute zeugende Aeußerung des englischen leitenden Ministers beweist also, daß Lloyd George der größte Friedensteind ist, den es gegenwärtig gibt. Die Mehrheit des englischen Volkes oder vielmehr die herrschende Clique, die den Willen des Landes beherrscht, ist offenbar mit ihm einer Meinung. Die Aufgabe aller ehrlichen Freunde einer Wiederkehr des Friedens in Europa muß es also sein, diesen englischen Kriegswillen zu brechen. Dagegen hat die deutsche Reichstagsmehrheit ihn durch ihren Beschluß nur gestärkt, denn dieser Beschluß hat Lloyd George und seine kriegswütige Gefolgschaft nur in dem Wahn bestärken können, daß das deutsche Volk anfangs, sich dem Willen der Entente zu beugen, um Frieden zu erhalten.

Die Wahrheit ist freilich, daß die große, übergroße Mehrheit unseres Volkes nach wie vor zu dem Worte Schillers steht: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre.“ Im Auslande aber weiß man das nicht, man richtet sich dort nach den Anzeichen, die aus der Volksvertretung kommen und glaubt das, was man wünscht und hofft. Lloyd George erhebt deshalb die maßlosesten Ansprüche, weil er hofft, dadurch die Reichstagsmehrheit noch mehr einschüchtern und für Ententezwecke noch williger machen zu können.

Daß die Friedensentschließung der Mehrheit Erzberger-Scheidemann uns dem Frieden nicht näher gebracht, sondern im Gegenteil die Hoffnungen und Ansprüche unserer Feinde nur noch gesteigert hat, beweist die Rede Lloyd Georges mit ihren übermütigen Ansprüchen deutlich. Lloyd Georges Lockungen, daß er mit einem „freien“ Deutschland Frieden schließen könne, richten sich an die Adresse der Erzberger-Scheidemann. Sie sollen damit angereizt werden auf dem beschrittenen Wege fortzufahren. Je „freier“

Deutschland, „um so mehr gefällt es uns,“ lautet sein ermunterndes Lob für die Mehrheit im Reichstage. Daß er ihren Beschluß nicht erwähnt, hat wohl den Grund, daß er fürchtet, ihr mit jeder anerkennenden Bemerkung zu schaden. Seine Worte sind ja ohnehin deutlich genug. **Er hat gesagt, welches Deutschland England „gefällt“.**

Wir haben erst gestern hervorgehoben, daß das ein ohnmächtiges, wirtschaftlich von der Gnade Englands abhängiges Deutschland sein würde. Wir aber wollen ein Deutschland, daß sein Recht in der Welt behaupten kann, das wirklich „frei“ ist, frei von fremder Abhängigkeit, und das seine Verfassungszustände nach eigenem freien Ermessen ohne Druck von außen in Fortentwicklung auf dem Boden der geschichtlich gegebenen Verhältnisse ausbaut und fortbildet, ein Deutschland, das wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten behält und nicht verkümmert. Das können wir nur erreichen, wenn wir den vermessenen, übermütigen und maßlosen Kriegswillen Englands und seines zurzeit unumschränkt das Land beherrschenden Staatsmannes brechen.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 379 – Freitag, 27. Juli 1917 – S.1

**Durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken ist das Erscheinen der
„Berliner Neuesten Nachrichten“
bis auf weiteres verboten worden.**

Tägliche Rundschau – Nr. 381 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.1

Rheinufer und Kriegszielrevision.

Für uns könnte die Offensive der großen Worte der Carson, Lloyd George, Asquith und Bonar Law damit erledigt sein, wir haben nicht einen Augenblick daran gezweifelt, welchen Widerhall die Kundgebung des Reichstags bei ihnen finden würde. Volle 19 Mann einer extremen und einflußlosen Gruppe innerhalb der Parteien des Unterhauses haben den Versuch gemacht, den neuen Friedensaufruf ernst zu nehmen, selbst die sozialistische Arbeiterpartei hat sich mit einer Erklärung ihres Führers Wardle einmütig hinter die Asquith und Lloyd George gestellt, so daß selbst der „Vorwärts“ sagt, Wardle habe schärfer wie Asquith ganz im Sinne Bonar Laws gesprochen. Wir wußten es, und brauchen uns heute nicht darüber zu ereifern.

Nur eine Tatsache ist noch näherer Erörterung wert, ein kaum beachteter Zwischenfall gegen Schluß der Unterhaussitzung. Ein Mitglied der Mcdonaldgruppe fragte Bonar Law, wie er sich zu der Rede Carsons in Belfast stelle, die bekanntlich den Auftakt zu den Antworten der englischen Regierungsmänner darstellte. **Carson hatte gesagt, daß „Verhandlungen mit Deutschland, welcher Art sie auch seien, erst beginnen könnten, wenn die deutschen Truppen über den Rhein zurückgezogen seien“. Und Bonar Law trug keinen Augenblick Bedenken, zu erklären, er stelle sich durchaus auf den Boden Carsons. Doch sein friedensfreundlicher Gegner ließ nicht locker und stellte die weitere Frage: „Berücksichtigen Bonar Law und Carson auch, daß die beiden Rheinufer ein erhebliches Gebiet Deutschlands ausmachen?“ Der Staatssekretär erwiderte, daß er diese Tatsache nicht verkenne.**

Soweit der Sachverhalt, der ein besonderes Licht auf die englische Kriegszielpolitik wirft, und zwar besonders deshalb, weil England damit weit über die Kriegszielforderung der französischen Kammer hinausgegangen ist. In der Kammerentschließung war von den beiden Rheinufnern kein Wort gesagt, nur von der Rückgabe Elsaß-Lothringens und der besetzten Gebiete war die Rede. **Wir stehen also vor der Tatsache, daß England nicht nur die französischen Kriegszielwünsche unterstützt, sondern darüber hinauschießend eine Forderung stellt, die einer absoluten Zertrümmerung Deutschlands gleichkommt. Diese Tatsache kann all denen, die noch an das Heuchlertum eines englischen Friedens auf der Grundlage der Verständigung der Völker glauben möchten, nicht eindringend genug vorgehalten werden.**

Ist das die „Revision“ der Kriegsziele, die im Verlande seit Monaten immer stärker gefordert wurde? Natürlich ist für ein England, das uns sogar die Rheinlande entreißen will, der Revisionswunsch der übrigen Ententeländer höchst unbequem, und das Londoner Kabinett hat es auch fertig bekommen, die lauten Forderungen der russischen Regierung nach einer sofortigen Revisionskonferenz immer wieder zu vertrösten. Man bezeichnet die Revision als unbedingt wünschenswert und verschleppt absichtlich von einem Monat zum anderen. Echt englische Politik!

Jetzt erklärt Asquith, im Herbst werde sie stattfinden, dann wird es wieder heißen, andere Fragen sind im Augenblick wichtiger. Rußland aber sind durch schwere innere Sorgen die Hände gebunden, es darf sich schon infolge seiner finanziellen Abhängigkeit von England nicht allzu stark gegen dessen Ententedikatur auflehnen.

Frankreich ist natürlich weise und schweigt. Es wird doch keiner so unvernünftig sein, etwas öffentlich abzulehnen, was man ihm schenken will. Und zumal wenn dieses Geschenk eine alte politische Sehnsucht darstellt, die man nur begraben hat, weil die Erfüllung unmöglich erscheint. Die Pazifisten freilich, die in Frankreich nach den letzten Kammer- und Senatsberichten eifrig an der Arbeit sind, sehen durch das englische Vorgehen ihre Pläne durchkreuzt. Uns in Deutschland aber werden die neuen englische Erklärungen hoffentlich die einmütige Ueberzeugung geben, daß unser Krieg bis zum Aeußersten gehen muß.

Tägliche Rundschau – Nr. 380 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.2

Die „harmlosen“ englischen Hospitalschiffe.

Amsterdam, 27. Juli. Die „Daily Mail“ vom 29. Juni schreibt u.a.: Der in dem Mesopotamienbericht behandelte furchtbare Vorfall, der sich bei Ausladung von Munition aus dem Hospitalschiff „Varela“ ereignete, dürfte die späteren Versenkungen von Hospitalschiffen durch die Deutschen rechtfertigen. Sicherlich ein Grund mehr, daß jemand gehängt werden sollte.

*

Mit dem Brustton tiefer sittlicher Entrüstung haben die Engländer unsere Erklärung zu Beginn dieses Jahres aufgenommen, daß wir die britischen Hospitalschiffe wegen des systematischen Mißbrauchs des Roten-Kreuz-Abzeichens nicht mehr anders als alle übrigen Handelsschiffe in den Sperrgebieten behandeln würden. Nirgendwo und niemals, so hieß es, wären Truppen, Munition oder sonstiges Kriegsgerät auf Hospitalschiffen befördert worden. Wir bewiesen deshalb durch unsere Erklärung nur von neuem, daß wir uns außerhalb des Völkerrechts stellten. Und als wirksamstes Mittel zur Zähmung der deutschen Verbrechernatur wurde eine große Anzahl gefangener deutscher Offiziere auf den Lazarettschiffen untergebracht.

Und jetzt auf einmal erhält die Welt ein unanfechtbares Zeugnis dafür, daß die Engländer tatsächlich ihr Kriegsmaterial unter dem Schutz der Genfer Flagge transportieren und daß unsere Erklärung voll berechtigt war. Die amtliche Erklärung der britischen Schande und Roheit wird jeden Deutschen nur mit neuer Empörung und Ekel erfüllen. Zugleich aber sollte sie allen denen unter uns als ernste Mahnung dienen, die sich einbilden, durch Nachlaufen und Verständigungsvorschläge und papierne Verträge die „Baralong“-Naturen von niedrigen Instinkten kurieren zu können. Auch sie müssen es endlich einsehen, daß ein Volk, das die heiligsten Gebote der Menschenliebe mit Füßen tritt, um dann mit eherner Stimme alles zu leugnen und uns der größten Infamie zu bezichtigen, nur mit der Waffe in der Hand im Zaume gehalten werden kann.

Der Tag – Nr. 378 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.1

Das explodierte Hospitalschiff. – Britischer Mißbrauch des Roten Kreuzes.

Amsterdam, 27. Juli. Die „Daily Mail“ s.o. *

Nach diese über jeden Zweifel erhabenen englischen amtlichen Feststellung, daß das englisch Hospitalschiff „Varela“ Munition geladen hatte, darf man gespannt darauf sein, ob die britische Regierung die Stirn haben wird, auch weiterhin bei der Versenkung sogenannter Hospitalschiffe von Barbarei und ähnlichen Dingen zu sprechen und die Lüge aufrechtzuerhalten, daß wir zu Unrecht behaupten, sie mißbrauchten die Abzeichen des Roten Kreuzes.

Wir wollen uns dabei erinnern, daß die hier in Frage stehende mesopotamische Expedition, die zur Katastrophe von Kut-el-Amara führte und an der auch dieses Hospitalschiff beteiligt war, lange Zeit zurückliegt. General Townshend kapitulierte im April 1916, und wir schritten erst im Januar 1917 dazu, britischen Hospitalschiffen in gewissen Meeresteilen den Schutz des Roten Kreuzes zu entziehen, trotzdem wir schon seit langer Zeit Beweise genug für den frevelhaften Mißbrauch in Händen hatten. Wir haben unsägliche Geduld dabei geübt, trotzdem wir berechtigt gewesen wären, schon von vornherein mißtrauisch zu sein. England hat sich bekanntlich geweigert, das neue Haager Abkommen über Lazarettschiffe zu unterzeichnen, das sich von den früheren nur dadurch unterschied, daß es die Unterzeichner verpflichtete, Schiffe mit Abzeichen des Roten Kreuzes nicht zu anderen Zwecken zu verwenden. Das mußte schon zu denken geben.

Dann kamen vollwiegende Beweise für den Mißbrauch der Lazarettschiffe im Kanalverkehr zwischen England und Frankreich, dann auch über die im Mittelmeer und jetzt die amtliche englische Feststellung für die mesopotamisch-englische Expedition. Der Mißbrauch des Roten Kreuzes erscheint uns nicht nur an sich verwerflich, bei Hospitalschiffen, unter denen doch immer eine gewisse Anzahl ist, die wirklich verwundete, hilfsbedürftige Landeskinder befördert, ist es sogar eine bestialische Brutalität gegen die eigenen Soldaten, die ihr Blut doch für das Vaterland vergossen haben, das sie zum Dank dafür auf die todgeweihten Schiffe setzt. Und dann hat man gewagt, als sogenannte Vergeltungsmaßregel gegen uns deutsche Gefangene auf jene Schiffe zu setzen! Welche neue Lüge läßt sich jetzt erfinden, um auch nur den Schein von Recht hierfür zu finden? Mit welchem Recht kann England überhaupt noch verlangen, daß einem britischen Schiff irgendwo der Schutz des Roten Kreuzes zugebilligt wird?

Entweder mag Frankreich dafür sorgen, daß sein Verbündeter nicht nur Völkerrecht sondern einfachste Forderungen der Menschlichkeit, die man ja drüben so gern im Munde führt, achtet, oder es mögen die englischen Verwundeten in Frankreich bzw. Saloniki bleiben. Und Englands Verbündete können mit keinem anderen Maß gemessen werden, denn wir wissen nachgerade, daß sie in allem, was den Seekrieg angeht, sklavisch nach seiner Pfeife tanzen. v.K.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 380 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.1

Die „Hospitalschiffe“.

Amsterdam, 27. Juli. Die „Daily Mail“ erzählt da etwas, was wir längst wissen, aber unseres Erachtens hätte sie eine wichtige Rechtfertigung des Transports von Munition in Hospitalschiffen nicht so vergessen sollen, wie sie es getan hat. Es ist doch sehr möglich, daß die Munition krank oder mindesten

erholungsbedürftig gewesen sei, oder daß sie zu Schießübungen der Verwundeten und Rekonvaleszenten oder zu ihrem Schutze bestimmt war. Man braucht sich angesichts der englischen Methoden gar nicht zu wundern, wenn Aehnliches demnächst in der britischen Presse verbreitet würde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist von der gleichen britischen Presse und in der gleichen Frage als Repräsentantin besonderer deutscher Gemütsroheit hingestellt worden, weil sie seit Jahr und Tag den Hospitalschiffschwindel unserer seefahrenden Feinde, in erster Linie Großbritanniens, ohne Rücksicht festgenagelt hat. Unzählige Male haben deutsche Unterseeboote „Hospitalschiffe“ festgestellt, welche als Munitionsschiffe eingerichtet und so tief geladen waren, wie es bei einer Besatzung nur von Passagieren ausgeschlossen gewesen wäre. Schiffe mit dem Abzeichen der Hospitalschiffe dienen unseren Gegnern gewohnheitsmäßig zu Truppentransporten, außerdem jedesmal, wenn Minister, Präsidenten oder Monarchen unserer Feinde die See oder auch nur den Aermelkanal durchqueren müssen, um einander zu besuchen. Die jetzige Pariser Konferenz ist zweifellos im Zeichen des Hospitalschiffes schickt worden.

Wir danken der „Daily Mail“ für ihre Veröffentlichung, obgleich sie uns nichts Neues sagt. Sie ist aber sehr wertvoll im Hinblick auf die ängstlichen moralischen Gemüter in Deutschland, welche in diesem deutschen Daseinskampfe immer zum Glauben geneigt sind, unsere Feinde hätten die Berechtigung zu allem und die Deutschen nur zum Dulden und zu akademischen Betrachtungen.

Wenn gegen über den sogenannten Hospitalschiffen von unseren U-Booten auch nur die mindeste Rücksicht genommen würde, so würden auf den Ozeanen bald nur noch Schiffe mit den Abzeichen der Hospitalschiffe sichtbar sein.

Tägliche Rundschau – Nr. 380 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.2

Lloyd George und Belgien.

Mit großem Geschick hat der Leiter der englischen Politik die Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeit dazu ausgesucht, um die Antrittsrede des neuen Kanzlers zu besprechen, gab sie ihm doch Gelegenheit, von dem zu reden, was für die angelsächsische Welt in diesem Kriege das Wichtigste ist, von der Wiederaufrichtung Belgiens, für die ja auch Wilson alsbald eintrat, als er die Maske der Neutralität endlich abgelegt hatte.

Lloyd George bezeichnet Belgien als den Torwächter der europäischen Freiheit. Er rechnet dabei darauf, daß auch außerhalb der britischen Inseln geschichtliche Kenntnisse so dürftig seien, daß man nicht wisse, welche Mühe englische Staatsmänner auf die Gründung dieses Zwitterstaates verwendet haben, damit er als Bollwerk England gegen jedwede Einwirkung des europäischen Festlandes schütze. Denn nur dann konnte der englische Raubzug in allen Meeren und Weltteilen seinen ungestörten Fortgang nehmen, die Freiheit der Meere ein Begriff bleiben, dessen Auslegung jeweils von der englischen Flotte abhing, da ja jeder unmittelbare Angriff auf die britischen Inseln und damit jeder Druck auf die Politik von St. James ausgeschlossen war, solange nur verhältnismäßig schwache und abhängige Randstaaten dem Kanal anlagen.

Jetzt hat der Krieg gezeigt, daß England mit dieser Rolle Belgiens keineswegs zufrieden war. Durch militärische Abmachungen war ihm auch eine wichtige Rolle in dem Wettkampfe gegen Deutschland zudedacht, und eine Katastrophe ist nur durch unseren noch gerade rechtzeitigen Einmarsch in Belgien, der den englischen und französischen Truppen zuvorkam, verhütet worden. **Kann jemand daran zweifeln, daß ein von uns wieder preisgegebenes Belgien nach dem Kriege mit Hilfe der von Lloyd George durch glänzende Versprechungen aufgestachelten Bevölkerung zu einem Einfallstor in unsere rheinischen und westfälischen Industriegebiete umgewandelt würde?** Oder meint jemand, daß es auch künftig, wie früher, der Ausfuhr Mittel- und Süddeutschlands zur Verfügung stehen würde und daß die emsigen und mit großen Mitteln arbeitenden deutschen Firmen in Antwerpen da wieder anknüpfen könnten, wo sie 1914 aufhörten?

Deutsche Zeitung – Nr. 378 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.2

Friedensentschließung und der Friede.

Zur Friedensresolution des Reichstags schreibt Carl Peters:

Herr Scheidemann sagte in der Reichstagssitzung vom 19. Juli: „Wenn eine solche Resolution auch im englischen Unterhause von einem Kanzler (will sagen: von einem englischen Premierminister) so beantwortet würde, wie die hier beantwortet worden ist – morgen könnten die Friedensverhandlungen beginnen.“

Er und seine Gesinnungsgenossen scheinen nicht begreifen zu wollen oder nicht begreifen können, daß ausschließlich dieses kleine Wörtchen „wenn“ die Scheidelinie bildet, welche seine und unsere Anschauungen trennt. Gerade weil es ganz ausgeschlossen ist, daß in einem englischen Unterhause eine solche Friedensentschließung gefaßt werden wird, und gerade weil Mr. Lloyd George uns immer wieder bewiesen hat, daß er sie nicht im Sinne des deutschen Reichskanzlers beantworten will, lehnen wir derartige Friedensentschließungen in der deutschen Volksvertretung grundsätzlich ab. Einen baldigen Frieden will wohl jeder im Deutschen Reich, genau so wie Herr Scheidemann und seine Freunde; aber deshalb halten wird das ewige Schreien nach Frieden für das Dümme, was wir tun können.

Herr Scheidemann warf der „Deutschen Tageszeitung“ und dem Graden Reventlow vor, die Hauptstifter des Krieges mit Nordamerika gewesen zu sein. Umgekehrt behauptete ich, daß Herr Scheidemann und seine Gesinnungsgenossen die eigentliche Ursache desselben sind, weil sie dem Auslande immer wieder klar machten, daß Deutschland am Ende seiner Kraft sei; und weil sie bei uns auf das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 hindrängten, sind die Republiken des Westens, eine nach der andern, unseren Feinden beigetreten. Denn sie sagen sich: wenn wir noch an der Kriegsbeute teilnehmen wollen, ist es jetzt die allerhöchste Zeit. Genau wie in England, bildete man sich auch in Washington, Rio de Janeiro usw. ein, Deutschland sei jetzt beim letzten Akt angelangt.

Kein Mensch wird aus rein humanitären Gesichtspunkten auf der Höhe eines großen Krieges plötzlich um Frieden bitten, wenn er sich nicht am Ende seiner Kraft fühlt. Jedenfalls haben sie so gedacht, an der Themse wie am Hudson, und deshalb haben wir heute den wirklichen Weltkrieg. Ich habe nicht umsonst 20 Jahre in England und unter Engländern gelebt, um die Anschauungsweise jenes Volkes gründlich zu kennen.

Aus diesem Grunde hat von den Erklärungen des neuen Reichskanzlers am lebhaftesten in weiten Kreisen diejenige Befriedigung erweckt, die lautete: **„Wir können den Frieden nicht noch einmal anbieten.“** Das gibt uns die Zuversicht, daß jetzt bis auf weiteres von uns aus lediglich die Waffen entscheiden werden, bis sich vielleicht einmal die Gegenpartei dazu bequemen wird, Friedensentschließungen zu fassen. Ueber die Friedensbedingungen wird sich dann leicht auch bei uns eine Einstimmigkeit erzielen lassen, denn über diese sind, im Grunde genommen, auch im deutschen Volke die verschiedenen Schattierungen nicht gar zu entgegengesetzter Art.

Die Unterschiede sind in Wirklichkeit nur darin zu finden, daß die einen die fremden Völker überhaupt nicht kennen und immer so darauf los reden, als ob im Auslande überall Klugredner wie sie selbst säßen, während einzelne aus einer klaren Anschauung die Dinge erfassen und die Sprache führen, welche unsere Feinde beeinflussen kann.

Ausschließlich die Erfolge sprechen in der Politik und in der Geschichte und nur ihnen gemäß werden auch alle einzelnen Persönlichkeiten auf der Bühne der Gegenwart ihre endgültige Beurteilung finden. Ob jemand das Beste will, wenn er dabei überall Fiasko macht, hat wohl einen gewissen Wert für seine moralische Abschätzung, hat aber gar nichts zu tun mit der Stellung, welche ihm die urteilende Geschichte anweisen wird.

Deutsche Zeitung – Nr. 378 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.3

Die Parlamentarisierung eine Falle für Deutschland. Prof. Sleeswijk schreibt in Nummer 29 der „Toekomst“

Man mag über die Wünschbarkeit einer Demokratisierung Preußen-Deutschlands denken, wie man will - die Tatsache, daß die Entente so dafür eifert, muß doch Verdacht wecken. Solcher väterlicheren Sorge von Lloyd George, Wilson, Ribot und Genossen für die innerpolitische Wohlfahrt des Deutschen Reiches haftet doch ein übler Geruch an. Meint man wirklich, daß nach der Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Preußen und des parlamentarischen Systems im Reiche die Entente Deutschland um den Hals fallen würde? Wird man sich in diese Falle locken lassen? sollte man in Deutschland nicht aus der Geschichte gelernt haben, daß England solange es Atem hat, keinen ebenso mächtigen, noch weniger einen mächtigeren Staat auf dem europäischen Festland duldet, welche Regierungsform er auch habe?

Die jetzige Staatsform Deutschlands hat dem materiellen und geistigen Wohlbefinden des Arbeiters sicher nicht im Wege gestanden; er hatte es vor dem Kriege nirgendwo besser, und er weiß denn auch, wofür er im Laufgraben liegt und dem Trommelfeuer trotz. Aber die demokratischen Entente-Lösungen sind im Westen nun einmal Mode, und es ist bemerkenswert, daß unsere (die holländischen) gemäßigt liberalen Blätter gegenwärtig in dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ und dem radikalen „Berliner Tageblatt“ ihr politisches Orakel finden, und das noch zu einer Zeit, wo die Parlamente nirgendwo mehr etwas zu sagen haben. Sind wir in den „westlichen Demokratien“ wirklich so begeistert für das parlamentarische System?

Mach wir uns doch einander nichts weis: die Ehrerbietung vor der Volksvertretung nimmt ebenso schnell ab wie die Verachtung für viele Berufspolitiker zunimmt während das politische Interesse des wohlhabenden Bürgers bis unter den Gefrierpunkt gesunken ist. Die vielgepriesene politisch-erziehende Kraft des Parlamentarismus ist so groß gewesen, daß man die Menschen mit Hilfe der Stimmpflicht, das will heißen: durch Strafandrohung, nach der Wahlurne treiben muß. **Sollte man nicht glauben, daß die Entente es darauf abgesehen hat, Deutschland mit dem parlamentarischen System zu strafen?**

Deutsche Tagezeitung – Nr. 381 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.3

Das „Kriegsprogramm“ vom 4. August.

Der Abgeordnete Erzberger hat einen Feldzug eröffnet mit dem Ziele, den Reichstag, wie die „Germania“ schreibt, zu einer Kriegszielerklärung zu veranlassen, als „erneutes Bekenntnis zu dem Kriegsprogramm vom 4. August 1914“. **Der Abgeordnete Erzberger beruft sich hier, wie Herr Scheidemann und die sozialdemokratische Partei auf etwas, was sie sich selbst zurechtgemacht haben. Wenn in dem Erlaß vom 4. August 1914 gesagt ist, daß uns nicht Eroberungssucht in den Krieg treibt, sondern daß das deutsche Volk nur zu den Waffen gegriffen hat zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit und zur Wahrung des territorialen Besitzstandes seines Landes, so ist das doch kein „Programm“ für einen erst beginnenden Feldzug, sondern es ist die Begründung, warum wir zu den Waffen gegriffen haben, die Abweisung der Unterstellung, daß wir es aus Eroberungssucht getan haben könnten, die Verneinung jeder Schuld am Ausbruch und demnach auch an den Folgen eines so furchtbaren Krieges.**

Nur Unlogik oder Absicht der Irreführung urteilsloser Anhänger und weiter Kreise des Volkes kann aus dieser Erklärung herauslesen, daß sie bestimmend sein sollte oder könnte für die Art und das Ergebnis der Kriegführung. Selbstverständlich muß doch der Krieg so geführt werden, daß er für uns zu einem guten Ende führt, das kann er aber nur, wenn er siegreich ist. Nach diesen Gesichtspunkten ist denn auch von Anfang an der Krieg geführt worden, indem man in angriffsweisem Vorgehen, durch Schlag auf Schlag, die Feinde traf und weit in deren Land einrückte, im Westen fast bis Paris, im Osten weit über Polen hinaus.

Warum erschallten denn damals nicht schon die Stimmen der Herren Erzberger und Scheidemann: „Halt, halt! Das geht nicht! Das Programm vom 4. August 1914 verlangt nur Verteidigung der Freiheit und Selbständigkeit zur Wahrung des territorialen Besitzstandes unseres Landes. Ueber unsere Grenzen darf man nicht hinausgehen, ist der Feind zurückgetrieben, so ist das Programm erfüllt und wir wollen Frieden schließen!“ Die betreffenden „Politiker“ werden sich wohl selbst sagen, wenn sie damals derartig gesprochen hätten, so würde man sie wohl allgemein für nicht gerade weise gehalten haben.

Aber liegen denn jetzt die Dinge anders? Nein! und abermals nein! **Die Lage ist noch ebenso wie damals. Man kann zu einem Kriege gezwungen werden und dabei erklären, daß man das Schwert zu seiner Verteidigung leider ziehen muß. Aber damit ist doch nicht gesagt, daß wir einen ruchlosen, heimtückischen Angreifer, der uns nach Leben, Gut und But trachtet, der unentwegt auf uns losschlagend uns martert, beraubt, verstümmelt – daß wir diesen Gegner dann, wenn er nicht mehr kann, laufen lassen, daß wir unser Schwert einstecken, ruhig nach Hause gehen und nun warten, bis der glimpflich Davongekommene vielleicht besser vorbereitet uns erneut anfällt, um uns ganz abzutun.**

Ein solches Handeln müßte wohl allem mannhaften Fühlen und Denken jeglicher Klugheit direkt ins Gesicht schlagen! Um so mehr, als es zur Wehrlosmachung des eigenen Landes und Volkes führen müßte, wenn uns neue sichere Grenzen und die Kriegskosten vorenthalten würden. Hierzu kommt, daß unseren Gegnern in ganz unverdienter, entgegenkommender Weise der Frieden schon angeboten, von ihnen aber mit Hohn und Spott zurückgewiesen worden ist, wonach sie also die erschwerenden Folgen einer weiteren und rücksichtslosen Kriegführung noch mehr sich selbst zuzuschreiben haben.

Ein solches „Programm“ ist also durch den Erlaß vom 4. August 1914, wie schon gesagt, nicht aufgestellt worden und kann es nicht sein! Der Krieg, einmal begonnen, geht seine Wege, und die Erfolge bestimmen Kriegsziele und ändern sie. Aber wehe dem, der errungene Erfolge leichtsinnig aufgeben will und der meint, einer abstrakten Idee zuliebe die Verantwortung übernehmen zu können gegenüber den dann ohne dauernden Nutzen für Vaterland und Allgemeinheit vergossenen Strömen kostbaren deutschen Blutes. L.

Revolutionärer Geist im französischen Heere

Köln, 27. Juli. Unser m.-Berichterstatter meldet: Ein an einen französischen Kriegsgefangenen im Munsterlager in Geheimschrift gesandter Brief schildert die Lage und Stimmung der mittleren französischen Bevölkerungsklassen. In ihm wird erklärt, daß die Revolution jeden Augenblick losbrechen müsse. Wir sind verloren, heißt es da. Die Soldaten wollen nicht an die Front zurückkehren, sie zertrümmern alles in den Zügen und rufen: „Niedermit dem Krieg! Es lebe die Revolution! Ein General wurde von Soldaten getötet. Die Divisionen wollen nicht mehr angreifen, da die eigene Artillerie auf sie schießt. Nach der „Köln. Ztg.“ ähneln die geschilderten Vorgänge im französischen Heere bereits den Zuständen völliger Disziplinlosigkeit, wie sie beim Rückzug der russischen Heere in Galizien beobachtet worden sind.

Der Tag – Nr. 378 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.3

Man baut kein Haus um, während es brennt.

Die über Rußland hereingebrochene Katastrophe – das geht auch wieder aus den letzten russischen Heeresberichten hervor – würde keinen so großen Umfang angenommen haben, wenn es der Provisorischen Regierung gelungen wäre, die russischen Heere vor der Verseuchung zu bewahren, die sich aus den leidenschaftlichen Kämpfen um die innerpolitischen Fragen über das russische Reich verbreitet hat. **Wenn es auch ausgeschlossen ist, daß die in Deutschland zwischen den Parteien entstandenen Fehden über die Revision der Verfassungen der Bundestaaten und des Reiches jemals eine so zersetzende Wirkung auf unsere Heeresverbände ausüben können, daß alle Bande der Disziplin zerreißen, daß Soldaten unter dem Feuer Beratungen darüber abhalten, ob sie den Befehlen ihrer Vorgesetzte Folge leisten sollen oder nicht,** so können doch bei uns die Männer in den Schützengraben nicht verhindert werden, sich mit den innerpolitischen Fragen zu beschäftigen und zu ihnen wenigstens innerlich Stellung zu nehmen, wenn der Parteikampf hinter der Front Gegensätze wiederaufleben läßt, die in jener denkwürdigen Reichstagsversammlung im Berliner Schloß für die Dauer des Krieges begraben werden sollten, in der die Parteiführer dem Kaiser durch Handschlag gelobten, nur an das, was sie einigen muß, an die allen gemeinsame furchtbare Gefahr zu denken und alles zu vergessen, was sie trennt.

Wenn der Kampf um die Verfassungsreformen weder die Widerstandskraft noch den Angriffsgeist unserer Heere erschüttert hat, so ist das lediglich den fortreißenden und stahlharten Persönlichkeiten zu danken, die an der Spitze unseres Heeres stehen. Je leidenschaftlicher aber diese Kämpfe werden, je mehr das Gift des Parteigeistes um sich frißt, desto schwerer wird es ihnen werden, auch die Front vor seiner Wirkung zu bewahren.

Was jetzt in Rußland vor sich geht, sollte deshalb auch uns zur Warnung dienen und uns wieder zum Bewußtsein bringen, daß es unvernünftig und unentschuldig ist, sich für den Umbau seines Hauses gerade den Augenblick zu suchen, in dem es brennt.

Auch in Frankreich verlangen große Parteien Verfassungsänderungen. Und es ist für uns ganz besonders interessant, ihren Ursachen nachzugehen. Die Gründe, die immer wieder dafür angeführt werden, daß Deutschland nicht reif für Friedensverhandlungen sei, solange es der Parlamentsherrschaft nicht unterworfen ist, erscheinen dem, der diesen Ursachen auf den Grund geht, ganz wie die Phrasen von der Befreiung der kleinen Völker und ihrem Selbstbestimmungsrecht, als die lächerlichsten Ausgeburten durchsichtiger Heuchelei.

Denn man verlangt in Frankreich Verfassungsänderungen, weil die französische Verfassung von 1875 die auswärtige Politik der Kontrolle des Parlaments entzieht. Aber gerade deshalb, weil der Deutsche Kaiser und nicht das deutsche Volk über Krieg und Frieden zu entscheiden hat, und weil man, solange das der Fall ist, in den Ländern unserer Feinde angeblich in beständiger Furcht vor einem neuen Kriege leben müsse, verlangt man die Demokratisierung Deutschlands. Welches Recht haben Völker, die eingestehen, daß ihre Verfassung ganz dieselben Gefahren heraufbeschwören kann, daß bei ihnen das Schicksal von Millionen in das Belieben einer Hand voll Menschen gelegt ist, die sich jeder Kontrolle zu entziehen wissen, welches Recht haben solche Völker, Friedensverhandlungen deshalb abzulehnen, weil nach ihrer Ansicht bei uns ganz dieselben Zustände herrschen?

Die Parteien in Deutschland, die grundlegende Verfassungsänderungen während des Krieges verlangen, weil sie meinen, da der Friede durch sie erleichtert wird, gestehen aber unseren Feinden solches

Recht zu und versündigen sich dadurch nicht nur am den Interessen des Vaterlandes sondern auch an den Gesetzen der Logik.

Wie möchten sie auf einen Artikel des Oeuvre aufmerksam machen, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die französische Verfassung in demokratischem Sinne umzugestalten. „Die äußere Politik“, so heißt es in diesem Artikel, vom 20. Juli, „ist eine geheime Politik, die weder von der Kritik der öffentlichen Meinung noch von der der Volksvertretung etwas zu fürchten hat. Der Artikel 8 der Verfassung vom 16. Juli 1875 sagt ausdrücklich: ‚Der Präsident der Republik verhandelt über die Verträge und ratifiziert sie. Er gibt den Kammern von ihnen Kenntnis, sobald das Interesse und die Sicherheit des Staates es gestatten.‘ Unter dem Vorwande der Staatsraison kann man den Völkern und ihren Vertretern alles verbergen.“

Mit dieser Ansicht steht der Oeuvre nicht allein. Sie ist zum Gemeingut der großen Mehrheit des französischen Volkes geworden, weil es von Tag zu Tag schmerzlicher empfindet, daß gerade in Händen ihres jetzigen Präsidenten der Artikel 8 der französischen Verfassung zu einem furchtbaren Werkzeug geworden ist. Aber fast allein steht dieses Blatt mit der Ansicht, daß die Verfassung noch während des Krieges geändert werden muß. Die Anträge auf Verfassungsänderungen, die den Kammern in Frankreich zugegangen sind, wurden einer durch Los gewählten Kommission überwiesen. Und der Berichtsteller über ihre Beratungen, Herr Gaston Thomson, sagt in einem Bericht: „An die Frage der Verfassungsrevision darf man nicht vorzeitig rühren, sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach, nach dem Kriege von selbst gestellt werden.“

Die Parteien in Deutschland, welche die demokratischen Verfassungen der Westmächte als leuchtende und nachahmungswürdige Vorbilder betrachten, obgleich sie von den Franzosen gerade, weil sie während des Weltkrieges vollständig versagt haben, für äußerst mangelhaft erklärt werden, sollten wenigstens an dieser weisen Entschließung des französischen Verfassungsausschusses sich ein Beispiel nehmen. In Frankreich hat man an der russischen Katastrophe gelernt, daß der Krieg um Sein und Nichtsein nicht die geeignete Zeit ist, um leidenschaftlich erregende Verfassungsfragen zu entscheiden. Will man in Deutschland unbelehrbar sein?

Mg.

Berliner Tageblatt – Nr. 380 – Samstag, 28. Juli 1917 – S.3

Scheidemanns Programm. –

„Das Notwendige im rechten Augenblick“ – von Dr. Paul Michaelis

Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann, über die wir berichtet haben, verdient auch außerhalb der sozialdemokratischen Kreise Beachtung. Nicht bloß, weil Herr Scheidemann immerhin fast den vierten Teil der Reichstagsabgeordneten hinter sich hat und deshalb ein starkes Gewicht in die parlamentarische Wagschale werfen kann, auch nicht bloß, weil die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, hinter denen ein sehr erheblicher Teil der deutschen Arbeiter steht, sich gleichfalls für die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volksvertretung in Einklang stehenden Regierungssystem und eines wirklich demokratischen Wahlrechts in den Einzelstaaten und Gemeinden ausgesprochen hat; sondern mehr noch, weil unseres Erachtens Herr Scheidemann in diesem Fall tatsächlich nicht bloß als Sozialdemokrat, sondern als Vertreter einer großen Mehrheit sowohl der Wähler wie der Abgeordneten das Wort geführt hat.

Deshalb braucht man nicht in Abrede zu stellen, daß es ihm zunächst darauf ankam, die eigene Haltung und die Politik der alten Sozialdemokratie zu rechtfertigen. Aber er hat zugleich die Sache aller derer vertreten, die den dauernden Frieden nach außen und die Fundamentierung der politischen Freiheit im Innern wollen. Seine Forderung: „Wir verlangen eine Staatsregierung im Sinne der Wahlrechtsbotschaft, und wir verlangen eine Reichsregierung im Sinne des Reichstagsprogramms“, findet ein Echo in allen freiheitlich und friedensfreundlich gerichtete Schichten des deutschen Volkes.

Herr Scheidemann erklärt auch, daß die deutsche Presse nicht zum Instrument von Leuten gemacht werden dürfe, die den Reichstagsbeschluß am liebsten ganz aus der Welt schaffen würden. Wer einigermaßen die heutigen Verhältnisse in der deutschen Presse kennt, der weiß zur Genüge, wie berechtigt die Besorgnis ist, die sich aus diesen Worten heraushören läßt. Nie zuvor ist die deutsche Presse so rücksichtslos beeinflußt, ja vergewaltigt worden, wie im Laufe des Weltkrieges. Die großen kapitalmächtigen Konzerne, die auf die Verlängerung des Krieges hinarbeiten und aus durchsichtigen Gründen sich für annexionistische Ziele einsetzen, haben einen nicht unerheblichen Teil ihrer unermeßlichen Kriegsgewinne in den Dienst der öffentlichen Meinung gestellt, nicht um aufzuklären, sondern um zu verwirren. Diese Bemühungen beschränken sich nicht allein auf einzelne große Preßunternehmen, denen die Öffentlichkeit begreiflicherweise mit berechtigtem Mißtrauen gegenübersteht, sondern sie greifen auch in der Provinz fortwährend weiter.

Immer wieder muß man hören, daß alte angesehene Organe, die mehr oder minder entschieden für liberale Ziele kämpften, in den Bann der Schwerindustrie und ihres übermächtigen Kapitals gezogen werden. Hier liegt eine Gefahr, die für die weitere Entwicklung des deutschen Volkes in der Richtung des Friedens und der Freiheit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. aber man muß gerecht sein und zugeben, daß diese Treibereien nur deshalb so erfolgreich werden konnten, weil die Reichstagskreise sich häufig in einen Gegensatz zur Presse stellten. Konnte es doch geschehen, daß sogar diejenigen Parteien, die im Hauptausschuß des Reichstags für den politischen Fortschritt und den Frieden sich einsetzten, sich über die Presse entrüsteten, die angeblich die Zirkel des Hauptausschusses durch ihre Indiskretionen gestört habe.

Als ob nicht eine parlamentarische Mehrheit, die nicht durch die öffentliche Meinung gestützt wird, einem Baum ohne Wurzeln gleiche. Herr Scheidemann sagt mit Recht: „Presse und Parlament gehören zusammen.“ Leider haben das auch die Vertreter der parlamentarischen Mehrheit vielfach noch nicht begriffen. So können sie sich nicht darüber beklagen, daß es in der jüngsten Regierungskrise ganz anders gekommen ist, als sie sich gedacht hatten.

Ueber das Ziel, das vom freiheitlichen Standpunkt aus erstrebt werden muß, kann ja heute kein Zweifel mehr sein. **Gerade weil Scheidemann den Weg, den die russische Revolution ging, ablehnte, kam er zu dem Schluß, daß wir nach dem Kriege das gleiche Wahlrecht in Preußen und das parlamentarische System im Reich haben werden. Aber er nannte es mit Recht ein Unglück, daß wir das nicht jetzt schon haben. Komme der Krieg nicht bald zum Abschluß, dann werde sich noch während seines Verlaufs eine gründliche Demokratisierung vollziehen.**

Erschütterungen wie in Rußland würden uns erspart bleiben, wenn überall der Wille herrscht, **im rechten Augenblick das Notwendige zu tun.** Dieses Notwendige kann nun allerdings nicht darin gefunden werden, daß der neue Kanzler diesen oder jenen Parlamentarier zu einem preußischen Minister oder einem Reichsstaatssekretär macht. Das ist nicht der Sinn des parlamentarischen Systems, und wir verstehen durchaus, daß Herr Scheidemann vom Standpunkt der Sozialdemokratie sich dagegen verwahrt, derartige Experimente mitzumachen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten bedanken sich dafür, als Untergebene des Reichskanzlers zu Staatssekretären ernannt zu werden, Der Abgeordnete Scheidemann meinte drastisch, daß es angenehmer sei, sich ohne Badehosen auf einen Ameisenhaufe zu setzen, als jetzt in Deutschland auf einen Ministersessel.

Hoffentlich denken die übrigen Parteien der parlamentarische Friedensmehrheit nicht anders. Es gibt kaum ein stärkeres Hindernis für die wirkliche Durchführung des parlamentarischen Systems im Reich, als wenn sich die in Frage kommenden Parteien bewegen ließen, um der Befriedigung persönlicher Eitelkeit willen die wirkliche Parlamentarisierung der Reichsregierung preiszugeben. **Die Reichstagsmehrheit hat trotz mancher Fehler auch heute noch alle Trümpfe in der Hand, um sich und die wirkliche Parlamentarisierung durchzusetzen. Sie muß nur, mehr als bisher, den Willen zur Tat und die Erkenntnis des Notwendigen haben.**

Sonntag, 29. Juli 1917

Vossische Zeitung – Nr. 60 – Sonntag, 29. Juli 1917 – S.1 – Zeitbilder

Internationale Teilnehmer an den Besprechungen in Stockholm.

Goldfard (Vereinigte Staaten), Albarda (Holland), Davidovitsch (Vereinigte Staaten) Söderberg, Engberg (Schweden), Reinstein (Vereinigte Staaten), Huysmans (Holland), Moor (Schweiz), Troelstra mit Frau (Holland), Branting (Schweden), Nemeë (Oesterreich), van Kol (Holland), Habermann (Oesterreich), Möller (Schweden).

Die Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates in Stockholm:

Goldenberg, Smirnow, Rosanow und ihre Sekretärin Frau Rubinstein.

[die Namen stehen unter zwei Bildern, deren Qualität nicht wiederzugeben ist]

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 207 – Sonntag, 29. Juli 1917 – S.1

Englands und Frankreichs Eroberungsgelüste.

Berlin, 28. Juli. Der Reichskanzler hat heute abend eine größere Zahl von Vertretern der Presse bei sich empfangen und bei dieser Gelegenheit folgende Ausführungen gemacht:

Ich habe sie nicht nur deshalb hierher gebeten, weil ich von vornherein beim Antritt meines neuen Amtes deutlich bekunden möchte, wie hoch ich die weltpolitische Bedeutung der Presse bewerte und wieviel mir daran liegt, ihr enges, vertrauensvolles Zusammenwirken mit der Reichsregierung zu sichern. Meine Einladung hat aber auch einen unmittelbaren greifbaren Anlaß.

Die Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George vom 21. Juli in der Queenshall und die letzten Verhandlungen im englischen Unterhause haben aufs neue mit unwiderleglicher Deutlichkeit bewiesen, **daß Großbritannien keinen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs sondern nur einen solchen Abschluß des Krieges will, der die völlige Unterwerfung Deutschlands unter die gewaltsame Willkür seiner Feinde bedeuten würde.**

Eine weitere Bestätigung für diese Tatsache ist der Umstand, daß **der englische Minister Carson kürzlich in Dublin erklärt hat, Verhandlungen mit Deutschland, welcher Art sie auch seien, könnten erst beginnen, wenn die deutschen Truppen über den Rhein zurückgezogen worden seien.** Bonar Law hat auf die Anfrage Kings zwar dies Erklärung insofern abgemildert, als er den Standpunkt der englischen Regierung dahin festlegte, Deutschland müsse sich, wenn es den Frieden verlange, vor allem bereit erklären, das besetzte Gebiet zu räumen. Wir haben indessen greifbare Unterlagen dafür, daß die Regierungen unserer Feinde durchaus der von Carson so unvorsichtig abgegebenen noch weitergehenden Erklärung beipflichten.

Es ist ihnen allen bekannt, daß die schon seit Wochen in der neutralen Presse verbreiteten, zuerst in der „Berner Tagwacht“ vom 19. Juni aufgetauchten ganz bestimmten Angaben über weitgehende von England und Rußland gebilligte Eroberungspläne der französischen Republik bis heute unwidersprochen geblieben sind. Es trifft sich gut und es wird für die Aufklärung der gesamten Welt über die wahren Ursachen der Fortsetzung des blutigen Völkermordens von der größten Bedeutung sein, daß inzwischen auch schriftliche Beweise für diese eroberungslüsterne Gesinnung der Feinde in unsere Hände gelangt sind. Ich meine damit von Augen- und Ohrenzeugen aufgezeichnete Berichte über die geheimen Verhandlungen der französischen Kammer vom 1. und 2. Juni dieses Jahres.

An die Regierung Frankreichs richte ich hiermit die öffentliche Anfrage, ob sie bestreiten will, daß die Herren Briand und Ribot in jener geheimen Kammerverhandlung, an der die aus Petersburg heimgekehrten Abgeordneten Montet und Cachin teilgenommen haben, die Tatsache zugeben mußten, daß Frankreich noch ganz kurz vor dem Ausbruch der russischen Revolution mit der Regierung des Zaren, die Herr Lloyd George in seiner letzten Rede als eine „geistig enge und verkommene Autokratie“ weitgehende Eroberungspläne vereinbart hat. Ich frage, ob es wahr ist, daß dem französischen Botschafter Paleologue auf Grund einer Anfrage, die er nach Paris gerichtet hatte, am 27. Januar d. Js. von dort die Ermächtigung erteilt worden ist, einen Vertrag mit Rußland zu unterzeichnen, der von Herrn Doumergue durch Verhandlungen mit dem Zaren vorbereitet worden war.

Ist es richtig oder nicht, daß der Präsident der Republik auf Berthelots Vorschlag diese Ermächtigung ohne Vorwissen Briands erteilt und daß Briand sie nachträglich gutgeheißen hat? **Dieser Vertrag sicherte Frankreich seine im Anschluß an frühere Eroberungskriege gezogenen Grenzen vom Jahre 1790 zu, also**

Elsaß-Lothringen, dazu das Saarbecken und weitgehende Gebietsveränderungen am linken Rheinufer ganz nach Gutdünken Frankreichs.

Hat nicht Terstschenko, nachdem er in Rußland ans Ruder gelangt war, gegen **die französischen Eroberungsziel, die sich überdies in der Türkei auf die Gewinnung Syriens erstreckten**, Einspruch erhoben? Hat er nicht in einer vorübergehenden Regung seines vaterländischen Gewissens erklärt, das neue Rußland würde, wenn es von diesen französischen Kriegszielen erführen nicht mehr gewillt sein, sich am Kampf weiter zu beteiligen? War die Reise Thomas nach Rußland nicht in erster Linie ein erfolgreicher Versuch, Terestschenko diese Gewissensbedenken auszureden? Das alles wird die Regierung der französischen Republik nicht ableugnen können. Sie wird weiter, wenn auch stillschweigend, zugeben müssen, daß Briand in der Kammersitzung hinter verschlossenen Türen heftigen Angriffen ausgesetzt war, daß Ribot den Geheimvertrag mit Rußland nach anfänglicher Weigerung auf das Verlangen Renaudels vorlegen mußte, und daß Briand sich in der nachfolgenden erregten Debatte selber die Maske vom Gesicht gerissen hat, indem er erklärte, daß Rußland der Revolution müsse halten, was das Rußland des Zaren versprochen habe?

Was die unteren Volksklassen Rußlands dazu sagten, könnte Frankreich kalt lassen. Bezeichnend ist ferner, daß Montet in Rußland nach seinem eigenen Zugeständnis auf die von dem Verbündeten gestellte Frage, ob Elsaß-Lothringen das einzige Hindernis für den Frieden sei, geantwortet hat, auf eine so gestellte Frage könne er keinen Bescheid geben. Man möge bedenken, daß die russische Revolution mit französischem Blute erkaufte worden sei! Auf die Stimmung der Russen wirft ein helles Schlaglicht das Zugeständnis Cachins, die russischen Vertreter hätten bei der Verhandlung mit ihm erklärt, auf Konstantinopel legten sie keinen Wert, das sei keine russische Stadt. Auch die Abgesandten des russischen Heeres hätten sich dem angeschlossen.

Ohne Rücksicht auf diesen deutlichen Beweis für das Widerstreben des russischen Volkes gegen seine Machterweiterungspolitik hat Herr Ribot in der geheimen Kammerverhandlung die Revision der französischen Eroberungsziele abgelehnt. Er berief sich dabei unter anderem auch auf die Tatsache, daß Italien ja ebenfalls große Gebietserweiterungen zugesichert worden seien. **Um die selbst französischen, durch die Revanchelust geblendeten Augen nicht ohne weiteres einleuchtenden Ansprüche auf das linke Rheinufer ihres eroberungslüsternden Charakters zu entkleiden, bediente er sich zuletzt des Advokatenkniffs, von der angeblich nötigen Gründung eines Pufferstaates zu reden.** Die Opposition durchschaute jedoch auch dieses Manöver und rief ihm während des lärmenden Widerspruchs, der ihn umtobte, mit Recht entgegen: „Das ist schändlich!“

Besonders bemerkenswert aber ist, das möchte ich noch zum Schluß erwähnen, aus der Erwiderung Ribots auf eine friedensfreundliche Rede Augagneurs die Bemerkung, daß die russischen Generale erklärt hätten, ihre Armee sei niemals in besserer Verfassung und besser ausgerüstet gewesen als zur Zeit.

Hier tritt mit aller Deutlichkeit zutage, was Herr Ribot so sehr zu verschleiern bemüht war: der dringende Wunsch, das russische Volk noch weiter für Frankreichs ungerechtfertigte Machtgelüste bluten zu lassen.

Der Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Aber nicht so, wie Herr Ribot es sich gedacht hat, denn selbst ihm wird man nicht so viel Mangel an Menschlichkeit zutrauen dürfen, daß er etwa von vornherein die Erfolglosigkeit der inzwischen von Rußland erpreßten Offensive vorausgesehen und sie trotzdem nur deshalb gefordert hätte, weil er sich davon auf jeden Fall eine weitere Galgenfrist bis zu dem erwähnten Eingreifen Nordamerikas in den Krieg versprach.

Die feindliche Presse hat sich bemüht, meine Antrittsrede im Reichstag dahin auszudeuten, daß ich der von der Mehrheit des Hauses gefaßten Entschliebung nur unter dem schlecht verschleierte Vorbehalt deutscher Eroberungswünsche zugestimmt hätte. Diese Irreführung über deren Zweck wohl keinerlei Zweifel bestehen kann, muß ich zurückweisen. Wie sich andererseits aber von selbst versteht, setzt die von mir abgegebene Erklärung voraus, daß auch der Feind auf Eroberungspläne verzichtet. Die Tatsachen, die ich Ihnen heute vor Augen geführt habe, lassen erkennen, daß unsere Gegner an einen solchen Verzicht nicht im entferntesten denken.

Die französische Regierung hat fürwahr allen Grund gehabt, die Kammerverhandlungen vom 1. und 2. Juni hinter verschlossenen Türen abhalten zu lassen, denn die jetzt ans Licht gezogenen Vorgänge sind ein neuer Beweis dafür, daß nicht wir und unsere Verbündeten, sondern **nur die feindlichen Mächte an der Fortsetzung des Krieges die Schuld tragen, und daß nicht uns, sondern unsere Feinde der Drang nach Eroberung leitet.** Dieses Bewußtsein von der Gerechtigkeit unseres Verteidigungskrieges wird auch ferner unsere Kraft und Entschlossenheit stählen.

Die Mittelmächte und die Friedensfrage. – Die gestrigen Erklärungen des Grafen Czernin.

Gestern abends hat der Minister des Aeußern die Vertreter der Presse empfangen, um ihnen den Dank für ihre Mitwirkung an der in dieser Zeit so außerordentlich wichtigen Aufklärungsarbeit auszusprechen. Es ist eine begrüßenswerte und in der gegenwärtigen Zeit besonders hervorzuhebende Neuerung, daß der Leiter des Auswärtigen Amtes, das in Oesterreich-Ungarn mit der Oeffentlichkeit sonst eigentlich nur während der Delegationssession in Berührung zu kommen pflegt, das Bedürfnis empfunden hat, vor den Bevollmächtigten der österreichischen und ungarischen Zeitungen eine wichtige Erklärung über die allgemeine politische Lage abzugeben. Wir hoffen, daß diese engere Verbindung zwischen den Regierungskreisen und der Presse, die gewiß von den besten Folgen begleitet sein wird, auch in Zukunft, auch dann, wenn wir wieder Frieden haben werden, gehegt und gepflegt werden wird.

Der, Minister des Aeußern hat, die ihm gestern gebotene Gelegenheit dazu benützt, um einiges über die Erörterungen zu sagen, die sich an die Rede des neuen deutschen Reichskanzlers geknüpft haben, Graf Czernin hat sich gegen den wider Dr. Michaelis erhobenen Vorwurf gewendet, daß seine Ausführungen zweideutig gewesen seien. gegenüber Lloyd George, der diese Behauptung aufgestellt hatte, stellte Graf Czernin fest, daß Reichskanzler und deutscher Reichstag in bezug auf die Friedensfrage, denselben Standpunkt vertreten und er hat ferner betont, daß dieser Standpunkt genau derselbe sei, auf den auch Oesterreich-Ungarn stehe. Die Friedensbereitschaft haben beide verbündeten Reiche übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, sie werden aber auch in Zukunft den Weg, den sie durch die weiteren Weltereignisse zu gehen gezwungen sein werden, gemeinsam zurücklegen. Der Wunsch, zu einem baldigen Frieden zu gelangen, findet sich auch in der gestrigen Erklärung des Leiters unseres Auswärtigen Amtes wieder, aber auch der neuerliche Hinweis darauf, daß dieser Wunsch dadurch begrenzt wird, daß er nur innerhalb der Grenzen unserer Ehre Erfüllung finden kann und darf. Dem gemeinsam geführten Kampfe muß auch der gemeinsame Friedensschluß folgen und ebenso selbstverständlich ist es, daß der Krieg bis zum äußersten fortgeführt werden muß, wenn unsere Feinde die Kriegsziele nicht aufzugeben willens sind, die uns mit Beraubung und Vernichtung bedrohen.

Es war gut, daß Graf Czernin mit Worten, an welchen nichts zu deuteln ist, unmittelbar vor dem Antrittsbesuche des neuen deutschen Kanzlers Dr. Michaelis in Wien in so feierlicher Form abermals die Unerschütterlichkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses bekräftigt hat. Obwohl es kaum etwas Lächerlicheres geben kann, als auch nur von der Möglichkeit einer Aenderung in den Beziehungen der beiden waffenbrüderlich geeinten Reiche zu sprechen, wird in England und Frankreich doch immer wieder damit Stimmung zumachen gesucht, daß die Auffassungen in Wien und Berlin sich wesentlich unterscheiden. Diesen systematischen Ausstreunungen ist Kanzler Dr. Michaelis in seiner dem Berliner Vertreter eines Wiener Blattes gewährten Unterredung durch seine starke Betonung des Bündnisgedankens entgegengetreten und gestern ist dasselbe, ohne darauf bezug zu nehmen, durch den Grafen Czernin geschehen. So fest wir auch überzeugt sein mögen, daß der durch Blut und Eisen gefestigte Bund zwischen den beiden Reichen durch nichts und durch niemand gelockert werden kann, wir empfinden es doch jedesmal aufs neue mit freudiger Genugtuung, wenn wir Worte hören wie die gestern vom Grafen Czernin an die Vertreter der Presse gerichteten.

Das treue Zusammenhalten der Mittelmächte wird vielleicht noch auf harte Proben gestellt werden. Die jüngsten Aeußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten der Ententestaaten lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß von dieser Seite ein entgegenkommender Schritt in der Friedensfrage nicht zu erwarten ist. Die Aufforderung, die der neue deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis an unsere Feinde gerichtet hat, selbst das Wort zu ergreifen und zu erklären, wie sie sich die Möglichkeit des Zustandekommens des Friedens denken, ist damit beantwortet worden, daß im englischen Parlament Asquith und Carson Reden gehalten haben, die eine Wiederholung dessen sind, was die Entente bei früheren Gelegenheiten über ihre Kriegsziele gesagt hat.

Angesichts der neuen glänzenden Waffenerfolge der Verbündeten Heere an der russischen Front, wagt man es, in London Erklärungen abzugeben, für welche die Voraussetzungen nur in dem bereits vollzogenen oder aber unmittelbar bevorstehenden militärischen Zusammenbruch Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gegeben waren. Die immer wiederkehrenden Erklärungen unserer Feinde, daß der Krieg nur mit unserer Unterwerfung enden könne, haben es zuwege gebracht, daß auch aus dem sozialdemokratischen Lager, aus dem doch der Ruf nach dem Frieden am lautesten ertönt, bereits Stimmen laut werden, die sich gegen die unerträgliche englische Anmaßung wenden.

Auch die Formel von der „Demokratisierung der Staaten“, die von den Gegnern geprägt worden ist, um Verwirrung bei uns hervorzurufen, wird bald ihre Zauber kraft vollständig verloren haben, die Zustände in der russischen Armee, die bereits zur Wiedereinführung der abgeschafften Todesstrafe geführt haben, sind außerordentlich bezeichnend. In Frankreich hat man von vornherein nicht die Absicht, sich auf dieser Bahn vorwärts drängen zu lassen und über Einspruch des Ministerpräsidenten Ribot unterbleibt dort sogar die von sozialistischer Seite geforderte Erörterung der Meinungen von Senat und Kammer, die doch den demokratischen Grundsätzen entsprochen hätte. Die Mittelmächte werden es – das hat auch die gestrige Erklärung des Grafen Czernin mit großer Entschiedenheit betont – zu verhindern wissen, daß der von ihnen für notwendig erachtete innerpolitische Umbau durch Einmischungen von außen beeinflußt oder gestört werde.

Der Tag – Nr. 175 – Sonntag, 29. Juli 1917 – S.1

Bilanz – von Freiherrn von Zedlitz und Neukirch – Mitglied des Hauses der Abgeordneten

Mit seiner Sophistik hat der Abgeordnete Fehrenbach bei Begründung der Friedensentschließung des Reichstages diese als Kundgebung nicht als Friedensangebot bezeichnet. Aber diese künstliche Unterscheidung hat offensichtlich bei unseren Gegner nicht verfangen; die Entschließung ist einfach als Angebot eines Friedens auf der Grundlage des Status quo aufgefaßt worden. Schon liegen auch sehr bezeichnende Antworten vor. Carson, der soeben zu Lloyd Georges unmittelbarstem Mitarbeiter in der Kriegsdiktatur berufen worden ist, hat sie mit der Forderung beantwortet, die Deutschen hätten, wenn sie Friedensverhandlungen wünschten, zunächst ihre Heere aus Frankreich und Belgien hinter den Rhein zurückzuziehen.

Und das revolutionäre Rußland, von dem die Linkenmehrheit bestimmt erwartete, daß es nunmehr seine ganze Kraft für den baldigen Abschluß eines Friedens nach Maßgabe ihrer Entschließung einsetzen werde, hat mit der Berufung des kriegswütigen Kerenski an die Spitze der Regierung und mit der Verfolgung der Friedensfreunde als Vaterlandsverräter geantwortet.

Das ist ein harte Schlag namentlich für die Sozialdemokraten, und es ist bezeichnend, wie der „Vorwärts“ darüber durch die Fata Morgana einer Friedensoffensive Kerenskis fortzutäuschen sucht.

Im übrigen hat von den Parteien, die sich im Verfassungsausschuß zusammenfanden, weitaus am besten die sozialdemokratische abgeschnitten. Herr Scheidemann hat sich in der Reichstagsrede vom 19.Juli geradezu als Sieger gegeben. Nicht mit Unrecht, denn die Sozialdemokratie hat neben der Bekehrung der preußischen Regierung zum gleichen Wahlrecht vor allem den Triumph des Scheidemann-Friedens im Reichstage erreicht. Das hat den Eindruck des Mangels an greifbaren Ereignissen der mit so hohen Tönen im voraus gefeierten Stockholmer Friedensaktion mehr als ausgeglichen. Darüber lassen die von giftigem Brotneide zeugenden Anwürfe des Redners der unabhängigen Sozialdemokraten in der Friedensdebatte keinen Zweifel. Der Erfolg ist auch nicht unverdient, die Sozialdemokraten haben ihn zielbewußt mit unverkennbarem Geschick vorbereitet. Sie haben die Nervosität der Endwochen des Erntejahres, von der auch der Reichstag angesteckt war, planmäßig zur Höchstspannung gesteigert.

Scheidemanns Drohung mit der Revolution und die des „Vorwärts“ mit unangenehmen Begleiterscheinungen im Falle der Notwendigkeit eines zweiten außen- und innerpolitischen Ansturms wurden wirksam durch dunkle mündliche Andeutungen unterstützt.

Als Haupttrumpf wurde selbst die Möglichkeit der Ablehnung des Kriegskredits durch die sozialdemokratischen Fraktion ausgespielt. So kam es zu der Krisenstimmung, die Herrn Erzbergers Vorstoß im Hauptausschuß für den Außenstehenden so plötzlich auslöste. Diesem wird vielfach die Absicht unterstellt, durch jenen Vorstoß die Führung bei der internationalen Friedensaktion dem anscheinend versagenden Sozialismus zugunsten des Katholizismus und seines Oberhauptes zu entwenden. Inwieweit diese Auffassung begründet ist, kann dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß Herr Erzberger und das Zentrum zwar bei der Friedens- und Demokratisierungsaktion der Linkenmehrheit des Reichstages anfänglich die Führung hatte, diese aber sehr bald auf die Sozialdemokraten überging. Weit davon entfernt, die Sozialdemokratie in den Hintergrund zu drängen, hat der Erzbergersche Vorstoß ihr in Wirklichkeit wieder in den Sattel geholfen. Nach Äußerungen des früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Severing scheint Herr Erzberger sogar von der Sozialdemokratie geradezu als Bahnbrecher benutzt worden zu sein. Die Krisenbilanz der Sozialdemokratie ist daher eine ganz überwiegend aktive.

Nicht so günstig hat das Zentrum abgeschnitten. Es hat, um ein Bild aus der Rennsaison zu gebrauchen, zwar wenn auch nicht Sieg, so doch Platz erreicht. Aber es hat diesen Erfolg mit dem Verzicht auf Kriegsziele erkaufte, die früher Gemeingut eines sehr großen Teils der Partei waren. Ich erinnere mich, Kriegsziereden von führenden Männern der Partei gehört zu haben, die durchaus dem Standpunkte der

wirtschaftlichen Verbände entsprechen. Von einem der führenden Männer des Verfassungsausschusses wurde sogar eine solche Erweiterung unserer Grenzen gegenüber von Frankreich gefordert, daß Süddeutschland gegen Fliegergefahr gesichert wäre. Selbst von der Befürwortung der vollständigen Annexion Belgiens glaube ich gehört zu haben. Daß ein Scheidemann-Friede auch jetzt weiten Kreisen des Zentrums sehr gegen den Strich geht, zeigt die Stellungnahme der „Kölnischen Volkszeitung“, der Artikel des Abgeordneten Brockmann im „Tag“ und anders mehr. Nach Zeitungsberichten hat ein süddeutscher Zentrumsmann sich gegenüber seinen Wählern sogar veranlaßt gesehen, die Reichstagsentschließung dahin zu deklarieren, daß sie die Erzielung von Landerwerb und Entschädigung im Verhandlungswege keineswegs ausschließe.

Auch der Wahlerlaß vom 11. Juli ist wenigstens für das preußische Zentrum nichts weniger als reine Freude. Die Gefahr durch das gleiche Wahlrecht auch in Kirchen- und Schulsachen in eine geborene Minorität gedrängt zu werden, ist ihm durchaus nicht gleichgültig. **In dem Streben nach dem parlamentarischen Regiment im Reiche hat die Partei sogar, nachdem von Bayern die föderative Flagge entrollt ist, ein starkes Haar gefunden.** Endlich stände die feste Eingliederung der Partei in eine Linkenmehrheit unter Führung der Sozialdemokratie in unvereinbarem Widerspruche mit der Grundregel der Parteitaktik; es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Abwendung vom Parlamentarismus unter dem bundesstaatlichen Gesichtspunkte auch den Weg bieten wird, von dieser Mehrheit abzurücken und sich wieder die Anschlußfreiheit nach rechts zu sichern.

Berliner Tageblatt – Nr. 382 – Sonntag, 29. Juli 1917 – S.4

Erzberger über die Friedensmöglichkeit.

Köln, 28. Juli. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Zürich von heute: Der Chefredakteur der „Neuen Züricher Nachrichten“ Baumberger, hatte gestern eine Unterredung mit dem in Zürich eingetroffenen deutschen Reichstagsabgeordneten Erzberger, in der dieser erklärte, der neue Reichskanzler fasse seine Mission als Friedenskanzler auf und ebenso der Reichstag. er führt die Berechtigung dieser Auffassung auf vollwertige Garantien zurück, die er besitze. Die Berufung von Dr. Michaelis bedeute keine Abschwächung der Friedensresolution des Reichstags, sondern sie sei eine Verstärkung derselben in allen Teilen. Zur Stunde liege immer noch die Möglichkeit vor, einen vierten Kriegswinter zu vermeiden.

Die Grundlagen für eine Verständigung mit England seien effektiv da. Erzberger fuhr dann fort: **„Wäre mir in nächster Zeit Gelegenheit geboten, mich mit Lloyd George oder Balfour oder einem ihrer ersten Vertrauensmänner zu unterhalten, so würden wir uns sehr wahrscheinlich in wenigen Stunden über die Verständigungs-, das heißt die Friedensbasis, so weit geeinigt haben, daß die amtlichen Friedensverhandlungen sofort beginnen könnten.“**

Baumberger sagte hierauf: „Diese letzteren Sätze sind von so ungeheurer Wichtigkeit, daß ich Sie ausdrücklich frage, ob ich dieselben wörtlich veröffentlichen darf.“ Erzberger erwiderte: „Tun Sie es ruhig, ich verbürge mich dafür.“

Erzberger, der Vermittler.

Die „**Kölnische Zeitung**“ erklärt zu Erzbergers Unterredung mit Züricher Journalisten: Nach einer uns zugegangenen Mitteilung hat Erzberger nicht gesagt, er verbürge sich dafür, sondern er lasse sich dafür „behaften“, daß er die Grundlage von Friedensverhandlungen mit England zu schaffen imstande wäre. *

Herr Erzberger will wieder einmal berühmt werden, auf die Gefahr hin, die politische Vernunft des deutschen Volkes auf das schwerste zu kompromittieren, Wenn es – was wir nicht hoffen – im Ausland Leute gibt, die den Aeußerungen Erzbergers eine symptomatische Bedeutung für die deutschen Ansichten beimessen, so möchten wir uns dagegen ernstlich verwahren. Insbesondere verwahren wir uns aber dagegen, daß Erzberger seine Aeußerung in einer Zeit von sich gibt, wo das verwaiste Auswärtige Amt nicht gut in der Lage ist, die Erzbergersche Politik rasch und gründlich von sich abzuschütteln. Soll etwa bei Fernstehenden der bedenkliche Eindruck erweckt werden, Erzberger sei der Herold der kommenden Richtung in der Wilhelmstraße?

Der als voraussichtlicher Nachfolger Zimmermanns genannte Botschafter Dr. v. Kühlmann, der ohnedies bei vielen Politikern derartige Erwartungen erweckt, wird gut tun, sich **unverantwortlicher Ratgeber vom Schlage Erzbergers** schleunigst zu entledigen. An diese Möglichkeit auch nur zu denken, lehnen wir entschieden ab. **Eine Verständigung mit England, wie sie Erzberger vorschwebt, ist unmöglich. Denn das wäre die Unterwerfung Deutschlands unter die englische Diktatur.** Die wirkliche Verständigung muß vor allem die Unabhängigkeit des europäischen Festlandes von England gewährleisten, nicht aber den englischen Einfluß auf die kontinentalen Verhältnisse besiegeln. Das aber würde geschehen, wenn man heute, angesichts der zur Genüge gekennzeichneten englischen Politik, Herrn Erzberger, den Helden von Rom, als Unterhändler nach London schickte.

Der „internationale“ Politiker Erzberger.

Er hat's wieder einmal geschafft: alle Zeitungen Deutschlands sind voll von seinem Ruhm; zufriedenes Lächeln auf seinem wohlgenährten Antlitz, nimmt er die Wirkung seiner neusten Heldentat in sich auf. Es ist wohl unmöglich, aus Buttenhausen zu stammen, in Biberach gewählt zu sein, und trotzdem zu begreifen, daß auch in der Politik Lächerlichkeit tötet. Jedenfalls, ihn, den heimlichen Kanzler von vorgestern und politischen Polichinell von heute tötet sie nicht. Er fühlt sich gesund und plätschert in seinem Ruhm wie in wohlparfümiertem Bade. Wäre es uns nicht um das Ansehen Don Quichotes, wir würden Anklänge an den Ritter von der traurigen Gestalt zu finden versucht sein. Aber wir wollen den Helden des Cervantes nicht kränken.

Herr Erzberger, über dessen Zürcher Interview kein ernsthaftes Wort gesagt werden kann, hat sich neuestens in der Oeffentlichkeit in alter Form als ein Mann vorgestellt, der „ehrenamtlich und unentgeltlich internationale politische Aufgaben auf dringenden Wunsch der Reichsleitung übernommen“ hat. Damit verriet er kein Geheimnis, und für eine nachträgliche Kritik einer derartigen „Reichsleitung“ bedurfte es dessen auch nicht. Aber die Sache hat neben der lächerlichen Seite, die lediglich Herrn Erzbergers eigene Angelegenheit ist, noch eine Ernste, die das deutsche Volk angeht, und das ist der Umstand, daß Herr Erzberger noch nicht in aller Form des halb- und dreivierteloffiziösen Mäntelchens entkleidet ist, mit dem er sich seit drei Jahren zu drapieren liebte, in der Meinung, der kindlichen, mit einer solchen Sorge wüchse ihm auch der Verstand.

Es geht nicht länger an, daß er als Mann erscheint, der „internationale politische Aufgaben“ zu erfüllen hat. **Die amtlichen Stellen, die einen solchen bescheidenen Geist mit offiziellen Bekleidungsstücken versehen, müssen nun, endlich Schluß machen mit dem Mißbrauch dieser „fiskalischen Objekte“.** Herr Erzberger muß ausgekleidet werden; die Drapierung muß fallen, selbst wenn er klein und häßlich zum Vorschein kommt. Höchste Zeit ist es, daß man von ihm abrückt, daß er nicht mehr in der Gloriole des tiefeingeweihten Sonderemissärs erscheint. Denn schließlich verträgt gerade der neue Kurs keine solchen Hypotheken. Die „Reichsleitung“ hat nach seinem neuesten Streich den begründeten Anlaß, die noch peinliche Verbindung mit einem solchen Heroen des Geistes abzulehnen. Herr Erzberger hat vollen Anspruch darauf, in den Witzblättern für die nächste Zeit ständig auf dem Repertoire zu bleiben; in die Akten des Auswärtigen Amtes aber gehört er

nicht mehr; die Zeiten sind vorbei, seit man die Reichsleitung nicht mehr in Anführungszeichen zu setzen braucht.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 384 – Montag, 30. Juli 1917 – S.1

„Argumente“

Der österreichische Minister des Aeußern, Graf Czernin, hat in einer Unterredung mit österreichischen Pressevertretern kürzlich erklärt: Es könne ihm gleichgültig sein, wie ein etwaiges Friedensangebot der Mittelmächte im Auslande aufgefaßt werde, ob es gegebenenfalls den Eindruck der Stärke oder Schwäche mache. Worauf es einzig und allein ankomme, sei eine möglichst rasche Beendigung des Weltkrieges. Gerade unter diesem Gesichtswinkel aber kann die Wirkung eines Friedensangebots nicht gleichgültig sein, Es ist zugestanden worden, daß das offizielle Angebot der Deutschen Regierung im Dezember 1916 im Auslande den Eindruck der Schwäche machte. Wird aber dieser Eindruck erzeugt – und das läßt sich nicht mehr bestreiten – so wird der Krieg verlängert, und damit hört jede Gleichgültigkeit auf.

Als im Dezember 1916 das Friedensangebot an die Adresse der Vierverbandes gerichtet wurde, lag ein glücklich geführter Feldzug hinter uns: Rumänien war zu Boden geschlagen, die Lage der Mittelmächte war günstiger als je. Unter den denkbar besten Umständen also war das Friedensangebot gemacht worden, und es wurde mit Hohn und Spott zurückgewiesen und stellte trotz des großen weltgeschichtlichen Augenblicks, von dem Herr Scheidemann Kunde gab, nur eine Episode in den großen Geschehnissen dieses Weltkrieges dar.

Als dagegen der Reichstag mit seiner Friedensresolution hervortrat, hatte eben General Brussilow seine neue Offensive eröffnet, und es war, von den militärischen Stellen abgesehen, noch nicht zu hoffen, daß sie dermaßen glänzend pariert und über ihren Ausgangspunkt hinaus zurückfluten würde. Als der Reichskanzler das Telegramm Hindenburgs verlas, konnte der „unabhängige“ Sozialdemokrat Dittmann noch das Wort „Stimmungsmache“ dazwischen rufen. Nach dem Feldzug gegen Rumänien zur Zeit des ersten Friedensangebotes hätte er naturgemäß eine solche Unflätigkeit nicht wagen können, ohne bedeutet zu werden, daß es seiner ganzen Geistesrichtung nach für ihn einen besseren Aufenthaltsort gäbe als den deutschen Reichstag.

Herr Theodor Wolff hat nun in dem „**Berliner Tageblatt**“ zu erweisen versucht: „Die Friedensresolution hat so gut gewirkt, wie sie wirken konnte.“ Wo diese Wirkung erfolgt ist, wird nicht gesagt. Etwa im Ausland, das als Antwort gegen sie die Reden Carsons und Lloyd Georges gehört hat, oder im Inland, wo durch sie der Zwiespalt des deutschen Volkes noch tiefer gerissen wurde, und wo trotz des Burgfriedens gerade jetzt ein heftiger Meinungskampf tobt. Die Friedensresolution aber würde, so versichert man uns, noch stärker wirken können, „könnten Lloyd George und die anderen ihr nicht drei zugkräftige Argumente entgegenstellen“.

Das erste Argument laute: Der Reichstag hat nicht die Macht, seine Ansicht durchzusetzen. Man spricht nicht umsonst von dem Humor der Weltgeschichte. Denn gerade in dem Augenblick, als Herr Theodor Wolff diese Sätze vorbereitete, wurde der Inhalt der französischen Geheimsitzung in Deutschland durch den Reichskanzler bekanntgegeben und damit der Beweis erbracht, daß in dem „parlamentarisch“ regierten Frankreich die Herren Ribot und Poincare über den Senat und das Parlament hinwegzugehen entschlossen sind; daß sie ihre Friedensbedingungen und Eroberungsabsichten aufstellen, ohne der Kammer irgendwelche Mitteilung zu machen.

Das „**Berliner Tagblatt**“ aber fordert mit „der nötigen Entschiedenheit“, die gerade ihm innewohnt, die Einführung des parlamentarischen Systems Am 6. Juli hatte Herr Ribot noch erklärt, Frankreich würde unter keinen Umständen in Annexionen einwilligen. Diese Worte waren gerichtet an das sogenannte demokratische Rußland, d. h. das Rußland des Diktators Kerenski, der sich in der Rolle Dantons mit Massenmorden und Aufpeitschung des wildesten chauvinistischen Fanatismus gefällt. Die Erklärung, keine Annexionen, richtete sich aber ebenso auch als Beruhigungsmittel an das „parlamentarisch regierte“ französische Volk, und während sie veröffentlicht wurde, dachte Herr Ribot schon daran, sie nicht zu halten. **Denn die Erwerbung des linken Rheinuferes gehört zu den ältesten Bestandteilen gerade des Ribotschen Regierungsprogramms.** Herr Theodor Wolff will auf diesem Wege Stimmung für den Parlamentarismus machen; innerpolitische Reformen sollen auf dem Wege über das Ausland durchgesetzt werden, oder was dasselbe besagt, wir selber sollen dem Ausland möglich machen, unsere Regierungsform zu bestimmen. Herr Lloyd George war in seiner letzten Rede großmütiger als Herr Theodor Wolff. Er erklärte: Welche Regierungsform sich Deutschland gäbe, gehe England nichts an; „aber unsere, Englands Sache, ist es, mit welcher Art von Regierung wir, England, Frieden schließen wollen.“

Der Vertrag, den Ribot abgeschlossen hat, wurde noch von dem zaristischen Rußland unterzeichnet. Der „Vorwärts“ benutzt diesen Anlaß dazu, um Rußland zuzureden, nicht die Rolle des „Landsknechts“ zu spielen. Diese Absicht wäre gut und löblich, wenn das Blatt nicht wiederum damit eine ganz bestimmte Erpressungsabsicht verbände. Es sagt: „Ein Bundesgenosse, der bedingungslos Bundesgenosse der anderen bleibt, ist immer ihr Sklave“, und gibt dann als Beispiel an:

„Nehmen wir an, Deutschland würde verlangen, der Krieg müsse so lange weitergeführt werden, bis die Gegner sich mit der Einverleibung Belgiens in das Deutsche Reich einverstanden erklärten, und Oesterreich sagte dazu: „Ganz recht, also kämpfen wir so lange, bis Belgien deutsch geworden ist“ – wäre dann nicht Oesterreich der Sklave Deutschlands?“

An eine Einverleibung Belgiens in das Deutsche Reich, in dem von dem „Vorwärts“ aufgestellten Sinn, denkt niemand. Was wir wollen, ist, wie wir wiederholt ausgeführt haben, daß Belgien nicht das Aufmarschgelände für englische Heere bleibt, daß es also nicht die Rolle spielt, die vor ihm Hannover, und vor diesem die französische Nordwestküste gespielt haben.

Ein anderes Argument des Herrn Theodor Wolff ist, Herr Michaelis hat auch von der „Sicherung der Grenzen“ gesprochen. Das Blatt kann an dem Worte: „Wenn die Feinde ihre Eroberungsabsichten aufgeben“, nicht vorübergehen und sucht ihnen deshalb ohne weiteres ihren Inhalt zu nehmen. Jenes Wort bildet aber die Voraussetzung des „Verständigungsfriedens“, wie ihn der Reichskanzler festgelegt hat. Wer an ihm vorübergeht, tut der Geschichte Gewalt an, gesteht den Feinden Deutschlands zu, was er Deutschland selber mißgönnt.

Herr Theodor Wolff hat aber nun noch ein drittes „zugkräftiges Argument“: Die Alldeutschen und Konservativen versicherten, „Herr Michaelis habe sich alle Türen offen gehalten, und keineswegs an einen annexionslosen Frieden gedacht.“ Auf dieses sogenannte Argument gehen wir naturgemäß nicht ein. Es ist nicht unsere Art, unserer Regierung die Hände zu binden und sie von vornherein festzulegen.

Dieser Tage hat Herr Erzberger sich als der Macher eines Friedens angeboten. Die „Kölnische Zeitung“ sagt dazu mit Recht: „Nach dieser Leistung ist Herr Erzberger nicht mehr ernst zu nehmen.“ Die K. Ztg.“ wendet dieses Wort persönlich; vielleicht hätte sie, den Umständen angemessen, mit dem Namen Erzberger einen bestimmten Gattungsbegriff bezeichnen können: jene Leute nämlich, die sich bemühen, die Dinge immer in rosigstem Licht zu sehen. Lange vor dem Kriege sagte man der deutschen Diplomatie nach, daß derjenige am ehesten vorwärts kommen könne, der als Gesandter die besten Berichte gäbe. Das Wort von den besten Berichten hat seitdem einen sehr bösen Klang angenommen. Hoffen wir, daß jetzt endlich die Zeit vorüber ist. Daß wir aus jener Manie, das feindliche Ausland nach den guten Berichten einzuschätzen, herauskommen, daß es uns nicht mehr gleichgültig ist, wie nach unserer Auffassung etwas im Auslande wirkt; sondern daß wir die Entscheidungen auf die Macht stellen und unsern Regierungsvertretern nicht die Hände binden, sondern sie stützen, damit sie sich dereinst auf die Stimmung im deutschen Volke berufen können, die einen starken Frieden will, der auf die Tatsachen des Sieges gestellt ist, der nicht mit wohlgefälligen subjektiven Argumenten rechnet, sondern mit dem Kaiser- und Hindenburg-Gebot, **„daß wir siegen müssen“**. **J.Br.**

Dienstag, 31. Juli 1917

Deutsches Volksblatt – Nr. 10265 – Dienstag, 31. Juli 1917 – S.10

Englands wahre Kriegsgründe.

Rotterdam, 30. Juli. In der Londoner „Justice“ erklärte der Sozialist J. Connel: Zurzeit fühle ich, daß die Belgier ein ebenso gutes Recht haben, die deutschen Angreifer zu bekämpfen wie die Iren gegenüber den Engländern, die sie seit Jahrhunderten ausgeplündert und gemordet haben. Das hat aber gar nichts damit zu tun, ob England diesen Krieg gegen Deutschland führen wollte. Nur ein Tor kann glauben, daß es dies tut, um die von den Belgiern erlittene Unbill zu rächen. (Aehnlich schrieben die „Times“ in ihrem bekannten Aufsatz vom 9. März 1915!) Selbst ein Tor sollte sich durch die Worte des hervorragenden Mitgliedes der Regierung Sir Edward Carson aufklären lassen:

„Wir sind in diesen Krieg gegangen, um Deutschlands Handel zu zerschmettern.“

Das Ergebnis des Krieges für England wird die Verlängerung der Lebensdauer des englischen Kapitalismus um 50 Jahre sein.

Deutsche Zeitung – Nr. 382 – Dienstag, 31. Juli 1917 – S. 2

Durch die Schuld Englands.

Bern, 30. Juli. Zu der Ablehnung der Friedensresolution im englischen Unterhause schreibt das „**Berner Tageblatt**“ vom 28. Juli:

Es zeigt sich immer deutlicher, daß wir durch die Schuld Englands noch lange keinen Frieden haben werden. Je größer die militärischen Erfolge Deutschlands von Tag zu Tag werden, desto mehr verkennt man in England und Frankreich die wahre Lage. Die Formel vom Siege ohne Entschädigungen und Eroberungen, die von Rußland aufgestellt wurde, wird von England nicht angenommen. Der deutsche Reichstag, der vertrauensvoll seine Friedensbereitschaft ausgesprochen hat, ist vom englischen Parlament hohnlachend heimgeschickt worden. Es ist gut, daß nun endgültige Klarheit geschaffen worden ist, und auch der letzte Neutrale weiß, wer dem Friedensschluß hindernd im Wege steht. Den Ententemächten ist seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg der Mut wieder gewachsen, aber auch diese Hilfe wird die Vernichtung Deutschlands nicht herbeiführen, und die Ententeregierungen werden trotz der ungeheuren Schuldenlast, die sie auf ihre Völker wälzen, trotz all dem Blut und Elend, das über diese kommt, ihren Zweck nicht erreichen.

*

Sicheren Nachrichten zufolge haben die Engländer ihre Mietverträge für die französischen Werften an der Westküste Frankreichs auf weitere drei Jahre verlängert. Die Aufregung der Bevölkerung über die Aussicht weiterer drei Kriegsjahre war nur schwer zu bemeistern.

Vossische Zeitung – Nr. 385 – Dienstag, 31. Juli 1917 – S. 7

Die „Zerstückelung Oesterreichs“. – Italiens Kriegsziel

Der „**Corriere della Sera**“ fühlt sich augenscheinlich berufen, die Enthüllungen des Reichskanzlers Dr. Michaelis nach anderer Richtung hin fortzusetzen. Daß den Italienern die „Zerstückelung Oesterreichs“ versprochen worden ist, war aus wiederholten Aeußerungen maßgebender englischer Stellen bereits zu entnehmen gewesen. Jetzt liegt eine italienische Erklärung – die Aeußerung eines der maßgebenden italienischen Blätter – vor, aus der hervorgeht, daß die Zerstückelung der Habsburger Monarchie nicht nur versprochen, sondern unter den Alliierten vertraglich festgelegt worden ist. Diese Feststellung ist an sich sehr interessant, ihr praktischer Wert dürfte ungefähr den Drohungen gleichkommen, den preußischen Militarismus zu zerschmettern oder die Hohenzollern vom Throne zu verjagen.

Die Unterhausrede Lloyd Georges erregt durch ihre gegenüber Oesterreich-Ungarn versöhnliche Tonart und durch die Hervorhebung, daß Deutschland der eigentliche Feind sei, den Zorn des „**Corriere della Sera**“. „Die Rede war nicht sehr glücklich“, sagt das Blatt, „und muß mit starker Zurückhaltung verzeichnet werden. Der Satz“ Oesterreichs Zerstückelung sei kein Kriegsziel mag der alten englischen Sympathie für die Habsburger Monarchie entsprechen, entspricht aber durchaus nicht der gegenwärtigen Lage, wie rund heraus gesagt werden muß. Eroberung Wiens und Budapests und Streichung des gesamten Staates Karls I. von der Karte wäre natürlich absurd. Aber „Zerstückelung Oesterreichs“ heißt einfach, auf seine Kosten die gerechten nationalen Wünsche der kämpfenden Nationen erfüllen.

Italiens und Rumäniens Rechte sind in der ausdrücklichsten und bindensten Form von den Verbandsmächten anerkannt worden, die wertvolle Hilfe, die großen Opfer Italiens machen es zur Ehrenpflicht, nicht bloß der Dankbarkeit, sondern abgeschlossener Verträge, daß diese Ansprüche zu den unumgänglichen Kriegszielen des ganzen Verbandes gehören. Hat Cecil vergessen, daß Balfour feierlich die Wiederherstellung Polens, die Befreiung Böhmens verkündet hat? Wenn das nicht eine „Zerstückelung Oesterreichs“ in sich schließt, so mag man einen anderen Ausdruck dafür wählen, aber keine Zweideutigkeiten dulden. Nicht minder unglücklich ist Cecils Wort, daß Deutschland der Hauptfeind sei. Das heißt, die militärisch diplomatische Einheitsfront des Verbandes verleugnen. Wie soll Ruhe werden, wenn die nationalen Ansprüche der Italiener, Serben, Rumänen, Polen, Tschechen nicht erfüllt werden?“

Ein neuer Beweis für Rußlands Schuld am Krieg.

Das Wort, das der russische Kriegsminister in den kritischen Julitagen 1914 an die französische Regierung richtete: „Rußland ist bereit und erwartet, daß auch Frankreich bereit ist,“ hat durch die Veröffentlichung der Mobilisierungsbefehle für die polnischen Festungen, der Einberufungsedikte, Plakate usw. seine mannigfachen Bestätigungen erfahren. Ein neues Beweisstück ist jetzt in Warschau gefunden worden. Als die russische Armee die polnische Hauptstadt verließ, wurden von den Russen aus den staatlichen Archiven nur bestimmte, die russische Regierung am meisten kompromittierende Akten mitgenommen. (Auch die laufenden Registraturen sind fast sämtlich fortgeschafft worden.) Daß hierbei das ein oder andere Aktenstück vergessen worden ist, kann nicht Wunder nehmen.

So wurde vor einiger Zeit in den Archiven des russischen Generalgouvernements zu Warschau ein Aktenstück gefunden, das über 30 Gesuche um Erteilung von Auslandspässen zu ermäßigter Paßgebühr enthielt. Die frühesten dieser Gesuche sind am 9. Juli (russischen Stils), d.h. am 22. Juli neuen Stils, 1914 in der Kanzlei des Generalgouverneurs mit dem Eingangsstempel versehen worden und haben auch noch am gleichen Tage zum Bericht vorgelegen. Für die Zeit vom 9. – 22. / 17. – 30. Juli sind 29 Aufträge auf Paßerteilung vorhanden. Alle diese liegen in einem Papierumschlag, der in Bleistiftschrift die russische Aufschrift trägt:

„Es ist befohlen worden, einen besonderen Umschlag für alle diese Bittschriften mit der Aufschrift:

Aktenstück betreffen Bittschriften um Erteilung von ermäßigten Auslandspässen, welche aus Anlaß des Krieges angehalten worden sind. Im Journal soll man bei jeder Eintragung vermerken: angehalten aus Anlaß des Krieges.“

Die Annahme, daß die Erledigung dieser Paßanträge durch Zufall vergessen worden sei und daß sie später, als der Krieg schon ausgebrochen war, von den russischen Beamten gefunden wurden, wird dadurch hinfällig, daß auf jeder der Eingaben Kanzleivermerke stehen, aus denen ohne jeden Zweifel hervorgeht, daß die Bittgesuche an den maßgebenden Stellen noch am Tage des Eingangs oder spätestens am folgenden Tage zum Bericht und zur Entscheidung vorgelegen haben. Es ergibt sich hieraus also unwiderruflich, daß das russische Generalgouvernement Warschau, wohl nicht, ohne von Petersburg aus mit Weisung versehen worden zu sein, schon am 22. Juli 1914 den Krieg mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn für sicher gehalten hat und zwar gerade zu einer Zeit, da diese beiden Mächte sich eifrig um die Erhaltung des Friedens bemühten.

Balfour zur Frage der Annexionen. –

Eine Erklärung im Unterhause. – Keine bestimmte Stellungnahme, aber Elsaß-Lothringen für Frankreich. – „Freiheit“ für die kleinen Nationen Oesterreich-Ungarns. – Die Demokratisierung Deutschlands.

London, 30. Juli. (W.T.B.) Unterhaus. Bryce und Noel Buxton forderten eine deutlichere Erklärung über die Politik der Regierung hinsichtlich der Annexionen.

Minister des Aeußern, Balfour, erwiderte, er hielte eine ausführliche Erklärung für nicht am Platze. Der allgemeine Grundsatz, der die englische Politik leite, sei durch den früheren und jetzigen Premierminister und den früheren Staatssekretär des Auswärtigen ausgesprochen worden, und über die allgemeinen Grundsätze, die die Minister seit dem August 1914 geleitet hätten, könnten wohl nicht viele Zweifel bestehen. Wie man diese Grundsätze anzuwenden habe, hänge von Umständen verwickelter Natur ab, von den Vorgängen in den Ländern der Verbündeten und den Maßnahmen der Gegner, von dem Kriegsglück und den Veränderungen in den militärischen und maritimen Verhältnissen der Welt. Wie könne man daher Einzelheiten geben und das Werk der künftigen Friedenskonferenz vorweg nehmen? Jede Erklärung eines verantwortlichen Ministers sei eine Art Bürgschaft über den bis ins einzelne bestimmten Kurs, den die Regierung einhalten müsse, bis die Zeit für einen endgültigen Abschluß käme. Es ist sehr gefährlich, eine solche Erklärung in dieser Weise zu behandeln. Man könne politische Probleme nicht in dieser Weise anfassen. Niemand könne voraussehen, in welche Zustand die Welt sich befinden werde, wenn diese Probleme zur Entscheidung kommen würden.

Balfour erinnerte daran, daß die Debatte damit begonnen habe, nach welchen Methoden Oesterreich-Ungarn zu behandeln sei, und fuhr dann fort: „Wir wünschen, daß die Nationen, aus denen dieser heterogene Staat zusammengesetzt ist, in die Lage kommen, auf eigenen Füßen ihre eigene Zivilisation zu entwickeln und

die Bahn zu bestimmen, in der ihre Entwicklung stattfinden soll.“ Das sei das allgemeine Prinzip. Die Zeit sei nicht danach angetan, daß ein Minister des Auswärtigen sich mit Friedenserörterungen beschäftige.

„Wie jedermann weiß“, fuhr Balfour fort, **„dachten wir, als wir in den Krieg eintraten, hauptsächlich nur an die Notwendigkeit, Belgien zu verteidigen und zu verhindern, daß Frankreich vor unseren Augen zerschmettert würde.** Diese beiden Motive führten uns in den Krieg, und wir hatten damals nicht den geringsten Gedanken an die großen Probleme, die der Verlauf des Krieges vor unseren Blicken eröffnet hat. Nur das war klar, daß **wir nicht aus selbstsüchtigen Gründen in den Kriege gingen.** Wir hören wieder und wieder die Phrase: „Keine imperialistische Politik, keine Kriegsentschädigung!“

Wir sind gewiß nicht für imperialistische Ziele oder um Kriegsentschädigung zu bekommen in den Krieg gegangen. **Wir taten es und sind dabei geblieben, um Ziele zu erreichen, an deren Selbstlosigkeit niemand, der die öffentliche Meinung Englands kennt, zweifeln wird,** und deshalb brauchen wir von diesem Gesichtspunkt aus nichts aufzugeben. Wir befinden uns notwendig in einer anderen Lage als viele unserer Verbündeten, keinesfalls deshalb, weil keinem britischen Staatsmann, zu welcher Partei er auch gehören möchte, jemals der Gedanke kommen konnte, in diesen Krieg zu gehen, um die britischen Besitzungen auf dem europäischen Festland zu vermehren. Das gibt uns zu Amerika eine Stellung, die schwerlich eines der anderen kämpfenden Völker für sich in Anspruch nehmen könnte. Es wäre unweise, die Zukunft vorhersagen zu wollen.“

Balfour fuhr fort: „Wir alle wünschen dasselbe, wir alle wünschen, daß Europa aus diesen Kämpfen mit weniger Konfliktstoffen hervorgeht, die die Menschheit trennen, und die als beständige Reizmittel auf den nationalen Stolz, Ehrgeiz und Eitelkeit wirken. Wir wünschen die Aussichten auf einen künftigen Krieg zu verringern, indem wir die Zahl der Ursachen verringern, die die Nationen zu Kriegen treiben. Wir sind alle der Meinung, daß wir der Ausführung dieses Gedankens erheblich näher kommen, wenn wir die berechtigten nationalen Bestrebungen befriedigen.

Balfour erklärte weiter: Er könne nicht verstehen, wie man, nachdem man Frankreich in allen diesen Kriegsjahren unterstützt und an Frankreich geglaubt habe, daran zweifeln können, daß man fortfahren müsse, Frankreich zu unterstützen, an Frankreich zu glauben und ihm zu helfen, wieder das zu werden, was es vor den Angriffen im Jahre 1870 gewesen sei. Elsaß-Lothringen sei gewaltsam von Frankreich losgerissen worden. Seit 1871 habe auf beiden Seiten der leidenschaftliche Wunsch nach Wiedervereinigung keinen Augenblick aufgehört. Wenn wir nach diesem Kriege die europäische Karte verbessern wollen, so wünschen wir eine Karte von längerer Dauer, als sie ein Kongreß je geschaffen hatte.

Denn könnte jemand zweifeln, daß die Rückgabe des Gebietes, das Frankreich vor 40 Jahren gewaltsam geraubt wurde, eine notwendige Gebietsveränderung sei? Diese Frage gehört zu einer anderen Kategorie als die interessanten, bedeutenden und sogar vitalen Spekulationen über die östlichen Teile des europäischen Festlandes. Die Lösung dieser Frage scheint mir ganz selbstverständlich, und es ist jedenfalls meine persönliche Ueberzeugung, daß, da Frankreich für Elsaß-Lothringen kämpft, wir es unterstützen sollen. Frankreich kämpft natürlich nicht für Elsaß-Lothringen allein, sondern geradezu um seine Existenz. Aber dieser Kampf, der ihm aufgezwungen ist, schließt dieses andere Problem ein. Ich sage also, daß, wenn wir entschlossen sind zu verhindern, daß Frankreich zerschmettert wird, dies darin eine Ergänzung findet. Wenn, wie ich glaube, der Krieg glücklich ausgeht, haben wir ein sehr nahes Interesse daran, daß das berechtigte Streben Frankreichs nach der Wiederherstellung seines früheren Bestandes erfüllt wird.“

Balfour erklärte weiter: „Niemand kann zweifeln, daß die heute erörterten Fragen alle Staatsmänner Europas und Amerikas beschäftigen. Es ist der Gedanke, der die ganze zivilisierte Welt so beschäftigt, daß er alle anderen Interessen verdrängt, und ich halte es daher für Torheit, daß eine Versammlung wie die unsrige, eine Entscheidung über dieses große Problem fällen soll. Man muß seine Hoffnungen und Meinungen über diese höchst wichtigen Fragen mit der nötigen Vorsicht und Zurückhaltung äußern. Ich muß die Hoffnung aussprechen, daß das Interesse, das wir alle in beispiellosem Grade an diesem Problem nehmen, niemals die Form annehmen wird, von der Regierung zu verlangen, sich im einzelnen über die künftigen Abmachungen auszulassen, die weder von unserer Regierung noch von der Regierung eines anderen einzelnen Staates allein abhängen. Wie das Gleichgewicht der Kräfte sein wird, wenn es zu ernstern Erörterungen über den Frieden kommt, wird nicht allein von den Spekulationen oder Wünschen einzelner, sondern von den speziellen Wünschen dieser oder jener Nation abhängen. Es ist unmöglich vorher zu sagen, wie und in welcher Form das Ziel jener Kräfte schließlich das Schicksal der Menschheit formen wird.

Von der Regierung zu verlangen, bestimmt festzulegen, was wir fordern werden und müssen, oder was wir wünschen würden, oder was uns gleichgültig sein würde, die Ziele zu klassifizieren und die Anstrengungen bestimmt zu bezeichnen, die wir zur Erreichung jedes einzelnen dieser Ziele aufwenden wollen, heißt, von der Regierung verlangen, einen Weg einzuschlagen, den keine Regierung mit Erfolg einschlagen kann.

Wir haben mit viel zu großen und viel zu verwickelten Verhältnissen zu tun, als daß wir das könnten. Dagegen haben wir der Welt klar zu machen, daß wir nicht um des Kampfes willen kämpfen. Wir wünschen den Frieden ebenso ernstlich wie irgendeines der Staatswesen, die jetzt unter den Verlusten, den Lasten und den Tragödien des Krieges leiden. Der Frieden, den wir wünschen, ist ein Frieden, der nicht nur dauern soll, bis die Völker den Schrecken und die Erschöpfung halb vergessen haben, sondern ein Frieden, der, wie wir hoffen, zum Teil auf dem Wachstum einer nationalen Moralität beruhen wird, zum Teil auf der Bedeutung der internationalen Beziehungen, die einen überflüssigen Bruch des Weltfriedens zu einem Verbrechen stempeln werden, wofür der Verbrecher bestraft wird, und darüber hinaus einen Frieden, der eine solche Neuregelung, eine solche Abwandlung der politischen Angelegenheiten Europas mit sich trägt, daß ein Gleichgewicht der Macht in genau dem alten Sinne des Wortes nicht bestehen wird, sondern eine solche Regelung der Gemeinwesen Europas, die es den Friedensstörern bedeutend schwerer machen wird, einen Boden zu finden, wo sie ihre bittere, verhängnisvolle Saat säen können, und diese Saat selbst sehr viel unproduktiver machen wird, als es in unserer Zeit und der Zeit unserer Großväter und Urgroßväter der Fall war.

Wie kann nun dieses Ziel erreicht werden? Wie wollen wir mit den großen alten Monarchien wie Oesterreich verfahren? Wie werden Oesterreich und Deutschland ihre inneren Probleme lösen, die sie selbst und niemand anders lösen muß? Niemand kann dies in diesem Hause und im gegenwärtigen Stadium des Krieges wirksam erörtern.

Ein Wort über die Demokratisierung Deutschlands. Wir hoffen alle, daß die Autokratie in Deutschland eine freie Regierung und parlamentarische Institutionen, wie wir parlamentarisch verstehen, flott machen wird. Es ist von maßgebender Seite erklärt worden, daß es schwer sei, über einen dauernden Frieden zu verhandeln, wenn man nicht mit einem Gemeinwesen zu tun hat, das auf dem Volkswillen beruht, und das nicht durch die finsternen Pläne einer Weltherrschaft korrumpiert ist. Aber das bedeutet nicht, daß jemand so töricht sei, anzunehmen, daß man Deutschland von außen her eine Verfassung auferlegen könne. Deutschland muß sein Heil selbst suchen. Die Nationen müssen ihre Freiheitspläne selbst suchen gemäß ihren eigenen Ideen, ihrer Geschichte, ihrem Charakter und ihren Hoffnungen, für die Zukunft. Aber wenn es wahr ist, daß die große Macht des deutschen Imperialismus auf dem Glauben beruhe, daß Deutschland nur unter dem imperialistischen System groß, mächtig und reich sein kann, dann können leicht, wenn die Erfahrung lehrt, daß das imperialistische System nicht nur zu einer Zeit zum Triumph führen kann, sondern zu einer anderen unvermeidlich zu einem ebenso großen Unheil führen muß, die Ideen, die im Jahre 1848 einen so mächtigen Ausdruck gefunden haben, und die alle deutschen Denker länger als eine Generation bis zur Herrschaft Bismarcks beseelt haben, mit neuem Glanz und neuer Kraft wieder aufleben, und dann wird Deutschland mit seiner ganzen Macht der Organisation und seiner ganzen ererbten Bildung an der Seite der Nationen stehen, die vor dem Kriege sich kaum vorstellen konnten, wie ein Weltkrieg dieser Art absichtlich provoziert werden konnte, um kommerzielle und politische Interessen eines Staatswesens zu fördern. Wenn Deutschland in dieser Hinsicht das Niveau der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erreicht hat, so darf man hoffen, daß jedenfalls einer der großen Friedensstörer der europäischen Geschichte ausgeschaltet ist.

Ich weiß nicht, wer es wagen will, zu sagen, daß, wenn man auf die innere Lage Deutschlands blickt, soweit das augenblicklich möglich ist, die Ideen, von denen ich gesprochen habe, sich tatsächlich in der Weise abspielen werden, daß sie zu der Hoffnung berechtigen, daß wir es selbst erleben werden. Ich bin sicher, daß, wenn es nicht dazu kommt, es auch keine Sicherheit für Europa geben wird. Ich glaube nicht, daß der europäische Friede gesichert werden kann, ehe Deutschland nicht los oder frei gemacht ist.

Nichts ist mir deutlicher, als das, wenn wir jene Politik ausführen wollen, unsere unmittelbare Pflicht ist, nicht zu erörtern, welche Friedensbedingungen wir im einzelnen wünschen werden, wenn der Krieg zu Ende ist, sondern den Kampf mit aller verfügbaren Energie fortzusetzen. Wenn dieser Krieg mit einem deutschen Frieden endet, so wird der deutsche Frieden nur das Vorspiel zu einem neuen Krieg sein. Wenn der Krieg nicht mit einem deutschen Frieden endet, sondern mit einem Frieden, der sich dem Gewissen Amerikas und Großbritanniens empfiehlt, so würde es ein Frieden sein, der schließlich wahrscheinlich Deutschland ebenso zum Segen gereichen wird, wie der übrigen Welt. Aber jedenfalls würde es ein Frieden sein, der nicht nur die Lebenszeit derjenigen Generation vorhält, die diesen furchtbaren Krieg begonnen hat, sondern der dauernd wirkt, bis wir das Stadium einer internationalen Entwicklung erreicht haben, die eine Wiederholung dieser Schrecken für unsere Kinder undenkbar macht.“

Nachdem Balfour gestern abend im Unterhause seine Rede beendet hatte, fragte der liberale Holt, ob die Regierung im Einvernehmen mit den Alliierten durch die in Betracht kommenden diplomatischen Kanäle an Deutschland in aller Form die Frage stellen könnte, ob es bereit sei, Belgien, Frankreich und die anderen besetzten Länder zu räumen und zu entschädigen. Ponsonby sagte, Balfour habe, anstatt sich auf Allgemeinheiten zu beschränken, großen und ungehörlichen Nachdruck auf die elsäß-lothringische Frage

gelegt. Balfour antwortete: Er habe nicht eine wohlüberlegte Erklärung darüber abgegeben, was für Maßnahmen bezüglich Europas getroffen werden würden und seine Rede dürfe nicht in diesem Sinne aufgefaßt werden.

Balfour sagte: „Ich habe lediglich im Laufe der Debatte auf frühere Reden geantwortet. Ponsonby darf nicht sagen, daß ich auf irgend einen besonderen Gegenstand ungebührlich Nachdruck gelegt habe. Die Rede war nicht als Ueberblick über die ganze Lage gedacht.“

Berliner Tageblatt – Nr. 388 – Mittwoch, 01. August 1917 – S. 2

Ribots Antwort auf die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers.

Die Abmachungen mit Rußland von 1917 – Die Rückforderung Elsaß-Lothringens.

Paris, 31. Juli. (Havas.) Die Erklärungen, die Ministerpräsident Ribot in der Kammer abgab, hatten folgenden Wortlaut:

„Der deutsche Reichskanzler hat sich erlaubt, öffentlich an die französische Regierung die Aufforderung zu richten, zu erklären, ob sie in der Geheimsitzung am 1. Juli der Kammer nicht von einem Geheimvertrage Kenntnis gegeben habe, der am Vorabend der russischen Revolution abgeschlossen wurde und durch den sich der Zar verpflichtete, unsere Ansprüche auf die deutschen Gebiete links vom Rhein zu unterstützen. Die Erklärung des Kanzlers enthält indessen große Ungenauigkeiten und wirkliche Lügen, besonders bezüglich der Rolle, die er Poincare zuteilt, daß dieser Befehl gegeben habe, den Vertrag ohne Wissen Briands zu unterzeichnen. Die Kammern wissen, wie die Ereignisse sich abgespielt haben. Infolge seiner Unterhaltung mit dem Zaren erbat und erhielt Doumergue von Briand Ermächtigung, Akt zu nehmen von den **Versprechen des Zaren, unsere Zurückforderung in Bezug auf Elsaß-Lothringen, das uns gewaltsam entrissen ist, zu unterstützen und uns freie Hand zu lassen in der Aufsuchung von Garantien gegen jeden neuen Angriff. Nicht durch Annexionen der linksrheinischen Gebiete für Frankreich, sondern dadurch, daß wir im Notfalle aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat machen, der uns so wie Belgien gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte.** Wir haben niemals daran gedacht, das zu tun, was Bismarck im Jahre 1871 getan hat. Wir haben daher das Recht, der Behauptung des deutschen Kanzlers ein förmliches Dementi entgegenzusetzen.

Der Kanzler kennt offensichtlich den Text der Briefe, die wir im Februar 1917 mit Petersburg gewechselt haben und hat sich erlaubt, deren Sinn zu fälschen, wie es der berühmteste seiner Vorgänger mit der Emser Depesche getan hat. Wir werden an dem Tage, an dem es die russische Regierung für gut halten wird, diese Briefe zu veröffentlichen, keinerlei Einwendungen dagegen machen.

Andererseits hat sich der deutsche Kanzler natürlich gehütet, etwas von den Erklärungen zu sagen, die ich am 21. März abgegeben habe, und **durch die ich im Namen Frankreichs jede Politik der Eroberungen und gewaltsamen Annexionen verschmäht habe.** Der deutsche Kanzler hat absichtlich die Rede vergessen, die ich am 22. Mai in der Kammer gehalten habe, und in der ich erklärte, daß wir bereit wären, in eine Unterhaltung mit Rußland über die Kriegsziele einzutreten, und daß, wenn das deutsche Volk, dem wir nicht das Recht zu leben und sich zu entwickeln bestreiten, begreifen würde, daß wir einen auf die Rechte der Völker gegründeten Frieden wollen, ein Friedensschluß dadurch bedeutsam erleichtert würde. Er hat mit Stillschweigen die Tagesordnung übergangen, die nach der Geheimsitzung vom 1. bis zum 5. Juli einstimmig angenommen wurde **Als ich diese Tagesordnung unterstützte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder Unterwerfung verfolgen. Das liegt nicht in der französischen Politik.**

Aber das konnte die Politik sein, deren gesamte Anfälle und deren verderblichen Schlag wir aufzuhalten hatten. Ja, wir haben unter dem Druck dieser Politik fünfundzwanzig Jahre geseufzt und die Vergeltung, die wir heute üben sollten, ist nicht eine Vergeltung der Unterdrückung, ist eine Vergeltung, die darin besteht, die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichgewicht, wie Frankreich sie hat, ins Völkerrecht umzusetzen. Lassen wir uns nicht täuschen durch Formeln. Wir kennen ihre Absichten gut, die möchten die Demokratie der Welt verwirren, sie glauben machen, daß wir Leute sind, die Eroberungen suchen. Nein, wir suchen Recht und Gerechtigkeit.

Wir wollen diese Provinzen wiedernehmen, die niemals aufgehört haben, französisch zu sein. Sie waren es durch ihren Willen, denn sie haben sich Frankreich gegeben. Im Verlauf der großen Revolution von 1790 sind sie zum Föderationsfest gekommen und haben Frankreich ihren Beitritt erklärt. Seitdem haben sie ein französisches Leben gelebt, sind sie ein Teil Frankreichs gewesen, und als sie uns entrissen worden sind, haben wir alle gefühlt, daß diesem edlen Frankreich etwas fehlte. Sie müssen zu Frankreich zurückkommen, weil sie zu ihm gehören, weil sie nicht zu denen gehören, sie sie nicht, wie wir es getan haben, durch

Ueberredung genommen haben, sondern durch Gewalt, durch das harte Recht des Krieges, das wir verschmähen. Wir wollen nicht diese gewaltsame Annexionen, wir wollen einfach Zurückerstattung dessen, was uns gehört.“

Ribot erinnerte dann an die Worte der Tagesordnung, welche die Kammer als Folge der Geheimsitzung vom 1. bis zum 5. Juli angenommen hat und sagte weiter: „Man wagt jetzt der Welt zu sagen, daß wir Annexionen wollen. Das ist ein zu plummes Manöver, als daß jemand sich dadurch täuschen ließe, und besonders die demokratischen Massen des russischen Volkes, die man vergebens von ihren Verbündeten zu trennen sucht, indem man sie über die wahren Gefühle der französischen Demokratie täuscht. Was will der Kanzler? Er sucht die Schwierigkeiten zu verbergen, die er empfindet, um die Kriegsziele Deutschlands festzusetzen und die Bedingungen, unter denen er Frieden machen würde. Er sucht besonders die Aufmerksamkeit von der schrecklichen Verantwortung abzulenken, die auf dem Gewissen des deutschen Kaisers und seiner Ratgeber lastet. Am Tage nach der Veröffentlichung der Beschlüsse, die am 5. Juli in der in Potsdam abgehaltenen Beratung gefaßt wurden, wo alle Konsequenzen des an Serbien abzuschickenden Ultimatums ins Auge gefaßt wurden, des Ultimatums, aus dem der Krieg entstehen mußte, am Tage nach der Veröffentlichung versucht der Kanzler diese Ablenkung. Es ist eine gewisse Unverschämtheit, wenn man derartige Verantwortung hat, Rechenschaft über unsere Absichten zu verlangen.

Ohnehin wenden wir uns nicht an Deutschland, sondern an alle diejenigen, die als Zeugen oder Mitwirkende dieses Kampfes, den wir seit drei Jahren aushalten, wissen, daß im Grunde der Seele des französischen Volkes eine tiefe Anhänglichkeit an die Grundsätze der Gerechtigkeit, an die Achtung vor dem Völkerrecht und, ich kann es sagen auf die Gefahr hin, von unseren Feinden nicht verstanden zu werden, an wahre Großmut lebt.“

Deutsche Tageszeitung – Nr. 387 – Mittwoch, 01. August 1917 – S. 3

Herr Erzberger

Die Züricher Aeußerungen des Abgeordneten Erzberger hatten selbst in denjenigen politischen Kreisen, die dem von sich sehr eingenommenen Zentrumsparlamentarier nahestehen, ein peinliches Gefühl erregt: Herr Erzberger kompromittierte seine ganze Anhängerschaft. So ging denn auch die ihm nahestehende Presse mit Stillschweigen über die Schwätzerei des betriebsamen Abgeordneten hinweg. Nur (wie immer) der „Vorwärts“ und sein freisinniges Börsenblatt haben kein Gefühl für Takt und suchen Herrn Erzberger zu verteidigen. Der „Vorwärts“ fragt besorgt, ob denn die Art, wie Erzberger von seinen Gegnern herabgesetzt werde – „national“ sei.

Diese köstliche Bemerkung des „Vorwärts“, dem bisher jede Empfindung dafür abging, was national ist, läßt erneut erkennen, daß **das sozialdemokratische Blatt für die Würdelosigkeit des Nachlaufens hinter unsern Feinden, wie es Erzberger im Verein mit Scheidemann betreibt, kein Verständnis hat, und daß es kein Schamgefühl angesichts der Erzbergerschen Liebedienerei vor Lloyd George zu empfinden vermag.** Jedenfalls wird sich der „Vorwärts“ damit abfinden müssen, daß die weitesten Kreise des deutschen Volkes, auch die Zentrumskreise, mit den politischen Geschäften des Herrn Erzberger nicht zu tun haben wollen. Das Hauptorgan der schlesischen Zentrumsparterie, die „Schlesische Volkszeitung“, schrieb in ihrer Dienstag-Ausgabe zu den Erzbergerschen Aeußerungen:

„Angesichts der sensationellen Enthüllungen des Reichskanzlers über die ungeheuerlichen Eroberungspläne der französischen Regierung müssen die Mitteilungen Erzberger in einem besonderen Lichte erscheinen.“

Damit hat das Blatt Herrn Erzberger fallen gelassen.

Ein freisinniges Börsenblatt dagegen sucht das Ansehen Erzbergers wiederherzustellen, indem es ausplaudert, ihm wäre ein Ministersessel während der politischen Krise angeboten worden! Das Blatt äußert, für Herrn Erzberger wäre es sicher angenehmer und bequemer gewesen, auf diesem Ministersessel der behaglichen Ruhe zu pflegen, als ernsthaft nach Mitteln zu suchen, um einen Weg aus dem Chaos zu finden. Es ist immerhin bemerkenswert, daß das freisinnige Blatt, das die Politik Bethmanns immer unterstützt hat, der Ansicht ist, Ministersessel seien während eines Krieges, der um den Bestand des Reiches geht, Ruheposten. Bemerkenswert ist auch das Zugeständnis des Blattes, **daß Erzberger seine fragwürdige politische Tätigkeit während des Krieges „unter mindestens stillschweigender Duldung“ des Auswärtigen Amtes betrieben habe.**

Es ist anzunehmen, daß die „stillschweigende“ Duldung mit dem Amtsantritt des Herrn Dr. Michaelis ihr Ende gefunden hat. Erzberger paßte zum System Bethmann, nicht aber zum neuen Regiment in der Wilhelmstraße.

Die Stimmung im Zentrum

[- und Erzbergers Friedensbestrebungen]

In der Zentrumspresse gehen die Auseinandersetzungen über die Politik der Zentrumsfraktion in der Friedensfrage in ungehinderter Schärfe weiter. Namentlich hat das Paderborner „Westfälische Volksblatt“ den Standpunkt der Opposition in der Zentrumsparlei gegenüber der Richtung Erzberger vertreten. Herrn Erzberger ist naturgemäß die Haltung der Zentrums-Oppositions-Presse sehr unliebsam gewesen, und er hat Versuche unternommen, das „Westfälische Volksblatt“ zum Schweigen zu bringen. In einer geharnischten Zuschrift an das genannte Paderborner Blatt **hat Erzberger dabei interessante Aeußerungen gemacht, „daß der Weg, den der Reichstag jetzt eingeschlagen habe, bereits in der Friedenskundgebung des Papstes vorgezeichnet war, wie der Papst auch während des Krieges immer betont habe, daß nur ein Friede der Verständigung und des Ausgleichs ein Ende des Krieges herbeiführen kann.“**

In derselben Richtung bewegt sich ein Artikel, den der Zentrumsabgeordnete Kuckhoff heute im „Tag“ veröffentlicht, in dem der Satz enthalten ist, „für jeden Gläubigen ist die Warnung vor einem Annexionsfrieden aus dem Friedensgebet deutlich und eindringlich vernehmbar“, das Woche für Woche von der katholischen Christenheit des ganzen Erdkreises gebetet wird.

Das „Westfälische Volksblatt“ wendet sich jetzt gegen diese Auslegung und sagt, wenn der Abgeordnete Erzberger sich für sein Vorgehen im Reichstage auf die Friedenskundgebung des Papstes berufen wolle, so müsse er hingegen „Verwahrung einlegen“. **Das Paderborner katholische Blatt hebt nochmals ausdrücklich hervor, daß es die ständigen Friedensangebote von deutscher Seite für „ein Unglück“ halte, und daß diese Auffassung „in den weitesten Kreisen der Zentrumswählerschaft vorhanden“ sei. „Es will uns auch nicht recht und gut erscheinen, wenn der Politiker sich hinter den Papst flüchtet.“ Schließlich betont das Blatt, daß Erzbergers Tätigkeit „für das Vaterland und für die Kirche nicht von Segen“ sein könne.**

Herr Erzberger und die Kriegssteuer.

Von hochgeschätzter Seite schreibt man uns:

Die sehr bedenkliche Vernachlässigung der Ausgestaltung seiner Heeresmacht zu Wasser und zu Lande während des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege muß das deutsche Volk mit Blut und mit hohen materiellen Opfern bezahlen. Ueber die Eigenart dieser Militärpolitik, vor allem soweit sie in die Bethmannsche Kanzlerschaft fällt, wird später sehr eingehend zu reden sein. Zu den materiellen Opfern gehören die Gesetze über den Wehrbeitrag, die Besitzsteuer und die Kriegssteuer. Wäre die Entwicklung unserer Land- und Seemacht den natürlichen völkischen Verhältnissen und dem Gange der politischen Ereignisse entsprechend vor sich gegangen, so hätten sich die Opfer auf eine lange Reihe von Jahren gleichmäßig verteilt, und es wäre nicht nötig gewesen, bei plötzlicher und verspäteter Nachholung des Versäumten die Lasten in einer Weise aufzubringen, die nicht nur eine schwere Gefährdung der Eigenexistenz der Bundesstaaten bewirken, sondern zugleich, auch ohne Krieg, einen tief einschneidenden und bedenklichen Eingriff in das Wirtschaftsleben bedeuten mußte. Südekum [*] bezeichnete den mit jenem Gesetze betretenen Weg mit Recht als den „Sieg der sozialistischen Idee“.

Heute stehen wir nun im Zeichen der Besitz- und Kriegssteuerbeschiede. Dabei wird es von den Steuerpflichtigen als besonders drückend und als ungerecht empfunden, daß die hohe Kriegssteuer auch noch zu verzinsen ist, und zwar noch vor Zustellung der Steuerbescheide mit 5 vH. vom 1. Juli ab. Diese Auflage, die niemand versteht, führt in der Öffentlichkeit zu den bittersten Urteilen gegenüber den in diesem Falle gänzlich unschuldigen Steuerbehörden. Sie beruht auf §31 Absatz 3 des Kriegssteuergesetzes, wo es heißt: „Vom 1. Juli 1917 ab sind die bis dahin noch nicht gezahlten Abgabebeträge mit 5 vom Hundert jährlich zu verzinsen.“

Bundesrat und Reichsleitung sind an dieser ungewöhnlichen Bestimmung unschuldig. Die Steuerpflichtigen verdanken sie vielmehr dem Reichstage, und zwar einem Antrage des Herrn – Erzberger und des freisinnigen Abgeordneten Dr. Blunck. Herr Erzberger hat damit wahrscheinlich sein köstliches Wort wahr gemacht: „Es geht gegen die Natur des Reichstages, daß er nur unpopuläre Steuern beschließen soll, während die populären von den Einzellandtagen geschaffen werden.“

Oder sollte er sich diesmal über die populäre Wirkung seines gewaltigen Schaffens getäuscht haben, ähnlich getäuscht haben, wie über die Wirkung seiner Friedensresolution? Doch Herr Erzberger ist ein großer Mann. Und bleibt es.

*[Albert Südekum, *25.01.1871 - +18.02.1944; Journalist, Reichstagsmitglied der SPD]

Herr von Kühlmann.

Wer das Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes übernehmen werde, ist noch nicht bekannt, und wir wissen auch nicht, ob es schon bereits entschieden ist, wenn schon freilich hierfür ein gewisses Maß von Wahrscheinlichkeit besteht. Die Reise des Botschafters zu Konstantinopel, Herrn von Kühlmann, nach Berlin, wo er erst vor kurzem gewesen war, hat zahlreichen deutschen und auch österreichischen Zeitungen Veranlassung gegeben, die Ernennung dieses Diplomaten zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als sicher zu bezeichnen. Die Wiener Blätter haben ihn mit auffallender Wärme willkommen geheißen und das „Berliner Tageblatt“ widmete ihm am vergangen Montag einen bemerkenswerten Dityrambus, verbunden mit allerhand Winken und Mahnungen, wie er sich zu verhalten habe.

Wir haben uns von vornherein auf den Standpunkt gestellt, vorläufig nur dann über die für diesen Posten vielleicht in Betracht gezogenen Persönlichkeiten unsere Auffassung zu sagen, wenn dieselben vorher von anderen Blättern beurteilt worden sind. So haben wir es mit Bernstorff und ebenso mit Hintze gehalten und so möchten wir nach der Reklame des „Berliner Tageblattes“ im folgenden auch über Herrn von Kühlmann einige Worte zu seiner politischen Charakteristik sagen. Dadurch wird ja auch der Sinn und Zweck der Mahnungen ohne weiteres klar, welche Herr Th. Wolff im „Berliner Tageblatt“ Herrn von Kühlmann zu Gemüte führt, und zwar wie das Folgende zeigen wird, keineswegs ohne subjektive Berechnung.

Herr von Kühlmann war vor dem Kriege einer der hauptsächlichsten und tätigsten Vertreter der mit Recht berühmten Bethmannschen Politik der „Verständigung“ mit Großbritannien. Als er Botschaftsrat zu London war, stand diese Politik besonders in Blüte und damit der Kampf der deutschen Diplomatie gegen die deutsche Flotte und den Gedanken der Seegeltung. Herr von Kühlmann gehörte zu denen, welche zugleich mit der sogenannten Verständigung auch auf die Parole „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg“ schworen und glaubten, mit diesem Zauberworte den deutsch-englischen Knoten lösen zu können, unter gleichzeitigem Aufgeben einer Machtstellung auf und über See.

Herr v. Kühlmann scheint gerade seiner persönlichen Tätigkeit hier besonders große Bedeutung beigemessen zu haben. **Er befand sich in der kritischen Periode nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand auf Urlaub in Bayern und ging erst ganz kurz vor dem Kriege wieder nach London zurück. Ihm wird die nachherige Aeußerung zugeschrieben: wäre er etwas früher in London gewesen, so wäre der Krieg nicht ausgebrochen. Andererseits müßte man aus seiner damaligen Abwesenheit aus London schließen, daß er die kritische Bedeutung jener Zeitperiode nicht begriffen hatte. Wie uns aus Bayern mitgeteilt wird, hätte er während der Zeit versucht, auf die dortige Presse einzuwirken, damit sie keine schroffen Töne gegen Großbritannien anschlage, denn die britischen Staatsmänner dächten nicht daran, dem Deutschen Reiche den Krieg zu erklären.**

Das war bekanntlich auch die Auffassung Herrn von Bethmann Hollwegs und aller jener Männer der „nüchternen Ueberlegung“, welche ihn umgaben und teils auch heute noch beamtet sind.

Als Gesandter in den Niederlanden während des Krieges hat Herr von Kühlmann ebenso wie Bethmann Hollweg weiter an die „Verständigung“ mit Großbritannien gedacht und wahrscheinlich so eifrig betrieben, wie es ihm möglich war. **Er war einer der schärfsten Gegner des U-Boot-Krieges** und machte während seiner Amtsführung im Haag zur Verhinderung des U-Boot-Krieges besonders Gebrauch von der Warnung, daß dann kriegerische Komplikationen mit den Niederlanden unvermeidlich würden.

Auch hier hat er also unrichtig gesehen und die tatsächlichen Faktoren unrichtig gewertet und eingeschätzt, genau ebenso wie in der deutsch—englischen Frage.

Herr von Kühlmann ist mithin der Vertreter einer Politik von Anschauungen und von Zielen, welche völlig, aber auch bis aufs letzte abgewirtschaftet haben, deren Unrichtigkeit durch eine lange Reihe von Tatsachen erwiesen worden sind und deren **Vertreter nicht nur als Konstrukteure von politischen Kartenhäusern auf die Nachwelt kommen werden, sondern als Propagandatoren einer oberflächlichen kurzfristigen und unheilvollen Politik**, welche das Deutsche Reich so oder so auf die schiefe Ebene bringen mußte.

Angesichts dieser Tatsachen, Tatsachen erster Ordnung, wäre es merkwürdig und bedenklich, wenn gerade Herrn von Kühlmann jetzt das Staatssekretariat des Auswärtigen anvertraut würde. Nach langen Mühen und unter blutigen und anderen Erfahrungen schwerster Art, **fängt der größte Teil des deutschen Volkes endlich an zu begreifen, daß dieser Krieg eine weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reiche und den angelsächsischen Mächten ist**, eine Auseinandersetzung, welche unter viel

günstigeren Bedingungen stattgefunden haben würde, wenn nicht die Bethmannsche Verständigungsillusion zum Angelpunkte der auswärtigen Politik gemacht worden wäre.

Das gleiche gilt für den Verlauf des Krieges, wir erinnern nur an die Kämpfe um den U-Boot-Krieg und der Verfechter sogenannter „Verständigung“ mit den angelsächsischen Mächten, Staatssekretär werden sollte, nachdem der U-Bootkrieg im Gange und als unwiderruflich bezeichnet worden ist und nachdem sogar öffentlich gesagt werden darf, daß England und die Vereinigten Staaten unsere Todfeinde sind, so müßte daraus alles andere erwachsen als ein einheitliches Zusammenarbeiten der einschlägigen Persönlichkeiten und Faktoren, – nämlich das Gegenteil.

Das Lob des „Berliner Tageblattes“ für Herrn von Kühlmann dürfte somit klargestellt sein. Seitens aller, welche ein Deutsches Reich aus dem Kriege hervorgehen zu sehen wünschen, welches, wie der Kaiserliche Erlaß von heute sagt, sein soll: „**Ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen,**“ und: „**Wir sind nicht zu besiegen; wir wollen siegen,**“ – würde man der Entwicklung der Dinge mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge folgen müssen, im Hinblick auf den Fortgang des Krieges ebensowohl, wie auf die Friedensverhandlungen.

E.R.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 388 – Mittwoch, 01. August 1917 – S. 3

Sozialdemokratischer Widerspruch gegen Scheidemanns Friedenspolitik.

Im Organ der sozialdemokratischen Mehrheit, dem „Hamburger Echo“, wird an leitender Stelle der Friedenspolitik Scheidemanns wie folgt beklagt:

„Der Druck auf die Regierung darf mit der gleichen Kraft nicht anhalten. Die Regierung weiß, wie wissen und das Ausland weiß, daß mit unserer Macht zu rechnen ist. Wenn der Druck der letzten Wochen auf die Regierung anhielte, ohne daß – wie bisher – die feindlichen Völker und Sozialisten auf ihre Regierungen den entsprechenden Druck ausüben, so ist die unausbleiblich Folge, nicht daß man dem Frieden nützt, sondern daß man dem Vaterlande schadet. Schon jetzt kann man nachteilige Wirkungen unserer einseitigen Friedenspolitik auf unser Land erkennen. Das war nicht die Absicht. Bis auf weiteres müssen wir in dieser Beziehung neben die Regierung treten. Sind die Franzosen und Engländer bereit, mit uns und den Russen in Stockholm zusammenzuarbeiten, dann allerdings besteht für unsere Politik die entgegengesetzte Voraussetzung. Aber auch nur dann erst. Das sollten sich die Entente-Sozialisten gesagt sein lassen.“

Dem „Vorwärts“ paßt natürlich dieser Standpunkt nicht und er ist ihm um so unbequemer, weil der Widerspruch aus den eigenen Reihen kommt. Er behauptet deshalb, die sozialdemokratische Friedenspolitik habe „äußerst vorteilhafte Wirkungen für unser Land gehabt, da sie den sehr wichtigen moralischen Faktor sehr zugunsten Deutschlands verschoben hat“. Leider verrät der „Vorwärts“ nicht, worin die „äußerst vorteilhaften Wirkungen“ des Nachlaufens hinter unseren Feinden bestehen. sieht er sie etwa in den letzten Reden der englischen Staatsmänner und Politiker, in der Rede Balfours, in der sich das offizielle England für die französische Raubpolitik einsetzte?

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 210 – Mittwoch, 01. August 1917 – S. 2

Das Raubprogramm des Verbandes.

Stockholm, 30. Juli. „Aftonbladet“ sagt:

Der englische Minister Carson schwätzt ja auf eine für die englische Regierung peinliche Weise aus der Schule, als er kürzlich erklärte, daß es unumgängliche Voraussetzung für die Erfüllung von Friedensverhandlungen sei, daß sich die deutschen Truppen hinter den Rhein zurückziehen müßten. Lloyd Georges große Rede vom 21. Juli ist in ihrer Art auch wohl ein deutlicher Beweis dafür, Wie weit England noch von einem gerechten Frieden entfernt ist. In diesem Zusammenhang schadet es auch nicht, Englands durchsichtige Absichten auf die deutschen Kolonien zu berühren.

Während England bisher niemals den farbigen Eingeborenen das Recht zuerkannte, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, heißt es jetzt plötzlich, die Schwarzen sollten selbst entscheiden, wohin sie gehören wollen. Wohlverstanden die Schwarzen in den deutschen, nicht in den englischen Kolonien. In Frankreich begegnen wir einem womöglich noch arroganteren Ton und noch größeren und bestimmteren Forderungen nach territorialer Erweiterung. Obwohl die deutschen Heere tief in Feindesland stehen und gerade jetzt an der Ostfront immer weiter vordringen, fordert Deutschland nach der Versicherung des Reichskanzlers nichts anderes als die Unantastbarkeit seines Gebietes, den Schutz seiner Grenzen und Garantien für die freie zukünftige Entwicklung. Im Vergleich mit den Kriegszielen der Entente erscheinen die deutschen Forderungen überaus gemäßigt.

Stockholm, 30. Juli. „Stockholms Dagblad“ schreibt:

Der Kanzler benützt die Gelegenheit, zu betonen, daß Deutschlands Abstandnehmen von Eroberungsplänen auch die gleiche Haltung auf seiten des Feindes zur Vorbedingung hat. Der Kanzler hat für diese Erklärung einen besonders wirkungsvollen Hintergrund gewählt, er berichtet über einige Anträge, die während der Geheimsitzung der französischen Kammer Anfang Juni vorgelegt worden sein sollen und Einzelheiten über die früher nur gerüchteweise bekannten Pläne eines französischen Geheimvertrages enthüllen. Sollten sich die Angaben des Kanzlers als richtig erweisen, so bilden sie einen neuen Beweis für den maßlosen Chauvinismus, der die französische Politik unmittelbar vor dem Kriege und während des Krieges kennzeichnet und sind dazu geeignet, den Eindruck jener lärmenden Erklärungen zu beseitigen, die in Paris immer wieder über Frankreichs uneigennütigen Kampf für Freiheit und Selbstbestimmungsrecht anderer Völker abgegeben werden.

Vossische Zeitung – Nr. 387 – Mittwoch, 01. August 1917 – S. 1

Der Kampf um Palästina. – von C. A. Bratter.

Eine von Präsident Wilson eingesetzte dreiköpfige „Palästina-Kommission“ ist, wie wir dieser Tage meldeten, auf dem Wege nach Aegypten begriffen. Auf der Rückreise will sie in den Entente-Ländern für ihre Ziele Propaganda machen; und **Präsident Wilson will** – so hieß es in der aus Amerika stammenden Meldung weiter –, **„daß die jüdischen Wünsche betreff der Zukunft Palästinas berücksichtigt werden.“** **Es handelt sich um die zionistischen Wünsche inbetreff der Zukunft Palästinas als geschlossenes jüdisches Siedlungsland. Daß hier eine kolonisatorische Massenbewegung von ernster Bedeutung in Frage kommt, haben die Engländer sowohl wie die Amerikaner eingesehen, und beide sind offenbar entschlossen, die Bewegung für ihre eigenen Zwecke zu gebrauchen und zu mißbrauchen.**

Was nun zunächst das Interesse der Vereinigten Staaten an der zionistischen Frage betrifft, so spielt dabei die innere Parteipolitik eine Rolle, zumal neben den jüdischen Massen auch **die einflußreichen und wohlhabenden jüdischen Kreise Amerikas weit mehr als die Europas dem zionistischen Gedanken ehrlich anhängen.** Die große Mehrzahl der einflußreichen amerikanischen Juden und auch ein beträchtlicher Teil der mittleren und ärmeren jüdischen Klassen gehört zur republikanischen Partei. Die letzte Präsidentenwahl hat die Stärke des „jewish vote“ aufs neue gezeigt. Es hätte sich quantitativ noch entschiedener gegen Wilson ausgesprochen, wenn dieser geriebene „Idealist“ nicht **durch die Ernennung des Herrn Morgenthau und Elkus zu Botschaftern und das Herrn Brandeis zum Mitglied des Obersten Bundesgerichts** – alle drei Herren sind sehr werktätige Zionisten – **einen Teil des „jewish vote“ auf sich gezogen hätte. Sein jetzige Eintreten für die von ihm proklamierten „jüdischen Wünsche“ hat den durchsichtigen Zweck, dieses Votum in möglichst großem Umfange der demokratischen Partei zuzuwenden.** Der knappe demokratische Wahlsieg im November 1916 hat die demokratischen Parteileiter über die Wichtigkeit eines solchen Stimmenzuwachses belehrt. Die englischen Anschläge auf Palästina liefern dem Präsidenten die erwünschte Möglichkeit, die imperialistischen Pläne Englands zu unterstützen.

Was England in Palästina will, ist klar: es will sich den Landweg nach Indien sicherstellen. Nicht erst seit heute ist die – zum mindesten politische – Kontrolle über Palästina eines der großen Ziele der britischen Politik. **Die dahin zielenden englischen Intrigen reichen weit in die Jahre vor dem jetzigen Kriege zurück. Die Beherrschung Palästinas zur Sicherung Indiens soll das letzte Glied in der Kette jener militärischen und diplomatische Aktionen sein, die mit der Erwerbung Adens und Perims begannen, mit der Besetzung Aegyptens sich fortsetzten und über den englisch-russischen Persien-Vertrag von 1907 zu dem jetzigen englischen Feldzuge in Mesopotamien führte.**

Eine beachtenswerte Zwischenstation war der 1906 von England vom Zaun gebrochene Akaba-Streit, der damit endete, daß die Grenze der Sinai Halbinsel um ein beträchtliches Stück näher an Aegypten verlegt wurde. In das selbe Kapitel gehört das mesopotamische Bewässerungsprojekt des Engländers Sir William Willcox, das u. a. den Bau einer unter englischer Kontrolle stehenden Bahn Bagdad-Akka und Akka-Aegypten in sich schloß. Der durchsichtige Plan scheiterte an dem Widerspruch der türkischen Regierung.

Was aber die Stambuler Regierung nicht verhindern konnte, war, daß Willcox unter dem Vorwande, englische Ingenieure zu den Bewässerungsarbeiten nach Mesopotamien kommen zu lassen, in Wirklichkeit englische Offiziere dorthin schicken ließ, die im Lande nach Belieben Vermessungen vornahmen. Ebenso machten es 1905 englische Offizier im südlichen Palästina. Als die türkische Regierung auf dieses Treiben aufmerksam wurde, war es wohl schon zu spät. Der englische Generalstab verfügt heute vermutlich über weit bessere topographische Aufnahmen von Mesopotamien und Süd-Palästina, als der türkische.

In dem Bereich derselben Bestrebungen fallen die mit einem reichen Aufwande an Geld, diplomatischem Geschick und zäher Ausdauer verfolgten **Bestrebungen, ein großes ägyptisch-arabisches Reich, einen – vorgeblich – selbständigen arabischen Khalifenstaat zu gründen, zu dem außer Arabien u. a. auch Mesopotamien gehören soll; so will England das Khalifat in die Hände bekommen als ein mächtiges politisches Werkzeug, das den Briten die volle Herrschaft über das ganze zwischen Aegypten und Indien liegende Ländergebiet sichern soll.** Gegen ein Vordringen Rußlands und ein Eingreifen Afghanistans soll der schon erwähnte Vertrag von 1907 Schutz bieten. **Es soll eine ganz unter englischer Herrschaft stehende Landverbindung zwischen Indien und Aegypten über Mesopotamien, Arabien und Palästina hinweg geschaffen werden.**

Zur Verwirklichung dieses strategisch-politischen Planes gehört die Etablierung des englischen Einflusses in Palästina. Auf rein militärischem Wege ist die Lösung dieser Aufgabe allzu schwierig. Die Erinnerung an Gallipoli, Kut-el-Amara und Gaza wirkt abschreckend. England versucht nun auch hier mit der Ausnützung bereits vorhandener Strömungen für seine Zwecke zu operieren; **und wenn es, an Analogie mit der geplanten Schaffung eines arabischen Khalifats, durch die Förderung der jüdischen Bewegung Palästina für sich gewinnen will, so ist das ein Beweis für die Wichtigkeit, die England dieser Bewegung beilegt.** Daß es sich dabei um eine kolonialisatorische Bewegung handelt, wurde schon oben ausgeführt. Von diesem Gesichtspunkt aus muß deshalb zu ihr Stellung genommen werden, wenn den englischen Plänen erfolgreich begegnet werden soll.

Die Forderung des „Reichsboten“, Deutschland solle sich selbst an die Spitze dieser Bewegung stellen, enthält darum einen weltpolitisch richtigen Kern, wenn der „Reichsbote“ auch vermutlich die Sache anders gemeint hat. Man wird selbstverständlich um in der für Deutschland wichtigen Palästinafrage klar zu sehen und richtig zu handeln, ihre Verquickung mit innerpolitischen Angelegenheiten ebenso vollständig vermeiden müssen, wie dies in England geschieht. Die angedeutete Palästinapolitik wird in England selbstverständlich nicht nur von solchen Juden vertreten, die selbst Zionisten sind, oder nur von solchen Nichtjuden, die Antisemiten sind.

Immerhin muß gesagt werden, daß die eigentliche zionistische Auffassung der Palästinafrage den Interessen des Vierbundes ebenso entspricht, wie die englische Umdeutung diesen Interessen widerspricht. Die zionistischen Siedlungsbestrebungen bezwecken selbstredend keine Losreißung Palästinas vom türkischen Reich, sondern wollen sich im Rahmen dieses Reiches und auf Grund einer starken Interessengemeinschaft mit ihm entwickeln.

Der Plan dagegen, den England und die Vereinigten Staaten in Palästina verfolgen, ist ein Teil des gegen das türkische Reich gerichteten Zerstörungsprogramms der beiden angelsächsischen Mächte.

Sie werden sich dabei allerdings auch bei den eigenen Bundesgenossen auf erheblichen Widerstand gefaßt machen müssen. **Es darf nicht vergessen werden, daß Frankreich, Rußland und Italien traditionelle Gegner aller britischen Bestrebungen sind, sich in Palästina politisch stark zu machen.** Frankreich ist dort, wie in Syrien, der gegebene Feind solcher englischen Absichten. Es hält mit verbissener Zähigkeit an seinen Protektorats-Ansprüchen auf die Katholiken Syriens und Palästinas fest und an dem daraus abgeleiteten Anspruch auf eine bevorzugte Stellung in diesen Gebieten.

Rußland ist dort ein scharfer Konkurrent Englands; es streckt nach dem eisfreien Hafen Alexandrette, den es, falls es nicht auf dem Weg über Armenien geht, auf dem Wege über Palästina zu erlangen hofft. Rußland durchsetzt seit vielen Jahren Jerusalem mit Kirchen, Klöstern, Hospizen und Geistlichen, und bedient sich auch der nach Palästina auswandernden Juden als russifizierende Kräfte. Alles das geschieht zielbewußt zu politischen Zwecken, die mit denen der Engländer unvereinbar sind.

Auch in der Palästinafrage zeigt sich also – wie in fast allen weltpolitischen Fragen – der starke Interessengegensatz zwischen England-Amerika auf der einen, den europäischen Festlandstaaten einschließlich Rußlands auf der anderen Seite. Diese Tatsache wird sich trotz der gegenwärtigen unlogischen Gruppierung, schließlich Geltung verschaffen müssen, wenn das Interesse des europäischen Festlandes nicht unheilbar geschädigt werden soll. Auch Deutschland hat zu dieser Entwicklung noch seinen wesentlichen Teil beizutragen.

Englische Lügen über die Vorgeschichte des Krieges. Amtliche Meldung

Berlin, 31. Juli. Die „Times“ und ihr folgend die feindlichen Korrespondenzbüros verbreiten Mitteilungen über einen Kronrat, der in Potsdam am 5. Juli 1914 bei dem Kaiser unter Teilnahme der führenden politischen und militärischen Persönlichkeiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattgefunden hätte und von wo der Plan zur Entfesselung des Weltkrieges entworfen worden wäre.

Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß die Mitteilungen der „Times“ in allen Einzelheiten frei erfunden sind. Es hat weder an dem genannten noch an einem anderen Tag des Juli eine solche gemeinsame Beratung weder mit noch ohne Teilnahme des Kaisers stattgefunden. Wir stellen weiter gegenüber den Behauptungen der „Times“ erneut fest, daß die deutsche Regierung sich jeder Einwirkung auf die Fassung des österreichischen Ultimatums vor seinem Abgange der deutschen Regierung völlig unbekannt geblieben ist. Die „Times“ will ihre falsche Behauptung auch auf Angaben stützen, die der Abg. Cohn im Hauptausschuß des Reichstages gemacht hätte. Die Angaben des genannten Abgeordneten sind im Ausschuß von seiten der Regierung sofort als unrichtig zurückgewiesen worden.

*

*

*

Die erwähnte „Times“ Meldung zählt eine Reihe deutscher und österreichischer Persönlichkeiten auf, darunter Bethmann, Moltke, Tirpitz, den Erzherzog Friedrich, den Grafen Berchthold u. a., die in Potsdam am 5. Juli 1914 unter dem Vorsitz Kaiser Wilhelms getagt und das Vorgehen der Mittelmächte vereinbart hätten, das zum Kriege geführt haben soll. Die Lüge übertrifft an Plumpheit selbst das gewohnte englische Maß.

Die Antwort auf eine Frage Dr. Stresemanns.

Am 24. Juli hat der Abg. Dr. Stresemann folgende kurze Anfrage an den Reichskanzler gerichtet:

Nach Mitteilung aus der neutralen Presse ist im Februar 1917 zwischen der französischen und der russischen Regierung ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden, in dem Frankreich folgende Zusicherungen erteilt werden:

1. Frankreich erhält Elsaß-Lothringen zurück mit den Grenzen von 1790,
2. Frankreich erhält das Saargebiet,
3. bezüglich der Rheinprovinz erhält Frankreich eine Art Prioritätsrecht, wonach es über diejenigen Teile der Provinz, die es braucht, verfügen kann, aus dem Rest der Provinz aber in irgendeiner Form ein Pufferstaat gebildet wird,
4. Frankreich erhält Syrien.

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, über das Bestehen eines derartigen Abkommens Mitteilung zu machen? Ich erbitte einen schriftlichen Bescheid.

Satt der erbetenen schriftlichen hat der Reichskanzler Dr. Michaelis auf diese Anfrage inzwischen eine ausführliche mündliche Antwort erteilt. Wie man sieht, stimmen die von Dr. Stresemann aufgeführten Punkte mit dem Kriegszielprogramm Frankreichs überein, dessen Behandlung in der Geheimsitzung der französischen Kammer der Reichskanzler in einer Unterredung mit deutschen Pressevertretern enthüllt hat.

Lenin.

[22.04.1870 - +21.01.1924]

Von unserm Züricher Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht gegenwärtig in Rußland die Person Lenins, des Führers der Maximalisten, der wegen seiner Gegnerschaft zu Kerenski jetzt schweren Verfolgungen ausgesetzt ist.

Lenin – in Wirklichkeit Wladimir Iljitsch Uljanow – entstammt einer adligen Familie im Gouvernement Simbirsk; sein Vater war Gymnasialrektor. Seit seiner frühen Jugend nahm Lenin an der revolutionären Bewegung teil und wurde schon in den neunziger Jahren von den russischen Behörden wegen seiner politischen Tätigkeit verfolgt. Nach Sibirien verbannt, entkam er 1907 durch eine gelungene Flucht ins Ausland und lebte dann zum größten Teile in der Schweiz.

Im März dieses Jahres, als der Sturm der russischen Revolution das **ancien regime** weggefegt, hielt sich Lenin in Zürich auf. Er ist von mittelgroßer, etwas untersetzter Gestalt und macht äußerlich keineswegs den Eindruck eines einflußreichen Volksführers. Häufig hielt er sich in dem Pestalozzi-Lesesaal in der Oberstraße auf, wo er eifrig die Blätter, vor allem die sozialistischen, studierte und oft in sein kleines Taschenbuch Notizen eintrug. Was an seiner gedrungenen, breitschultrigen, etwas beleibten Gestalt besonders auffällt, ist ein gewisser brutaler, trotziger Zug. Dieser wird noch verstärkt durch seinen hervortretenden Backenknochen und den stark nach hinten hervortretenden Schädel und Nacken, der ihm zugleich etwas Wuchtiges verleiht. Die kleinen, schmalen, hellblauen Augen, die zusammen mit den hervorstehenden Backenknochen an den mongolischen Typus erinnern, blicken eher schlau als intelligent. Etwas Listiges steckt in ihnen, wenn sie urplötzlich aufblinzeln, und sie zeigen den Ausdruck eiserner Entschlossenheit, wenn Lenin spricht.

Ein guter Redner ist der Mann nicht. Seine Sprechweise ist monoton, und die am häufigsten bei ihm wiederkehrende Nuance ist die der Ueberlegenheit mit einem leicht polemischen Anklang. Von Pathos ist bei ihm nichts zu merken. Sein Hauptmerkmal ist das Autoritätsgefühl, das ihn beherrscht und von vornherein jeden Widerspruch ausschließt. Auch in der Diskussion zeigt sich seine Autorität; er behandelt seine Gegner geringschätzig und baut seine Beweisführung auf kleinliche Details oder geschickt konstruierte Redewendungen auf. Sein Umgang bestand hier in Zürich fast ausschließlich in russischen Landsleuten, die seinen politischen Glaubensgenossen waren und gleich ihm in der Schweiz in der Verbannung lebten.

Ein neues Stockholmer Vorspiel.

Man scheint sich in den Kreisen der Ententesozialisten darüber einig geworden zu sein, daß die neue Stockholmer Konferenz aus allen Ententeländern mit Vertretern beschickt werden soll. **Es wird sich also voraussichtlich im Laufe de August in Stockholm eine sozialistische Vertreterversammlung zusammenfinden**, die man mit größerem Rechte international nennen kann als die Vorbesprechungen, die im Juni in Stockholm stattgefunden haben, ohne zu einer wirklichen sozialistischen Volksversammlung zu führen.

Damals hielten sich die Franzosen infolge von Paßverweigerung und die Engländer aus eigener Entschließung fern. **Bei der neu anberaumten Sitzung wollen sie alle vertreten sein, sogar die Amerikaner, die bisher von ihrer Regierung noch viel ängstlicher vor Stockholm gehütet worden sind als die Franzosen.**

Was bedeutet dieser Umschwung in der Haltung der Ententesozialisten? Er bedeutet sicher keine grundsätzliche Schwenkung, denn nirgends haben Sozialisten in der letzten Zeit in den Ententeländern einen Beschluß gefaßt, den man als Gesinnungswechsel deuten kann. **Es handelt sich lediglich um eine neue Taktik. Man ist offenbar erst jetzt in den Ententeländern zu der Ueberzeugung gekommen, wie leicht sich die Sozialistenkonferenz in Stockholm im Sinne der Ententepolitik ausbeuten läßt.** Mittlerweile hat man auch in Rußland wieder etwas umgelernt. Die Maximalisten werden verfolgt und die Minimalisten sind vielleicht gar nicht abgeneigt, in den Fußstapfen ihrer Ententegenossen zu wandeln.

Der Organisator des Ganzen, Genosse Branting, ist ein treu ergebener Freund Englands und Frankreichs. So besteht alle Aussicht, daß man in Stockholm die deutschen und die österreichischen Sozialdemokraten einkreisen und ins Unrecht setzen kann. Welcher Triumph aber, wenn man sie in einer internationalen Sozialistenkonferenz auf die Armesünderbank setzen könnte, während die Ententesozialisten den gestrengen Richter spielen und Deutschland in Grund und Boden verurteilen! **Welcher Triumph, wenn die Internationale auf diese Weise zu einer Waffe für die Entente gemacht werden könnte!** Der Versuch ist das Risiko einer Stockholmer Reise schon wert.

Vielleicht sieht Herr Scheidemann die Dinge wieder anders, vielleicht setzt er von neuem überschwengliche Hoffnungen auf Stockholm. Möge ihm eine – allerdings vergebliche – Warnung sein, was der Vertreter der Times in Stockholm, offenbar ein guter Freund Brantings, in der Nummer vom 24. Juli in seinem Blatte schreibt. Er sagt über die erste Konferenz folgendes:

„Die Befürworter einer internationalen Konferenz empfahlen sie in der Hauptsache deshalb, weil sie die Lage klären und die deutschen Sozialisten zwingen wollten, ihre Stellung offen auf der einen oder anderen Seite zu nehmen. Es würde ihnen – das war ein weiterer Grund – zum mindesten das erdrückende Gewicht der moralischen Verdammung zum Bewußtsein gebracht werden, die von der Zivilisation gegen die deutsche Regierung ausgesprochen worden ist. Wenn sie sich dem Urteil unterwerfen, so mußten sie in ihrer Heimat zur unbedingten Opposition übergehen. Wenn sie sich nicht unterwarfen, so würde die ganze Autorität der Internationale zur Verfügung stehen, um ihren Einfluß unter ihren Anhängern zu untergraben.“

Hier hat Scheidemann schwarz auf weiß den Plan, den Branting mit der ersten Konferenz verfolgte. Von der bevorstehenden zweiten Konferenz aber sagt der Vertreter der Times, daß Branting auf sie die Hoffnung setzt, sie werde das bereits begonnene Werk vollenden und zur vollen Geltung bringen. Deshalb hofft er auch, daß die Ententesozialisten sich vollzählig zur zweiten Konferenz einstellen würden. **Unter diesem Zeichen steht also die neu angesagte Stockholmer Konferenz. Sie wird sich als internationalen Gerichtshof zur Aburteilung Deutschlands betrachten.** Hofft Scheidemann dort mit der Friedensresolution des Reichstages etwas auszurichten, so ist er rettungslos verloren.

Die „Enthüllung“ des Herrn Cohn.

Das Wolffsche Telegraphenbureau war genötigt, gestern morgen eine Räubergeschichte von einem Kronrat zu dementieren, der angeblich am 5. Juli 1914 in Potsdam stattgefunden hat und der Vorbereitung des Weltkrieges gegolten haben soll. Es wurde dabei bereits auf den Abgeordneten Cohn als Quelle für diese Mär hingewiesen. Die „Internationale Korrespondenz“ schreibt dazu:

Die „Enthüllung“ dieses Potsdamer Kronrats stammt aus der „Times“. Es wundert uns eigentlich, daß sie nicht zuerst in Brantings „Socialdemokraten“ gestanden hat; denn sie hat ihren Weg über Stockholm genommen. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dr. Oskar Cohn, ein kreuzbraver Mann, ein wirklich sozial empfindender Mensch und Rechtsfanatiker, aber unglücklicherweise politisch vollkommen unwissend und naiv wie ein kleines Kind, hat die Sache zuerst in einer der Geheimsitzungen des Haushaltsausschusses erzählt – er verweigert die

Kredite lediglich deshalb, weil er wegen dieses Kronrats von Deutschlands Schuld am Kriege überzeugt ist. Auf der Stelle hat ihm damals Herr Bethmann Hollweg erwidert, daß dieser Kronrat nie stattgefunden habe; aber Oskar Cohn wußte es besser – Bethmann war eben bloß nicht dabei gewesen und war von der Verschwörung des Militärs mit dem Kaiser hintergangen worden. Er glaubt tatsächlich an dieses Ammenmärchen. Die Delegation der Unabhängigen hat dann in Stockholm die Schuldfrage erörtert und dabei auch offenbar etwas von diesem Kronrat erzählt. Und so sind die „Times“ und Herr Ribot zu ihrer kläglichen Gegen-Sensation gekommen. Wenn es sich nicht in allen diesen Fragen um Menschenleben, um das Glück ganzer Völker handelte, müßte man über diese Dummheiten laut lachen.

Wir sind ausnahmsweise einig mit der „Internationalen Korrespondenz“; man müßte eigentlich lachen. Aber die Sache hat eine ernste Seite, wie die sofortige Ausnutzung durch Ribot beweist. Sie schädigt aufs schwerste die Reichsinteressen, sie liefert dem feindlichen Ausland die denkbar besten Waffen zur Fortsetzung des Verleumdungsfeldzuges gegen Deutschland und charakterisiert sich in ihren Wirkungen geradezu als Landesverrat. Darüber hilft alle gutgläubige politische Borniertheit des Abgeordneten Cohn nicht hinweg. Wir würden es für an der Zeit halten, daß sich angesichts dieser Ungeheuerlichkeit der Reichsanwalt einmal für das Treiben der Unabhängigen in Stockholm interessierte, und daß man schließlich auch in der Regierung einmal danach fragte, was eigentlich die Zustimmung der Unabhängigen zu den Vorschlägen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates für die Stockholmer Zusammenkunft zu bedeuten hat. Die Dinge sind nicht derart, daß man einfach über sie zur Tagesordnung übergehen kann; und wenn sie den maßgebenden Stellen wirklich unbekannt sein sollten, so sind wir gern bereit, die nötigen Auskünfte zu erteilen.

Tägliche Rundschau – Nr. 388/ 390 – Mittwoch, 01./ Donnerstag, 02. August 1917 – S. 5

Ceterum censeo

[Ich denke jedoch]

Afrikanisches und – Englisches – von Elisabeth Ohlsen.

Frauen verstehen wenig von Politik – sagen die Männer. Vielleicht haben sie recht, aber viele Frauen gibt's und hat es immer gegeben, die ihre Zeit verstanden haben, ihrem „Geschehen“ mit wachen Sinnen und Augen folgten. So auch wir Frauen, die fern vom engeren deutschen Vaterland im Auslande gelebt haben. Ja, mir will scheinen, von dort nach Deutschland hingesehen, geht es oft wie mit der Landschaft, von ferner Höhe betrachtet – allgemeiner, übersichtlicher wird der Ausblick. Zwanzig Jahre habe ich auf der südlichen Hälfte unseres Planeten gelebt und manches liebe Mal habe ich gedacht: „Nicht nur das Sternbild des Großen Bären und unseren „guten goldenen Mond“ sieht man dort unten – anders herum“. Das wurde mit handgreiflich klar, als im August des Jahres 1914 das große Weltgeschehen anhub! Ich war in Deutschland zu der Zeit und konnte nicht zu meiner neuen Heimat zurück. Noch heute weiß ich, daß ich bei Kriegsausbruch zu einer bekannten Dame sagte: „Also doch! Endlich haben sie's nun so weit, wie sie's schon lange wollten, die edlen Briten!“, und sie mich groß verwundert ansah: „Die Engländer?“

Nun ja! Was weiß auch sie vielleicht von britischer Einkreisung Deutschlands, wie wir sie im Ausland seit 15, ja vielleicht seit 20 Jahren vorbereiten sahen, mit allen Mitteln; **allen!**, des Himmels und der Hölle. Was weiß denn diese gute Frau davon, so dachte ich und suchte zu erklären doch sie verstand mich nicht.

Zwei Tage noch, da fuhr des edlen Britenvolkes „vollmächtiger Mann“ zur Wilhelmstraße, um zu sagen – jedoch wir wissen alle, was er sagte, der edle Lord! Und nun das Wunder! Ein Wunder wenigstens erschien es mir europafremd vom anderen Ende der großen Weltenstraße kommend, daß ein großer Teil des deutschen Volkes Englands Feindschaft nicht verstehen, nicht begreifen konnte – oder wollte! Herr Gott, was hatten sie denn nur? Woher denn dieser folgenschwere Irrtum? Ja, sahen sie denn nicht wie wir?

Und so gewaltig ernst sich nun gigantisch unsre Tage spannten, im ungeheuerlichsten Ringen, das je die Erde sah – heimlich lachen mußte ich manchmal: „Ach, wart's nur ab, sie werden's bald erleben, das Erkennen, **wer** der Schürer ist des Weltenbrandes, es **muß** ja kommen!“ Und einigen kam's! Doch viele wissen heut noch nicht, in Deutschland nicht, was jeder Kaffer in der Kalahari längst schon wußte! –

„Was jeder Kaffer in der Kalahari weiß?“ So fragten mich die Menschen, nicht nur Frauen, und ich erzählte: „Ich hatte einen schwarzen Koch, zwölf Jahre lang, der vorher lange mit den Briten lebte, der sprach zu mir im Jahre 1900: „Mefrou, du mußt mal deinen großen Menschen (soll heißen – einflußreichen) sagen: „Immer paß gut auf auf deine Deutschland, immer gut halt fest dein deutsches Land!“

„Nanu, wieso, mein teurer Isaak, ist Deutschland in Gefahr?“

Da spitzt er seinen breiten Mund zu ungeheuerlichem Flüstern und raunt mir über den dampfenden Töpfen zu: „Denn deine Dütschland „satt“ von Englischmann! Isaak weiß! Weiß alles!“ fügte er mit pathetisch erhobener Rechten hinzu – „Englischmann Deutschland nehmen?“ Ich lache vergnügt: „Das ist aber drollig.“ – Doch er sieht mich und meine Heiterkeit mißbilligend an: „**Ihr seid zwei Löwen in einem Jagdrevier und**

werdet aneinander springen, das wissen alle schwarzen Männer, nur – wer den anderen „reißen“ wird, das wissen wir noch nicht.“ – Seine Augen funkeln im Entzücken über das selbstgeschaffene Bild des Löwenkampfes: **„Wir werden sitsitzen und zusehen, ganz still. Wer von euch zwei dem andern die Pranke einkrallt in die blutige Brust, der ist dann unser Herr.“** Er streckt die muskulösen braunen Arme über die Flamme, hebt den Topf vom Feuer und nickt bedächtig mit dem schmalkantigen Kopf, an dem die krause Wolle an den Schläfen schon graue Spitzen zeigt. –

„Isaak.“

„Mefrou?“

„Von wem magst du es lieber leiden, daß er gewinnt?“

Da zeigt er zwei gewaltige Reihen weißer Zähne: „Dütschmann.“

„Warum?“

Noch zwei weiße Haken an jeder Seite werden sichtbar: „Der sein mehr gut und dumm.“ Da! da habe ich mein Lob und meinen Lorbeerzweig zugleich: „Deutschland, Deutschland über alles.“ Nun lache ich wirklich laut und herzlich, ebenso – ansteckenderweise – mein Küchenchef. Ja! so etwas wußten die Kaffern in Afrika! Vor 17 ausgerechneten Jahren wußten sie’s schon! Wie viele Herren im Reichstag wären im Jahre 1903 bereit gewesen zu glauben: Der Aufstand in Südwestafrika ist durch systematische englische Hetzarbeit entflammt worden? „Wer?“, frage ich.

Von den Herren, die ich im Jahr darauf kennen zu lernen das Vergnügen hatte, leider nur sehr wenige. Und doch! es wäre besser gewesen, man hätte uns Menschen, die nicht nur den Großen Bären und den Mond, sondern viele andere Dinge noch „anders herum“ zu sehen gelernt hatten, als die Bewohner der nördlichen Halbkugel, schon damals ein bißchen mehr geglaubt, am „sagen“ hat es wahrlich nicht gelegen.

Kurz nach Ausbruch des Aufstandes kehrte ich nach fast zehnmonatiger Abwesenheit nach Südafrika zurück. Die Eingeborenen, denen ich auf der Reise von der Küste ins Innere begegnete, machten einen scheuen, unruhigen Eindruck. Ich fragte meinen Bergkafferdienner, der mit uns in Deutschland gewesen war, ob vielleicht nur mir, oder auch ihm das Wesen seiner Landsleute verändert erscheine? Da bekam ich eine Antwort, die mir nachträglich noch oft zu denken gab, oder vielmehr meine Frage beantwortete er eigentlich nicht, sah mir mit seinen großen runden Augen starr ins Gesicht und gab sich Mühe, möglichst sachlich – gleichmütig – zu sagen: „Englischmann ist huka, aber ihr seid Teufel, sagen sie.“

„Teufel? Weswegen wir denn gerade?“

Aber er ließ sich auf eine Rechtfertigung der etwas verblüffenden Gegenüberstellung nicht ein, sondern erklärte weiter: „Baas ist huka, Herr, ehe er geboren wird.“

Ich konnte nicht gleich den Zusammenhang begreifen zwischen diesen Darlegungen und dem mir auffallenden Benehmen der Kaffern gegen die Deutschen. Erst viel später, als längst der Aufstand ausgebrochen war, erfuhr ich den Zusammenhang.

Engländer hatten schon seit einem bis zwei Jahren ungefähr, eingeborene Agenten ins Land geschickt, die eine systematische Hetzarbeit betrieben, diese Agenten kamen angeblich, um Arbeiter für die Bergwerkdistrikte in der Kapkolonie und Transvaal anzuwerben. Tatsächlich aber betrieben sie schlimmere Arbeit. Die Kaffern wurden aufgefordert, offen und versteckt: „Die eingedrungenen Deutschen wieder ins Meer zurückzuwerfen, von wo sie gekommen sind.“ Dem aristokratisch-feudal „orientierten“ Herero sagte man dabei, der Engländer sei der geborene Herr des Eingeborenen, der immer Herr gewesen sei, der Deutsche dagegen der eingedrungene „Schmutzkaffer“, soll heißen „Plebejer“. Dem Bergkaffer aber, dem durch die Deutschen befreiten Sklaven der Herero und Hottentotten, machte man den deutschen Herrn in anderer Weise verächtlich: „Beim Engländer bekommt ihr am Ende des Monats einen Suppenteller voll Geld, beim Deutschen nur ein paar Schillinge. Beim englischen Herrn steht ein voller Reissack in einem Pontok, ist er aufgezehrt, setzt man einen neuen hinein. Seht aber den schmutzigen Deutschen, der mißt euch jeden Morgen eure Ration mit dem Blechbecher zu. – Und wer hat die meisten Schiffe und Eisenbahnen? Der Engländer! Und seht, wer hat die Buren besiegt, vor denen ihr stets große Furcht gehabt habt? Paßt auf, so wird es den Deutschen auch bald gehen, wenn – ihr sie nicht selber schon vorher verjagt.“

So haben mir viele Eingeborene übereinstimmend erzählt! Leute, deren Aussagen ich keinen Grund hatte zu bezweifeln! – Ja, aus ihren Reden ging nur zu oft hervor, daß sie annahmen, schon damals beim Ausbruch des Aufstandes in Südwestafrika würden die Engländer die günstige Gelegenheit benutzen, um den bedrängten Deutschen in den Rücken zu fallen. – Munition und Waffen wurden über die Grenze durch englische Händler geschmuggelt und – sehr natürlich – als dann doch die Sache mit der Verjagung der

Deutschen nicht so ganz glatt von staten ging, lief alles, was von Eingeborenen sich schuldig fühlte und Atem und Beine noch hatte, den Engländern zu.

„Na ja“, wird jetzt manch einer sagen und hat es wahrscheinlich auch damals gesagt: „Die Engländer sind ein altes Kolonialvolk und verstehen’s besser, mit den Leuten umzugehen. Wir mit unserer Rückständigkeit, unseren straffen Gesetzen – das können die Kaffern selbstverständlich nicht begreifen; wir selber jagen sie den Engländern zu. – Wie aber, wenn ich ein wenig unsanft den Schleier von dem großen Geheimnis des sogenannten Kolonialerfolges der Engländer lüften würde, und zur Ueberraschung so manches guten Deutschen sagte: „Nicht Humanität, nicht Zuerkennung von ein Dutzend Freiheiten und Rechten, mit denen der Eingeborene gar nichts anzufangen weiß – nein – Rücksichtslosigkeit, oft brutalste Art ist es, die dem Engländer seinen bisher unbestrittenen „Machterfolg“ über Leib und Leben seiner farbigen Untertanen gesichert hat.“–

Nicht als ob die englische Regierung nicht die schönsten und humansten Gesetze hätte, nach denen sie ihre schwarzen Brüder regiert, auf dem Papier nämlich meine ich. – In Wirklichkeit? Na ja, da sieht es eben anders aus. – „Rücksichtslos – skrupellos!“ – das sind die beiden Gesichtspunkte, von denen aus der Engländer bisher die Welt – nicht nur die Kaffern – mit unzweifelhaftem Erfolg regiert hat.

Ich möchte nicht, daß man mir nachsagt, ich verteidigte dieses System oder priese es zur Nachahmung an, ein System, das sichtbare Zeichen jenes Verfalls schon an der Stirne trägt! Ich will nur sagen, indem wir in die Behandlung unserer kolonialen Angelegenheiten nachzuahmen suchten, was der vorbildliche Engländer darüber in seine Gesetzesbücher geschrieben hat, schossen wir naturgemäß über das Ziel hinaus, und mit höhnischem Lachen hat man von den englischen Kolonien aus unserm ehrlichen, braven Bemühen zugesehen, Gesetze zu schaffen, Freiheiten und Rechte zu gewähren, die der Engländer seiner eigentlichen Eingeborenenpolitik stets nur als papierenen Schild gegen unliebsame Einblicke von seiten neugieriger Kulturnationen vorangetragen hat. Wer aber, wie ich, 20 Jahre in englischen und deutschen Kolonien Afrikas umhergereist ist, der hat einige Gelegenheit gehabt, unsere vielgeliebten und bestaunten Vettern von der großen weltmännischen Geste ausgiebig kennenzulernen.

Teil 2

Als ich ein Jahr nach Ausbruch des Aufstandes in Südwestafrika nach Deutschland kam, hörte ich hier zu meinem Erstaunen, dieser Aufstand sei entstanden, weil die deutschen Farmer und Kaufleute die Eingeborenen „so schlecht behandelt hätten“, während doch tatsächlich der Aufstand der Eingeborenen Südwestafrikas nur ein Teilerfolg war, der mit teuflischem Eifer betriebenen Einkreisungs- und Vernichtungspolitik der Engländer gegen das, was deutsch ist und war in der Welt. Sozusagen nur eine der vielen Vorarbeiten für den großen Krieg, der noch folgen sollte.

Warum aber uns die Engländer hassen und vernichten wollen, wußte vielleicht keiner so genau als die Deutschen im Auslande.

Ich habe viele Leute in Deutschland gekannt, die vor dem Ausbruch des Krieges keine Ahnung davon hatten, daß der deutsche Handel die größere Hälfte der Welt erobert hatte und im Begriff war, sie ganz zu erobern, und ich habe mit manch einem gesprochen, dem es nicht klar war, daß uns diese eine Tatsache allein schon den tödlichen Haß des ganz auf seinen Außenhandel angewiesenen Inselvolkes eintragen mußte.

Rund um Afrika herum, rechts herum, links herum, wie jeder gerade seine Reise zu richten wünschte, gingen in alten schönen Friedenszeiten die stolzen, mit jedem Komfort der Neuzeit ausgestatteten Schnelldampfer der deutschen Ost-Afrika-Linie. Diesen „german steamers“, sehr viel mehr als den lange nicht so eleganten, sehr viel weniger gute Küche führenden eigenen Schiffen, vertrauten die Engländer ihren langen Leib mit Vorliebe zur Heimfahrt von Port Elizabeth oder Kapstadt an und taten während der drei Wochen langen Fahrt an Bord ganz so, „als ob sie zu Hause wären.“ – Kam ein Dampfer vorbei, lief alles zur Reeling! – „Was mochte er wohl für eine Flagge hissen?“ Neugierig verfolgte man mit eigenen Augen oder einem guten Glas den breitspurig über Deck trottsenden Maat, der das geheimnisvolle Flaggentuch unterm Arm trug.

„I’m sure, he’s english,“ murmelten die Briten ringsum voll leidenschaftlicher Hoffnung, dort drüben den „Union Jack“ flattern zu sehen; blaß vor Wut, ins Wasser speiend, wenn schwarz-weiß-rot, das dreiteilige Tuch, knatternd und bauschend auf und nieder flog, drüben am Steven des wuchtigen Frachtdampfers. – „Let them go to the devils hell all together“ (Zur Hölle mit ihnen) und „We shall „git“ them one day to the ground of the sea“ (Wir schmeißen sie nochmal auf den Grund der See), raunten sie frommer Wünsche voll! Grund genug

freilich, die grauleidigen deutschen Dampfer zu hassen, die schwer beladen mit dem, was deutsche Arbeit und Intelligenz geschaffen und erdacht, den fernen Küsten des Erdballs zustrebten; Grund genug! –

In dem großen Kampf des Wettbewerbes, dessen schwerwiegende Folgen niemand so gut als der Kaufmann im Ausland kennt, in diesem Krieg zwischen England und Deutschland, der schon jahrzehntelang dem Kampf mit den Waffen vorausging! Wo auch immer deutsche Ware sich blicken ließ – sie siegte. Besiegte England – Amerika – die Welt! Zu Hause aber saßen die Deutschen ganz friedlich inmitten aller guten Geschäfte und hohen Arbeitslöhne und dachten wenig daran, daß der wohl stark sein muß, der starken Haß ertragen will! – Wir Kaufleute im Ausland sahen nur einen Mann zu Hause, der mit wachem Auge in die Zukunft schaute! Der Deutsche Kaiser war's, der seine Kriegsflotte wachsen ließ, **mit** der des Handels, in weiser Voraussicht, den deutschen beneideten Handel zu schirmen. Wie recht er tat, bezweifelt heute wohl keiner mehr!

Herrn M., einen angesehenen deutschen Kaufmann, wohl den ersten des Platzes, besuchten wir in C..., der zweitgrößten Handelsstadt Südafrikas, auf der Durchreise nach M... in Britisch-Bestschuanaland. Wir saßen lange mit ihm in seinem kleinen, behaglichen Privatkontor und sprachen „von Gott und der Welt“. Es war im Jahre 1905, und wir hatten gerade die Planken des Schiffes verlassen, das uns von Deutschland zur afrikanischen Heimat zurückbrachte.

„Wie denkt man drüben über unseren Tanz auf dem Pulverfaß, und wie lange glaubt man in Deutschland, daß wir mit dieser immerhin etwas ungemütlichen equilibristischen Uebung mit gutem Erfolg werden fortfahren können! hm?“

Der alte Herr zog ein bißchen ironisch die Mundwinkel herab und schob seine Zwicker zurecht. Mein Begleiter lachte: „Na, das mit dem Pulverfaß stimmt doch wohl nicht so ganz, jedenfalls, jeder hütet sich, es zur Explosion zu bringen.“

Herr M verneinte: „Oho! ganz andere Dinge hören wir hier. Man läßt englischerseits oft genug durchblicken, daß man nach einem Plan arbeitet und mit dem Krieg keinen Augenblick zögern wird, wenn man den richtigen Moment am Schopfe hat. Möge uns **der** vorbereitet finden.“

„Na, da können wir wohl sicher sein.“

„Militärisch ganz gewiß! Aber – es gibt noch mancherlei vorzubereiten, außerdem und außerhalb dessen, was man „militärisch“ nennt, übrigens“ – er neigte sich flüsternd ein wenig vor, „daß die Engländer in den Krieg gegen uns getrieben werden, wenn sie sich wirtschaftlich behaupten wollen, ist doch klar. Sehn Sie mal“, er lachte leise und förderte aus den tiefen Taschen seines hellgrauen Beinkleides eine Zündholzschachtel ans Tageslicht, die er vor sich auf den blank polierten Mahagonitisch setzte: „Zum Lachen, nicht wahr, aber ein Zeichen der Zeit.“

Ich nahm die sauber gearbeitete Schachtel zur Hand – August Kolbe, Zanow in Pommern „made in Germany“ stand da zu lesen!

„Ja! das sind die Zündhölzer der englischen südafrikanischen Kolonie! Die Lokomotive, die Sie dort pfeifen hören, trägt den Firmenstempel von Orenstein und Koppel am Leib und wenn sie ihre deutsche Melodie ins Land hinausschreit, glauben Sie mir, es gellt dem Briten schon lange häßlich in den Ohren. Aber das ist noch nicht das Schlimmste,“ er sah sich vorsichtig um und dämpfte seine Stimme noch mehr: „Mann,“ sagte er und legte seine Hand mit festem Druck auf meines Begleiters Arm, „hier ist kein englisches Geschäft mehr in der ganzen Stadt, das, wenn überhaupt noch konkurrenzfähig sein will, nicht seine Ware aus Deutschland beziehen müßte! Aus Deutschland sag ich Ihnen – na und Sie wissen wohl selbst, was das dem alten Engländer, dem alten „Welthändler“ bedeutet. Haß, sag ich Ihnen, blutigen Haß, bis aufs Messer! Haha! deutsches Fabrikat selbst dieses Messer, mit dem er uns erdolchen will. Ich hatte noch einige Groß englischer Schillingmesser und gab sie meinen Händlern für die entlegenen Eingeborenen Niederlassungen. – Jawohl! unverkauft brachten sie mir alle zurück: „Dütze Stahl will ick ham.“ schreien die schwarzen Kerle! Nicht mal 'n Jakalfell wollen sie in Tausch für die englische Ware geben! Dagegen die Solinger Messer – sie balgen sich drum, sagt Christian Kotzee, der gestern aus dem Handelsfeld zurückkam. „Dütze Stahl will ick ham?“ Allerdings! wenn die Warenkenntnis und –erkenntnis sich schon soweit hineingefressen hat ins englische Land bis in die eisernen Kaffernschädel hinein ...“

Diese Messer, bestehend aus einer handlichen Klinge, festem Holzgriff mit rundem Loch zum Befestigen des Messers an Riemen oder Kette, sind einer der sogenannten „Stapelartikel“ im Handel mit Weißen und Eingeborenen. Ein Artikel, der dem erzeugenden Land einen Wert von Milliarden darstellt!

Unser alter Freund aber fuhr fort: „Nicht anders geht es mit dem englischen Zitzkattun; weggefegt, sag' ich Ihnen, hat ihn der deutsche Blaudruck vom Markt! ein englischer Händler hielt mit seinem Wagen nicht weit von meinen Leuten vor einem Eingeborenendorf. Dem haben sie seinen Zitzkattun mitten durchgerissen

und „Düstri, Düstri!“ geschrien, bis er, ingrimmig vor Wut, sich eine Rolle rheinischen Blaudruck von meinem Wagen geholt hat, um nur seinen aufsässigen Käufern die Mäuler zu stopfen.“

„Die Wut hätt er sich sparen können, sollte noch dankbar sein, daß der Bur ihm mit der verlangten Ware ausgeholfen hat!“

„Na, da kennen Sie den Engländer doch noch schlecht, ausgelacht wird er ihn im Stillen haben für seine Hilfe, seine dumme Gutmütigkeit. Aber, Scherz beiseite, weiß man in Deutschland, daß das Britenvolk, dem wir dergestalt die Butter vom Brot nehmen, über kurz oder lang den Versuch machen wird, uns vom Erdboden auszurotten? Ich meine, hat man in Deutschland in den in Betracht kommenden Kreisen eine Ahnung von der ausschlaggebenden Bedeutung, von dem Umfang, den dieser Haß angenommen hat?“

Da sagte ich aus ehrlicher Ueberzeugung: „Wir und andere, berufene Leute, haben an eindringlichsten Aufklärungsversuchen und Warnungen nicht gespart, verehrtester Freund, auch an der nötigen Erkenntnis wird es in Deutschland kaum fehlen können. Doch – Englands Feindschaft zu glauben, scheint mir oft, ist den Leuten zu Hause unbequem – sehr unbequem! – Aber schließlich, was wollen Sie, nicht nur der Friede Gottes, auch die heilige Politik ist doch vielleicht „höher“ als alle Vernunft! Als unsere Vernunft jedenfalls!“

Das künftige Polen und seine nationalen Minderheiten.

Langsam, unter schweren Zuckungen und Wehen, verwünscht von vielen, die sich von überkommenen Vorstellungen nicht loszureißen vermögen, selbst von denen, die das Gebilde künftighin tragen sollen, nicht selten mißtrauisch belauert, vollzieht sich die Staatswerdung der Polen. Eine Herkulesarbeit schon um deswillen, weil man in breiten deutschen Schichten – vielleicht zu früh – den Glauben an das Gelingen verloren hat. Dennoch geht es vorwärts. Auf die Bildung einer eigenen polnischen Armee scheint man nach den neuesten Erfahrungen mit Pilsudzki und seinem Anhang einstweilen verzichtet zu haben. Mit gutem Grunde: ich habe schon neulich hier ausgeführt, daß nach der russischen Revolution für uns kaum Anlaß vorliegt, eine solche Armee zu wünschen. Aber die bürgerliche Verwaltung des Landes beginnt man nach und nach in die Hände der Polen zu geben.

Sie haben immer geklagt: sie wollten nicht nur Objekt sein und Staffage, möchten selber mit Hand anlegen; der Wolffsche Draht hat neulich gemeldet, daß **vom 1. August die Rechtspflege in die Hoheit des entstehenden polnischen Staates übergehen soll**. Es wird vermutlich nur eine Frage der Zeit sein, daß der Justiz auch die Schule folgt. Damit aber wird an ein Gebiet gerührt, an dem auch wir Deutsche interessiert sind und dauernd interessiert bleiben.

Nicht so als Staat, als das im Reich organisierte Kleindeutschland; vielmehr als Gesamtnation. **In Polen wohnen nämlich, teils in zusammenhängenden Siedlungen, teils über die paar großen Städte und das flache Land zerstreut, rund eine halbe Million Deutsche**. Die haben, zumal sie am Westrand dicht aneinandergedrängt sitzen, in der ersten Zeit der Okkupation der frohen Hoffnung gelebt, daß sie und ihre Heimstätten beim Friedensschluß dem Mutterlande zufallen könnten. Der Hoffnung hat keine Erfüllung werden können und wird keine werden. Aber daß wir, bevor wir aus dem Lande abziehen, in dem wir leider vielfach unwillkommene Gäste geworden sind, ihre nationalen Besitztümer, daß wir ihnen Schule und Sprache sichern, werden sie am Ende von uns erwarten dürfen.

Viermal – zum Teil in weit voneinander liegenden Zeiträumen – sind deutsche Wanderströme über die polnischen Grenzen geflutet. Das Antlitz Polens – das haben viele von uns vergessen, auch solche, die sich vor anderen als Sachkundige in osteuropäischen Fragen feiern lassen – ist während des ganzen Mittelalters dem Westen zugekehrt. Die Kämpfe mit dem Großfürstentum Moskau reißen überhaupt nicht ab. Mit Deutschland aber sind Fürsten und Städte, sind Klöster und Ritterschaften in Polen dauernd in enger Verbindung. Der deutschen Volksmeinung vollends gilt Polen einfach als ein entfernter Strich des Reiches, und so wenig ist von einem natürlichen Gegensatz und angestammter Antipathie die Rede, daß die Schlesier und Westpreußen – darunter auch Danzig! – gelegentlich lieber die polnische Oberhoheit suchen, als die des Ordens.

Zum ersten Mal wird Polen das Ziel deutscher Auswanderung zwischen dem 12. und 14. Jahrhundert: es ist die Zeit der Städtegründungen in dem menschenarmen Lande, der dorfmäßigen Besiedelung durch deutsche Bauern. Dann ergießt sich nach dem dreißigjährigen Kriege ein zweiter Strom von Bauern und Handwerkern über das Weichselgebiet. Als die Republik Polen zerfallen ist und die preußische Grenze bis nach Kowno und an den Njemen reicht, folgt ein dritter. Der vierte, zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, kommt vorzugsweise den Städten zugute: Tuchweber aus Schlesien, Sachsen und Deutsch-Böhmen, verlassen, von Alexander I. und Nikolaus I. gerufen, die Heimat und legen den Grund zu der im Laufe der Jahre ins Riesenhafte schwellenden polnischen Textilindustrie.

Viele von den Stammesgenossen, die so **in rund 700 Jahren unter den Polen** sich niedergelassen haben, sind im Wandel der Zeiten im fremden Volkstum untergegangen; sind von den Polen, gelegentlich wohl auch von den Russen, aufgesogen worden. Zumal seit nach 1869, nach dem mißglückten letzten Aufstand mit den polnischen auch die deutschen Schulen, die bis dahin ziemlich unangefochten bestanden hatten, russifiziert waren, wurde es immer schwerer, die in der Zerstreung lebenden Glieder bei Sprache und Stammesart zu halten. Und als dann nach der ersten russischen Revolution, der von 1905, die Zügel im ganzen Zarenreich ein wenig lockerer gelassen wurden, waren zu viel schon verlorengegangen, um noch durch halbe und nicht einmal immer ehrliche Maßregeln – die Reifeprüfung mußte ja im Königreich Polen wie im Baltikum in russischer Sprache abgelegt werden – gerettet werden zu können.

Immerhin siedeln auch heute noch in Polen etwa 600.000 Deutsche, die das verständliche und sehr berechnete Verlangen haben, Deutsche zu bleiben. Unangefochtener als bisher unter dem Druck des zarischen

Despotismus ihnen beschieden war, unter der Herrschaft des weißen Adlers in Sprache, Sitte und Glauben ihre nationalen Kulturgüter zu bewahren.

Aus ihrer Mitte dringt seit Jahresfrist und neuerdings beschwörender denn zuvor der Ruf zu uns: Helft uns zu solchem Werke! Mir will scheinen: da ist eine Ehrenpflicht zu erfüllen, der wir schlechterdings uns nicht entziehen dürfen. Die Polen pflegen darauf zu erwidern: **sie seien ein altes Kulturvolk, es sei selbstverständlich, daß sie ihren neuen Staat im modernen Sinne, im Geiste der Toleranz und der Freiheit auch für die Andersmeinenden aufbauen würden.** Mit so allgemein gehaltenen Gelübden wird sich nicht zufrieden geben können, wer die Geschichte Galiziens kennt, wo seit den 60er Jahren, seit der Statthalterschaft des älteren Goluchowski, die Deutschen reihenweise – und nicht nur durch Kunst kluger Ueberredung – in Polen gewandelt worden sind.

Der dies schreibt, hat immer auch, auch vor dem Kriege schon, eine Politik der Verständigung mit den Polen das Wort geredet und bekennt sich auch heute noch zu ihr. Aber **les affaires sont les affaires. Geschäfte, auch politische, sollen nicht auf Ehrenwort abgeschlossen werden.** Darum ist zu verlangen – und die deutsche Regierung wird dabei mitzuwirken haben – daß die abziehenden Truppen unseren Stammesgenossen als wertvollste Erinnerung und Besitztum zugleich, das verbrieftete Recht auf den Schutz der nationalen Minderheiten (auf 72 pCt. Polen kamen 1913 5 pCt. Deutsche und 14,9 pCt. Juden), insonderheit die vom polnischen Staate gewährleistete Sicherstellung der deutschen Schulen hinterlassen. Über die Formen, unter denen das geschehen kann und geschehen soll, wird noch zu reden sein. Dies eine aber, das Ziel, steht heute schon unverrückbar fest. Wir sind wirklich nicht reich genug, um uns auch in Zukunft noch den teuren Sport zu leisten, Volksgenossen, die jenseits der schwarz-weiß-roten Grenze siedeln, unbekümmert und sorglos, mit der Miene unendlichen Hochmuts als arme Verwandte, die uns eigentlich gar nichts angingen, einem ungewissen Schicksal zu überlassen.

R.B.

Der Reichsbote – Nr. 392 – Freitag, 03. August 1917 – S. 1

Des Kaisers Friedenswille. – von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Otto Hintze - Berlin

Immer wieder haben unsere Gegner die Anklage erhoben, daß der Krieg von Deutschland gewollt herbeigeführt sei, und daß den Kaiser die Schuld treffe, das Feuer entzündet zu haben, das die ganze Welt in Brand gesetzt hat. Wir wissen alle, daß diese Verleumdung die Wahrheit auf den Kopf stellt; aber gegenüber der beständigen Wiederholung, durch die unsere Gegner sie der Welt einzuhämmern suchen, ist es immer wieder nötig, an die Tatsachen zu erinnern, die den Friedenswillen des Kaisers für jeden unbefangenen Sinn ganz klar erweisen.

Als Wilhelm II. im Jahre 1913 sein 25jähriges Regierungsjubiläum beging, da wurde bei uns keines seiner Verdienste mehr gerühmt als das, daß er seine ganze Regierung hindurch mit Eifer und Erfolg bestrebt gewesen war, den Frieden zu bewahren, unter dem Deutschland herrlicher denn je aufgeblüht war in Wirtschaft und Technik, Bildung und Gesittung, in Macht und Wohlfahrt. Es liegt eine herbe Tragik in dem Schicksal, daß gerade diesem Friedenskaiser das Schwert in die Hand gezwungen worden ist zur Verteidigung der deutschen Ehre, der Macht und Wohlfahrt unseres Volkes, der Zukunft des Reiches.

Als die ruchlose Mordtat von Sarajewo zu einem scharfen Konflikt und schließlich zum Kriege zwischen Oesterreich und Serbien führte, befand sich der Kaiser, wie alljährlich um diese Zeit, auf seiner Nordlandreise; es ist aber nicht zu bezweifeln, daß alle politischen Schritte des Auswärtigen Amtes in beständiger Fühlung mit seiner Person getan worden sind.

Deutschland vertrat in dieser Verwicklung von Anfang an mit maßvoller Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Serbien lediglich die Sache dieser beiden Staaten selbst sei, daß kein Kulturstaat, auch Rußland nicht, das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Oesterreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen. Sir Edward Grey, der englische Auswärtige Minister, machte dagegen am 26. Juli den Vorschlag, den Streit zwischen der Monarchie und Serbien einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. Frankreich stimmte diesem Vorschlag zu; aber Deutschland erklärte, bei aller Billigung der Friedensabsicht, sich an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen zu können, da es gegen seine grundsätzliche Auffassung verstieß, Oesterreich wegen des Handels mit Serbien vor ein Gericht der europäischen Mächte zu zitieren. Deutschland schlug vielmehr zur Abwendung des drohenden Konfliktes zwischen Rußland und Oesterreich unmittelbare Verhandlungen zwischen diesen beiden Mächten vor, und auch Grey konnte nicht umhin, anzuerkennen, daß dieser Weg allen anderen bei weitem vorzuziehen sein würde.

Am 28. Juli kehrte der Kaiser nach Deutschland zurück und sandte am Abend dieses Tages dem Zaren ein Telegramm, in dem er, unter Anerkennung der schwierigen Lage, in der sich die russische Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung befinde, und unter Hinweis auf die herzliche Freundschaft, durch die beide Herrscher verbunden seien, mitteilte, er setze seinen ganzen Einfluß ein, um Oesterreich-Ungarn dazu zu bestimmen eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Der Zar antwortete darauf mit der inständigen Bitte, daß der Deutsche Kaiser die Vermittlung zwischen Rußland und Oesterreich übernehmen möge. Er sprach dabei, ohne des Mordes von Sarajewo mit einer Silbe zu gedenken, nur von dem schmachvollen Kriege, der an ein schwaches Land erklärt worden sei – eine Auffassung, der denn auch der Deutsche Kaiser in seiner Antwort nachdrücklich entgegentrat; aber die Vermittlung wurde angenommen und eifrig ins Werk gesetzt.

Am 30. Juli telegraphierte der Zar: „Wir brauchen Deinen starken Druck auf Oesterreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt.“ Ein solcher Druck ist auch wirklich von der deutschen Regierung ausgeübt worden, bis an die Grenze dessen, was sich mit dem Freundschafts- und Bundesverhältnis vertrug. Am Abend des 30. Juli entschloß sich die Wiener Regierung, die Ratschläge Deutschlands anzunehmen, um zu einer Vereinbarung mit Rußland zu gelangen. aber die Verhandlungen waren bereits zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Die Lage erfuhr eine entscheidende Veränderung dadurch, daß Rußland sich nicht mit der bereits angeordneten Teilmobilmachung gegen Oesterreich begnügte, sondern daß eben damals zuverlässige Nachrichten über russische Kriegsvorbereitungen auch an der preußischen Grenze nach Berlin kamen. In demselben Moment, in dem der Zar den Kaiser um seine Vermittlung zur Erhaltung des Friedens bat, traf er kriegerische Maßregeln, die eine schwere Bedrohung Deutschlands enthielten.

Der Kaiser stellte diesen Tatbestand in einem Telegramm an den Zaren vom 31. Juli fest. Er ließ keinen Zweifel darüber, was früher auch schon auf diplomatischem Wege angedeutet worden war, daß die russischen Maßregeln Gegenmaßregeln zur Verteidigung von deutscher Seite hervorrufen müßten. Er erklärte, daß er mit seinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen sei; er schob dem Zaren die Verantwortung für das Unheil zu, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt drohe. Er schloß mit einem Appell an den Zaren, die Bewahrung des Friedens zu ermöglichen durch den Entschluß zur Einstellung der militärischen Maßnahmen, mit denen Rußland Oesterreich und Deutschland bedrohte. Ehe noch dieses Telegramm seine Wirkung tun konnte, kam die Nachricht, daß die Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande gerade auch gegen Deutschland im vollen Gange sei. Es wurde klar, daß die Absicht eines Ueberfalls bestand. Bei dem zeitlichen Vorsprung der russischen Rüstungen war kein Tag mehr zu verlieren; sonst wäre die Sicherheit des Reiches aufs schwerste gefährdet worden.

Ein Ultimatum an die russische Regierung forderte innerhalb 24 Stunden eine Erklärung über die Einstellung der militärischen Maßnahmen, und da keine Antwort darauf erfolgte, so setzte der deutsche Botschafter die russische Regierung davon in Kenntnis, daß der Kaiser im Namen des Reiches die Herausforderung annehme und sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich betrachte. Am 1. August, 5 Uhr nachmittags ordnete der Kaiser die allgemeine Mobilmachung der deutschen Streitkräfte an. Es ist also die russische Mobilmachung gewesen, die den Krieg herbeigeführt hat; diese Tatsache ist nicht nur in Rußland, sondern auch in Frankreich und England der Öffentlichkeit geflissentlich vorenthalten worden; nur auf Grund dieser Unterschlagung war es möglich, dem Kaiser die Schuld an dem Kriege zuzuschreiben.

Es ließ sich erwarten, daß nach den bestehenden Bündnisverpflichtungen Frankreich, das ja von jeher der Herd aller Feindseligkeiten gegen Deutschland gewesen war, als Verbündeter Rußlands an dem Kriege teilnehmen werde. Infolgedessen wurde nun auch an die französische Regierung, die ebenfalls schon Kriegsvorbereitungen getroffen hatte, die Anfrage gestellt, wie sie sich im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland verhalten werde. Die französische Regierung gab die unbefriedigende, feindselig klingende Antwort, sie werde tun, was ihre Interessen ihr gebieten würden. Was ihre Interessen ihr geboten, zeigt die Tatsache, daß sie schon am Abend des 30. Juli in Petersburg unbedingte Waffenhilfe zugesagt hatte, und daß schon vor der Kriegserklärung französische Kavalleriepatrouillen und ganze Kompagnien die Grenze überschritten.

Einen Moment lang hatte es geschienen, als ob es möglich sein werde, nicht bloß England, sondern auch Frankreich in der Neutralität zu erhalten. Sir Edward Grey fragte am 1. August bei dem deutschen Botschafter, Fürsten Lichnowsky, telephonisch an, ob für den Fall, daß Frankreich neutral bleibe, Deutschland sich eines Angriffs auf die Franzosen enthalten würde. Der Botschafter antwortete, er glaube die Frage bejahen zu können, und der Kaiser erklärte in einem Telegramm an den König von England, daß ein Angriff auf Frankreich unterbleiben werde, wenn die französische Regierung ihre Neutralität anbiete und diese durch die englische Armee und Flotte garantiert werde. Man erklärte aber jetzt in England die Anregung für ein Mißverständnis. Am 2. August hat England der französischen Regierung seine Hilfe zugesagt für den Fall, daß

Deutschland mit seiner Flotte gegen die Küste Frankreichs vorgehen werde. England hat es vermieden, während der kritischen Tage eine Einwirkung auf Rußland im Sinne der Erhaltung des Friedens auszuüben.

Was Deutschland Oesterreich gegenüber tat, hat England Rußland gegenüber unterlassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Rußland bei seinem Entschluß zum Kriege mit Sicherheit auf die englische Bundesgenossenschaft gerechnet hat, und daß es guten Grund zu dieser Hoffnung hatte. Nicht erst unser Einmarsch in Belgien hat die englische Regierung zum Eintritt in den Krieg bestimmt; dies hat vielmehr nur den Vorwand für die Kriegserklärung geliefert. Wir können die Sache umkehren und behaupten, daß erst die sicher in Aussicht stehende Beteiligung Englands am Kriege uns gezwungen hat, in Belgien einzurücken, damit nicht Engländer und Franzosen uns darin zuvorkommen und von dort aus über die ungeschützte Grenze in unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet vorbrächen. Denn der Kaiser hatte an England erklären lassen, daß Deutschland bereit sei, die belgische Neutralität zu respektieren, wenn England neutral bleibe. Das hat Grey nicht nur abgelehnt, sondern auch seinen Ministerkollegen und der Öffentlichkeit verschwiegen. Man sieht, auf welcher Seite der Wille zum Krieg und zum Frieden war.

Es ist ungeheuerlichste Geschichtsfälschung, die den unzweifelhaften Friedenswillen unseres Kaisers in das Gegenteil verkehrt hat, um die öffentliche Meinung in England und Frankreich für den Krieg zu stimmen.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 391 – Freitag, 03. August 1917 – S. 3

England steht dem Frieden im Wege.

Bern, 31. Juli. Unter der Ueberschrift „Großpolitische Räubermoral“ schreibt „Nya Dagligt Allehanda“ vom 28.7.: **Die Debatte im englischen Unterhaus über Mcdonalds Friedensresolution erweist aufs neue, daß England alle Friedensgedanken noch immer als für seine Interessen gefährlich betrachtet.** Bonar Laws Phrase, England kämpfe für die Rechte anderer Nationen, ist offenbarer Humbug, solange es nicht zuläßt, daß wir Neutralen uns über See mit den nötigen Lebensmitteln versehen, um nicht zu hungern. **Nicht um der Freiheit willen, sondern aus reinem Eigennutz legt England allen Friedensbestrebungen Steine in den Weg.** Uns Neutralen lehrt Bonar Laws Rede, daß die schwerste Gefahr für den Frieden und für Europas Freiheit nicht vom deutschen Militarismus kommt. Deutschland bekennt Mißbräuche der Macht stets als Notstandstaten, England hingegen schmückt seine Uebergriffe mit den Blumen arroganter Selbstgerechtigkeit, indem es verkündet, das geschehe zum Besten der Welt.

* * * *

Berlin, 2. August. Der militärische Mitarbeiter des „Nieuwe Courant“ schreibt: „Immer deutlicher tritt als unleugbare Tatsache hervor, daß es England ist, das nicht nur den Krieg leitet, sondern ihn auch allen Friedensversuchen Deutschlands und allen Friedensneigungen seiner Verbündeten zum Trotz fortsetzen will.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 212 – Freitag, 03. August 1917 – S. 1

Englands Vorbereitung für den Krieg.

Sofort nach Ausbruch des Krieges hat die englische Regierung die ganze Welt mit der Versicherung überschwemmt, daß sie nicht nur unschuldig an diesem Kriege sei, sondern daß sie im Gegenteil von ihm überrascht und völlig unvorbereitet betroffen wurde. Und fast die ganze Welt hat sich auch dieses Märchen von dem ungerüsteten, harmlosen und überrumpelten England aufschwätzen lassen, ohne sich nachher die Mühe zu geben, die deutschen amtlichen Feststellungen über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Krieges zu prüfen und zu würdigen. Aber im Laufe des Krieges sind uns Kronzeugen erstanden, die die ganze Verlogenheit dieses englischen Märchens enthüllen und, wenn auch ungewollt, doch vor aller Welt feststellen, wie gerade England schon Jahre vor dem Kriege mit allen Mitteln auf die Steigerung seiner militärischen Rüstung hinarbeitete und diesen Krieg vorbereitete.

In England hatte Lord Rosebery dem früheren englischen Kriegsminister (1905-1912) Lord Haldane vorgeworfen, er habe während seiner Tätigkeit als Kriegsminister dieses Unvorbereitsein auf den Krieg verschuldet. Da entstand dem Angegriffenen in dem englischen Schriftsteller Harold Begbie ein Anwalt, der die Verteidigung Haldanes in einem Buche „Vindication of Great Britan“, das 1916 erschien, unternahm. In seinem Eifer aber enthüllte er uns auch einige Geheimnisse, die England aufs gründlichste die Maske des armen Ueberfallenen vom Gesicht reißen. Dabei enthält dieses Buch nicht etwa rein private Ansichten des Verfassers, sondern es besitzt sozusagen amtlichen Wert, da, wie der Verfasser ausdrücklich sagt, Lord Haldane selbst die Korrektur des gesamten dritten Kapitels gelesen und erklärt hat, daß es „in keinem Punkte ungenau“ sei.

In diesem Buch finden wir zunächst Angaben über die Tätigkeit Lord Haldanes als Kriegsminister, die es ermöglicht habe, den Kriegsausbruch sofort 700.000 Mann, und nicht wie Lord Rosebery behauptete 150.000 Mann, den Deutschen entgegenzustellen. **Der Verfasser zählt die verschiedenen Maßnahmen des Kriegsministers auf, um alle Einheiten des Heeres auf Kriegsbasis zu stellen, und kommt zu dem Ergebnis, daß „besser, als irgendeiner der Alliierten, Großbritannien für den Krieg vorbereitet“ war. Und er bekräftigt diese Ansicht noch dadurch, daß „ein so gewissenhafter Kritiker militärischer Dinge, wie Lord Sydenham, erklärte, daß dies Land (nämlich England) niemals besser vorbereitet in einen Krieg eintrat, als im August 1914“.**

Das größte Interesse beansprucht aber der Teil des Buches, der von Lord Haldane selbst durchgesehen wurde. Es ist noch erinnerlich, daß, **als die deutsch-englischen Beziehungen immer gespannter sich gestalteten, im Jahre 1912 Lord Haldane nach Deutschland kam, um die deutschen Verhältnisse zu studieren und auf Grund seiner gewonnenen Eindrücke angeblich zum Ausgleich der Gegensätze beizutragen.** Lord Haldane wurde damals von den maßgebenden Stellen mit dem größten Entgegenkommen behandelt, er hatte Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten von Handel und Industrie, von Kunst und Wissenschaft, und er konnte sich in aller Ruhe und Objektivität ein Urteil über Deutschlands Friedensliebe bilden.

Er kam denn auch zu der Ueberzeugung, daß, „solange Dr. von Bethmann Hollweg Kanzler und wirklich in Macht wäre, Krieg unwahrscheinlich sei“, und daß der Kaiser „eine Verständigung mit England“ wünschte. Als dann aber Lord Haldane nach England zurückgekehrt war, „ging er an die Arbeit, wie nie früher ein britischer Minister an die Arbeit ging,für dies Land eine Kampfmaschine und eine nationale Verteidigung zu schaffen, wie es sie niemals früher besaß“. **Und als Antwort auf das Entgegenkommen des Deutschen Kaisers wurde die britische Flottenvorlage von 36 auf 51 Millionen Pfund (über eine Milliarde Mark) hinaufgeschraubt.**

So sieht also die englische Harmlosigkeit aus, die völlig unvorbereitet von diesem Kriege überrascht und überrumpelt wurde. Nachdem nun die Engländer selbst, unterstützt, wie er selbst sagt, von Asquith, Grey, Lord Haldane und dem russischen Minister Sasonow, und unter Verantwortung Lord Haldanes selbst, die englischen gründlichen Kriegsvorbereitungen als Tatsache öffentlich festgestellt hat, wird wohl in aller Welt erkannt werden, **daß noch niemals in einem Kriege die Wahrheit so gewissenlos auf den Kopf gestellt worden ist wie in diesem Kriege mit dem Märchen von der Ueberrumpelung Englands.**

Tägliche Rundschau – Nr. 392 – Freitag, 03. August 1917 – S. 2

Politische Rundschau – Entschließung gegen Erzberger und Genossen.

Die Ortsgruppe Elberfeld der deutschvölkischen Partei hat folgende Entschließung angenommen:

„Mit Entrüstung haben wir davon Kenntnis genommen, daß der Vertreter von Biberach abermals in einer Rolle aufgetreten ist, in welcher er dem Ansehen des deutschen Volkes wiederholt schweren Abbruch getan hat. Wir würden uns mitschuldig machen, wenn wir gegen das würdelose Spiel des Herrn Mathias Erzberger nicht schärfsten Einspruch erheben wollten. Ausgerechnet Herr Erzberger kann unmöglich als ein vorbildlicher Verkörperer deutschen Wesens angesprochen werden. Wir dürfen daher wohl annehmen, daß sein neuerliches Auftreten in keinem amtlichen Auftrage erfolgt ist. Wir hegen die Hoffnung, daß mit dem neuen Reichkanzler nicht nur ein neuer Geist in alle Reichsämter eingezogen, sondern auch ein fester, unbeugsamer Wille eingekehrt ist, der mit allen Nebenregierungen endgültig aufzuräumen versteht. **So freudig wir einer Regierung, die wirkliche Führereigenschaften aufzuweisen hat, Gefolgschaft zu leisten gewillt sind, so sehr verbitten wir uns jedes anmaßende Gebahren eitler Volksvertreter. Um zu verhüten, daß politische Wichtigtuer das deutsche Volk immer wieder der Lächerlichkeit preisgeben können, bitten wir die hohe Staatsleitung, dem Herrn aus Buttenhausen und den andern Männern seines Schlages für die weitere Dauer des Krieges die Auslandspässe zu verweigern und ihnen anzudeuten, daß sie sich fortan mit der Rolle eines deutschen Volksvertreter zu begnügen hätten.“**

Verwendete Zeitungen - Zeitungskürzel

BBZ	Berliner Börsen-Zeitung
BNN	Berliner Neueste Nachrichten
BTB	Berliner Tageblatt
DRB	Der Reichsbote
DT	Der Tag
DTZ	Deutsche Tageszeitung
DVB	Deutsches Volksblatt
DZ	Deutsche Zeitung
NAZ	Norddeutsche Allgemeine Zeitung
TR	Tägliche Rundschau
VOS	Vossische Zeitung
VOW	Vorwärts
WAZ	Wiener Allgemeine Zeitung
	Stenographische Berichte – von der 102. Sitzung am 7. Mai 1917 bis zur 125. Sitzung am 10. Oktober 1917 – Berlin 1917, S. 3570

Meine Texte zum Ersten Weltkrieg auf wk.etudes.de:

1. „Der Weg zum Ersten Weltkrieg“
2. Fragment – 1 - 1914 – August bis Oktober 1914
3. Fragment – 2 - 19. Juli 1917 – 10. Juli bis 03. August 1917
4. Fragment – 3 – Brest-Litowsk 1 – 25.11. – 31.12.1917
5. Fragment – 3a – Brest-Litowsk 2 – 01.-31.01.1918
6. Frankreich 1870 - „Rache Für Sadowa“ – Auf zum Rhein
7. 1915 - „Der Untergang der Lusitania“ – Englands Militärfrachter
8. Belgien